

STAENDERAT/NATIONALRAT

23.3.1987

Geschäftsprüfungskommissionen
Arbeitsgruppe "Katastrophenhilfe"

P R O T O K O L L

der Sitzung vom 18. März 1987

Teilnehmer: Ständeräte, Frau Josi Meier (Vorsitz)
Frau Bauer, HH. Affolter, Masoni
Nationalräte, HH. Columberg,
Houmard, Leuenberger Moritz
Herr Bretscher, Sektionschef
Rechtsdienst 2 der Eidg. Finanzverwaltung

Frau Meier verweist darauf, dass an der Koordinations-sitzung zu Fragen im Bereich der Katastrophenhilfe in Aussicht genommen worden ist, dass die beiden Geschäftsprüfungskommissionen eine Arbeitsgruppe bilden. Die Plenarsitzungen müssen diese zuerst noch genehmigen. Bereits heute aber können die Themen festgelegt werden. Es geht vor allem um die Ergebnisse der Disziplinaruntersuchung, die Herr Bretscher führt, ferner um die Arbeiten der DEH zum organisatorischen Bereich.

Herr Bretscher hat im Januar und Februar die notwendigen Untersuchungshandlungen der Disziplinaruntersuchung vorgenommen. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten hat jedoch am 17. März die Disziplinaruntersuchung ausgedehnt. Offenbar wird noch sehr umfangreiches Aktenmaterial zu sichten sein und es ist mit Zeugeneinvernahmen zu rechnen. Der Bericht über die Disziplinaruntersuchung wird dem Departement daher nicht vor Juni 1987 abgeliefert werden können. Dann wird das Departement entscheiden müssen, ob es Disziplinar-massnahmen vornehmen will, wozu es Herrn Blaser noch anhören müsste.

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass der Fall Blaser erst behandelt werden kann, nachdem die Untersuchung abgeschlossen ist. Demgegenüber ist die Strukturfrage schon länger vor der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates hängig. Sie kann unabhängig von der Disziplinaruntersuchung behandelt werden. Im Rahmen des Geschäftsberichtes haben beide Geschäftsprüfungskommissionen selbständig die Aufgabe, alle Fragen einer vorläufigen Prüfung zu unterziehen. Für die definitive Stellungnahme sollte doch im Rahmen der Arbeitsgruppe eine Einigung beider Geschäftsprüfungskommissionen angestrebt werden.



Die Arbeitsgruppe beschliesst, von den beiden Plenarkommissionen den Auftrag für ihre Arbeit einzuholen. Bis zu den November-sitzungen der Plenarkommissionen soll jedenfalls eine Stellungnahme zum Modell der neuen Struktur für die Katastrophenhilfe, wenn möglich auch eine Beurteilung der Angelegenheit Blaser erarbeitet werden. Die Arbeitsgruppe wünscht eine Dokumentation über die bisher verfügbaren Akten zu erhalten (Presse-Artikel, Protokolle der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, Amtliches Bulletin vom 18. März und, soweit verfügbar, Berichte des Departementes). Das Vorgehen im einzelnen wird in der Sommersession bestimmt.

Die Arbeitsgruppe legt folgende Sitzungstermine fest:

- Mittwoch, 3. Juni 1987, 14.30 Uhr
- Montag, 31. August 1987, 09.30 Uhr (ganzer Tag)

Der Sekretär der
Geschäftsprüfungskommissionen



Geht an:

- alle Teilnehmer

NATIONALRAT / STAENDERAT

Geschäftsprüfungskommissionen 3003 Bern, 5. März 1987 Mdi/ep

Kurzprotokoll der Koordinationssitzung zu Fragen
im Bereich der Katastrophenhilfe, vom Donnerstag,
5. März 1987, 08.30 - 09.15 Uhr in Bern, Parla-
mentsgebäude, Zimmer 4

Teilnehmer:

HH. Nationalräte Dupont (Präsident AAK)
Eggenberg (Präsident Finanzdelegation)
Houmard (Sektionspräsident EDA der GPK)
Leuenberger Moritz (Präsident GPK)
Zbinden (Präsident FK)

HH. Ständeräte Affolter (Präsident AAK)
Masoni (Präsident GPK)
Schönenberger (Präsident FK)

HH. Sekretäre Aebi (AAK), Bucher (FK/Finanz-
delegation), **Mastronardi** (GPK)

Tagesordnung:

Ueberprüfung der Angelegenheit Blaser, Folgen für Struktur und
Konzeption der Katastrophenhilfe: Aufteilung der Aufgaben unter
den Kontrollkommissionen und den Kommissionen für auswärtige
Angelegenheiten

Eine längere Diskussion unter sämtlichen Teilnehmern führt zu
folgendem Ergebnis:

1. Die Finanzdelegation und die Finanzkommissionen beider Räte
befassen sich nicht mit den aktuellen Fragen zur Katastrophen-
hilfe (ausser sie würden dazu durch einen Revisionsbericht
der Eidg. Finanzkontrolle veranlasst).
2. Rücktritt, fristlose Entlassung und Beurlaubung von Hrn.
Blaser, sowie die Gründe, die dazu geführt haben, bilden
Gegenstand einer nachträglichen Ueberprüfung durch die
Geschäftsprüfungskommissionen (gestützt auf die Disziplinar-
untersuchung).

3. Die Folgen dieser Angelegenheit für das Katastrophenhilfskorps enthalten sowohl Aspekte der Entwicklungspolitik und der Konzeption der humanitären Hilfe, als auch Aspekte der Strukturen, der Organisation und der Führung im Departement und im Bereich humanitäre Hilfe.
Gemäss der im Jahre 1982 festgelegten Aufgabenteilung widmen sich die Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten den entwicklungspolitischen Grundlagen, während die Geschäftsprüfungskommissionen sich mit der zweckmässigen Wahrnehmung des gesetzlichen Auftrages befassen. Konzeptionelle Fragen im Verhältnis von Katastrophenhilfe und Entwicklungszusammenarbeit (was ist kurzfristig, was muss in die Entwicklungskonzeption integriert werden, hat die Entwicklungszusammenarbeit wie bisher Vorrang vor der humanitären Hilfe, etc.) sind Fragen im Zuständigkeitsbereich der Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten. Fragen zu Struktur, Organisation und Führung im Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe sind Sache der Geschäftsprüfungskommissionen.
4. An der Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates vom 24. März können zwar alle zusammenhängenden Probleme erörtert werden, Fragen der Strukturen, der Organisation und der Führung werden jedoch den Geschäftsprüfungskommissionen zur näheren Bearbeitung überwiesen. Umgekehrt werden die Geschäftsprüfungskommissionen konzeptionelle Fragen, die im Rahmen ihrer Arbeit auftauchen, an die Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten weiterleiten.
5. Im Verhältnis unter den Geschäftsprüfungskommissionen bleibt die Federführung bei der Kommission des Ständerates. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates kann das Thema jedoch im Rahmen des Geschäftsberichtes ebenfalls behandeln. Für die genauere Abklärung bilden die beiden Geschäftsprüfungskommissionen eine gemeinsame Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz der Sektion der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates (je drei Mitglieder). Die Arbeitsgruppe legt ihr Vorgehen am Mittwoch, 18. März 1987, 10.00 Uhr fest (Anhörung von Hrn. B. Bretscher zum zeitlichen Ablauf der Disziplinaruntersuchung).
6. Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates wird ihre früheren Berichte veröffentlichen und im Rat über die laufende Untersuchung, allenfalls das Ergebnis des Disziplinarverfahrens, orientieren.
7. Die vier Kommissionspräsidenten werden in einem Brief dem Departement für auswärtige Angelegenheiten die soeben geschilderte Aufgabenteilung erläutern, damit dieses weiss, zu welchen Fragen sich welche Kommission massgeblich

äussern wird.

Der Sekretär der
Geschäftsprüfungskommissionen



Ph. Mastronardi

Geht an:

- die Sitzungsteilnehmer

STAENDERAT

Frühjahrssession 1987

87.301 Dringliche Interpellation Schoch vom 2. März 1987Katastrophen-Hilfskorps

Die Demission beziehungsweise Amtsenthebung des Chefs des Katastrophen-Hilfskorps (SKH), Eduard Blaser, wirft Fragen auf, die wesentlich über den Rahmen eines internen Kompetenzkonflikts im EDA hinausgehen. Angesichts des ausgezeichneten Rufes, den sich das SKH mit seinen in aller Welt anerkannten Einsätzen und Hilfeleistungen erworben hat, haben Parlament und Öffentlichkeit Anspruch auf eine vollständige Offenlegung der Hintergründe, die zu diesem bedauerlichen Eklat geführt haben. Die Orientierung anlässlich einer Pressekonferenz der Vertreter von EDA und DEH Ende letzten Jahres wurde dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit in keiner Weise gerecht.

Der Bundesrat wird um Auskunft darüber ersucht,

- welche Gründe zur sofortigen Amtsenthebung von Eduard Blaser geführt haben;
- ob nicht andere Vorgehensweisen möglich gewesen wären;
- wie er diese Angelegenheit personell und in der Sache weiter zu verfolgen gedenkt.

Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophe

La démission et la suspension de fonctions du chef du Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophe, M. Eduard Blaser, soulèvent des questions à propos de l'existence d'un conflit de compétences au sein du DFAE. Vu l'excellente réputation que le Corps s'est acquise dans le monde entier par ses interventions et ses actions de secours, le parlement et le public ont le droit d'obtenir une information complète sur les raisons profondes de ce malheureux coup d'éclat. Les informations données l'année dernière lors d'une conférence de presse par les représentants du DFAE et de la DDA n'ont en aucune manière satisfait l'attente du public.

Le Conseil fédéral est prié de fournir des renseignements concernant:

- les motifs de la suspension de fonctions avec effet immédiat de M. Blaser;
- l'impossibilité de choisir une autre procédure;
- les suites qu'il entend donner à cette affaire au niveau du personnel et sur le plan administratif.

2 Humanitäre Hilfe

21 Empfehlungen von 1985

Die Geschäftsprüfungskommission hatte im Sommer 1985 eine Inspektion der Abteilung humanitäre Hilfe der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) vorgenommen. Am 12. November 1985 überwies sie dem Vorsteher des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten einen Brief mit folgenden Schlussfolgerungen:

211 Konzeptionelle Differenzen

Während der Begriff der Katastrophenhilfe im gewöhnlichen Sprachgebrauch bloss die unmittelbare Hilfe nach Eintreten plötzlicher Ereignisse zu umfassen scheint, beschlägt der Aufgaben- und Einsatzbereich des Katastrophenhilfskorps auch Notlagen, die sich allmählich zur Katastrophe entwickeln. Zum Bereich der Entwicklungszusammenarbeit besteht damit ein fließender Uebergang. Für die Frage, in welchen Fällen der Delegierte des Bundesrates für Katastrophenhilfe selbständig entscheiden soll, scheint uns die zeitliche Dringlichkeit seines Handelns massgebend zu sein.

Im Katastrophenfall im engeren Sinne und hier für die ersten, lebensrettenden Massnahmen, scheint uns auch das Führungskonzept des Delegierten angemessen zu sein, während überall sonst die verwaltungsmässigen Führungsprinzipien zur Anwendung gelangen sollten.

Angesichts der bestehenden Unklarheiten empfehlen wir Ihnen, auf Departementsstufe eine Klärung im konzeptionellen Verhältnis von Entwicklungszusammenarbeit und Katastrophenhilfe zu schaffen, um daraus die unbestreitbaren Konsequenzen für die Zuständigkeiten und das Führungsverhalten ableiten zu können.

212 Organisatorische Fragen

Die Unterstellung des Leiters des Katastrophenhilfskorps als Vizedirektor unter den Direktor der DEH ist rechtlich einwandfrei geregelt und durch den Departementschef förmlich bestätigt. Diese Regelung wird jedoch vom Departement und von der DEH nicht voll durchgesetzt.

Ob, wie der Delegierte für Katastrophenhilfe vorschlägt, eine neue organisatorische Regelung anzustreben ist, ist von der Geschäftsprüfungskommission nicht zu prüfen. Es ist dies auf dem ordentlichen Dienstweg vorzulegen und durch das Departement zu behandeln.

Wir empfehlen Ihnen, dafür zu sorgen, dass Ihre Untergebenen die geltende Regelung besser durchsetzen.

213 Personelle Differenzen

Die Qualifikation der betroffenen Stelleninhaber für die Führung ihrer Aemter steht ausser Diskussion. Hingegen ist das festgestellte Spannungsverhältnis untragbar geworden. Falls der Appell an die Vernunft und an den Dienst an der gemeinsamen Sache nicht zur Einsicht führt, wird sich das Departement allenfalls gezwungen sehen, hart einzugreifen. Im Sinne einer Entschärfung der Lage möchten wir Ihnen nahelegen, die Durchführung der vom Delegierten gewünschten Administrativuntersuchung nochmals zu erwägen. Dies würde gestatten, die bestehenden Differenzen ohne disziplinarischen Anstrich auf ihre Wurzeln hin zu untersuchen, womit sich auch die Ueberprüfung der heutigen Organisationsstruktur verbinden liesse.

214 Katastrophenhilfskorps

Dieses Instrument scheint sich, soweit wir es beurteilen können, gut bewährt zu haben. Es profitiert offensichtlich von der Flexibilität und Motivation des Milizsystems.

215 Politische Würdigung

Mit der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit betreffen die skizzierten Schwierigkeiten einen Bereich, in dem in besonderem Mass die Gefahr besteht, dass interne Probleme in der Oeffentlichkeit zu grundsätzlicher Kritik an der Aufgabe ausgeweitet werden. Im Dienste der Sache sollte daher verhindert werden, dass die Differenzen nach aussen getragen werden. Daher empfehlen wir Ihnen, mit der Lösung der Probleme nicht zuzuwarten.

22 Empfehlungen von 1986

Im Herbst 1986 musste die Geschäftsprüfungskommission mit Bedauern feststellen, dass das Departement für auswärtige Angelegenheiten ihren Ueberlegungen und Empfehlungen im wesentlichen nicht Rechnung getragen hatte. Am 28. November 1986 richtete sie daher den nachstehenden Bericht an den Bundesrat:

221 Die Haltung der Geschäftsprüfungskommission im Jahre 1985

Die Kommission hatte dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten empfohlen, auf Departementsstufe das konzeptionelle Verhältnis von Entwicklungszusammenarbeit und Katastrophenhilfe zu klären, um daraus die Konsequenzen für die Zuständigkeiten und die Führung ableiten zu können.

Von der Sache her ist eine enge Zusammenarbeit von Katastrophenhilfe, indirekter humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit unerlässlich. Die dafür zuständigen Personen müssen dazu gebracht werden, loyal zusammenzuarbeiten. Nötig ist dafür ein Führungentscheid, der alle drei Bereiche der Hilfe unter einem Dach vereinigt und dabei auch die geforderte entwicklungspolitische Option trifft.

Die Organisationsstruktur soll die relative Bedeutung widerspiegeln, welche der Entwicklungszusammenarbeit einerseits, der humanitären Hilfe andererseits beigemessen wird. Bekanntlich sieht der Direktor der DEH alle Formen der Hilfe als integrierende Bestandteile einer Entwicklungszusammenarbeit, weshalb sie in deren überdachende Konzeption eingeordnet werden müssen, während der Delegierte für Katastrophenhilfe die konzeptionellen Fragen von sich weist und die Katastrophenhilfe als einzige unproblematische und unmittelbar wirksame Hilfe hervorhebt. Zu entscheiden ist somit folgende Frage: Neigt der Bundesrat dazu, den Einsatz der Schweiz im Bereich der humanitären Hilfe auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit zu verstärken oder sieht er in der humanitären Hilfe einen Sonderfall der Entwicklungszusammenarbeit (soweit sie Entwicklungsländer betrifft)?

222 Der Entscheid des Bundesrates vom 27. August 1986

Der Bundesrat hat den Delegierten für Katastrophenhilfe von seinem Amt als Vizedirektor der DEH entbunden und ihn direkt dem Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten unterstellt. Administrativ bleibt der Delegierte der DEH angegliedert. Er behält den Titel des Delegierten des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland. Diese Lösung gilt vorerst ad personam und soll vor der Neubesetzung der Stelle eines Leiters des Katastrophenhilfskorps vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten überprüft werden.

Gleichzeitig hat der Bundesrat die Verordnung über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe geändert. Darin weist er die nicht-operationelle humanitäre Hilfe der DEH zu, während der Delegierte für die operationelle humanitäre Hilfe zuständig erklärt wird. Massnahmen dieser Art der Hilfe sind vom Delegierten und von der DEH gemeinsam zu bestimmen, mit Ausnahme der Soforteinsätze des schweizerischen Korps für Katastrophenhilfe im Falle von plötzlichen natur- oder zivilisationsbedingten Katastrophen, für die der Delegierte allein zuständig ist. Die Finanzkompetenzen bleiben grundsätzlich unverändert, wobei für Massnahmen ausserhalb der Soforteinsätze die Zustimmung der DEH gefordert wird.

Der Direktor der DEH bestätigt, dass die Zuständigkeitsregelung dem entspricht, was bis anhin aufgrund der Unterstellung des Delegierten unter die DEH gegolten hat. Die Verordnung bestätigt nun aber das vom Delegierten angefochtene Mitwirkungsrecht der DEH in den Fällen ausserhalb der Soforteinsätze. Der Direktor der DEH beabsichtigt, sein Zustimmungserfordernis durch eine Regelung mit der Eidgenössischen Finanzkontrolle zu sichern, die gewährleistet, dass diese keine Zahlungsanweisungen des Delegierten in diesem Bereich zur Auszahlung freigibt, die das Visum der DEH nicht tragen.

Die Abteilung Humanitäre Hilfe innerhalb der DEH wird aufgehoben; die Sektion Humanitäre Hilfe und Ernährungsmittelhilfe (bisher Sektion Internationale Hilfswerke) wird dem stellvertretenden Direktor unterstellt. Die Frage, ob sie zu einer Abteilung ausgestaltet werden könne, soll erst im Rahmen der definitiven Regelung der Neubesetzung der Stelle des Delegierten entschieden werden.

223 Bemerkungen

223.1 Sachfragen

Der Bundesrat hat den Delegierten gegenüber der DEH verselbständigt, ohne dass offenbar die konzeptionelle Frage, die die Geschäftsprüfungskommission aufgeworfen hatte, entschieden worden wäre. Die Empfehlung der Geschäftsprüfungskommission bleibt damit vorläufig unerfüllt.

Die vom Bundesrat getroffene Lösung wird vom Delegierten sehr begrüsst, entspricht sie doch dem Wunsch, den er direkt der Geschäftsprüfungskommission vorgelegt hatte. Die Lösung des bestehenden Konfliktes wird allerdings damit auf den Zeitpunkt der Neubesetzung der Stelle eines Chefs des Katastrophenhilfskorps verschoben.

Die Kompetenzüberschreitungen durch den Delegierten haben - wie die Geschäftsprüfungskommission im Jahre 1985 feststellen musste - nicht nur die Koordinationspflicht zur DEH, sondern auch die Ueberschreitung der finanziellen Zuständigkeit gegenüber dem Departementschef betroffen. Eine Korrektur dieses Verhaltens durch das Departement ist nicht ersichtlich. Vielmehr erscheint die neue Lösung als Erfolg des Vorgehens des Delegierten.

Das Zustimmungserfordernis gewährt der DEH allerdings ein Druckmittel, das für die Zukunft geeignet sein mag, die Zahl der Streitfälle zu vermindern. Falls solche jedoch weiterhin auftreten sollten, müssten diese nun unmittelbar über den Departementschef ausgetragen werden. Diese Struktur erscheint - vor allem bei fehlendem vollwertigem Generalsekretariat im Departement - als die schlechteste denkbare organisatorische Lösung. Sie bedeutet jedenfalls eine Erhöhung der Führungsanforderungen, die an den Departementsvorsteher gestellt sind.

Diese Kritik entspringt der Sorge um das Katastrophenhilfskorps, das unter allen Umständen in seiner heutigen Form erhalten bleiben sollte, um als "Feuerwehr" in der Hand des Bundesrates dienen zu können.

223.2 Rechtsfragen

Nach der getroffenen Lösung ist der Chef des Katastrophenhilfskorps nicht mehr Vizedirektor eines Bundesamtes mit der Berechtigung, nach aussen den Titel des Delegierten zu tragen, (vgl. die Delegierten für Handelsverträge innerhalb des Bundesamtes für Aussenwirtschaft), sondern ein Delegierter des Bundesrates mit Entscheidfunktion, vergleichbar dem Delegierten für das Flüchtlingswesen. Mit der Ausgliederung aus der DEH ist eine neue Verwaltungseinheit geschaffen worden, die im Verwaltungsorganisationsgesetz keine Grundlage hat. Nach dem Verwaltungsorganisationsgesetz und der zugehörigen Botschaft wäre eine gesetzliche Grundlage auch für den Delegierten des Bundesrates für die Katastrophenhilfe im Ausland erforderlich. Die Bundeskanzlei hat sich zunächst um eine rechtliche saubere Lösung bemüht, musste jedoch einsehen, dass für die Zeit, während welcher der heutige Delegierte sein Amt noch versieht, keine solche getroffen werden kann (konkret verletzt ist Art. 58 des VwOG, der die Verwaltungseinheiten aufführt. Der Dienst des Delegierten müsste dort unter Buchstabe D genannt werden).

Die Lösung beeinträchtigt daher die Legislativfunktion des Parlamentes und verletzt die Gewaltenteilung. Es ist Aufgabe der Geschäftsprüfungskommission, Bundesrat und Parlament hierüber zu informieren und für den Zeitpunkt der Neubesetzung der Stelle den Erlass einer rechtmässigen Lösung zu empfehlen.

3 Die Leitungsstruktur im Departement für auswärtige Angelegenheiten

Im Rahmen ihrer Inspektion der Verwaltungsaufsicht hat die Kommission besondere strukturelle Mängel in der Leitung dieses Departementes festgestellt. Sie beschloss daher am 19. November 1986, dem Departementsvorsteher zu empfehlen, ein vollwertiges Generalsekretariat zu schaffen, das neben den heutigen Aufgaben im Bereiche des Personals, der Finanzen und der Administration auch die operativen Dienste im Sinne von Artikel 50 des Verwaltungsorganisationsgesetzes (VwOG) umfassen würde.

Funktionell ist das Generalsekretariat heute auf den Generalsekretär, den Staatssekretär und den persönlichen Sekretär des Departementsvorstehers (sowie z.T. die Direktion für Völkerrecht) aufgeteilt. Organisatorisch fehlen die operativen Dienste, welche für Kontrolle und Koordination innerhalb des Departementes und zwischen den Departementen zuständig wären. Grundsätzlich erfüllt heute der persönliche Sekretär des Departementsvorstehers die Aufgaben eines Generalsekretärs nach Artikel 50, Absatz 1 lit. a bis g VwOG; er bildet damit den operativen Dienst des Departementes.

Die umfangreiche Aufgabe der Betreuung der Vertretungen im Ausland führt bei der heutigen Struktur insbesondere zu einer Ueberhäufung des Generalsekretärs mit Personalproblemen. Aus der heutigen Praxis schliessen alle leitenden Persönlichkeiten des Departementes, einschliesslich des Generalsekretärs selber daraus, dass es diesem nicht möglich wäre, die gesetzliche Generalsekretärenfunktion zu erfüllen. Ob dies zutrifft, oder ob der Generalsekretär durch angemessene Delegation von Aufgaben innerhalb des Generalsekretariates in die Lage versetzt werden könnte, diese Aufgabe wahrzunehmen (vgl. den Generalsekretär des EMD, der zugleich Direktor der Militärverwaltung ist), müsste durch eine Organisationsüberprüfung des Generalsekretariates geklärt werden.

Während das Departement sich bereits für die Schaffung eines kleinen neuen Generalsekretariates mit bloss operativen Funktionen (ohne die Aufgaben des heutigen "Generalsekretariates") ausgesprochen hat, neigt das Bundesamt für Organisation zur Schaffung eines vollwertigen Generalsekretariates. Diese Variante erfülle die Kriterien des Verwaltungsorganisationsgesetzes besser und schaffe die strukturellen Voraussetzungen zur vollständigen und einheitlichen Erledigung der allgemeinen Stabsaufgaben. Das Generalsekretariat erhalte auf diese Weise sowohl departementsintern, wie auch im Verkehr mit der übrigen Bundesverwaltung das nötige Gewicht. Gleichzeitig werde damit die Attraktivität der Funktion des Generalsekretärs erhöht.

Nach Ansicht der Geschäftsprüfungskommission überwiegen diese Gründe die Bedenken des Departements. Auch für das Mitglied des Bundesrates, dem die Leitung des Departementes übertragen ist, bestehen ein zentrales Bedürfnis, der geschlossenen Formation des diplomatischen Korps ein Gegengewicht gegenüberzustellen, um seine Bewegungsfreiheit in der Führung des Departementes zu erhöhen. Die Kommission hat das Departement daher eingeladen, das Bundesamt für Organisation zu beauftragen, einen entscheidungsreifen Vorschlag für die Schaffung eines vollwertigen Generalsekretariats auszuarbeiten. Bei dieser Reorganisation sei nicht auf die aktuelle personelle Konstellation abzustellen, sondern ein Soll-Zustand zu definieren, im Hinblick auf welchen die Personalpolitik schrittweise auszurichten wäre.

VERTRAULICH

3003 Bern, März 1987/Ai/cs

STAENDERAT

Kommission für auswärtige Angelegenheiten

HAUPTPROTOKOLL der Sitzung vom 19./20. Februar 1987, 17.00 - 20.40 Uhr,
und 08.00 - 11.15 Uhr, in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 86

- TAGESORDNUNG
1. Mitteilungen des Präsidenten
Communications du président
 2. 86.059 s Ueberstellung verurteilter Personen. Ueberein-
kommen
é Transfèrement des personnes condamnées. Conven-
tion
(Siehe Teilprotokoll 1 - Voir procès-verbal particulier 1)
 3. Die Suspendierung des Chefs des Schweizerischen Katastrophen-
hilfekorps
La suspension du chef du Corps suisse pour l'aide en cas
de catastrophes
 4. Afghanistan-Bericht. Diskussion
Rapport sur l'Afghanistan. Discussion
 5. Aktualitäten - Actualités
 6. Fragestunde - Heures des questions
 7. Bedürfnisse und Vorstellungen des Vorstehers EDA über die
Personalsituation in den diplomatischen Aussenstationen
Besoins et idée que se fait le chef du DFAE à propos de la
situation sur le plan du personnel dans les représentations
diplomatiques à l'étranger
 8. Verschiedenes - Divers

TEILNEHMERPräsident: H. AffolterAnwesende Mitglieder: HH. Belser, Jelmini, Hefti, Frau Meier
Josi, HH. Miville, Muheim, Schaffter, SchochWeitere Teilnehmer:

H. Bundespräsident Aubert, Vorsteher des EDA
 H. Botschafter Brunner, EDA (Trakt. 4-6)
 H. Botschafter Wermuth, EDA (Trakt. 3+7)
 H. Botschafter Ramseyer, EDA (Trakt. 4-6)
 H. Botschafter Staehelin, Chef DEH/EDA }
 H. Bill, Chef SKH ad interim } (Trakt. 3)
 H. Stettler, EDA }
 H. Erard, EDA

Entschuldigt: HH. Aubert, MatossiSekretariat: H. AebiProtokoll: Frau Lutz-Munter, Frau Barben (d), H. Dinkelmann (f)

3. Suspendierung des Chefs des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps

Präsident: Ziel der heutigen Sitzung ist es, uns vom Bundespräsidenten über diese Sache Bericht erstatten zu lassen, die Herren Wermuth, Staehelin und Bill zu befragen und dann das weitere Vorgehen festzulegen.

M. Aubert, Président de la Confédération: Je regrette d'avoir à parler de cette affaire, mais telle a été la volonté du Parlement alors qu'une enquête disciplinaire est en cours. Je n'en ai parlé, qu'au président de la Commission des affaires étrangères du Conseil national, M. Dupont, porteur d'un communiqué de presse au nom des deux présidents des deux Commissions des affaires étrangères. Contrairement à ce qui a été écrit dans la presse, seul M. Dupont est venu me trouver. M. Affolter n'a pas entendu les explications que j'ai données à M. Dupont. Le communiqué, rédigé en allemand a été publié en dépit de mes explications.

M. Blaser a été nommé vice-directeur de la DDA le 21 octobre 1981. Il est entré en fonctions le 1er janvier 1982 et a travaillé avec M. Heimo, alors le chef de la DDA jusqu'à fin septembre 1982, remplacé par M. Staehelin, entré en fonctions le 1er janvier 1983. Il avait le droit de porter le titre de délégué du Conseil fédéral en cas de catastrophes à l'étranger. Il restait cependant intégré à la DDA et, en tant que tel, soumis à son chef, ce qu'il n'a jamais admis, déjà du temps de M. Heimo. Comme il agissait en toute indépendance, j'ai été contraint de le rappeler à l'ordre, à plusieurs reprises. Sa compétence financière (cf. annexe 2 de l'ordonnance du 12 décembre 1977) atteignant un million de francs devait lui permettre de prendre des mesures d'urgences, afin de sauver des vies.

Le 20 décembre 1983, il recevait de ma part, la lettre suivante: "Pour moi, il est évident que vous devez avoir, comme délégué du Conseil fédéral aux missions de secours en cas de catastrophes à l'étranger, une très large liberté pour engager le Corps chaque fois qu'une catastrophe exige une intervention rapide et des décisions immédiates. Le problème se présente tout autrement cependant, en ce qui concerne nos activités d'aide humanitaire, et je souhaite - et c'est d'ailleurs le vœux du Conseil fédéral et même du Parlement, qu'une coordination encore meilleure soit faite

entre les secours d'urgence que nous accordons au titre d'aide humanitaire et les efforts, à plus long terme, de coopération au développement. Cette coordination a été voulue par le législateur; elle est prévue dans l'ordonnance du Conseil fédéral sur la coopération au développement et l'aide humanitaire. Vous avez engagé, de plus en plus, le corps, non pas dans des interventions qui avaient pour but de sauver des vies ou des biens après une catastrophe soudaine, mais bien dans des interventions qui se rapprochent beaucoup de nos activités de coopération technique. J'ajoute qu'une bonne coopération avec nos activités de coopération au développement est nécessaire. Vous comprendrez que, sur toutes ces questions, il ne me soit pas possible de suivre moi-même directement vos activités; et c'est une des raisons pour lesquelles je souhaite qu'il existe, dans ces domaines d'intervention du Corps, une coopération plus grande entre votre Division et les autres Divisions de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire."

J'ai écrit cette lettre à la suite d'une plainte de M. Blaser contre ce qu'il appelait un empiètement croissant de la DDA sur les activités de l'aide humanitaire et de ce Corps qu'il voulait totalement indépendant de la DDA. En 1984, le Corps n'a pas dû intervenir. En 1985, il y a eu deux cas d'urgence, en 1986, également. Malgré des instructions précises, M. Blaser a signé en 1984, avec la Mauritanie, un programme de santé et d'alimentation à long terme, sans consulter personne.

Il a outrepassé ses compétences financières: 900'000 fr. pour les six premiers mois, deux millions, pour les dix-huit mois suivants somme qui est de la compétence du Conseil fédéral. Le 6 juin 1984, je lui ai écrit: "vous m'avez fait parvenir le rapport de votre mission en Mauritanie ainsi que la convention que vous avez signée au nom du Conseil fédéral, qui n'en a pas été informé, avec les autorités de ce pays. Je constate qu'il s'agit d'une action destinée à se prolonger pendant dix-huit mois au moins, dont le coût total dépassera sensiblement un million, et qui ne répond pas à une catastrophe soudaine, mais à une situation connue depuis longtemps. Il s'agit d'une action à moyen terme. Je vous prie de me soumettre, d'entente avec le directeur de la DDA, un projet de proposition destiné au Conseil fédéral concernant les engagements que vous avez prévus dans

l'accord signé avec le gouvernement mauritanien. L'ordonnance du 12 décembre 1977 prévoit qu'en effet à l'article 16, que le Conseil fédéral décide des mesures dont le coût prévisible atteint ou dépasse deux millions; c'est le cas du projet pour lequel vous avez signé un accord avec les autorités mauritaniennes. Le fait que le projet puisse être interrompu par chacune des parties, avec un préavis de trois mois, ne change rien aux engagements que vous avez pris pour réaliser ce projet pendant dix-huit mois, au moins. J'aimerais que vous distinguiez bien deux cas: le corps a été créé pour intervenir en cas d'urgence, lorsqu'il a y tremblement de terre ou autre événement subit. Vous devez engager alors le corps sans délai, et l'ordonnance du Conseil fédéral vous en donne la possibilité. Je souhaite que ce type d'activités soit beaucoup mieux coordonnée que par le passé, avec celles des autres divisions de la DDA. C'est la raison pour laquelle, à l'exception des interventions d'urgence, telles que je les ai définies ci-dessus, je vous prie de bien vouloir, dans tous les autres cas, informer le directeur de la DDA, et en cas d'absence son suppléant, des mesures que vous envisagez de prendre. J'espère fermement que ce cas permettra de clarifier définitivement le cadre des compétences que vous exercez, et que la collaboration que je souhaite voir au sein de la Direction de la coopération au développement ne posera plus de problème à l'avenir."

Lors de la conférence de presse du 21 janvier 1985, le nouveau message du Conseil fédéral relatif à l'augmentation de crédit de 440 millions a été présenté. A cette occasion, M. Blaser a pris l'initiative de critiquer et de contester la décision du Conseil fédéral qui n'engageait pas suffisamment de fonds dans l'aide humanitaire. Sur quoi j'ai à nouveau écrit à M. Blaser pour le rappeler à l'ordre: "vous contestez la décision du Conseil fédéral sans en avoir informé personne, quant au montant du prochain crédit de programme pour l'aide humanitaire, mettant ainsi publiquement en cause les priorités arrêtés par le Conseil fédéral dans la répartition des moyens de l'aide publique au développement entre ses grandes catégories. Vous vous êtes également permis d'en appeler au jugement de la presse, des commissions parlementaires et du Parlement pour juger si ce montant est suffisant dans la situation actuelle. Ce faisant vous

avez manqué de loyauté envers le Conseil fédéral et votre supérieur direct, M. Staehelin. Je vous rappelle que nous avons décidé que l'augmentation des contributions ordinaires de la Suisse à l'UNICEF, pour 1985, serait mis à charge du crédit de programme de coopération technique et financière de 1,8 milliard". Je rendais attentif M. Blaser au fait que nous augmentions le montant de la réserve à 57 millions, ce que les Chambres avaient accepté. "Je veux que des incidents tels que celui de la conférence de presse du 21 janvier 1985 ne se reproduisent plus. La part de l'aide humanitaire atteindra un quart de l'aide publique au développement. Vos fonctions de chef de Division de l'aide humanitaire vous placent sous l'autorité direct de M. le directeur Staehelin. L'autonomie opérationnelle dont vous jouissez (...) se limite à l'organisation et à l'engagement du Corps pour des opérations répondant à des catastrophes au sens étroit du terme, à caractère inopiné et imprévisible, opérations de courte durée. Je veux que toute entreprise du Corps répondant à des opérations plus durables soit coordonnée avec le directeur de la DDA et décidée par moi, personnellement, en cas de divergence. Je veux, en effet, que les engagements, à moyen et long terme du Corps en cas de catastrophe et de la coopération au développement, répondent à des critères comparables d'efficacité et d'intégration dans les formes propres des pays en développement. (...). Je considérerai tout acte ne répondant pas aux instructions ci-dessus, comme une faute professionnelle grave."

Au printemps 1985, M. Blaser construit, à l'est du Soudan, un camp de réfugiés, pour une valeur de 3,8 millions, qui est resté inutilisé en 1985 et en 1986. Il ne correspondait à aucune urgence. Ce n'est qu'en 1987, que le gouvernement soudanais y a déplacé des réfugiés.

Le 19 septembre 1985, au Mexique, M. Blaser se rend, avec mon accord, sur les lieux du tremblement de terre. Coût de l'opération: 650'000 francs. Je lui accorde l'autorisation d'envoyer un deuxième avion: il ne partira jamais. En revanche, M. Blaser signe un accord avec le gouvernement mexicain pour la reconstruction d'un hôpital.

Le 26 septembre à 11h00 je reçois le télégramme suivant (j'avais demandé à M. Blaser un rapport en vue de prendre une décision à moyen terme):

"Der Delegierte des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland, Eduard Blaser, hat am 25. September eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach das Katastrophenhilfekorps mit der Sanierung des Spitals in enger Zusammenarbeit mit den mexikanischen Staatsbehörden sofort beginnen wird." Je lui communique immédiatement l'ordre de suspendre toute opération de reconstruction au Mexique et de me présenter son rapport à son arrivée à Berne. Nous ne pouvions pas nous désister auprès du gouvernement mexicain. M. Blaser avait annoncé qu'il recevrait un million de la Chaîne du Bonheur - sans que cette dernière organisation fût jamais consultée.

Le 9 septembre, la Commission de gestion entreprend une inspection de routine de la Division de l'Aide humanitaire. M. Blaser soumet, sans me consulter, à la commission, un projet d'organisme entièrement indépendant. Déjà à l'époque de M. Heimo, M. Blaser a refusé de participer à toutes les séances de direction de la DDA. La Commission de gestion a estimé qu'il fallait informer M. Blaser sur ses compétences de manière plus explicite. Je rappellerai que, lorsque M. Bill était en fonctions, aucun conflit n'a eu lieu. M. Monnier établit un projet de règlement selon lequel M. Blaser est déchargé de la vice-direction de la DDA et de l'aide humanitaire et le Corps directement rattaché au chef du département, tout en restant administrativement dépendant de la DDA; l'accord de la DDA est nécessaire pour toute opération n'ayant pas un caractère d'urgence, ou dépassant le montant d'un million. Le Conseil fédéral modifie l'ordonnance dans ce sens, le 27 août 1986, avec entrée en vigueur le 15 septembre.

Le 13 septembre 1986, la Grèce refuse notre intervention, à la suite d'un tremblement de terre. Plus tard, les contacts reprennent et nous envoyons en Grèce, le 19 octobre 1986, un organisme de reconnaissance pourvu d'un cahier des charges précis. Le 4 novembre, M. Blaser fait signer par notre ambassadeur à Athènes, un contrat d'implantation de 50 baraques à des fins scolaires et communautaires, que notre pays s'engage à livrer, épuisant ainsi notre réserve de baraques préfabriquées. Or, dans le rapport, signé par M. Blaser, il est écrit ceci: "Ein internationaler Appel für Hilfeleistungen ist von der Regierung nicht erfolgt."

Ce contrat a été signé sans consultation: violation manifeste de l'ordonnance modifiée.

La situation continue à se détériorer. M. Scheidegger, directeur stagiaire engagé par M. Blaser, est congédié sine die deux jours avant l'expiration de sa période d'essai, ce que voyant M. le Secrétaire général Wermuth demande un rapport à M. Scheidegger.

Je dénonce avec vigueur l'usage excessif fait par la presse de certaines informations confidentielles.

Nous avons dû informer M. Blaser qu'une enquête disciplinaire était ouverte contre lui, sur quoi l'intéressé a confirmé qu'il allait donner sa démission. A la suite d'un article paru dans le "Bund" du 27 décembre contre M. Blaser, ce dernier engage une campagne de dénigrement de la DDA, du département, voire du Conseil fédéral. La décision de suspension a été prise. La loi ne prévoit pas d'audition préalable à la décision; c'est le Tribunal fédéral qui l'a prévu. L'art. 77 de l'ordonnance sur le règlement des employés - "résiliation des rapports de service pour de justes motifs" - une seule disposition stipule que "la décision de la modification ou de la résiliation des rapports de service pour de justes motifs et notifiable par écrit avec indication des motifs ne peut être décisive qu'après enquête et audition de l'employé". Aucune audition n'est prévue pour une suspension provisoire. Nous y avons cependant procédé de façon officielle le 19 janvier, en présence de l'avocat de M. Blaser, Me Jost. Le Conseil fédéral a accepté la proposition de mise en congé payé jusqu'au 31 août 1987 (cette décision ne peut faire l'objet d'un recours au Tribunal fédéral). "Le Conseil fédéral a constaté que les rapports de confiance entre M. Eduard Blaser et ses supérieurs n'existaient plus." M. Arthur Bill assurera l'intérim.

Selon le rapport de la Commission de gestion du Conseil des Etats, du 21 novembre 1986, il est impossible de séparer l'aide d'urgence de celle au développement. Une collaboration loyale est indispensable. Le délégué du Conseil fédéral reste administrativement rattaché à la DDA,

compétente pour l'aide non-opérationnelle, alors que celui-là l'est pour l'aide opérationnelle. Il n'est compétent que pour les cas d'urgence. Toujours selon ce rapport, M. Blaser a outrepassé ses compétences. La relative autonomie du délégué créait une fonction nouvelle qui aurait dû être soumise au Parlement. Il est exclu de faire du Corps d'intervention en cas de catastrophes une entité indépendante: Il ne couvre que le 5 ou 10% des coûts de l'aide humanitaire, dont il faut distinguer trois types:

1. aide humanitaire non-opérationnelle: subventions à des organisations internationales et entreprises privées caritatives.
2. aide opérationnelle: sur le terrain (camps de réfugiés, etc.).
3. aide d'urgence: sauver des vies; appel dans les douze heures.

Der Präsident: Ich danke Herrn Bundespräsident Aubert für seine ausführliche Darlegung der Situation. Ich bitte die Mitglieder der Kommission, den anwesenden Vertretern der Verwaltung nur Fragen zur Entstehungsgeschichte zu stellen, allfällige Vorschläge zur künftigen Konzeption des Katastrophenhilfescorps usw. dagegen zunächst auszuklammern.

Weshalb ist dem Begehren von Herrn Blaser, eine administrative Untersuchung durchzuführen, nicht stattgegeben worden?

Belser: Ich bitte Herrn Bill zu präzisieren, wann und wo aus seiner Sicht die Fehlentwicklung begonnen hat.

Bill: Ich habe das Korps in verschiedenen Funktionen und Unterstellungen erlebt. Als es aufgebaut wurde, waren wir bei der Abteilung internationale Organisationen (IO) angehängt, wo wir eine relativ grosse Freiheit genossen. Nach den ersten Einsätzen wurde mir recht rasch klar, dass das Korps nicht einfach nur die Rolle einer Feuerwehr spielen kann, sondern sich

auch um die Frage kümmern muss, weshalb es gebrannt hat und was nachher geschieht. Als in der Folge die Abteilung Internationale Organisationen aufgehoben wurde, erachtete ich dies als d e n Zeitpunkt, um die humanitäre Hilfe richtig darzustellen. Schon vorher war die Sektion Internationale Hilfswerke mit dem Katastrophenhilfekorps in eine Abteilung zusammengeschlossen worden. Im Unterschied zu heute glaubte ich damals noch, dies könnte ein unabhängiges Instrument der Eidgenossenschaft werden. Stattdessen entschied dann eines Tages der damalige Bundesrat Graber, das Katastrophenhilfekorps sei in die DEH einzugliedern - mit den gleichen Kompetenzen wie bisher, aber mit der Auflage, zusammenzuarbeiten. Trotz anfänglicher Skepsis meinerseits gelang es uns - dem damaligen DEH-Direktor Heimo und mir - eine Vertrauensbasis aufzubauen, die uns unsere Rollen spielen liess.

Nun konkret zur Frage, wo die Problematik begonnen habe. Ich hatte während des ersten Amtsjahres von Herrn Blaser einen sehr guten Kontakt mit ihm. Wir trafen uns fast jede Woche und tauschten Erfahrungen aus. Recht bald schon zeichnete sich eine Entfremdung ab, die sich noch verstärkte, als Herr Staehelin neuer Chef der DEH wurde und sich mehr als sein Vorgänger für die Zusammenhänge interessierte. Als ich dann auch noch von anderer Seite auf die Spannungen aufmerksam gemacht wurde, versuchte ich, im stillen Einverständnis auch mit der DEH-Leitung, zu vermitteln - das war vor rund zwei Jahren. Herr Blaser, den ich ebenfalls aufsuchte und zur Kooperation aufmuntern wollte, gab mir jedoch zu verstehen, dass eine weitere Einmischung meinerseits das Ende unserer Freundschaft bedeuten könnte, denn er sehe in diesem Kampf um die völlige Unabhängigkeit des Korps eine Art Mission. Herr Blaser wollte ein schlagfähiges Instrument, er wollte sich nicht von der Administration verbürokratisieren lassen. Als Herr Blaser im August letzten Jahres erreichte, direkt dem Bundesrat unterstellt zu werden und ich ihn auf die Folgen aufmerksam machte, merkte ich, dass er glaubte, mit der Direktunterstellung sei er nun völlig von den Koordinationsaufgaben mit der DEH dispensiert.

Das Katastrophenhilfekorps ist eine Art Antenne, man sieht sofort hinter die Kulissen und erkennt sehr rasch, was hinsichtlich Aufbau gemacht werden

kann. Wenn es sich um ein Entwicklungsland handelt, greifen Aufbauhilfen des Korps bereits in die Infrastrukturen des Landes und damit unter Umständen auch in die Programme der Entwicklungshilfe ein.

Hefti: Das Katastrophenhilfekorps scheint also eine Art zweite Entwicklungshilfe zu sein, was nicht unbedingt das Ziel sein kann. Wäre eine volle Integration in die DEH nicht doch das richtige?

Bill: Gegen solche Bestrebungen würde ich mich wehren, weil das Katastrophenhilfekorps in jedem Land antreten muss, das von einer Katastrophe heimgesucht worden ist, also nicht nur in Entwicklungsländern. Dort, wo es sich um Soforthilfe in einem Entwicklungsland handelt, muss selbstverständlich mit der DEH zusammengearbeitet werden.

Miville: Ich möchte diese Antwort noch etwas ergänzen. Das Korps ist eine Milizorganisation, die DEH hingegen eine Verwaltung. Es wäre nicht gut, diese Milizorganisation, die in hohem Masse von privater Initiative und privaten Impulsen lebt, in eine Verwaltung einzugliedern. Natürlich müssen die Koordinations- und Subordinationsstrukturen gewahrt werden, gerade darum geht es ja in dieser ganzen Problematik -, aber die Unterschiedlichkeit der Strukturen und der sich daraus ergebenden Mentalität und Arbeitsweise dürfen nicht ausser acht gelassen werden.

Frau Josi Meier: Wir haben es hier mit zwei verschiedenen Problemgruppen zu tun. Einmal mit Strukturfragen, die weiterhin von der GPK behandelt werden sollten, dann mit den allfälligen politischen Auswirkungen der Vorgänge auf das Katastrophenhilfekorps. Vorab danke ich Herrn Bill für seine Bereitschaft, das Korps interimistisch zu übernehmen; das scheint mir die bestmögliche Uebergangslösung zu sein, mit der sich auch die politische Problematik am besten überwinden lässt. Sicher will niemand unter uns die Grundzüge der Einsätze des Korps irgendwie ändern, dasselbe gilt für das Milizsystem und die relative Freiheit des Korps in seinen typischen Einsätzen. Die meisten unter uns werden auch dem zustimmen

können, was Herr Bill soeben in bezug auf das Konzept sagte. Es bleibt die Frage, wie die Schwierigkeiten mit Herrn Blaser erledigt werden können. Das ist sehr schwierig zu beurteilen, solange das Ergebnis der laufenden Untersuchung noch nicht vorliegt. Die GPK war der Meinung, der Entscheid der Direktunterstellung sei nicht gerade glücklich, weil er den Anschein erwecke, Herr Blaser bekomme Recht mit dem was er wolle, während die GPK eine Klärung der Gesamtsituation anstrebte. Bei derart gravierenden Auffassungsunterschieden war eine Zusammenarbeit auf die Dauer ja tatsächlich nicht möglich. Ein Schnitt war also nötig. Die Frage bleibt, ob es politisch und ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt geschickt war; aber das ist der einzige Vorbehalt, den ich diesbezüglich anzubringen habe.

Schoch: Ich habe keine eigentlichen Fragen, sondern möchte ein paar grundsätzliche Bemerkungen einbringen. Was Bundespräsident Aubert vorhin sagte, war mir absolut neu; Informationen zu diesem Thema hatte ich bisher nur aus der Presse; die Informationspolitik des EDA bildet denn auch Gegenstand einer Interpellation, die ich eingereicht habe. Erstaunt und beunruhigt bin ich über den Umstand, dass sich Herr Blaser offenbar seit 1983 manifest diszipliniwidrig verhielt, ohne dass Massnahmen ergriffen worden wären, die auch nur annähernd geeignet gewesen wären, ihn in die Schranken zu weisen. Das Verhalten von Herrn Blaser hätte ein drastischeres, konsequenteres Durchgreifen nötig gemacht. Weshalb hat man nicht viel früher durchgegriffen? Und weshalb wurde ausgerechnet vor Silvester durchgegriffen?

Miville: Eine Frage zur Geschäftsordnung: Gilt das Votum von Herrn Schoch noch als im Sinne des Präsidenten, nur Fragen zu stellen, aber keine politischen Statements abzugeben?

Präsident: Ich bin immer noch der Meinung, es sollten jetzt Fragen gestellt werden.

Belser: Eine Frage an Herrn Staehelin. Herr Blaser war Ihr Untergebener. Wann haben sie ihn zum ersten Mal auf seine Verpflichtungen hingewiesen?

Staehelin: Ich trat mein Amt im Januar 1983 an. In der Phase der Ein-
arbeitung und des Kennenlernens wies ich die Mitarbeiter an, weiterzu-
machen wie bisher. Herr Blaser erschien ab und zu zu den Direktionssitzungen;
ich wurde über die indirekte humanitäre Hilfe relativ gut informiert,
aber nur deshalb, weil ich insistierte und die Informationen verlangte.
Schon da sagte mir Herr Blaser was das Korps betreffe, brauche er mich
nicht zu informieren; über die indirekte humanitäre Hilfe dürfe ich die
blauen Kopien einsehen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1983 hatte ich
wiederholt Aussprachen mit Herrn Blaser und unterbreitete in der Folge
die Sache Herrn Aubert. Das führte zur ersten Auseinandersetzung auf
der Stufe Departementschef, bei der Herrn Blaser ganz klar der "Tarif"
erklärt wurde. Jedes Mal nach einer solchen "Tariferklärung" hatte ich
den Eindruck, der Groschen sei jetzt heruntergefallen; denn Herr Blaser
erschien dann wieder zu den Direktionssitzungen. Als ich dann aber auf
einer Dienstreise in Afrika war, benutzte Herr Blaser meine zweiwöchige
Abwesenheit, um ohne irgendjemanden in der Direktion von seinen Absichten
in Kenntnis zu setzen, nach Mauretanien zu reisen und ein Gesundheitsprojekt
aufzuziehen. Dieser Eigenmächtigkeit folgte erneut eine Tariferklärung
durch den Departementschef, erneut eine Phase der besseren Zusammenarbeit.
- Ich bin von Natur ein Optimist, zudem erschien mir eine Kooperation
als so einsichtig und vernünftig, legte ich so viel Wert auf den Miliz-
charakter des Korps, dass ich immer wieder an eine Besserung des Verhält-
nisses glaubte. Ich war mir auch bewusst, dass es dem Korps schaden würde,
wenn der Konflikt nach aussen getragen würde.

Ich war, wenn ich dem so sagen darf, mit einer wenig steten Persönlichkeit
konfrontiert.

Bill: Ich habe einiges Verständnis dafür, weshalb man gezögert hat, tabula
rasa zu machen. Es wäre ja nicht eine tabula rasa innerhalb der Verwaltung

gewesen, zu berücksichtigen waren auch die über 1000 Freiwilligen. Ich kann bestätigen, was Herr Staehelin sagte: Auch ich hatte oft den Eindruck, es gehe jetzt wieder. Der Effekt, den das Eingreifen jetzt hatte, wäre bei einem Eingreifen zu einem früheren Zeitpunkt wahrscheinlich derselbe gewesen.

M. Aubert, Président de la Confédération: A côté des lettres écrites à M. Blaser, je l'ai reçu à de très nombreuses reprises.

Je n'ai pas répondu aux attaques de la presse, l'enquête disciplinaire étant en cours.

Hefti: Die Herren Staehelin und Bill sagten eben, für sie sei in erster Linie die Sache des Korps im Vordergrund gestanden. War denn das lange Zögern nicht eher noch schädlicher für das Korps?

Staehelin: Im Nachhinein ist man immer gescheiter!

Präsident: Das Wort zu weiteren Fragen wird nicht mehr verlangt. Ich danke den Herren Staehelin, Bill und Stettler für Ihr Erscheinen. Wir werden nun noch das weitere Vorgehen und allfällige politische Implikationen besprechen. Zur Diskussion steht auch eine Pressemitteilung.

Diskussion (in Anwesenheit von Herrn Bundespräsident Aubert)

Miville: Ich bin wenig glücklich über die Art der Agriffnahme dieses Geschäftes. Sehr befremdet hat mich auch das Vorgehen der beiden Präsidenten der aussenpolitischen Kommissionen beziehungsweise die Art und Weise, wie sie in dieser Sache Ende Januar an die Öffentlichkeit getreten sind. Ich war entsetzt, in der Tagesschau zu hören, was auch die "Neue Zürcher Zeitung" am 21. Januar 1987 betitelt mit: "Die aussenpolitischen Kommissionen

schalten sich ein". Für diese Missdeutung können die beiden Präsidenten nichts, aber sie hatten damit zu rechnen! Ich finde auch, die Herren Affolter und Dupont seien in ihrer Kritik zu diesem frühen Zeitpunkt zu weit gegangen, ebenso darin, Anträge und Diskussionen in Aussicht zu stellen, ohne mit den Kommissionen auch nur die geringste Rücksprache genommen zu haben. Ich konnte nicht anders als mein Befremden und meine Missbilligung dieses Husarenrittes zum Ausdruck zu bringen. Wir müssen uns da schon fragen, was die Aufgabe der aussenpolitischen Kommissionen sei. Ihre Aufgabe ist es, Zielsetzungen zu formulieren, Vorstellungen über die Gestaltung der Aussenpolitik zu entwickeln, aber nicht, sich in disziplinarische Angelegenheiten einzumischen. Letzteres ist Aufgabe der Geschäftsprüfungskommissionen; zufälligerweise war ich - unter dem Präsidium von Herrn Muheim - Mitglied jener GPK-Sektion, die sich mit dieser Angelegenheit befasst. Ich halte unsere heutige Aussprache für problematisch im Hinblick auf die Aufgaben, die uns als aussenpolitische Kommission gestellt sind, und ich finde sie noch problematischer, weil wir sie zu einem Zeitpunkt führen, da eine Untersuchung im Gange ist, uns also eine seröse Beurteilung gar nicht möglich ist.

Die GPK Sektion EDA hat im Sommer/Herbst 1987 die Verhältnisse untersucht, und was wir damals feststellten, hat uns erschreckt. Es hat uns erschreckt zu sehen, dass Herr Blaser, dem man eine gewisse Sympathie für seine zupackende Art, seinen Helferwillen nicht versagen kann, nicht gewillt war, sich mit seinem Stab auch nur im geringsten in die Ordnung einzufügen, die eine Staatsverwaltung mit Blick auf das Ganze, eingeschlossen die Finanzen, erfordert. Wir verlangten damals, es müsse klargestellt werden, und zwar von der Departementsspitze so gut wie von der DEH-Spitze, wer Koch und wer Kellner sei, dass über die unmittelbaren Kompetenzen hinaus, die Herren Blaser im Krisen- und Katastrophenfall anvertraut sind, Bericht erstattet, Anträge gestellt werden müssen. Man kann durchaus, wie vorhin Herr Schoch, und mit einem gewissen Recht fragen, weshalb man nicht schon vorher, spätestens aber nach den Empfehlungen der GPK-Sektion an das Departement, gehandelt habe, weshalb man noch einmal einen Kompromiss gesucht habe. Aus meiner Sicht hat man deshalb nicht früher eingegriffen,

weil man wusste, dass Herr Blaser spätestens im Sommer 1987 zurücktreten werde; wahrscheinlich wollte man auch keinen grossen Krach provozieren - Krach hätte es auch früher gegeben, denn Herr Blaser ist nicht der Mann, der sich in aller Stille absetzen lässt. Eingegriffen hat man, als es anders nicht mehr ging, und durch eine Häufung unglücklicher Umstände, zu denen der Artikel im "Bund" vom 27. Dezember 1986 gehörte, fiel es in die Silvesterwoche.

Herr Blaser hat durch seine Betriebsamkeit immer wieder die Grenzen zwischen den Aufgaben der DEH und dem Katastrophenhilfekorps überschritten. Hier liegt der springende Punkt. Ich habe auf Anfragen von Medienvertretern auch stets gesagt, es sei im Grunde der tragische Konflikt zwischen zwei verschiedenen Strukturen: auf der einen Seite das Milizkorps mit seinem stark militärisch-privatwirtschaftlich geprägten Stab, auf der anderen Seite ein Departement mit Diplomaten, einer Verwaltung, Beamten. Weil es an der klaren Ueber- und Unterordnung gefehlt hat, beziehungsweise weil diese von Herrn Blaser ganz einfach nicht akzeptiert wurde, ist es zu diesem Konflikt gekommen.

Muheim: Mit dem Vorgehen unseres Präsidenten war auch ich nicht einverstanden, und er hatte offenbar doch nicht Recht, als er auf meinen Brief hin schrieb, ich sei der einzige, der die Prärogativen einer Kommission hochhalten wolle. Der Präsident einer Kommission hat keine besondere Stellung, er hat in jenem Masse die Berechtigung, nach aussen aufzutreten, als seine Meinung nach innen abgestützt ist. Auch hinsichtlich der Aufgaben der aussenpolitischen Kommissionen ist Herrn Miville zuzustimmen. Konzentrieren wir uns auf unsere Hauptaufgabe, die Diskussion der Aussenpolitik mit dem Departementschef! Die entscheidende Frage für unsere Kommission im vorliegenden Fall ist: Hat der Fall Blaser aussenpolitische Implikationen? Ich meine, nein, und für mich, als Mitglied dieser Kommission, ist der Fall abgeschlossen. Nicht für die GPK allerdings, die sich seit 1985 permanent mit dem EDA befasst. Eine weitere kritische Bemerkung: die Zusammenstellung der Presseartikel durch den Dokumentationsdienst ist, brutal gesagt, reiner Zeitverlust. Und schliesslich, Herr Bundespräsident:

ich hätte um diese Tageszeit und an diesem Tag keinen meiner Mitarbeiter vor die Türe gestellt. Unklug, wenn nicht sogar ungut, fand ich die Pressekonferenz; denn wenn hohe Beamte nichts zu sagen haben oder nichts sagen dürfen - was im Einzelfall durchaus richtig sein mag -, haben sie nicht aufzutreten.

Die GPK Sektion EDA hat im Jahre 1985 einige Punkte festgehalten, nämlich:

1. Die Qualifikationen der Herren Staehelin und Blaser für deren spezifische Tätigkeit ist unbestritten. Herr Blaser hat seine Führungsmethoden für den Katastropheneinsatz lediglich in dem Bereich übernommen, in der er eingegliedert war.
2. Die Sektion hat mit Herrn Aubert mehr als eine Stunde, mit Herrn Blaser einen vollen Vormittag sowie mit Mitarbeitern des Korps wie der DEH gesprochen und dabei den Eindruck erhalten, der Departementschef sollte härter sein, der DEH-Chef müsste durchgreifen. Die Sektion kritisierte eher zuviel Rücksichtnahme und wies auch auf die politische Dimension hin in einem Brief, der von der Gesamt-GPK abgestützt war: "Es besteht die besondere Gefahr, dass diese internen Probleme in der Öffentlichkeit dann zu grundsätzlicher Kritik in einem wichtigen Staatsbereich führen könnten."
3. Die Sektion bat den Departementschef, die Abgrenzung noch klarer zu definieren. Abgrenzungskriterium ist der Zeitfaktor: Wo es einen dringlichen Einsatz braucht, kann der Chef des Korps handeln, dort, wo man Zeit hat, hat er die administrativen Regeln einzuhandeln. Das Katastrophenhilfekorps ist nicht als ganzes unabhängig; wenn es um mittelfristige Hilfe geht - Aufbau zum Beispiel von Schulhäusern -, sind die Kredite via DEH-Departementschef anzufordern.

Anschliessend beantrage ich folgendes zu beschliessen:

1. Die Kommission hat einen eingehenden Bericht des Bundespräsidenten zur Sache Blaser zur Kenntnis genommen.
2. Die Kommission hat in dieser Sache nicht mehr weiter zu handeln, weil anzunehmen ist, dass die GPK, wie schon seit 1985, sich mit den offenen Fragen befassen wird.
3. In der Pressemitteilung wird die Sache nur kurz erwähnt.

Hefti: Zur Stellung eines Kommissionspräsidenten: erkundigen darf sich ein Präsident, er soll es sogar. Wichtig scheint mir ein enger Kontakt zwischen Präsident und dem Departementschef zu sein. Statements hingegen sind Sache der Kommission. Im vorliegenden Fall war nicht das Vorgehen des Präsidenten an sich unrichtig, sondern die Art, wie es in der Öffentlichkeit dargestellt wurde.

Die Pressemitteilung über die heutige Aussprache sollte auch meines Erachtens eher kurz gehalten sein. Allenfalls könnte man eine Bemerkung einfließen lassen in dem Sinne, dass die Kommission den Eindruck erhalten habe, sachlich habe der Vorsteher des Departementes richtig gehandelt.

Was die Aufgaben der Kommission betrifft, gehe ich mit Herrn Miville und Herrn Muheim einig. Wichtig erscheint mir aber auch die Orientierung der Kommission (Lageberichte, Hinweise auf Probleme u.a.) durch das Departement.

M. Jelmini: En tant qu'admirateur de Montesquieu, je pense avec lui qu'il y a des domaines dans lesquels il ne faut pas intervenir. Nous devons faire un constat sur le fonctionnement de ce secteur de l'administration. Mais le Conseil fédéral est notre seul interlocuteur. Les rapports entre le Conseil fédéral, le département et M. Blaser ne nous concernent pas. Notre tâche consiste à voir que les conditions des fonctionnaires soient dignes, appropriées, justes et correctes.

M. Schaffter: Ces conflits de caractères et de compétences ont-ils été exacerbés par du flou dans les mandats? Si c'est le cas, c'est au Conseil fédéral de prendre les mesures qui s'imposent.

La commission n'a pas à prendre acte de quoi que ce soit relativement à M. Blaser. Les rapports de services intérieurs ne sont pas de notre compétence. Ces problèmes relèvent de la Commission de gestion.

Belser: Die Probleme in Sachen Blaser entstanden aus Kompetenzkonflikten. Wir als Kommission sollten nun nicht auch noch in der gleichen Art Kompetenzkonflikte schaffen. In der Pressemitteilung sollte meines Erachtens nur stehen dass die Kommission die Ausführungen des Bundespräsidenten zur Kenntnis genommen habe. Weiter würde ich im Moment nicht gehen, auch wenn ich überzeugt bin, dass die Auflösung des Arbeitsverhältnisses mit Herrn Blaser früher hätte erfolgen sollen. Im übrigen erging es mir ähnlich wie Herrn Miville; mehr will ich nicht sagen.

Präsident: Ich nehme an, dass Sie von mir ebenfalls eine Meinungsäußerung zum Vorgehen der beiden Präsidenten erwarten. Als die Sache kurz nach Neujahr aktuell wurde, häuften sich die Anfragen von Pressevertretern. Ich habe keine Statements abgegeben. Ich sagte, die Sache sei in Bewegung, und ich könne mich nur äussern zusammen mit dem Präsidenten der nationalrätlichen aussenpolitischen Kommission. Es wurde von Herrn Dupont und mir eine Stellungnahme verlangt. Herr Dupont und ich kamen dann zusammen, um dem Ansturm der Presse mit einer kurzen Mitteilung an die Presse entgegenzutreten. Es ging mir um ein koordiniertes Vorgehen und um eine koordinierte Stellungnahme. Am Anfang stand das vordringliche Ziel der parlamentarischen Einschaltung - nicht nur der aussenpolitischen Kommission, sondern auch der GPK - um das gute Ansehen des Katastrophenhilfekorps möglichst rasch wiederherzustellen, und dies im Inland wie im Ausland. Die Meinung, der Vorfall sei im Ausland nicht beachtet worden, teile ich nicht. Das Korps ist ein Aushängeschild, eines der wenigen, die wir, neben dem IKRK, zu präsentieren haben. Diese unsere Hautpsorge stellten wir an den Anfang. Ferner sagten wir, das Parlament müsse informiert werden, wir sprachen von einer Offenlegung der Hintergründe des Konfliktes sowie von Vorschlägen zur Vermeidung künftiger Reibungsflächen zwischen DEH und SKH. Wer das tun solle, liessen wir offen. Eine grosse Rolle spielte die provisorische Amtsenthebung. Wir haben uns hier nicht in disziplinarische Angelegenheiten eingemischt, sondern gaben der Erwartung Ausdruck, dass die Amtsenthebung vom Departement rückgängig gemacht werden sollte. Ich bitte um Verständnis, dass sich der Präsident in einer solchen Situation äussert; wir taten es in unserem persönlichen Namen. Wir glauben nicht,

uns einer Kompetenzüberschreitung schuldig gemacht zu haben. Wir haben eine Verantwortung auch als Präsidenten gegenüber der Öffentlichkeit. Ich stehe nach wie vor zu diesem Vorgehen, und ich bitte Sie um Verständnis dafür.

Zum weiteren Vorgehen/Pressemitteilung: Mir liegt daran, dass die Ueberweisung an die GPK in der Pressemitteilung enthalten ist. Den Text im einzelnen werde ich mit Herrn Muheim für die Sitzung von morgen Vormittag vorbereiten.

Belser: Wir haben nicht eine Ueberweisung an die GPK zu beschliessen. Wir können höchstens darauf hinweisen, dass sich die GPK der Sache weiter annehmen wird, wie sie es schon seit 1985 getan hat.

Präsident: Die GPK hat die Untersuchung des SKH im Prinzip abgeschlossen, pendent sind noch die Strukturfragen im EDA.

Miville: Ich lege grossen Wert darauf, dass es in der Mitteilung heisst - wie Herr Muheim vorhin sagte -: Die Kommission nimmt aufgrund eines eingehenden Berichtes des Bundespräsidenten (oder Departementsvorstehers) Kenntnis ...

Muheim: Der Präsident und ich werden gemeinsam einen Text ausarbeiten und Ihnen morgen vorlegen. (Antrag Affolter und Pressemitteilung im Anhang)

M. Aubert, Président de la Confédération: M. Bonny a adressé une lettre au Président de la Commission des affaires étrangères du Conseil national dans laquelle il demande, que la commission entende M. Blaser à sa séance du 24 mars 1987. Cela transformera la commission en véritable juge d'instruction. Il conviendrait de s'unir à M. Dupont pour la suite à donner à cette procédure.

Präsident: Ich bin froh um diesen Hinweis. Es besteht die Absicht, dass die beiden Präsidenten der aussenpolitischen Kommissionen mit den beiden Präsidenten der GPK das weitere Vorgehen in diesen Angelegenheiten besprechen. Die AAK sollten sich, das ist meine Meinung, vorläufig nicht mehr mit der Sache befassen. Ich bin bereit, in diesem Sinn mit Herrn Dupont zu sprechen.

Frau Josi Meier: Es ist, wie Herr Belser richtig sagte, tatsächlich nicht unsere Sache, der GPK Aufträge zu erteilen, vor allem dann nicht, wenn sie die Angelegenheit ohnehin bereits verfolgt. Ebenso wenig haben wir der nationalrätlichen AAK irgendwelche Weisungen zu erteilen. Hingegen ist nichts einzuwenden, wenn unser Präsident mit Herrn Dupont Kontakt aufnehmen will.

Hefti: Ich bin unserem Präsidenten dankbar für seine Bereitschaft, die Absichten der nationalrätlichen Kommission (weitere Anhörungen) zu stoppen. Zur Sache selber: es mag ein Problem allenfalls der GPK sein, gewisse organisatorische Fragen hinsichtlich des Korps zu lösen. Herr Blaser selber ist für mich erledigt.

Präsident: Ich nehme Ihre Anregungen und Bedenken gerne entgegen und werde sie in die Besprechung mit den Präsidenten der GPK und AAK des Nationalrates einbringen.

CONFIDENTIEL

CONSEIL NATIONAL

Commission des affaires étrangères

PROCES-VERBAL PARTICULIER 2 de la séance du 10 février, de 09h30 à 13h35
à Berne, palais du parlement, salle 3

ORDRE DU JOUR

La suspension du chef du Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophe

Die Suspendierung des Chefs des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps

(Pour les autres objets à l'ordre du jour voir procès-verbal principal - Für die übrigen Traktanden siehe Hauptprotokoll)

PARTICIPANTS

Président:

M. Dupont

Membres présents:

MM. Bäumlin, Berger, Mme Blunschy, MM. Bonny, Bundi, Mme Camenzind, MM. Cantieni, Cevey, Cottet, Eggly-Genève, Mme Eppenberger, MM. Euler, Fischer-Sursee, Maitre-Genève, Mühlemann, Pini, Mme Pitteloud, MM. Reich, Renschler, Riesen, Sager, Widmer

Représentation de l'administration:

M. Aubert, Président de la Confédération, chef du DFAE
M. Wermuth, ambassadeur, DFAE
M. Staehelin, directeur DDA/DFAE
M. Stettler, DFAE
M. Bill
M. Erard, DFAE

Excusés:

M. Cevey, Fischer-Sursee, Riesen

Secrétariat:

M. Aebi

Procès-verbal:

Mme Andres (f)
Mme Mäder-Bogorad (d)

La suspension du chef du Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophe

Le président: J'ai rencontré, le 20 janvier à Berne, M. le président de la Confédération qui m'a largement expliqué la situation et qui s'est déclaré prêt à nous donner aujourd'hui une information équivalente et même, si nécessaire, plus approfondie au vu des événements qui se sont déroulés depuis notre entretien.

M. Aubert, président de la Confédération: Il est de règle, lorsqu'une instruction est ouverte, de ne point parler des faits qui y sont relatifs. Le Conseil fédéral a été tenu au courant de la situation. Mis à part ce dernier, seul votre président, M. Dupont, a été informé des faits. Contrairement aux assertions des journaux, je n'ai pas vu du tout M. Affolter, président de la Commission des affaires étrangères du Conseil des Etats. M. Dupont a eu l'amabilité de me montrer un projet de communiqué de presse des deux présidents des Commissions des affaires étrangères. J'en ai discuté avec M. Dupont, mais je n'ai pas pu en discuter avec M. Affolter.

M. Blaser a été nommé à la suite d'une mise au concours de son poste. C'est moi-même qui l'ai choisi entre quatre ou cinq candidats que j'ai entendus personnellement pendant une heure chacun. M. Blaser est un homme calme, posé, donnant toute confiance. C'est ainsi qu'il a été nommé le 21 octobre 1981 comme vice-directeur de la DDA. Il était en quelque sorte responsable de l'aide humanitaire.

Dans ce cadre, il faut distinguer l'aide humanitaire non opérationnelle, l'aide humanitaire opérationnelle ainsi que l'aide humanitaire en cas d'urgence. L'aide humanitaire non opérationnelle consiste à verser des subventions à des organisations caritatives privées.

L'aide humanitaire opérationnelle est celle de nos opérations sur le terrain. Il ne s'agit pas d'interventions d'urgence.

L'intervention d'urgence est une intervention ponctuelle à la suite d'un tremblement de terre, d'inondations, d'incendies et où il faut arriver immédiatement pour essayer de sauver les êtres humains. C'est ainsi que l'on est capable de mobiliser, dans les douze heures environ, une toute petite équipe composée de médecins, d'infirmières, de chiens et de gardes-chiens. Les chiens ne peuvent travailler que deux, voire quatre jours, parce qu'ils se blessent les pattes.

Face aux destructions, il faut voir dans quelle mesure notre aide publique au développement (aide humanitaire) peut s'exercer et dans quels domaines elle doit s'exercer. Il faut établir les domaines prioritaires. Pour cela, il faut d'abord faire un constat des dégâts et ensuite voir dans quels domaines notre assistance peut être le plus utile. Ici commence déjà l'aide humanitaire opérationnelle qui est évidemment indissociable de l'intervention en cas d'urgence ainsi que des mesures prises par les autres organisations caritatives dans le cadre de l'aide humanitaire non opérationnelle.

Ensuite intervient l'étape de la coopération technique ou de l'aide financière faisant l'objet du crédit-programme voté pour 1,8 mia de francs. Ici, nous nous situons déjà dans le moyen, voire le long terme. Or, M. Blaser n'acceptait pas et n'a jamais admis d'être placé sous les ordres du Directeur de la DDA. Il en était déjà ainsi du temps du précédent Directeur de la DDA, M. Heimo. Contrairement aux dires de M. Blaser, M. Heimo m'a déclaré que M. Blaser refusait de se rendre aux séances de direction et qu'il se refusait à tout contact avec la DDA.

M. Blaser n'admettait pas non plus que ses compétences financières soient fixées à un million de francs (voir Ordonnance concernant la coopération au développement et l'aide humanitaire du 12 décembre 1977, qui est l'ordonnance d'exécution de la Loi fédérale concernant la coopération au développement et l'aide humanitaire du 19 mars 1976). Le Délégué est donc compétent jusqu'au montant d'un million de francs uniquement dans les cas d'intervention d'urgence en cas de catastrophe.

J'ai rendu M. Blaser attentif à ce problème dès 1983. Je l'ai prié de coordonner ses actions avec celles de la DDA. En particulier, je lui avais écrit le 20 décembre 1983: "Pour moi il est évident que vous devez avoir comme Délégué du Conseil fédéral aux missions de secours en cas de catastrophe à l'étranger une très large liberté pour engager le Corps chaque fois qu'une catastrophe exige une intervention rapide et des décisions immédiates. Le problème se présente tout autrement cependant - et vous le savez - en ce qui concerne l'ensemble de nos activités d'aide humanitaire où je souhaite, - et c'est d'ailleurs aussi le vœu du Conseil fédéral et même du Parlement - qu'une coordination encore meilleure que jusqu'ici soit faite entre les secours d'urgence et nos efforts à plus long terme d'aide et de coopération au développement. Cette coordination a été voulue par le législateur et elle est prévue dans l'ordonnance du Conseil fédéral sur la coopération au développement et l'aide humanitaire. Vous avez engagé de plus en plus souvent le Corps non pas dans des interventions qui avaient pour but de sauver des vies ou des biens après une catastrophe soudaine, mais bien dans des interventions qui se rapprochent beaucoup de nos activités de coopération technique. Vous comprendrez que sur toutes ces questions il ne me soit pas possible de suivre moi-même directement vos activités et c'est l'une des raisons pour lesquelles je souhaite qu'il existe dans ces domaines d'intervention du Corps une coopération plus grande entre votre Division et les autres divisions de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire."

M. Blaser a continué à vouloir que le Corps d'intervention en cas de catastrophe soit totalement indépendant de la DDA. Malgré ces instructions précises, M. Blaser a signé le 9 avril 1984 avec le gouvernement de Mauritanie un programme de santé et d'alimentation à long terme. Non seulement M. Blaser ne nous a pas consultés mais en plus, il a outrepassé très nettement ses compétences financières. En effet, il avait signé un accord pour une première phase de 900'000 francs et s'était engagé à poursuivre ce programme durant 18 mois pour un montant de deux millions de francs. Aussi bien le Directeur de la DDA que moi-même avons été placés devant le fait accompli.

- 4 -

J'ai très fermement rappelé M. Blaser à l'ordre et lui ai rappelé encore une fois par lettre du 6 juin 1984 ses tâches et compétences. "J'ai reçu votre rapport de votre mission en Mauritanie. Je constate qu'il s'agit d'une action destinée à être prolongée durant 18 mois au moins dont le coût total dépassera sensiblement un million de francs et qui ne répond donc pas à une catastrophe soudaine, mais à une situation connue depuis longtemps. Il s'agit d'une action à moyen terme. J'aimerais que vous distinguiez bien deux cas: Le Corps a été créé pour intervenir en cas d'urgence, lorsqu'il y a tremblement de terre ou autre événement subit. Vous devez pouvoir engager alors le Corps sans délai et l'Ordonnance du Conseil fédéral du 12 décembre 1977 vous en donne la possibilité. Je vous prie de me soumettre, d'entente avec le directeur de la DDA, les projets de propositions du Conseil fédéral concernant les engagements que vous avez prévus dans l'accord signé avec le gouvernement mauritanien. Je souhaite que ce type d'activités soit beaucoup mieux coordonné que par le passé avec celles des autres divisions de la DDA et j'espère fermement que ce cas permettra de clarifier définitivement le cadre des compétences que vous exercez et que la collaboration que je souhaite voir au sein de la Division de la Direction à la coopération au développement ne posera plus de problèmes à l'avenir."

Il est évident qu'après chacune de ces affaires, j'ai convoqué à mon bureau M. Blaser ainsi que M. Staehelin, directeur de la DDA. Je les ai incité à une meilleure coopération et coordination de leurs diverses actions. Ceci m'a été promis.

Lors de la conférence de presse du 21 janvier 1985, à propos de l'augmentation du crédit - programme d'aide humanitaire de 360 millions de francs à 440 millions de francs, M. Blaser a tiré un papier de sa poche et sans m'avoir consulté (ni d'ailleurs le directeur de la DDA), a tenu la conférence de presse en même temps que le directeur de la DDA. Il a déclaré qu'il n'admettait pas la façon de procéder du Conseil fédéral, qu'il fallait accorder une beaucoup plus grande importance à l'aide humanitaire qu'à la coopération technique et financière, que ce montant de 440 millions de francs était insuffisant, etc.

Je me suis permis alors d'écrire à nouveau à M. Blaser le 28 janvier 1985. "Vous contestez la décision du Conseil fédéral quant au montant du prochain crédit de programme pour l'aide humanitaire, mettant ainsi publiquement en cause les priorités arrêtées par le Conseil fédéral dans la répartition des moyens de l'aide publique au développement entre ses grandes catégories. Vous vous êtes également permis d'en appeler au jugement de la presse, des commissions parlementaires et du Parlement pour juger si ce montant est suffisant dans la situation actuelle. "Je veux que des incidents tels que celui de la conférence de presse du 21 janvier 1985 ne se reproduisent plus. Je suis contraint de vous rappeler une fois de plus que vos fonctions de chef de la Division de l'aide humanitaire vous place sous l'autorité de M. Staehelin. L'autonomie opérationnelle dont vous jouissez en temps que chef d'aide du Corps d'aide en cas de catastrophe se limite à l'organisation et à l'engagement du corps pour des opérations répondant à des catastrophes au sens étroit du terme. Je veux que toute opération du corps étranger à des situations plus durables soit coordonnée avec le directeur de la DDA et décidée par moi personnellement en cas de divergence. Je considérerai tout acte ne répondant pas aux instructions ci-dessus comme une faute professionnelle grave.

Il y a eu un échange de correspondance. J'ai à nouveau fait venir M. Blaser et M. Staehelin. Il semblait que les choses étaient au point. Au printemps 1985, M. Blaser a fait construire dans l'est du Soudan un camp de réfugiés, qui n'a jamais été utilisé, pour une somme de 3,8 millions de francs. Le Conseil fédéral n'a pas été informé.

Le 19 septembre 1985 a eu lieu le tremblement de terre à Mexico City. M. Blaser demande d'envoyer d'urgence un avion équipé en bonne et due forme. Cela a été fait. M. Blaser demande alors un deuxième avion qui n'est jamais parti étant donné que cela ne semblait plus nécessaire. Le 25 septembre, je reçois le télégramme suivant: "der Delegierte des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland, Eduard Blaser, hat am 25. September eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach das Katastrophenhilfekorps mit der Sanierung des Spitals in enger Zusammenarbeit mit den mexikanischen Staatsbehörden sofort beginnen wird." Je lui envoie tout de suite un télégramme dans lequel je demandais de cesser tous les travaux. Nous ne savions pas s'il s'agissait d'une priorité. Nous n'avions aucun rapport. En plus, la reconstruction de cet hôpital aurait largement dépassé les compétences financières de M. Blaser. Je demande immédiatement un rapport. Je ne l'ai pas reçu. Le premier avion avait déjà engagé 760'000 francs. Pour la première étape de cet hôpital, M. Blaser a signé un autre contrat pour 900'000 francs en promettant que la Chaîne du Bonheur (qu'il n'avait pas consulté) verserait encore un million de francs.

Quelques jours auparavant, à savoir le 9 septembre, la Commission de gestion du Conseil des Etats avait procédé à l'inspection de la Division de l'aide humanitaire. Lors de cette inspection, M. Blaser présente de son propre chef un projet visant à rendre l'intervention en cas d'urgence absolument indépendante de la DDA. Il ne m'a jamais soumis ce projet, ni d'ailleurs au directeur de la DDA, alors qu'il prévoyait la création d'un office absolument indépendant.

La Commission de gestion a tenu séance. Ces difficultés ont été soulevées. La Commission de gestion a estimé qu'il serait peut-être bon de mettre des frontières plus claires entre le cas d'urgence et les autres cas. Notre juriconsulte, M. Monnier, d'entente avec l'Office du personnel et l'Office de l'organisation, a proposé de décharger M. Blaser de ses responsabilités de vice-directeur de la DDA ainsi que de la gestion de l'aide humanitaire. M. Monnier a également proposé de rattacher le Corps d'aide en cas de catastrophe directement au chef du Département, tout en laissant ce Corps administrativement dépendant de la DDA et enfin, d'exiger l'accord de la DDA pour toutes les actions du Corps qui n'ont pas un caractère d'urgence. M. Monnier s'était exprimé de la façon suivante: "Je tiens à souligner que les structures administratives les plus rationnelles et les organigrammes les plus soigneusement élaborés ne sont rien, si les personnes, quels que soient leur statut et leurs convictions personnelles, ne font pas preuve d'un minimum de coopération et de collaboration dans l'accomplissement de leurs tâches."

Le 13 septembre 1986 se produit en Grèce un tremblement de terre. Le gouvernement grec a été consulté et, vu les aides venant de partout, a préféré renoncer à notre aide d'urgence. Or, le 29 octobre, plus de six semaines

plus tard, M. Blaser envoie une équipe de reconnaissance pour aller voir dans quel état se trouve la situation. Le 4 novembre M. Blaser fait signer par notre ambassadeur, M. Steinhäuslin, un contrat pour l'implantation de 50 maisonnettes à des fins scolaires et de salles communautaires. Il ne s'agissait pas du tout d'une priorité d'urgence.

Le rapport de la Commission des gestion du Conseil des Etats du 21 novembre 1986 dit: "Du fait de leur champ d'activité, il est indispensable que l'aide en cas de catastrophe, l'aide humanitaire indirecte et la coopération au développement collaborent étroitement. Les personnes compétentes dans ce domaine doivent être amenées à collaborer loyalement. Il faut pour cela qu'une décision soit prise au niveau supérieur visant à mettre les secteurs de l'aide sous une direction unique et à définir les objectifs à suivre dans la politique d'aide au développement. Le Conseil fédéral a relevé M. Blaser de sa fonction de sous-directeur de la DDA et l'a subordonné directement au chef du Département fédéral des affaires étrangères. Administrativement, le délégué du Conseil fédéral reste attaché à la DDA." On précise que la DDA est compétente pour l'aide humanitaire non opérationnelle et le délégué pour l'aide humanitaire opérationnelle. "Ce dernier et la DDA déterminent en commun les modalités de l'aide opérationnelle. Ainsi en a décidé le Conseil fédéral."

"Ainsi que la Commission des gestion a dû le constater, M. Blaser a outrepassé ses compétences non seulement en ce qui concerne l'obligation de coordonner son travail avec la DDA, mais aussi sur le plan financier à l'égard du chef du département. Rien ne donne à penser que cette attitude changera. Bien au contraire, la solution adoptée semble conforter le délégué dans son comportement."

La Commission de gestion du Conseil des Etats propose d'en informer le Conseil fédéral et le Parlement, et leur recommande d'adopter, du moins lorsque le poste de M. Blaser sera repourvu, une solution qui soit plus conforme au droit.

Nous avons dû enregistrer le renvoi du chef du personnel, M. Scheidegger, qui avait été engagé par M. Blaser. Le chef du personnel, M. le secrétaire général Wermuth, a demandé à M. Scheidegger de lui faire un rapport. Entre autres, il ressort du rapport que certaines opérations avaient été conduites par une personne qui n'était alors plus fonctionnaire de la Confédération. En fait, il s'agissait de l'amie de M. Blaser. En outre, M. Blaser affichait une grande intolérance envers son personnel, n'était que rarement à son bureau. Il prenait des décisions en coup de vent et n'acceptait pas la contradiction.

Au vu de ces éléments nouveaux, le Secrétaire général du département a proposé d'ouvrir une enquête disciplinaire. Elle a été ouverte.

A la suite d'une indiscretion, le 27 décembre le "Bund" émet un certain nombre de critiques sur le compte de M. Blaser, informant que ce dernier allait donner sa démission. En fait, cette démission n'est arrivée que le 29 décembre au département. Ce que voyant, M. Blaser entre en contact avec les journalistes, s'exprime aussi bien à la télévision suisse-italienne, suisse-allemande que suisse-romande, etc. J'étais moi-même en vacances.

Le 29 décembre 1986, M. Staehelin me téléphone pour me mettre au courant de la situation. Après avoir consulté mes collaborateurs, j'ai pris la décision de suspendre provisoirement M. Blaser de ses fonctions.

Cette décision qui a été discutée dans la presse n'est pas une décision nulle. Elle était annulable parce qu'un préalable, l'audition (Anhörung), n'avait pas eu lieu. Cette formalité n'a pas été accomplie. Dès lors, si M. Blaser avait recouru au Tribunal fédéral, ce dernier n'aurait pu que constater cette informalité et casser la décision de suspension provisoire. Aucun recours n'a eu lieu contre cette décision.

Le 19 janvier 1987, j'ai procédé à l'audition de M. Blaser en compagnie de son avocat, Maître Jost. Nous avons d'abord tenté pendant une heure et demie de résoudre plus pacifiquement cette affaire. La conciliation a été absolument refusée, de telle sorte que nous avons alors procédé à l'audition de M. Blaser. Nous avons tout tenté pour essayer de le convaincre de se plier à un minimum de discipline et d'accepter de coordonner ses activités comme il en avait l'obligation.

En proposant au Conseil fédéral de modifier le 27 août 1986 l'Ordonnance du 12 décembre 1977, nous avons fait un grand pas dans le sens de M. Blaser. L'enquête disciplinaire est en cours. La confiance est totalement et définitivement rompue entre M. Blaser, le Directeur de la DDA et moi-même. La campagne qui a été lancée contre la DDA, en définitive contre les décisions du Conseil fédéral, et la façon dont cette polémique a été conduite prouvent que M. Blaser a manqué à tous les devoirs de discrétion et de retenue. Il a même entrepris de mobiliser les membres du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe pour défendre ses opinions.

Le Conseil fédéral, sur ma proposition, a décidé en sa séance du 28 janvier 1987 de mettre M. Blaser en congé payé jusqu'au 31 août 1987, date pour laquelle M. Blaser a annoncé son départ définitif. En effet, la loi n'autorise pas un employé fédéral à exiger du travail, par contre l'autorise à exiger le paiement de son salaire. En même temps, le Conseil fédéral a approuvé la désignation de M. Arthur Bill, qui a bien voulu accepter de reprendre le flambeau. "Le Conseil fédéral a constaté que les rapports de confiance entre l'actuel chef du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe, M. Eduard Blaser et supérieurs n'existent plus. Le Conseil fédéral a pris acte en l'approuvant de la décision du Chef du Département des affaires étrangères de dispenser M. Blaser de toutes les tâches qui lui incombaient avec l'effet immédiat. M. Blaser est donc mis au bénéfice d'un congé payé jusqu'à l'échéance de ses rapports de service, soit le 31 août 1987. Le Conseil fédéral a décidé de confier à Arthur Bill, qui était jusqu'en 1981 le Délégué du Conseil fédéral, la direction à titre intérimaire du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe à l'étranger, jusqu'à l'entrée en fonction du nouveau chef du Corps. Le Conseil fédéral est convaincu que cette solution permettra au Corps suisse d'aide en cas de catastrophe de continuer à fonctionner avec l'efficacité qu'on lui connaît. Elle doit permettre de retrouver au sein de tous les services concernés le climat de confiance et de collaboration indispensable à un travail efficace au service des plus défavorisés, climat qui a été gravement perturbé au cours de ces derniers mois et surtout de ces dernières semaines."

Nous avons préparé une révision de l'ordonnance. Nous ne pouvons pas suivre les suggestions faites par les présidents des Commissions des affaires étrangères: "Il convient de citer la possibilité de séparer l'aide de secours en cas de catastrophe de la DDA." Il s'agit d'un tout, d'une loi et d'une matière unique, à savoir l'aide publique au développement. Elle se fait sous diverses formes, à savoir la coopération technique, l'aide financière, l'aide humanitaire, l'aide alimentaire ainsi que les mesures de politique économiques. Il est indispensable que nous conservions une unité de matière et qu'il y ait une coopération qui puisse s'organiser. Et ceci, tout en accordant au Chef du Corps en cas de catastrophe une totale autonomie pour des interventions d'urgence.

Le président: La question de savoir s'il faut séparer ou non le Corps en cas de catastrophe de la DDA doit être examinée par notre commission. Nous souhaiterions que le Corps retrouve sa sérénité aux yeux de la population suisse. C'est dans ce sens-là que notre commission doit, à mon avis, oeuvrer. La discussion est ouverte.

Bonny: Für die Parlamentarier ist es nicht leicht, sich zu dieser Angelegenheit zu äussern. Bundespräsident Aubert, dem ich für das ausführliche Votum danke, ist natürlich eine Partei in dieser Frage. Für ein objektives Bild müssten wir auch Herrn Blaser anhören. Ich wurde in dieser Frage mehrfach von Journalisten angegangen, habe mich aber bis jetzt ihnen gegenüber nicht geäußert. Mit Herrn Blaser, den ich kenne, habe ich nicht gesprochen. Um mir eine Meinung bilden zu können, habe ich etwas nachgeforscht. Ich werde mich zu drei Punkten äussern:

1. Problematik der Zusammenarbeit mit Herrn Blaser vor den "Dezember-Ereignissen";
 2. "Dezember-Ereignisse";
 3. Allgemeines zum Katastrophenhilfekorps mit Blick auf die Zukunft.
 1. Zwischen DEH und Katastrophenhilfekorps (insbesondere mit Herrn Blaser) bestanden seit Jahren Probleme. Im Zusammenhang mit dem Erdbeben von Kalamete (Griechenland) wurde mir folgendes geschildert: Als Zehntausende von Menschen - in der kalten Jahreszeit - in Zelten hausten, ergriff Herr Blaser Initiative und liess Notbaracken aufstellen. Man kann sich fragen, ob das nach dem "Buchstaben" richtig war. Ich für meinen Teil war froh über diese Aktion von Herrn Blaser. Es ist der Sinn eines Katastropheneinsatzes, dass man an Ort und Stelle hilft und rasch reagiert. Das erwarte ich auch von einem künftigen Katastrophenhilfe-Delegierten.
- Unklarheiten in Rechtsfragen: Wie auch in der GPK zum Ausdruck kam, ist die Aufgabenabgrenzung unklar (auch Auffassung von Herrn Monnier). Seit 1984 hat Herr Blaser - später auch die GPK des Ständerates! - eine administrative Untersuchung verlangt. Das war klug, denn gerade wenn Unklarheiten bestehen, muss einmal abgegrenzt werden. Nun aber eine Frage: Wenn man mit Herrn Blaser schon so unzufrieden war - wie wir soeben wieder gehört haben -: weshalb hat man den mehrfachen Begehren nach administrativer Untersuchungen nicht stattgegeben? Weshalb überhaupt wurde angesichts der geschilderten Missständen nicht schon vor Jahren durchgegriffen? Die Missstände waren - wenn Sie recht haben - gar nicht zu tolerieren. Hier stellen sich Probleme einer klaren und straffen Führung. Man muss schon aufpassen, dass solche Vorwürfe wegen langfristiger Duldung von Missständen nicht wie ein Bumerang auf jene Leute zurückfallen, die sie erheben.

2. Am 24. Dezember wurde das Disziplinarverfahren eröffnet; in der Nacht vom 30. auf den 31. Dezember wurde die vorläufige Dienstenthebung verfügt. Die Sache wurde durch den "Bund"-Artikel (Autor: Dr. Konrad Stamm) vom 27. Dezember in die Öffentlichkeit hineingetragen. Dann gingen die Journalisten auf Herrn Blaser los; es war also nicht Herr Blaser, der die Sprachregelung (dass man sich nicht gegen aussen äussern wollte) primär gebrochen hat, sondern er wurde mit Vorwürfen, die in diesem Artikel enthalten waren, konfrontiert. Herr Stamm antwortete einem Leserbriefschreiber: "Genauere Auskünfte sammelte ich im Gespräch mit vier DEH- und SKH-Mitarbeitern." Herr Blaser bestreitet in aller Form, einer der vier Mitarbeiter zu sein. Die Indiskretionen wurden also primär durch andere Leute begangen; E. Blaser antwortete erst, nachdem er mit Vorwürfen konfrontiert worden war.

Ueber eine Aeusserung von Bundespräsident Aubert war ich schockiert: Sie haben zugegeben, dass Herrn Blaser das rechtliche Gehör - eines der fundamentalsten Rechte - nicht gewährt wurde. Sie bezeichneten das als "formalité". Das rechtliche Gehör ist mehr als eine "formalité"! Diese Aussage möchte ich gerne von Ihnen korrigiert wissen. Dann ist für mich dieser Zwischenfall erledigt.

Die Sache geht aber noch weiter: Man hat Herrn Blaser nicht nur nicht angehört, sondern ihm wurde zweimal die Einsicht in die Dokumente verweigert. Dass er Einsicht in die Dokumente verlangte, ist legitim: Nachdem Herr Scheidegger eine Eingabe gegen ihn gemacht hatte, wollte er in Erfahrung bringen, was ihm vorgeworfen wurde.

Das EDA hat also im Rahmen des Verfahrens im Dezember elementare Grundsätze des Beamtenrechts verletzt.

Am Schluss ging es nicht mehr um die Sache, sondern es war ein Kampf um Prestige (Gesicht wahren).

3. Die Abgrenzung zwischen Entwicklungshilfe und Katastrophenhilfskorps ist tatsächlich keine einfache Frage. Nochmals das Beispiel von Kalamate zur Illustration: Ein Erdbeben geschieht, ein Soforteinsatz erfolgt. Was dann zu geschehen hat, ist mit dem Militär zu vergleichen: Wenn Sie einen Angriff machen, hört die Übung nicht auf, indem der Sturm erfolgt, sondern dann muss die Position dort sofort konsolidiert werden, damit nicht noch einmal etwas Schlimmes passieren kann.

Der Katastropheneinsatz hat das unmittelbare Ueberleben sicherzustellen. Das muss sehr unbürokratisch geschehen. Es kann auch einmal eine Baracke aufgestellt werden - wenn es zum Ueberleben hilft. Das Entscheidende der humanitären Hilfe ist, dass wir effektiv helfen, und nicht, dass einfach und in jedem Fall nur Regeln eingehalten werden.

Mit der veränderten Verordnung von 1986 sind weitere Konfliktfälle vorprogrammiert. In Absatz 2bis Artikel 14 der Verordnung heisst es, der Delegierte und die DEH bestimmen gemeinsam über die Massnahmen der operationellen humanitären Hilfe. Dies gelte nicht für Soforteinsätze des Schweizerischen Korps für Katastrophenhilfe im Ausland im Falle von plötzlichen natur- oder zivilisationsbedingten Katastrophen. Man hat es sicher gut gemeint, indem man einen Kompromiss suchte. Aber die Abgrenzung ist damit alles andere als klar. Interpretationsfragen sind offen.

Ich trete nicht für eine absolute Trennung der beiden Einrichtungen ein, aber man muss Kriterien schaffen, die eine bessere Kompetenzabgrenzung zulassen.

Noch eine grundsätzliche Bemerkung: Wir erleben immer wieder, wie in der Aussenpolitik die Meinungen divergieren. Aber in zwei Bereichen - im Rahmen der humanitären Hilfe und hinsichtlich Aktivitäten des IKRK - besteht ein Konsens im Schweizervolk. Es ist äusserst bedauerlich, dass dort, wo wir uns einig sind und unsere Solidariät mit der Welt bekunden können, aus administrativen Gründen Querelen entstehen, die den guten Ruf in Frage stellen.

M. Maitre-Genève: Par le problème qui nous est posé, il y a en réalité deux questions qui sont distinctes. La première est relative aux personnes en question et la deuxième concerne plus particulièrement les structures ainsi que leur fonctionnement. A mon avis, il n'entre pas dans le cadre des compétences parlementaires de nous occuper des questions ayant trait aux personnes. En ce qui concerne les structures, tout en étant conscient qu'elles ne sont pas grand-chose, si les hommes chargés de les faire fonctionner ne parviennent pas à s'entendre, il faut malgré tout reconnaître qu'entre la mission spécifique du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe et la mission plus générale d'aide humanitaire, il y a bel et bien deux philosophies différentes. Il n'est pas certain que ces deux philosophies puissent complètement cohabiter lorsqu'elles sont exprimées par des hommes convaincus de la nécessité de la philosophie qu'ils sont chargés d'appliquer sur le terrain. Par définition, les gens du Corps suisse sont - permettez-moi l'expression - des pompiers, c'est-à-dire des gens de terrain, d'actions directes et immédiates. Leur problème est l'engagement intense pour une durée limitée. Inversement, ceux qui sont chargés de concevoir et d'appliquer les principes de la coopération au développement sont des gens qui doivent voir le long terme en fonction d'une certaine stratégie. Cette philosophie n'est guère mariable avec la philosophie des gens du Corps suisse. C'est vouloir un peu marier l'eau et le feu que de prétendre que des tempéraments aussi différents peuvent raisonnablement travailler ensemble. Il me semble que l'on cherche à faire cohabiter à la fois un corps de pompiers et un service social. Cette structure qui avait été trouvée - dépendance hiérarchique du Chef du Corps vis-à-vis du Chef du Département, dépendance administrative vis-à-vis de la DDA - me semble être une sorte de compromis pas tellement viable. En effet, je ne crois pas qu'à long terme il soit facile de distinguer ou de séparer l'autorité hiérarchique de l'autorité administrative. La plupart du temps, elles vont de pair. On n'arrive pas à faire cette césure dans les faits et dans la pratique. Faut-il donc arriver à une autonomie plus large encore du Corps suisse? J'avoue personnellement que je ne suis pas en mesure de répondre à cette question. Si oui, quelles sont les limites précises qui doivent être assignées à son action? La question de base que nous avons à nous poser est de savoir si la structure bicéphale actuelle est viable. Si nous arrivons à la conclusion qu'elle n'est pas complètement satisfaisante, comment pouvons-nous l'améliorer? Par une indépendance accrue ou cette dernière nous conduira-t-elle toujours aux problèmes qui sont nés et que nous connaissons?

Mme Pitteloud: J'estime également qu'il est nécessaire de retrouver pour notre Corps suisse et la DDA les moyens de travailler dans la sérénité. Personnellement, n'ayant pas reçu d'autres informations que celles qui nous ont été données aujourd'hui, je pense qu'il est très important de discuter dans le calme. L'intervention de M. Bonny me donne un peu le sentiment que l'on veut être l'avocat de l'une ou de l'autre des parties. Lorsque M. Bonny parle du tremblement de terre en Grèce, il donne une interprétation qui ne correspond pas à ce qu'on nous a dit aujourd'hui. En effet, il semblait s'agir de bâtiments scolaires et communautaires. Cela n'a rien à voir avec le fait de dresser des bâtiments pour la survie de personnes. Quelquefois, on a l'impression qu'il y a un combat de prestige plutôt qu'un combat de faits.

En outre, à l'écoute du rapport de M. Aubert, j'ai moi aussi l'impression qu'on a peut-être trop attendu pour trancher. Toutefois, je suis persuadée que si on avait tranché plus tôt, ceux qui aujourd'hui veulent en faire une affaire ou un règlement de comptes, l'aurait fait également à ce moment-là. En ce qui concerne la question de trouver des critères clairs pour la délimitation des compétences, je souhaiterais entendre l'avis de M. Bill. En effet, les réglementations les plus fines ne peuvent suppléer à un manque de collaboration entre les personnes. A mon avis, la cohabitation des deux philosophies mentionnées par M. Maître est absolument indispensable. Si on arrivait à dire qu'il n'est pas possible de les faire cohabiter, cela équivaldrait à mettre en cause toute notre philosophie de notre aide au développement.

Le président: Je souhaite que vous vous exprimiez sur la question de savoir si vous voulez prolonger la discussion au sujet de la suspension de M. Blaser. En outre, il s'agit de savoir si nous voulons, avec le département, nous lancer dans le réexamen des structures.

Mühlemann: Wir sind kein juristisches Tribunal. Aber von der AAK aus müssen wir leider feststellen, dass unsere Aussenpolitik hie und da Pannen erleidet - in letzter Zeit waren es zu viele. Die beiden wichtigen Instrumente IKRK und Katastrophenhilfskorps sind betroffen. Hier haben wir unsere Hauptanstrengung zu unternehmen. Das ist der Grund, weshalb ich unwirsch reagiere, wenn die Prioritäten dort gesetzt werden, wo wir sozusagen als "Oberpädagogen" einem anderen Land Weisungen erteilen wollen (vergleiche Südafrika).

Wir haben unsere wichtigen Instrumente so à jour zu bringen, dass sie wirksam sind. Es ist bedauerlich, dass der Fall Blaser aufgetreten ist - er derart starke Publizität erfahren hat. Von der aussenpolitischen Kommission erwartet man gewisse Schlüsse, Massnahmen, Ratschläge. Ich verstehe, dass Präsident Dupont in einem kritischen Moment aktiv geworden ist. Juristisch mag man argumentieren, er habe seine Kompetenzen überschritten. Ich würde dem entgegenhalten, Präsident Dupont habe in geschickter Weise mit psychologischem Einfühlungsvermögen gemerkt, dass man im Volk etwas erwartet. Uns müssen - möglicherweise an einer nächsten Sitzung - drei Problemkreise beschäftigen:

1. Personalrechtliche Angelegenheit des Falles Blaser;
 2. Führungsstrukturen im EDA;
 3. Problematisches Gebilde (wieweit sollen Katastrophen- und Entwicklungshilfe zusammenarbeiten? wo sollen sie getrennt werden?).
1. Personalrechtlich kann man diskutieren, soviel man will: Juristisch ist es natürlich nicht in Ordnung, dass Herr Blaser nicht angehört wurde. Ich würde diesen juristischen Fehler aber nicht so hoch veranschlagen wie Herr Bonny. Stilwidrig war die ganze Sache zumindest: Man entlässt doch keinen Chefbeamten an Silvester. C'est un faux-pas. Es geschah in der Hitze des Gefechts, aber Gleiches darf sich nicht wiederholen.

Der Einsatz von Herrn Bill ist richtig. Aber man kommt nicht um die Frage des Nachfolgers von Herrn Blaser herum.

2. Die Strukturen des EDA sind für uns nicht übersichtlich. Es zeigt sich schon an den Kommissionssitzungen, dass wir nicht wissen, an wen wir uns wenden müssen. Welche Verantwortung hat Herr Brunner? Herr Wermuth? Welche Rolle spielt Herr Erard?

Wohlverstanden: Es ist nicht unsere Aufgabe, einem Bundesrat vorzuschreiben, wie er seine Gehilfen ausliest und einsetzt. Aber Fragen dürfen wir stellen!

3. Das Beispiel der Pompiers (Feuerwehrkommandanten) ist nicht schlecht gewählt. Im Grunde genommen sind es zwei verschiedene Aufgaben, die Herr Staehelin und Herr Blaser zu erfüllen haben. Beides sind hervorragende Männer. Herr Staehelin hat mit seiner Entwicklungshilfe Erfolg.

Entwicklungshilfe bedeutet schrittweises Vorgehen - bei der Katastrophenhilfe geht es viel imperativer zu und her.

Man müsste die beiden Dienste - von der Grundstruktur der Aufgabe her - grundsätzlich trennen, aber sie koordiniert führen. Der Entscheid, die beiden Männer auf gleicher Ebene zu belassen und von oben zu führen (und zu koordinieren), scheint mir richtig zu sein. Selbstverständlich gibt es dann aber Uebergänge, da der Katastrophenhelfer sagen muss, er habe seine Pflicht getan und jetzt komme der Entwicklungshelfer zum Zuge.

In dieser Beziehung würde ich es schätzen, wenn wir auch Herrn Blaser anhören könnten, nicht primär, um zu erfahren, was er alles erlitten oder welche Fehler er begangen hat. Was das Begehen von Fehlern betrifft: Der Mitarbeiter an der Front, in einer Situation, in der Not und Elend herrschen, hat ganz andere Vorstellungen als der Kollege, der in Bern sitzt. Wahrscheinlich war Herr Blaser - verständlicherweise - in Sachen Administration oft verärgert.

Im Rahmen einer Anhörung könnte uns Herr Blaser vermehrt darüber informieren, was Katastrophenhilfe ist. Herr Staehelin müsste ebenfalls Gelegenheit haben, sich zu äussern. Ich komme soeben von einer achttägigen Reise aus Indien zurück, mit gutem Eindruck von unserer Entwicklungshilfe, wenn auch mit einigen Fragen.

Wir sollten uns anstrengen, insbesondere diese Instrumente funktionsfähig zu erhalten bzw. zu machen, und stattdessen andere Probleme in den Hintergrund rücken.

Renschler: Unser Präsident hat zum zweiten Mal bereits unser Kommissionsreglement missachtet. Es geht nicht an, dass er eine Pressemitteilung herausgibt, in der Forderungen gestellt werden, zu denen die Kommission nicht Stellung nehmen konnte. Es gibt keine Präsidialkompetenzen. Herr Dupont, ich bedaure es, dass Sie Herrn Affolter mit dem Communiqué in der Weise auf den Leim gekrochen sind. Ich halte Sie für einen seriösen Präsidenten und Parlamentarier. Ich nehme an, dass Sie an Ihrer Forderung, die Entlassung von Herrn Blaser sei rückgängig zu machen, nicht mehr festhalten. Beamtenrechtliche Fehler auf Seiten des EDA sind begangen worden. Neuerdings zeichnen sich in einem neuen Fall solche ab (Verlegung der vier Bundesämter; den betroffenen Beamten soll ein "Maulkorb" umgehängt werden).

Weshalb wurde so lange zugewartet? Es scheint sich um gewaltige Kompetenzüberschreitungen zu handeln, die man nicht akzeptieren kann. Stimmt es, dass Herr Scheidegger von Herrn Blaser wider das Beamtenrecht entlassen wurde?

Eine Amtsenthebung Ende Jahr zeugt nicht gerade vom besten "Stil". Allerdings soll das zu diesem Zeitpunkt notwendig geworden sein, weil Herr Blaser das Funknetz zwischen Zentrale und verfügbaren Katastrophenhelfern in eigener Sache (Anweisungen, Sympathiekundgebungen) benutzt hat. Stimmt auch das?

Wird das Disziplinarverfahren sachlich und offen durchgeführt? Man konnte hören, dass Zeugen, die vernommen werden, Angst hätten, ihnen könnte aus gewissen Aussagen Nachteile erwachsen (Androhung von Zivilprozessen durch Herrn Blaser bzw. seinem Anwalt).

- 13 -

Weshalb ist unsere Kommission nicht schon früher aktiv geworden? Die GPK-S hat sich damit auseinandergesetzt. Weshalb aber hat sie die AAK nicht aufgefordert, sich mit den Strukturfragen EDA zu befassen. Weshalb funktioniert das auch im Parlament nicht? Wir müssen bei uns ebenfalls nach Lösungen suchen, um die zuständigen Fachkommissionen rechtzeitig an derartige Fragen heranzuführen. Abschliessend verweise ich auf eine richtige Aussage von Herrn Bill: Es geht in erster Linie um die Sache, und nicht um das Renommé!

Bäumlin: Nach dieser Diskussion kann ich mich kurz fassen. Zum vorwurfsvollen Ton von Herrn Bonny an die Adresse des Bundespräsidenten: Sie waren, wie Sie sagten, von der Wendung, es handle sich beim Anhörungsrecht um ein formelles Recht, schockiert.

Bonny: Der Ausdruck war "une formalité". Das schockierte mich.

Bäumlin: Ich habe das nicht so verstanden, sondern im Sinne eines "Verfahrensrechts". Die Abgrenzung der Kompetenzen mag im einzelnen kompliziert sein. Das Bild von Feuerwehr und Sozialdienst ist zwar recht gut, aber es ergibt sich daraus, dass die Feuerwehr Feuerwehr bleiben soll. Herr Blaser hat seine Kompetenzen offensichtlich überschritten (eigenmächtig in der Sache und finanziell gehandelt). Ich begreife auch nicht, weshalb man nicht früher durchgegriffen hat. Warum musste es dann plötzlich so schnell gehen? Ich möchte noch besser über die Gründe, die zur einstweiligen Amtsenthebung geführt haben, informiert werden.

Bundi: Ich rege an, dass man uns zu einem solchen Thema oder auch zu Traktandum 4.1 (KSZE-Wien) vor der Sitzung schriftliche Unterlagen unterbreitet. Für diese Frage hier wäre es sicher nützlich, ein Organigramm in bezug auf die heutige Organisation zu bekommen. Ohne Unterlagen ist es kaum möglich, über Strukturen des EDA zu diskutieren. Eine Strukturreform scheint unaufschiebbar. Traktandum 4.1: In den Unterlagen sollte das Grundkonzept, wie man an solche internationalen Konferenzen herantritt, dargestellt werden, so dass sich die AAK auch einmal mit dem Grundsätzlichen (den Kriterien) auseinandersetzen kann. In der MK wurden uns die Kriterien, wie sich die Delegierten an den KVAE-Konferenzen zu verhalten haben, ausgehändigt.

Le président: Je pense que nous devrions prendre acte du rapport que nous a fait le Président de la Confédération. Je vous propose personnellement de ne pas ouvrir un débat de cette nature au Conseil national. Dans le cas d'une interpellation, c'est au gouvernement qu'il incombera de répondre. Par contre, je vous propose que nous décidions d'aborder la question des structures dans une prochaine séance. Nous inviterons alors les membres de la DDA ainsi que l'actuel Chef du Corps suisse à nous présenter un exposé sur les questions soulevées aujourd'hui.

La commission se rallie unanimement à la proposition du président.

Le président: Je vous propose de tenir une conférence de presse à laquelle nous communiquerions les conclusions ci-dessus approuvées par la commission.

Die HH. Sager, Bonny sprechen sich gegen eine Pressekonferenz aus, da die Frage noch zu rudimentär behandelt wurde. Die Meinungen divergieren.

Das Verfahren läuft noch, und es sollte nicht noch mehr "juristisches Geschirr" zerschlagen werden.

Le président: J'estime que cette fois-ci nous sommes obligés d'aller répondre aux questions de la presse.

M. Eggly: Si notre commission était arrivée au bout de son examen, il serait inacceptable que l'on ne se prête pas au jeu des questions. Il me semble cependant que les journalistes sérieux devraient comprendre qu'en l'état actuel de nos travaux, il ne soit pas possible de tenir une conférence de presse.

Bill: Könnte Ihre Kommission nicht schon früher zusammentreten? Ihre Anregungen könnten bei der Ueberprüfungsarbeit im EDA berücksichtigt werden. Zudem erwarten Journalisten und Katastrophenhelfer Informationen.

Reich: Eine Pressekonferenz, an der nichts gesagt werden kann - wir sind in dieser Situation - ist für die Presse schlimmer als keine Pressekonferenz.

M. Bonny: J'estime qu'il faut dire à la presse que nous ne pouvons, ni ne voulons nous prononcer à ce stade de la procédure d'ailleurs encore en cours.

La commission décide avec une forte majorité de faire un communiqué de presse. Le président ainsi que 3 autres membres de la commission rédigeront un communiqué de presse dans le sens des interventions ci-dessus.

La commission décide de se réunir à nouveau le 24 mars 1987 à Berne. En outre, elle siègera également le 14 avril. La séance est levée à 13h35.

STAENDERAT

21.11.1986

Geschäftsprüfungskommission

An den BundesratHumanitäre HilfeBERICHT zu den Folgen der Inspektion der Geschäftsprüfungskommission von 19851. Die Haltung der Geschäftsprüfungskommission im Jahre 1985

Die Kommission hatte dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten empfohlen, auf Departementsstufe das konzeptionelle Verhältnis von Entwicklungszusammenarbeit und Katastrophenhilfe zu klären, um daraus die Konsequenzen für die Zuständigkeiten und die Führung ableiten zu können.

Von der Sache her ist eine enge Zusammenarbeit von Katastrophenhilfe, indirekter humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit unerlässlich. Die dafür zuständigen Personen müssen dazu gebracht werden, loyal zusammenzuarbeiten. Nötig ist dafür ein Führungsentscheid, der alle drei Bereiche der Hilfe unter einem Dach vereinigt und dabei auch die geforderte entwicklungspolitische Option trifft.

Die Organisationsstruktur soll die relative Bedeutung widerspiegeln, welche der Entwicklungszusammenarbeit einerseits, der humanitären Hilfe andererseits beigemessen wird. Bekanntlich sieht Herr Direktor Staehelin alle Formen der Hilfe als integrierende Bestandteile einer Entwicklungszusammenarbeit, weshalb sie in deren überdachende Konzeption eingeordnet werden müssen, während Herr Blaser die konzeptionellen Fragen von sich weist und die Katastrophenhilfe als einzige unproblematische und unmittelbar wirksame Hilfe hervorhebt. Zu entscheiden ist somit folgende Frage: Neigt der Bundesrat dazu, den Einsatz der Schweiz im Bereich der humanitären Hilfe auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit zu verstärken oder sieht er in der humanitären Hilfe einen Sonderfall der Entwicklungszusammenarbeit (soweit sie Entwicklungsländer betrifft)?

2. Der Entscheid des Bundesrates vom 27. August 1986

Der Bundesrat hat Herrn Blaser von seinem Amt als Vize-Direktor der DEH entbunden und ihn direkt dem Vorsteher des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten unterstellt. Administrativ bleibt der Delegierte der DEH angegliedert. Herr Blaser behält den Titel des Delegierten des

Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland. Diese Lösung gilt vorerst ad personam und soll vor der Neubesetzung der Stelle eines Leiters des Katastrophenhilfskorps vom Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten überprüft werden.

Gleichzeitig hat der Bundesrat die Verordnung über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe geändert. Darin weist er die nicht-operationelle humanitäre Hilfe der DEH zu, während der Delegierte für die operationelle humanitäre Hilfe zuständig erklärt wird. Massnahmen dieser Art der Hilfe sind vom Delegierten und von der DEH gemeinsam zu bestimmen, mit Ausnahme der Soforteinsätze des schweizerischen Korps für Katastrophenhilfe im Falle von plötzlichen natur- oder zivilisationsbedingten Katastrophen, für die der Delegierte allein zuständig ist. Die Finanzkompetenzen bleiben grundsätzlich unverändert, wobei für Massnahmen ausserhalb der Soforteinsätze die Zustimmung der DEH gefordert wird.

Direktor Staehelin bestätigt, dass die Zuständigkeitsregelung dem entspricht, was bis anhin aufgrund der Unterstellung von Herrn Blaser unter die DEH gegolten hat. Die Verordnung bestätigt nun aber das von Herrn Blaser angefochtene Mitwirkungsrecht der DEH in den Fällen ausserhalb der Soforteinsätze. Direktor Staehelin beabsichtigt, das Zustimmungserfordernis der DEH durch eine Regelung mit der Eidg. Finanzkontrolle zu sichern, die gewährleistet, dass diese keine Zahlungsanweisungen des Delegierten in diesem Bereich zur Auszahlung freigibt, die das Visum der DEH nicht tragen.

Die Abteilung Humanitäre Hilfe innerhalb der DEH wird aufgehoben; die Sektion Humanitäre Hilfe und Ernährungsmittelhilfe (bisher Sektion Internationale Hilfswerke) wird dem stellvertretenden Direktor unterstellt. Die Frage, ob sie zu einer Abteilung ausgestaltet werden könne, soll erst im Rahmen der definitiven Regelung der Neubesetzung der Stelle des Delegierten entschieden werden.

3. Bemerkungen

3.1 Sachfragen

Der Bundesrat hat den Delegierten gegenüber der DEH verselbstständigt, ohne dass offenbar die konzeptionelle Frage, die die Geschäftsprüfungskommission aufgeworfen hatte, entschieden worden wäre. Die Empfehlung der Geschäftsprüfungskommission bleibt damit vorläufig unerfüllt.

Die vom Bundesrat getroffene Lösung wird von Herrn Blaser sehr begrüsst, entspricht sie doch dem Wunsch, den er direkt der Geschäftsprüfungskommission vorgelegt hatte. Die Lösung

des bestehenden Konfliktes wird allerdings damit auf den Zeitpunkt der Neubesetzung der Stelle eines Chefs des Katastrophenhilfskorps verschoben.

Die Kompetenzüberschreitungen durch Herrn Blaser haben - wie die Geschäftsprüfungskommission feststellen musste - nicht nur die Koordinationspflicht zur DEH, sondern auch die Ueberschreitung der finanziellen Zuständigkeit gegenüber dem Departementschef betroffen. Eine Korrektur dieses Verhaltens ist nicht ersichtlich. Vielmehr erscheint die Lösung als Erfolg des Vorgehens des Delegierten.

Das Zustimmungserfordernis gewährt der DEH allerdings ein Druckmittel, das für die Zukunft geeignet sein mag, die Zahl der Streitfälle zu vermindern. Falls solche jedoch weiterhin auftreten sollten, müssten diese nun unmittelbar über den Departementschef ausgetragen werden. Diese Struktur erscheint - vor allem bei fehlendem vollwertigem Generalsekretariat - als die schlechteste denkbare organisatorische Lösung. Sie bedeutet jedenfalls eine Erhöhung der Führungsanforderungen, die an den Departementsvorsteher gestellt sind.

Diese Kritik entspringt der Sorge um das Katastrophenhilfskorps, das unter allen Umständen in seiner heutigen Form erhalten bleiben sollte, um als "Feuerwehr" in der Hand des Bundesrates dienen zu können.

3.2 Rechtsfragen

Nach der getroffenen Lösung ist der Chef des Katastrophenhilfskorps nicht mehr Vizedirektor eines Bundesamtes mit der Berechtigung, nach aussen den Titel des Delegierten zu tragen, (vgl. die Delegierten für Handelsverträge innerhalb des Bundesamtes für Aussenwirtschaft), sondern ein Delegierter des Bundesrates mit Entscheidfunktion, vergleichbar dem Delegierten für Flüchtlingswesen. Mit der Ausgliederung aus der DEH ist eine neue Verwaltungseinheit geschaffen worden, die im Verwaltungsorganisationsgesetz keine Grundlage hat. Nach dem Verwaltungsorganisationsgesetz und der zugehörigen Botschaft wäre eine gesetzliche Grundlage auch für den Delegierten des Bundesrates für die Katastrophenhilfe im Ausland erforderlich. Die Bundeskanzlei hat sich zunächst um eine rechtliche saubere Lösung bemüht, musste jedoch einsehen, dass für die Zeit, während welcher der heutige Delegierte sein Amt noch versieht, keine solche getroffen werden kann (konkret verletzt ist Art. 58 des VwOG, der die Verwaltungseinheiten aufführt. Der Dienst des Delegierten müsste dort unter Buchstabe D genannt werden).

- 4 -

Die Lösung beeinträchtigt daher die Legislativfunktion des Parlamentes und verletzt die Gewaltenteilung. Es ist Aufgabe der Geschäftsprüfungskommission, Bundesrat und Parlament hierüber zu informieren und für den Zeitpunkt der Neubesetzung der Stelle den Erlass einer rechtmässigen Lösung zu empfehlen.

Namens der Sektion EDA

Der Präsident:

Der Sekretär:



(Andermatt)



(Mastronardi)

Für die Fassung der Kommission
vom 19. November 1986

Der Präsident:



(Masoni)

CONSEIL DES ETATS

21.11.1986

Commission de gestion

Au Conseil fédéralAide humanitaireRAPPORT concernant les suites données à l'inspection de la
Commission de gestion de 19851. L'avis de la Commission de gestion en 1985

La commission avait recommandé au Département fédéral des affaires étrangères que soient clarifiées, au niveau du département, les relations entre la coopération au développement et l'aide en cas de catastrophes afin que les compétences et les pouvoirs décisionnaires respectifs puissent être déterminés.

Du fait de leur champ d'activité, il est indispensable que l'aide en cas de catastrophes, l'aide humanitaire indirecte et la coopération au développement collaborent étroitement. Les personnes compétentes dans ces domaines doivent être amenées à collaborer loyalement. Il faut pour cela qu'une décision soit prise au niveau supérieur visant à mettre certains secteurs de l'aide sous une direction unique et à définir les objectifs à suivre dans la politique d'aide au développement.

Les structures doivent refléter l'importance qui est accordée respectivement à la coopération au développement d'une part et à l'aide humanitaire d'autre part. On sait que M. Staehelin, directeur de la DDA, considère toute forme d'aide comme faisant partie intégrante de la coopération au développement et devant être intégrée dans la conception globale de celle-ci alors que M. Blaser, délégué pour l'aide en cas de catastrophes, repousse toute discussion concernant une telle conception et comprend sa mission comme la seule forme d'aide directement efficace et ne posant aucun problème. Il faut donc examiner la question suivante: Le Conseil fédéral tend-il à renforcer l'engagement de la Suisse dans le domaine de l'aide humanitaire au détriment de la coopération au développement ou considère-t-il l'aide humanitaire comme une forme particulière de la coopération au développement (lorsqu'elle concerne les pays en voie de développement)?

2. La décision du Conseil fédéral du 27 août 1986

Le Conseil fédéral a relevé M. Blaser de sa fonction de sous-directeur de la DDA et l'a subordonné directement au chef du

Département fédéral des affaires étrangères. Administrativement le délégué du Conseil fédéral reste rattaché à la DDA. M. Blaser conserve le titre de délégué du Conseil fédéral pour l'aide en cas de catastrophes à l'étranger. Cette solution n'est pour le moment applicable qu'à M. Blaser et sera réexaminée par le Département fédéral des affaires étrangères avant la nomination d'un nouveau chef du Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophes.

En même temps, le gouvernement a modifié l'ordonnance concernant la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales, précisant que la DDA est compétente pour l'aide humanitaire non opérationnelle alors que le délégué l'est pour l'aide humanitaire opérationnelle. Ce dernier et la DDA déterminent en commun les modalités de l'aide opérationnelle, à l'exception des interventions d'urgence du Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophes à l'étranger lors de catastrophes soudaines d'origine naturelle ou civile, interventions pour lesquelles le délégué est seul compétent.

M. Staehelin confirme que cette répartition des compétences correspond à ce qui était appliqué tant que M. Blaser était subordonné à la DDA. Or l'ordonnance garantit précisément le droit de la DDA de se prononcer dans les cas autres que les interventions d'urgence, droit que conteste M. Blaser. M. Staehelin envisage de s'assurer que l'obligation d'obtenir l'assentiment de la DDA sera bien observée, en convenant avec le Contrôle fédéral des finances que ce dernier ne donnera pas son aval pour les ordres de paiement du délégué dans le domaine en question si les ordres ne sont pas visés par la DDA.

La Division de l'aide humanitaire au sein de la DDA est supprimée; la section des oeuvres d'entraide internationale devient "Section de l'aide humanitaire et de l'aide alimentaire" et est subordonnée au directeur suppléant. On n'étudiera l'éventualité d'en faire une Division qu'au moment de la mise au point d'une réglementation définitive lorsqu'il s'agira de nommer un nouveau délégué.

3. Remarques

3.1 Questions spécifiques

Le Conseil fédéral a rendu le délégué indépendant de la DDA sans avoir apparemment pris de décision sur la question de la conception des tâches, que la Commission de gestion avait soulevée. La recommandation de la Commission de gestion est donc restée lettre morte pour le moment.

M. Blaser se déclare très satisfait de la solution adoptée par le Conseil fédéral car elle correspond au souhait qu'il avait exprimé directement à la Commission de gestion. Toutefois la solution du conflit existant ne s'en trouve que renforcée au moment où il s'agira de nommer un nouveau chef pour le Corps suisse d'aide en cas de catastrophes.

Ainsi que la Commission de gestion a dû le constater, M. Blaser a outrepassé ses compétences non seulement en ce qui concerne l'obligation de coordonner son travail avec la DDA, mais aussi sur le plan financier à l'égard du chef du Département. Rien ne donne à penser que cette attitude changera. Bien au contraire, la solution adoptée semble conforter le délégué dans son comportement.

L'obligation de demander l'accord de la DDA constitue toutefois pour cette dernière un moyen de pression qui pourrait permettre à l'avenir de diminuer le nombre des litiges. Cependant, s'il devait de nouveau s'en produire, il faudrait les soumettre directement au chef du département. En l'absence surtout d'un secrétariat général remplissant pleinement ses fonctions, cette solution semble la plus mauvaise que l'on puisse imaginer du point de vue de l'organisation. Elle implique en tout cas un accroissement des tâches de direction que doit assumer le chef du département.

Cette critique ne s'applique pas au Corps suisse d'aide en cas de catastrophes qui doit dans tous les cas conserver les structures qu'il a actuellement et être à la disposition du Conseil fédéral pour les interventions d'urgence.

3.2 Questions juridiques

Selon la solution adoptée, le chef du Corps suisse d'aide en cas de catastrophes n'est plus sous-directeur d'un office fédéral, ce qui lui donnerait le droit de porter vis-à-vis de l'extérieur le titre de délégué (comme les délégués aux accords commerciaux au sein de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures), mais un délégué du Conseil fédéral doté d'un pouvoir décisionnaire, statut comparable à celui du délégué aux réfugiés. En le séparant de la DDA, on a créé une nouvelle unité administrative qui ne repose sur aucune base dans la loi sur l'organisation de l'administration. Selon cette loi et le message qui l'accompagnait, une base légale serait également nécessaire pour le poste de délégué du Conseil fédéral pour l'aide en cas de catastrophes à l'étranger. La Chancellerie fédérale s'est efforcée de trouver une solution correcte sur le plan juridique mais elle s'est rendu compte qu'il n'était pas possible d'en mettre une en application pour la durée

restante pendant laquelle l'actuel délégué sera encore à son poste (concrètement, c'est l'article 58 LOA qui énumère les unités administratives qui est violé. Le poste de ce délégué devrait figurer à la lettre D.). La solution adoptée porte atteinte aux fonctions législatives du Parlement et viole le principe de la séparation des pouvoirs. Il est du devoir de la Commission de gestion d'en informer le Conseil fédéral et le Parlement et de leur recommander d'adopter, du moins lorsque le poste sera repourvu, une solution conforme au droit.

Au nom de la Section DFAE

Le président

Le secrétaire



Andermatt



Mastronardi

Pour la version de la commission
du 19 novembre 1986

Le président:



(Masoni)



GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION DES STÄNDERATES
 COMMISSION DE GESTION DU CONSEIL DES ETATS
 COMMISSIONE DELLA GESTIONE DEL CONSIGLIO DEGLI STATI

~~☎ (031) 61 62 12~~

Neue Tel. Nr. (031) 61 97 12

3003 Bern, 12. November 1985
 Mdi/ep

VERTRAULICH

An den Vorsteher des
 Eidg. Departements für
 auswärtige Angelegenheiten

3003 B e r n

Humanitäre Hilfe

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates hat an ihrer Sitzung vom 12. November 1985 das Ergebnis einer Inspektion der zuständigen Sektion bei der Abteilung humanitäre Hilfe der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe erörtert. Die Sektion hatte bekanntlich Gelegenheit, ihre Schlussfolgerungen mit Ihnen am 2. Oktober 1985 zu besprechen. Die Kommission ist gestützt darauf zu folgenden Schlussfolgerungen gelangt, die sie Ihnen überweisen möchte:

1. Konzeptionelle Differenzen

Während der Begriff der Katastrophenhilfe im gewöhnlichen Sprachgebrauch bloss die unmittelbare Hilfe nach Eintreten plötzlicher Ereignisse zu umfassen scheint, beschlägt der Aufgaben- und Einsatzbereich des Katastrophenhilfskorps auch Notlagen, die sich allmählich zur Katastrophe entwickeln. Zum Bereich der Entwicklungszusammenarbeit besteht damit ein fließender Uebergang. Für die Frage, in welchen Fällen der Delegierte des Bundesrates für Katastrophenhilfe selbständig entscheiden soll, scheint uns die zeitliche Dringlichkeit seines Handelns massgebend zu sein.

Im Katastrophenfall im engeren Sinne und hier für die ersten, lebensrettenden Massnahmen, scheint uns auch das Führungskonzept des Delegierten angemessen zu sein, während überall sonst die verwaltungsmässigen Führungsprinzipien zur Anwendung gelangen sollten.

Angesichts der bestehenden Unklarheiten empfehlen wir Ihnen, auf Departementsstufe eine Klärung im konzeptionellen Verhältnis von Entwicklungszusammenarbeit und Katastrophenhilfe zu schaffen, um daraus die unbestreitbaren Konsequenzen für die Zuständigkeiten und das Führungsverhalten ableiten zu können.

2. Organisatorische Fragen

Die Unterstellung des Leiters des Katastrophenhilfskorps als Vizedirektor unter den Direktor der DEH ist rechtlich einwandfrei geregelt und durch den Departementschef förmlich bestätigt. Diese Regelung wird jedoch vom Departement und von der DEH nicht voll durchgesetzt.

Ob, wie der Delegierte für Katastrophenhilfe vorschlägt, eine neue organisatorische Regelung anzustreben ist, ist von der Geschäftsprüfungskommission nicht zu prüfen. Es ist dies auf dem ordentlichen Dienstweg vorzulegen und durch das Departement zu behandeln.

Wir empfehlen Ihnen, dafür zu sorgen, dass Ihre Untergebenen die geltende Regelung besser durchsetzen.

3. Personelle Differenzen

Die Qualifikation der betroffenen Stelleninhaber für die Führung ihrer Aemter steht ausser Diskussion. Hingegen ist das festgestellte Spannungsverhältnis untragbar geworden. Falls der Appell an die Vernunft und an den Dienst an der gemeinsamen Sache nicht zur Einsicht führt, wird sich das Departement allenfalls gezwungen sehen, hart einzugreifen.

Im Sinne einer Entschärfung der Lage möchten wir Ihnen nahelegen, die Durchführung der vom Delegierten gewünschten Administrativuntersuchung nochmals zu erwägen. Dies würde gestatten, die bestehenden Differenzen ohne disziplinarischen Anstrich auf ihre Wurzeln hin zu untersuchen, womit sich auch die Ueberprüfung der heutigen Organisationsstruktur verbinden liesse.

4. Katastrophenhilfskorps

Dieses Instrument scheint sich, soweit wir es beurteilen können, gut bewährt zu haben. Es profitiert offensichtlich von der Flexibilität und Motivation des Milizsystems.

5. Politische Würdigung

Mit der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit betreffen die skizzierten Schwierigkeiten einen Bereich, in dem in besonderem Mass die Gefahr besteht, dass interne Probleme in der Oeffentlichkeit zu grundsätzlicher Kritik an der Aufgabe ausgeweitet werden. Im Dienste der Sache sollte daher verhindert werden, dass die Differenzen nach aussen getragen werden. Daher empfehlen wir Ihnen, mit der Lösung der Probleme nicht zuzuwarten.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates

Der Kommissionspräsident:

A. Hänsenberger

Der Sektionspräsident:

F. Muheim

Der Sekretär:

Ph. Mastronardi

PRESSESCHAU
REVUE de PRESSE
RIVISTA della STAMPA

KATASTROPHENHILFEKORPS
CORPS D'AIDE EN CAS DE
CATASTROPHE

416.1

Stand am - Etat au - Stato al :

3.2.1987

Dokumentationsdienst der Bundesversammlung
Service de documentation de l'Assemblée fédérale
Servizio di documentazione dell'Assemblea federale



Inhaltsverzeichnis

	<u>Farben</u>	<u>Seiten</u>
1. Chronologie	weiss	1- 2
2. Die Ereignisse	blau	3-28
3. Die Reaktionen	gelb	29-40
4. Interviews	grün	41-44
5. Analysen	rot	45-60
6. Die Arbeit des Korps	weiss	61-66

Table des matières

	<u>Couleurs</u>	<u>Pages</u>
1. Chronologie	blanc	1- 2
2. Les évènements	bleu	3-28
3. Les réactions	jaune	29-40
4. Interviews	vert	41-44
5. Analyses	rouge	45-60
6. Le travaille du corps	blanc	61-66

Bern, 3.2.1987 Mü/GT
 Berne,

Der Bund, 30. 1. 1987

Die Agenda der «Affäre Blaser»

Anfang 1982: Eduard Blaser tritt die Nachfolge von Arthur Bill als Chef des SKH und Vizedirektor der DEH an.

Herbst 1983: Blaser verlangt, im Rahmen des DEH-Budgets müsse der Kredit für humanitäre Hilfe auf Kosten der längerfristigen Entwicklungszusammenarbeit massiv erhöht werden. DEH-Direktor Staehelin verhält sich gegenüber dieser Forderung reserviert.

1985–1986: Das Klima zwischen DEH-Direktor Staehelin und Vizedirektor Blaser verschlechtert sich. Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates beschliesst eine Untersuchung.

27. August 1986: Der Bundesrat trifft eine provisorische Lösung: Blaser wird von den Aufgaben eines DEH-Vizedirektors entbunden, die humanitäre Hilfe (unter der DEH) und das SKH (unter Blaser) werden «entflochten», Blaser wird berechtigt, den Titel eines Delegierten des Bundesrates zu tragen; als «Gegenleistung» stellt er seine Kündigung bis spätestens Ende Jahr in Aussicht.

24. Dezember 1986: Die versprochene Kündigung ist nicht eingetroffen. Gegen Blaser wird ein Disziplinarverfahren wegen «Kompetenzüberschreitungen und Führungsmängeln» eingeleitet. Am Heiligen Abend fasst der SKH-Chef seinen Kündigungsbrief.

27. Dezember 1986: Die bisher unter Verschluss gehaltene Affäre wird durch Publikation im «Bund» der Öffentlichkeit bekannt.

30. Dezember 1986: Kurz vor Mitternacht wird vom EDA die sofortige provisorische Amtsenthebung Blasers publik gemacht. Die Führung des SKH wird bis auf weiteres DEH-Direktor Staehelin anvertraut.

7. Januar 1987: Bernard Bretscher, Chef des Rechtsdienstes der Eidgenössischen Finanzverwaltung, wird mit der Disziplinaruntersuchung gegen Blaser betraut.

An zwei Sitzungen lässt sich der Gesamtbundesrat von Bundespräsident Aubert über den Fall Blaser orientieren, ohne einen Beschluss zu fassen.

15. Januar 1987: DEH-Direktor Staehelin fasst ein Rundschreiben an die SKH-Freiwilligen, in welchem er sich als interimistischer SKH-Chef vorstellt und seine Absichten für die nächste Zukunft darlegt.

20. Januar 1987: Die Präsidenten der aussenpolitischen Kommission von National- und Ständerat verlangen die «rückhaltlose Offenlegung des Konflikts» und empfehlen Bundesrat Aubert, die rechtlich fragwürdige Amtsenthebung Blasers rückgängig zu machen.

28. Januar 1987: Der Bundesrat entbindet Blaser von allen Aufgaben und gewährt ihm einen bezahlten Urlaub bis zum Ablauf des Anstellungsverhältnisses Ende August. Die interimistische Führung des Korps wird Staehelin durch den Gesamtbundesrat wieder entzogen und in die Hände von Blasers Vorgänger Arthur Bill gelegt.

Der Bund, 27.12.1986

Der Delegierte des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland und Chef der Abteilung für humanitäre Hilfe, Eduard Blaser, hat sein Demissionsschreiben verfasst

Der oberste Katastrophenhelfer des Bundes hat kapituliert

ks. Der Delegierte des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland, Eduard Blaser, hat über Weihnachten sein Demissionsschreiben verfasst – freiwillig, wenn man der offiziellen Sprachregelung glaubt, unter massivem Druck, wenn man sich bei Parlamentariern und in der Bundesverwaltung umhört.

Blaser hat dem «Bund» bestätigt, er habe sein Arbeitsverhältnis auf Mitte 1987 gekündigt: In der Katastrophenhilfe stehe man unter einer Dauerbelastung, die kein Mensch jahrzehntelang ertragen könne; deshalb habe er seine Tätigkeit als Chef des Katastrophenhilfekorps von Anfang an als befristet betrachtet.

Zu den gegen seine Person gerichteten Vorwürfen wollte Blaser nicht Stellung nehmen; gemäss einer «Sprachregelung» zwischen dem Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und ihm dürfe er auf entsprechende Fragen nur mit «no comment» antworten.

Dass zwischen der Abteilung für humanitäre Hilfe, deren Chef Blaser ist, und der vorgesetzten Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) nicht alles rund läuft, weiss man spätestens seit der letzten Sommer-session der eidgenössischen Räte. Damals wurde im Ständerat angekündigt, die Geschäftsprüfungskommission werde (neben der Führungsstruktur des EDA ganz allgemein) vor allem «die Unstimmigkeiten zwischen der DEH

und der Leitung des Katastrophenhilfekorps (SKH)» unter die Lupe nehmen. Die Kommission ist dabei offensichtlich auf eine ganze Reihe solcher Unstimmigkeiten gestossen, die weitgehend mit der Person Eduard Blasers in Zusammenhang gebracht werden.

In administrativer Hinsicht wird dem SKH-Chef vorgeworfen, er überschreite seine Kompetenzen, er halte nicht genügend Ordnung in den Finanzen seines Korps, er betreibe eine eigenmächtige Personalpolitik, er treffe laufend Entschiede, ohne sich mit seinen Mitarbeitern oder Vorgesetzten abzusprechen, er betrachte die vorgesetzte DEH und die Verwaltung ganz allgemein als «Feindbild», er pflege einen übertrieben militärisch-hierarchischen Führungsstil, er sei, wenn man etwas von ihm wolle, nie in seinem Büro anzutreffen – kurz: das Arbeitsklima in seiner Abteilung sei miserabel.

Von der Sache her noch mehr ins Gewicht fallen die Vorwürfe, die das Freiwilligenkorps für Katastrophenhilfe im Ausland direkt betreffen. Zum bessern Verständnis muss vorausgeschickt werden, dass der Delegierte bei Eintreten einer Katastrophe sofort über rund eine Million Franken verfügen kann, um ein Erkundungsteam loszuschicken und allenfalls Soforthilfe zu leisten. Offenbar ist man sich aber nicht immer darüber einig, wann eine Katastrophe vorliegt, die Soforthilfe und einen SKH-Einsatz rechtfertigt. Blaser wird vorgeworfen, er lege seine Kompetenz zu extensiv aus, starte teure Soforthilfeaktionen, auch

wenn genügend Zeit zu Planung und breiterer Absprache vorhanden wäre; ja er habe selbst dann noch Hilfsgütersendungen angeordnet, wenn bereits ein Überangebot an Hilfe bestanden habe.

Weiter wird die Dimension des SKH-Freiwilligenkorps als übertrieben bezeichnet: Administrativ werden rund 1400 Freiwillige betreut; seit Blasers Amtsantritt vor fünf Jahren kamen aber weniger als 5 Prozent davon zu einem Einsatz.

Ferner wurden einzelne Aktionen des SKH kritisiert, so zum Beispiel die Aktion in San Salvador. Schliesslich seien gegen Blaser auch Klagen von seiten jener Organisationen laut geworden, die im Rahmen der «Rettungskette» mit dem SKH zusammenarbeiten (Schweizerisches Rotes Kreuz, Rettungsflugwacht, Verein für Katastrophenhunde und Bundesamt für Luftschutztruppen).

Über Blasers Demission muss der Bundesrat entscheiden. Dass die Demission angenommen wird, steht angesichts der Sachlage so gut wie fest. Ziemlich sicher dürfte sich das Finanzinspektorat noch mit der SKH-Buchhaltung befassen. Und anzunehmen ist, dass auch Blaser – trotz «Sprachregelung» – bald zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung nehmen wird.

Der Bund, 27.12.1986

Das SKH: Ein Aushängeschild

Aufpolieren

Ein Aushängeschild unserer Aussenpolitik soll das Schweizerische Katastrophenhilfekorps (SKH) sein. Es soll auf unsere aktive Neutralität, auf die Disponibilität und auf die Bereitschaft zur Leistung humanitärer Hilfe hinweisen. Seit dem Nein der Stimmbürger zum Uno-Beitritt hat sein Stellen-

wert als Instrument schweizerischer Public Relations auf dem Markt der internationalen Politik noch zugenommen. Das Katastrophenhilfekorps war ja zur Zeit seiner Geburt als Alternative zu einer schweizerischen Blauhelmtuppe gedacht. Damals schien auch für jedermann klar, was unter einer Katastrophe zu verstehen sei, nämlich ein Erdbeben, eine Überschwemmung, allenfalls eine Dürre mit nachfolgender Hungersnot. Gemäss dieser Definition

ereigneten sich Katastrophen vorwiegend in Ländern der Dritten Welt, vielleicht hin und wieder in den südlichen Randregionen Europas.

Doch die Einsätze in Ostanatolien, Afrika oder Zentralamerika zeigten bald nicht nur die Möglichkeiten, sondern auch die Grenzen des SKH auf: Soforthilfe in Form von Lebensrettung und lebenserhaltenden Massnahmen bei so grosser Distanz zum Einsatzort

ist mit grossem Aufwand und hohen Kosten verbunden. Die Erfolge bleiben oft bescheiden. Die Frage, ob sich nicht auf anderem Wege wirksamer – wenn vielleicht auch weniger publicity-trächtig – helfen liesse, drängt sich auf. Das SKH engagiert sich denn auch tatsächlich schon seit langem in der mittelfristigen und in der Wiederaufbau-Hilfe. Doch für diese Aufgabe ist das 1400 Mitglieder umfassende Freiwilligenkorps weder richtig strukturiert

noch ausgebildet. Zudem droht das SKH hier laufend in den Arbeitsbereich der DEH einzugreifen. Fast zwangsläufig musste es deshalb zu Kompetenzstreiten zwischen SKH und DEH kommen. Die Demission Blasers (dem man zumindest eines nicht absprechen kann, nämlich sein Engagement für die Ärmsten und Elenden) könnte Anlass geben, die Aufgabe des Katastrophenhilfekorps zu überdenken

und allenfalls neu zu definieren. Vielleicht sollte das Aushängeschild unserer Aussenpolitik bei dieser Gelegenheit ein wenig aufpoliert und der heutigen Zeit angepasst werden, einer Zeit, in der Katastrophen nicht immer naturbedingt sind und sich nicht ausschliesslich in der Dritten Welt abspielen: Man denke bloss an Tschernobyl und an die Möglichkeit eines Chemieunfalls wie Bophal – oder Basel.

Konrad Stamm

AP, 23.12.1986

Rücktritt des Delegierten für Katastrophenhilfe

Bern, 28. Dez. (ap) Eduard Blaser, der Delegierte des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland, hat seine Demission auf Mitte 1987 eingereicht. Der Rücktritt Blasers sei auf Grund von grossem Druck erfolgt, schrieb die *Berner Tageszeitung* «Der Bund», die den Rücktritt in ihrer Samstagausgabe bekanntmachte. Der Chef des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH) wies die von der Zeitung erwähnten Vorwürfe über seine Amtsführung zurück, während *Botschafter Roland Wermuth*, Generalsekretär des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), dazu nicht Stellung nehmen wollte.

Über die Demission Blasers, der dem SKH seit fünf Jahren vorsteht, hat der Bundesrat zu entscheiden. Gegenüber dem «Bund» begründete Blaser seine Demission damit, dass man in der Katastrophenhilfe unter einer Dauerbelastung stehe, die kein Mensch jahrzehntelang ertragen könne. Deshalb habe er seine Tätigkeit von Anfang an als befristet betrachtet. Die Zeitung berichtete aber auch von politischem Druck und massiven Vorwürfen an die Adresse des Delegierten für Katastrophenhilfe. Unter anderem hatte die Geschäftsprüfungskommission des Ständerats in der letzten Sondersession angekündigt, sie wolle die Unstimmigkeiten zwischen der vorgesetzten Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) und der Leitung des SKH unter die Lupe nehmen.

Nach Angaben der Zeitung herrscht im SKH ein miserables Arbeitsklima. Dem Chef des Korps werde unter anderem vorgeworfen, er überschreite seine Kompetenzen, betreibe eine eigenmächtige Personalpolitik und pflege einen übertrieben militärisch-hierarchischen Führungsstil. Zudem soll Blaser gemäss den Vorwürfen seine Kompetenz zu extensiv auslegen und teure Soforthilfeaktionen starten, auch wenn genügend Zeit für die Planung und breitere Absprache vorhanden wäre. Auch sei das

SKH mit rund 1400 Freiwilligen zu gross; so seien in den letzten fünf Jahren weniger als fünf Prozent davon zum Einsatz gekommen. Die Reibungen mit der vorgesetzten DEH entstanden gemäss «Bund», weil das SKH zunehmend in den Arbeitsbereich der Direktion einzugreifen drohte. Das SKH habe sich neben der Soforthilfe auch mittelfristig und in der Wiederaufbauhilfe engagiert.

In einer von Radio DRS ausgestrahlten Stellungnahme wies Blaser die Vorwürfe zurück. So sind nach seinen Angaben jedes Jahr rund 15 bis 20 Prozent des aktiven Korpsbestandes von 800 Freiwilligen im Einsatz, nicht wie angegeben fünf Prozent über fünf Jahre. Die Vorwürfe in administrativer Hinsicht und über die Einsätze des SKH stünden möglicherweise im Zusammenhang mit dem Ausscheiden eines leitenden Mitarbeiters, vermutete Blaser. Er wies darauf hin, dass der Angriff zu einem Zeitpunkt erfolgt sei, in dem allgemein bekannt wurde, dass er auf Mitte 1987 als Chef des SKH zurücktreten werde. Im Hinblick auf die Neubesetzung der Stelle hätten es «gewisse Kreise» für angezeigt gehalten, den seit lange bestehenden Konflikt zwischen bürokratischem Denken und privatwirtschaftlichem Handeln an die Öffentlichkeit zu bringen, sagte der Katastrophenhilfe-Delegierte.

(NZZ)

ATS, 29.12.1986

Aide d'urgence

Le chef du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe démissionne

Selon le quotidien bernois "Der Bund", cette décision serait due à des dissensions entre Edouard Blaser et la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire

Berne, 27 (ATS, Réd.). – **Le chef du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe Edouard Blaser a démissionné. Révélée samedi par le quotidien bernois «Der Bund», l'information a été confirmée par le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE). Selon le journal, de fortes pressions ont été exercées sur M. Blaser afin qu'il quitte son poste. M. Blaser a déclaré samedi soir à l'ATS qu'il partait «de son plein gré». Il appartiendra toutefois au Conseil fédéral d'accepter ou non cette démission.**

M. Blaser, qui est âgé de 58 ans et ingénieur de formation, dirige depuis cinq ans le Corps suisse d'aide en cas de catastrophe. Le Conseil fédéral l'avait choisi en octobre 1981 parmi 90 candidats pour succéder au premier chef du corps, Arthur Bill.

Le démissionnaire a déclaré au «Bund» que sa fonction l'exposait à une pression constante, que personne ne pourrait supporter pendant des décennies. En vertu des engagements pris envers la Confédération, il a refusé de commenter les reproches qui lui sont faits. Il prévoit de quitter son poste au milieu de 1987.

(Journal de Genève)

Conflit avec la DDA

Selon le journal bernois, la commission de gestion du Conseil des Etats a remarqué l'été dernier des dissensions entre la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire du DFAE et le Corps suisse d'aide en cas de catastrophe, portant sur la personne de M. Blaser. On reprochait notamment à ce dernier d'avoir outrepassé ses compétences et d'avoir mené une politique financière contestable. Sa politique du personnel, ainsi que son style de commandement, qui serait par trop militaire, sont également mis en cause. M. Blaser n'a pas voulu prendre position sur ces reproches.

Selon lui, l'attaque dont il est victime dans le «Bund» est publiée à un moment où son intention de se retirer de la tête du Corps d'aide en cas de catastrophe est bien connue de tous. «Certains milieux ont estimé utile de faire de la publicité au conflit entre une pensée bureaucratique et une action axée sur les principes de l'économie privée», a-t-il néanmoins déclaré. L'article du «Bund» contient des erreurs «sur plusieurs points», a précisé M. Blaser qui a par ailleurs l'intention de faire usage de son droit de réponse.

Tages-Anzeiger, 30.12.1986

Eduard Blaser litt unter der Bürde der Bürokratie

Warum der Chef des Katastrophenhilfskorps zurücktrat

Die bereits vor dem 1982 erfolgten Amtsantritt geäußerte Absicht, das Schweizerische Katastrophenhilfskorps (SKH) nur während einiger Jahre zu leiten, und Abnützungserscheinungen nach jahrelangen Kompetenzstreitereien mit dem Chef der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) sind die Hauptgründe für die Demission von Eduard Blaser als Delegierter des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland. Das schriftliche Demissionsschreiben ist am Montag beim Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) eingegangen.

■ VON RICHARD DIETHELM, BERN

In einem Gespräch mit dem TA über die Umstände seiner Demission auf Mitte 1987 nahm Eduard Blaser am Montag zu einzelnen Vorwürfen Stellung, die in der Samstagausgabe der Zeitung «Der Bund»

gegen seine Person erhoben worden sind. Zu seinem Führungsstil, der als «übertrieben militärisch-hierarchisch» charakterisiert worden ist, meinte Blaser, schon in der vom damaligen Nationalrat Kurt Furgler verfassten Motion, die 1973 zur Schaffung eines Freiwilligenkorps für Katastrophenhilfe geführt hatte, sei von

einer «zivilen, aber militärisch geführten Truppe» die Rede gewesen. Das Korps, das wie ein Krisenstab mit alternierenden Phasen der Informationsbeschaffung und der Entscheidung arbeite, brauche eine hierarchische Führung. Blaser, im Militärstabsoffizier der Artillerie im Rang eines Majors, erwähnte auch, dass die Einsatz-

koordinatoren seines Hilfskorps in der Armee Einheitskommandanten seien.

Der früher als Bauingenieur und Teilhaber eines Berner Ingenieurunternehmens tätige Blaser unterstrich seine problemorientierte Denkweise und die Erfahrung, «die aus der erlebten Katastrophensituation» komme. «Wir operieren immer in Notsituationen, in unübersichtlichen Lagen, in abgelegenen Gebieten, in einzelnen Ländern wie Uganda auch mit gefährdeter Sicherheit; da muss der Chef entscheiden, und wenn etwas schiefgeht, steht man ganz allein da», sagt ein Mann, der mitunter einen Entscheidungsspielraum beansprucht hat, der anderen zu weit ging, und der von seinen Vorgesetzten ein Vertrauen in seine Arbeit abverlangt hat, das diese nicht immer zu gewähren bereit waren.

Im Kampf mit der Bürokratie

Für Blaser zählt offensichtlich nur die Arbeit auf dem Feld. Das ständige Rapportieren gegenüber den Vorgesetzten, das Einhalten von allen erdenklichen Vorschriften empfindet er als zweitrangig. «Administrative Hürden müssen nicht lückenlos abgehakt, sondern auf dem direktesten Weg übersprungen werden», sagte Blaser.

Die Spannungen zwischen Katastrophenhilfskorps und DEH erklären sich zum Teil auch aus dem Werdegang der Freiwilligentruppe und aus der Position des Delegierten, die im Organigramm des EDA sowohl eine direkte Linie zum Bundesrat als auch eine Linie zum DEH-Chef kennt. Als Arthur Bill 1973 als erster Delegierter für Katastrophenhilfe die Arbeit aufnahm, zeigte sich schon bald, dass das ursprüngliche Konzept, freiwillige Helfer in Länder zu entsenden, die von Naturkatastrophen heimgesucht wurden, zu eng gefasst war.

Abgrenzungsprobleme

Im Winter 1974/75 kam es zum ersten Grosseinsatz des Hilfskorps in der von einer Dürrekatastrophe heimgesuchten Sahelzone. Typisch ist, dass bereits bei dieser ersten Mission die Abgrenzung zwischen Katastrophen- und Entwicklungshilfe zu Diskussionen Anlass bot, die bis tief in die Amtsdauer Blasers andauerten. Das SKH begann ab Mitte der 70er Jahre sukzessive, seine inzwischen begehrten Dienste bei von Menschen ver-

ursachten Katastrophen (Beispiele: Flüchtlingslager im Sudan und in Thailand) sowie bei chronischen Katastrophen in Drittweltländern (Beispiel: Hunger) anzubieten.

Aus der Optik des Katastrophenhelfers ist jede Hilfe, die in einem Land der Dritten Welt geleistet wird, auch Entwicklungshilfe. «Wenn wir nach einem Erdbeben einem Verletzten die Wunden nicht mit Kuhmist bestreichen, sondern desinfizieren und verbinden, dann leisten wir nicht nur Soforthilfe, sondern auch Entwicklungshilfe», veranschaulicht ein langjähriger freiwilliger Helfer die Problematik. Das Einsatzkonzept des Korps kennt zudem nicht nur die Soforthilfe, sondern mittelfristige Programme bis zu zwei Jahren in Form von Überlebens- und/oder Wiederaufbauhilfe, die – sofern nötig – von anderen Hilfsinstitutionen weitergeführt werden. In dieser Grauzone zwischen Katastrophenhilfe und Entwicklungshilfe sind Kompetenzkonflikte nur zu vermeiden, wenn sich die für die beiden Bereiche Verantwortlichen immer wieder neu zu einer Aufgabenteilung finden können.

Blaser führte klare Strukturen ein

Zu Arthur Bills Zeiten hat dies zu Spannungen mit privaten Hilfswerken geführt. Innerhalb des Departementes liess der damalige DEH-Chef, Botschafter Heimoz, jedoch dem Pionier der Katastrophenhilfe weitgehend freie Hand. Arthur Bill, der vor dem Wechsel ins EDA das Kinderdorf Pestalozzi in Trogen geleitet hatte, hielt stets alle Fäden selbst in den Händen. Blaser hat demgegenüber klare Strukturen in das SKH gebracht und setzte die noch von Bill entwickelte Idee der «Rettungskette» konsequent um. In der Rettungskette spannen bei Katastropheneinsätzen Katastrophenhilfskorps, Rettungsflugwacht, Schweizerisches Rotes Kreuz, Verein für Katastrophenhunde und Bundesamt für Luftschutztruppen zusammen.

Als «starke Persönlichkeit mit Ecken», wie ihn ein ehemaliger Mitarbeiter charakterisiert, geriet Blaser von dem Moment an in Konflikt mit der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH), als dort mit Botschafter Fritz Staehelin eine ebenfalls starke Persönlichkeit das Ruder über-

nahm. Blaser hat nach eigenem Bekunden nie akzeptiert, dass sich der neue DEH-Chef auf den Standpunkt stellte, dass das Katastrophenhilfskorps ihm unterstellt sei. Den Titel Delegierter des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland hat er stets so aufgefasst, dass er in dieser Funktion direkt dem Bundesrat unterstellt sei, während er als Vizedirektor der DEH die Abteilung für humanitäre Hilfe, quasi die «Subventionsbehörde» innerhalb der DEH, leitete. Administrativ war das Hilfskorps von Beginn an der DEH unterstellt.

Alleinentscheide nur bei Soforteinsätzen

Der Bundesrat sah sich nach dem jahrelangen Seilziehen Ende August genötigt, die Kompetenzen neu zu definieren. Wie Fritz Staehelin auf Anfrage erklärte, ist nach der Mitte September in Kraft gesetzten Verordnung der Delegierte für die operationelle Hilfe zuständig, wobei er die DEH konsultieren muss. Umgekehrt ist die DEH für die nichtoperationelle humanitäre Hilfe zuständig mit Konsultationspflicht gegenüber dem Delegierten. Das zu unterstützende Land, die Durchführung und der finanzielle Umfang der Hilfe bestimmen beide Stellen gemeinsam. Einzig bei Soforteinsätzen kann der Delegierte allein entscheiden. Die Leitung der Abteilung für humanitäre Hilfe ist auf Wunsch Blasers an Rolf Wilhelm, stellvertretender DEH-Direktor, übergegangen. Ob diese Kompetenzausscheidung auch für den Nachfolger Blasers Geltung hat, wird laut Staehelin aufgrund der Erfahrungen im nächsten Jahr entschieden.

La Suisse, 1.1.1987

Pierre Aubert prend les choses en main

CHEF DES SAUVETEURS SUSPENDU

BERNE – Eduard Blaser, délégué du Conseil fédéral et chef du prestigieux Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophes, a été suspendu de ses fonctions, comme nous l'annoncions hier dans une partie de nos éditions. Il fait l'objet d'une enquête disciplinaire pour « erreurs de direction et dépassements de compétences ». C'est le conseiller fédéral Pierre Aubert qui a pris cette décision mardi, tard dans la soirée. Eduard Blaser rejette ces accusations.

Au cours d'une conférence de presse impromptue, hier, au Palais fédéral, M. Fritz Staehelin, chef de la direction de la Coopération au développement et de l'aide humanitaire, a refusé de préciser les reproches faits à M. Blaser. M. Roland Wermuth, secrétaire général du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE), a indiqué que cette enquête serait vraisemblablement confiée à une personne extérieure au DFAE, voire à l'administration.

Conflit de compétences

Interrogé par l'ATS, Eduard Blaser a donné quelques détails sur les accusations portées contre lui par le DFAE. Ce dernier lui reproche notam-

ment d'avoir outrepassé ses compétences en s'occupant davantage de l'aide au développement que de l'aide d'urgence en cas de catastrophes. On l'accuse aussi de mal gérer les finances de sa section, de court-circuiter l'administration et d'avoir un style de direction trop militaire.

Eduard Blaser rejette en bloc ces accusations. Il relève en particulier

PAR WALTER FROELICH

qu'avec la nouvelle réglementation adoptée par le Conseil fédéral en août dernier, il n'y avait plus de conflit de compétences entre le Corps suisse et la direction de l'aide au développement. Pour lui, cette affaire s'explique bien plus par la volonté de certains dirigeants du DFAE de faire du Corps

suisse, actuellement composé de volontaires, un groupe professionnel.

Suspendu pour indiscretion

Selon M. Wermuth, l'enquête disciplinaire contre M. Blaser aurait été ouverte « peu avant Noël ». Le 29 décembre, le DFAE a reçu la lettre de démission de M. Blaser. Mardi 30 décembre, Pierre Aubert a décidé de le suspendre en raison des déclarations qu'il avait faites entre-temps à la presse. La décision a été communiquée par téléphone à M. Blaser tard dans la soirée.

Lamentable

Cette suspension d'un haut fonctionnaire, de surcroît délégué du Conseil fédéral, porte devant le public un conflit de compétences qui existe depuis la création du Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophes en 1971. Comment en effet délimiter clairement les compétences dans ce domaine? Comment savoir quand s'arrête l'aide d'urgence et quand commence l'aide au développement?

Or de telles délimitations sont importantes dans les mosaïques de chasses gardées des administrations. Le Conseil fédéral l'a bien compris, en août dernier, en précisant une nouvelle fois les tâches de chacun. Tant la direction de l'aide au développement que le chef du Corps suisse s'étaient satisfaits de cette nouvelle réglementation. Du bout des lèvres, du moins.

Car c'était sans compter avec quelques desseins politiques inavoués et des inimitiés personnelles. Le succès du Corps suisse, considéré en Suisse comme à l'étranger comme un fleuron de notre aide humanitaire, ne fait pas que des heureux au DFAE où l'on con-

sidère avec quelque jalousie les réalisations d'un corps composé de volontaires, donc semi-privé. L'idée d'une professionnalisation, donc d'une fonctionnarisation, de ce Corps suisse a déjà fait son chemin.

Sur le plan personnel, la mésentente entre Fritz Staehelin et Eduard Blaser n'est un secret pour personne. L'homme de l'appareil ne peut accepter les méthodes de franc-tireur d'un homme de terrain cherchant avant tout l'efficacité. A voir les prestations lamentables du diplomate Fritz Staehelin hier devant la presse – visiblement gêné et bougon, il s'est contenté de répondre par des « pas de commentaire » à toutes les questions – on peut toutefois se demander si la mesure de suspension a visé la juste personne.

Ces décisions du DFAE ont condamné à l'avance un homme dont l'intégrité n'a jamais été mise en doute jusqu'ici. Cette réaction brutale de Pierre Aubert, loin d'être un signe de force, trahit au contraire sa difficulté à gérer sereinement.

Froo

NZZ, 3.1.1987

Katastrophenhilfekorps vor einem Scherbenhaufen Amtsenthebung – Disziplinarverfahren – Führungsmängel

In der Nacht auf den Silvester hat das Departement für auswärtige Angelegenheiten die vorläufige Amtsenthebung des Delegierten für Katastrophenhilfe mitgeteilt. Gegen Eduard Blaser läuft zudem ein Disziplinarverfahren wegen angeblicher Kompetenzüberschreitungen und Führungsmängel. Interimistisch wird das Korps vom Chef der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH), Botschafter Fritz Staehelin, geleitet.

Its. Bern, 31. Dezember

Zunächst die Chronologie der verwirrenden Ereignisse. Am 27. Dezember wurden die *Demission* des Delegierten für Katastrophenhilfe im Ausland, Eduard Blaser, und verwaltungsinterne Führungs- und Personalkonflikte durch einen Zeitungsartikel publik gemacht. Den über das Wochenende und vor allem am Montag nachfragenden Journalisten gaben die Verantwortlichen im Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) keine oder nur *ausweichende Antworten*, und vor allem verheimlichten sie der Öffentlichkeit, dass das EDA bereits eine Woche zuvor ein *Disziplinarverfahren* gegen Blaser eröffnet und dass erst dieses die Demission des Delegierten auf Mitte 1987 provoziert hatte. Diese Massnahme teilte das Departement erst in einem mitten in der Nacht auf den Silvester – lange nach Redaktionsschluss vor der Festtagspause – veröffentlichten *Communiqué* mit, das auch die vorsorgliche Amtsenthebung Blasers bekanntgab. Am Silvester mittag schliesslich gaben die Botschafter Roland Wermuth, Generalsekretär des EDA, und Fritz Staehelin, Chef der DEH, eine Pressekonferenz, an der allgemeine Vorwürfe gegenüber Eduard Blaser erhoben, jedoch Antworten auf präzisierende Fragen systematisch verweigert wurden.

Allgemeine Beschuldigungen

Die Einleitung eines Disziplinarverfahrens war Eduard Blaser am 24. Dezember von EDA-Generalsekretär Wermuth eröffnet worden. Als Gründe für diese Massnahme nannten Wermuth und Staehelin vor der Presse «*Kompetenzüberschreitungen*» und «*Führungsmängel*». Die Durchführung der *Untersuchung* soll einer Persönlichkeit ausserhalb des EDA, möglicherweise überhaupt ausserhalb der Bundesverwaltung, übertragen werden. Was Blaser konkret vorgeworfen wird und wer die Vorwürfe erhoben und damit das Verfahren ins Rollen gebracht hat, wollten die beiden Sprecher des EDA nicht bekanntgeben. Die vorläufige Amtsenthebung des Delegierten ist nach Darstellung von Wermuth die direkte Folge *unvollständiger Ausserungen*, die Blaser nach der Bekanntgabe seiner Demission gemacht habe. Auch dieser Vorwurf wurde trotz wiederholter Nachfrage nicht präzisiert. Gleichzeitig hiess es aber auch, die gegen Blaser erhobenen Vorwürfe seien derart *gravierend* gewesen, dass diese die Suspendierung des Delegierten in seiner Tätigkeit rechtfertigten.

Nach Darstellung von Blaser erwähnt das offizielle Schreiben mit der Verfahrenseröffnung neben den Führungsmängeln und Kompetenzüberschreitungen insbesondere noch «*schlechtes Arbeitsklima*», «*unerlaubte Büroabwesenheit*», «*mangelhafte Kontrolle des Tarif- und Finanzwesens*» plus «*Spannungen mit der Rettungskette*», gleich Hilfsverbund von Katastrophenhilfekorps, Rettungsflugwacht, Schweizerischem Rotem Kreuz, Verein für Katastrophenhunde und Bundesamt für Luftschutztruppen. Als ein an der Pressekonferenz offiziell anwesender Einsatzkoordinator des Korps von den Journalisten gefragt wurde, ob sich das Arbeitsklima tatsächlich so verschlechtert habe, musste er auf Intervention seines Vorgesetzten, Botschafter Staehelin, die *Antwort schuldig* bleiben.

Keine Anhörung?

Konfrontiert mit der Feststellung Blasers, die Verantwortlichen im EDA hätten vor der Einleitung des Verfahrens nie mit ihm über die Vorwürfe gesprochen, erklärte Generalsekretär Wermuth, er sei über allfällige Gespräche nicht informiert worden, und Botschafter Staehelin begnügte sich mit der *vagen Feststellung*, es hätten in der Vergangenheit verschiedene Aussprachen mit verschiedenen Leuten stattgefunden. Nachdem der Konflikt um die Stellung und Führung des Korps schon weit mehr als ein Jahr geschwelt, 1985 einen Inspektionsbericht der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates provoziert und vor einem halben Jahr *Mediationsentscheide des Bundesrates* nötig gemacht hat (vgl. NZZ Nr. 302/30.12.), lässt der ausweichende Hinweis von Staehelin auf frühere Gespräche nur den Schluss zu, dass Blaser vor den Sanktionen tatsächlich nicht angehört wurde. Auch die Frage, ob Bundesrat Aubert, dem der Delegierte seit August letzten Jahres immerhin direkt unterstellt ist, Blaser vorgängig empfangen und sich mit ihm ausgesprochen habe, blieb unbeantwortet. Der Generalsekretär des EDA, der an dieser Pressekonferenz das Departement und seinen Vorsteher vertreten musste, erklärte sich nicht informiert und wollte weder Ja noch Nein sagen.

Rückblickend bestätigt sich, dass die *GPK des Ständerates* wohl recht hatte mit ihrer Empfehlung, auf Departementsstufe das konzeptionelle Verhältnis von Entwicklungszusammenarbeit und Katastrophenhilfe *verbindlich* zu klären, um daraus die Konsequenzen für die Zuständigkeiten und die Führung ableiten zu können. Auf Antrag des EDA entschied sich der Bundesrat im letzten August aber für *provisorische* Befriedungsmassnahmen. Er entband den Delegierten für Katastrophenhilfe von seinem Amt als Vizedirektor der DEH und unterstellte ihn direkt dem Departementsvorsteher. Gleichzeitig präzisierte eine Verordnungsänderung das *formelle Mitwirkungsrecht* der DEH in allen Fällen der humanitären Hilfe ausserhalb der Soforteinsätze, was dem Chef der DEH ein *Druckmittel* zur Disziplinierung des Delegierten in Fragen der entwicklungspolitischen Gesamtkonzeption in die Hand gab. An der Pressekonferenz wurde nicht schlüssig beantwortet, ob die im Disziplinarverfahren gegen Blaser erhobenen Vorwürfe sich auf besonders gravierende Ereignisse seit der bundesrätlichen Mediation im letzten Sommer beziehen oder ob bloss aktualisierte Vorwürfe aus früherer Zeit in die Klageschrift eingeflossen sind.

Ungenügende Führungsstrukturen im EDA

Die GPK insistierte vor und nach dem Entscheid des Bundesrates deshalb so sehr auf einer konzeptionellen Klärung, weil sie das durch provisorische Massnahmen allein kaum einzudämmende *Konfliktpotential* zwischen DEH und Korps erkannt hatte. Blaser hatte auch gegenüber der GPK die Katastrophenhilfe als die einzige unproblematische und unmittelbar wirksame Hilfe hervorgehoben. Er ging deshalb möglichst auf Distanz zur DEH und EDA, wo er *bürokratische Schwerfälligkeit*, Erfolgsneid und vor allem, wie er am Silvester gegenüber der Schweizerischen Depeschagentur betonte, die Absicht vermutete, das Korps vollständig in die DEH zu integrieren, vom *Milizsystem* abzurücken und die Freiwilligkeit der Dienstleistungen durch eine Professionalisierung der Korpsmitarbeiter zu ersetzen.

Nach all den widersprüchlichen Äusserungen der letzten Tage und wegen des Mangels an gesicherten präzisen Informationen empfiehlt sich vorläufig *Zurückhaltung* im Urteil, obschon der Auftritt der Botschafter Wermuth und Stähelin überhaupt nicht überzeugte und das Departement nicht auf der Höhe seiner Aufgabe zeigte. Dieses *Informationsfiasko* entspricht aber dem von der GPK ebenfalls festgestellten Ungenügen der Führungsstruktur an der Departementsspitze. Dadurch nämlich, dass Aubert den Delegierten für Katastrophenhilfe im Ausland sich direkt unterstellte, übernahm er auch die *direkte Verantwortung* für ein sachlich und personell befriedigendes Management des Span-

ungsverhältnisses zwischen DEH und Korps. Die mangelhafte Führungsstruktur im EDA, wo sich der Departementschef aus eigenem Versäumnis nicht auf ein institutionell starkes Generalsekretariat als fachlich kompetente zentrale *Stabsstelle* abstützen kann und wo der Departementsvorsteher es zulässt, dass ihn sein persönlicher Mitarbeiter von den Realitäten in seinem Ministerium *abschirmt*, war dieser Aufgabe nicht gewachsen. Diese Leitungsschwäche ist wesentlich mit dafür verantwortlich, dass der Konflikt nie konsequent ausgetragen und ausgestanden, sondern bloss überkleistert wurde und schliesslich zum Schaden aller Beteiligten und vor allem der Sache ausser Kontrolle geriet.

Der Bund, 3.1.1987

Gegen den Delegierten des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland wurde eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet

MIT SOFORTIGER WIRKUNG DES AMTES ENTHOBEN

Der Delegierte des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland, Eduard Blaser, ist von Bundesrat Aubert mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben worden. Zugleich wurde bekannt, dass gegen Blaser ein Disziplinarverfahren eröffnet worden ist.

Der Chef des Departements für auswärtige Angelegenheiten, Bundesrat Aubert, hat SKH-Chef Eduard Blaser, der am 24. Dezember sein Arbeitsverhältnis auf Mitte 1987 gekündigt hatte, proviso-

Von unserem Redaktor
Konrad Stamm

risch, aber mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben. An einer Pressekonferenz wurde dargelegt, die Amtsenthebung sei «eine direkte Folge der unvollständigen Äusserungen», die Blaser seit Weihnachten gegenüber der Öffentlichkeit getan habe. In verschiedenen Medien hatte Blaser schwere Vorwürfe gegen seine Vorgesetzten und gegen die Bundesverwaltung allgemein erhoben und unter anderem erklärt, überbordender Papierkrieg, neidische Beamte und sture Bürokraten hätten ihm die Arbeit gründlich verleidet.

Kurz vor Weihnachten war Blaser darüber informiert worden, dass auf Anordnung von Bundesrat Aubert ein Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet werde. Dieses Verfahren wird mit «Führungsmängeln und Kompetenzüberschreitungen» Blasers begründet. Dem «Bund», der diese Vorwürfe vor einer Woche publiziert hatte, kündigte Blaser über die Tagesschau des Fernsehens DRS eine Gegendarstellung an. Inzwischen hat Blaser jedoch auf eine solche Gegendarstellung verzichtet.

Wenig Konkretes

Botschafter Roland Wermuth, EDA-Generalsekretär und damit auch oberster Personalchef des Departements, sowie Botschafter Fritz Stähelin, Chef der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH), weigerten sich an der Pressekonferenz, die Vorwürfe gegen Blaser zu konkretisieren: Man wolle der Untersuchung, die durch eine ausserhalb des EDA stehende Persönlichkeit durchgeführt werde, nicht vorgreifen. Ein an der Pressekonferenz anwesender Vertreter des Katastrophenhilfekorps (SKH) und enger Vertrauter Blasers, der Koordinator

Toni Frisch, durfte sich nicht zu den internen Verhältnisse im SKH äussern.

«Führungsmängel»

Immerhin steht fest, dass Blaser unter dem Titel «Führungsmängel» ungenügende Ordnung in den Finanzen des Korps, eigenmächtige Personalpolitik, Selbstherrlichkeit in seinen Entscheiden, mangelnde Absprache mit Vorgesetzten und Mitarbeitern, übertrieben militärischer Führungsstil und mangelnde Präsenz am Arbeitsplatz vorgeworfen wird.

«Kompetenzüberschreitungen»

Die «Kompetenzüberschreitungen» ergaben sich aus den während langer Zeit offenbar nicht ganz klaren Zuständigkeiten: Blaser hatte Handlungsfreiheit und Finanzkompetenz (über eine Million Franken) für Soforteinsätze des SKH. Die Soforthilfe nach Katastrophen umfasste jedoch nur rund fünf Prozent der Tätigkeit der Abteilung für humanitäre Hilfe; 95 Prozent fielen unter die Sparte mittel- bis längerfristige Wiederaufbauhilfe und bedurften der Absprache und Zustimmung der DEH, konkret: deren Direktor Botschafter Stähelin.

Blaser hat nun offenbar diese Vorgesetztenfunktion Stähelins in mehreren Fäl-

len krass missachtet und unter dem Titel Soforthilfe in eigener Kompetenz Aktionen gestartet; deren Notwendigkeit und Nützlichkeit in Frage gestellt wird (als Beispiele werden etwa die Aktionen in Kamerun und San Salvador genannt). Ferner soll er eigenmächtig teure Soforthilfeaktionen in die Wege geleitet haben, obwohl genügend Zeit zu Planung und breiterer Absprache vorhanden gewesen wäre.

Versuch einer gütlichen Regelung

Im vergangenen August suchte der Bundesrat, unter dem Druck der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates, eine gütliche Regelung der Dinge in die Wege zu leiten, indem er zwei provisorische Massnahmen erliess: Blaser wurde seiner Funktion als Vizedirektor der DEH und Chef der Abteilung für humanitäre Hilfe enthoben, dafür als Chef des SKH direkt dem EDA-Vorsteher Bundesrat Aubert unterstellt. Damit erhielt er auch offiziell das Recht, den von ihm schon vorher verwendeten Titel «Delegierter des Bundesrates» zu tragen. Quasi als «Gegenleistung» soll Blaser seine Kündigung bis Ende Jahr in Aussicht gestellt haben. Als diese Kündigung dann bis kurz vor Weihnachten nicht eintraf, wurde Blaser massiv unter Druck gesetzt – unter anderem indem ihm die Eröffnung des Disziplinarverfahrens bekanntgegeben wurde. Am 24. Dezember verfasste Blaser schliesslich sein Kündigungsschreiben.

Vorläufig unter dem DEH-Chef

Das Katastrophenhilfekorps wird vorläufig direkt dem DEH-Direktor Stähelin unterstellt; er wird sich bei der Führung des Korps auf die vier Koordinatoren abstützen. Er sei mit der eigentlichen Arbeit des SKH – einmal von den personellen und administrativen Querelen abgesehen – «teilweise sehr zufrieden», meinte Stähelin an der Pressekonferenz. Noch stehe nicht fest, ob und allenfalls wie das SKH umorganisiert werde. Im-

merhin lassen die bisher getroffenen Massnahmen darauf schliessen, dass man das Korps künftig fest in die DEH einbinden, eventuell auch professionalisieren will.

Gerade gegen diese Integration des Korps in die DEH (und damit in die «Bürokratie») hatte sich Blaser nach seinen eigenen Angaben immer zur Wehr gesetzt: Er habe den Milizcharakter des SKH und die Unabhängigkeit des SKH-Chefs von der Administration sicherstellen wollen.

Warten auf Beweise

Unklare Kompetenzausscheidungen, persönliche Antipathien und mangelnde Dialogfähigkeit sowie das Bestreben von Bundesrat Aubert, den Konflikt auf gutlichem Wege (aber leider mit missverständlichen und unter der Hand ge-

troffenen internen Vereinbarungen) zu lösen, haben zum Eklat geführt. Erst sehr spät – und vor allem weil die Geschäftsprüfungskommission des Ständerats darauf beharrte – hat man sich im EDA zu klaren Entscheiden durchgerungen. Ob allerdings die Massnahme der sofortigen Amtsenthebung, mit der Eduard Blaser öffentlich auf die Anklagebank gesetzt wird, in dieser Härte gerechtfertigt ist, wird die angekündigte Untersuchung noch dartun müssen. An der kurzfristig anberaumten Pressekonferenz sind die Verantwortlichen den Beweis dafür noch schuldig geblieben.

Rechtliche Grundlage

sda. Art. 75 der Angestelltenverordnung des Bundes, auf den sich die Dienstenthebung des Delegierten für Katastrophenhilfe stützt, hat folgenden Wortlaut:

«1. Wenn dienstliche Gründe es als notwendig erscheinen lassen, kann, als vorsorgliche Massnahme die sofortige vorläufige Enthebung des

Angestellten vom Dienst oder seine Verwendung in einem andern Dienstverhältnis verfügt werden. Zugleich können Gehalt, Ortszuschlag und Zulagen gekürzt oder entzogen, nicht aber das Versicherungsverhältnis aufgelöst werden.

2. Erweist sich eine solche Massnahme in der Folge als nicht gerechtfertigt, so ist der Angestellte wieder in seine Rechte einzusetzen. Dabei sind gegebenenfalls das entzogene Gehalt, der Ortszuschlag und die Zulagen nachzuzahlen.

3. Die vorläufige Enthebung des Angestellten vom Dienst wird von der zuständigen Amtsstelle verfügt. Die Ansprüche auf Gehalt, Ortszuschlag und Zulagen sind im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Personalamt zu regeln.»

BZ, 3.1.1987

Gesucht: Katastrophenhelfer

Pierre Aubert, Bundespräsident und Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), äusserte in seiner Neujahrsansprache an die Adresse des Schweizer Volkes den Wunsch nach mehr Toleranz und Offenheit – im Zusammenhang mit der Asylpolitik. Vielleicht sollten auch er selbst und seine Chefbeamten eine solche Verhaltensänderung erwägen – im Zusammenhang mit ihrer Informationspolitik. Was das EDA am vergangenen Mittwoch bot mit seiner «Information» über Massnahmen gegen Eduard Blaser, den Chef des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps (SKH), war schlicht unannehmbar.

Dem mageren Communiqué über die Dienstenthebung Bla-

sers und das gegen ihn eingeleitete Disziplinarverfahren hatten EDA-Generalsekretär Roland Wermuth und Fritz Staehlin, Chef der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH), durchs Band weg nur zwei Worte beizufügen: «No comment.» SKH-Einsatzkoordinator Toni Frisch und Josef Doswald vom EDA-Dienst für verwaltungsrechtliche Angelegenheiten, die von ihren Vorgesetzten ebenfalls an die «Pressekonferenz» mitgeschleppt wurden, sagten noch weniger, nämlich gar nichts.

Begründet wird das amtliche Schweigen mit der anlaufenden Disziplinaruntersuchung, der nicht vorgegriffen werden dürfe. Die EDA-Informationspraxis lässt eher einen anderen Grund

als plausibler erscheinen: Die Vorwürfe gegen den engagierten Katastrophenhelfer Eduard Blaser sind die Frucht persönlicher Missgunst in der DEH und einer eklatanten Führungsschwäche an der Spitze des Departements. Verstärkt wird diese Führungsschwäche dadurch, dass das EDA-Generalsekretariat faktisch auf drei Personen verteilt ist, was die Orientierung und Führung nach Ansicht von Kritikern aus dem Parlament unnötig erschwert. Der EDA-Coup zum Jahreswechsel hat gezeigt, dass dieses Departement einen neuen Katastrophenhelfer braucht – in mehr als einer Beziehung.

Markus Hächler

BZ, 3.1.1987

Eduard Blaser war seit Jahren im Clinch mit EDA

Der Delegierte für Katastrophenhilfe hatte Mühe mit bürokratischen Kompetenzbeschränkungen

Die Amtsenthebung Eduard Blasers, des Leiters des Schweizerischen Katastrophenhilfe-Korps (SKH), durch Bundespräsident Pierre Aubert (vgl. Frontseite), ist der Höhepunkt eines seit Jahren schwelenden Konflikts zwischen Blaser und dem Eidgenössischen

Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Mit dem Konflikt befasste sich auch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Ständerats. Die Wurzel des Übels sieht Ex-GPK-Mitglied und

alt Ständerat Othmar Andermatt (FDP, ZG) in der ungenügenden Führungsstruktur des EDA, wie er der BZ erklärte.

11

hac. Der Eklat vom Jahresende hat eine jahrelange Vorgeschichte. Bereits 1984 befasste sich die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Ständerates mit Vorwürfen gegen den SKH-Chef. Alt Ständerat Othmar Andermatt (FDP, ZG), bis vor wenigen Wochen Mitglied der GPK und der Kommission für auswärtige Angelegenheiten (AAK) zur BZ: «Damals hat Eduard Blaser eine administrative Untersuchung gegen sich selbst beantragt, um den Konflikt endlich auszutragen.» Der Konflikt zwischen Blaser und seiner vorgesetzten Behörde, der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH), war laut Andermatt die Folge fortgesetzter Kompetenzüberschreitungen Blasers. Andermatt: «Blaser vertrat die Ansicht, wenn es im Katastrophengebiet pressiere, sei keine Zeit mehr für lange Konferenzen mit den «Bürokraten», und handelte dementsprechend.» So sei Blaser wiederholt im Anschluss an SKH-Einsätze finanzielle Verpflichtungen eingegangen, für die DEH und Bundesrat danach geradestehen gehabt hätten. Daneben sei dem Katastrophenhilfe-Delegierten auch sein «militärischen Führungsstil» angekreidet worden.

Die von Blaser verlangte administrative Untersuchung fand nicht statt. Statt dessen beschloss der Bundesrat Ende August 1986 eine neue Kompetenzverteilung zwischen DEH und SKH: Für operationelle humanitäre Soforteinsätze sei Blaser hinfert allein zuständig, in den übrigen Fällen – etwa in der Wiederaufbauhilfe – habe die DEH über den Einsatz des SKH zu entscheiden. Der SKH-Chef wurde bis auf weiteres direkt der Landesregierung und nicht mehr der DEH unterstellt. Die Direktunterstellung habe das Problem nicht entschärft, sondern eher für noch mehr Konfliktstoffe gesorgt, glaubt Andermatt: «Jetzt hatte Blaser mehr freie Hand.»

Eduard Blaser sei «sicher nicht jemand, mit dem leicht und einfach umzugehen ist», meint Andermatt. Bei allen Vorbehalten gegenüber Blaser müsse jedoch festgehalten werden, dass das SKH eine harte Führung brauche. «Dafür», so Andermatt, «kommen keine Ethnologen oder Soziologen in Frage. Es wäre schlimm, wenn unter der Führung des DEH aus dem Katastrophenhilfe-Korps ein Katastrophenkorps würde.»

Was kurz vor Weihnachten zur EDA-Disziplinaruntersuchung gegen Blaser und zu seiner Demission per Mitte 1987 geführt hat, ist unklar. Das EDA wollte dazu am Mittwoch keine Stellung nehmen, behauptete jedoch, mit Blaser hätten Gespräche über die gegen ihn gerichteten Vorwürfe stattgefunden, was dieser gegenüber zwei Nachrichtenagenturen dementierte. Die am Mittwoch bekanntgegebene vorläufige Suspendierung Blasers von seinem Amt und die interimistische Leitung des SKH durch DEH-Chef Fritz Staehelin sind laut EDA-Generalsekretär Roland Wermuth die Folge «unvollständiger Auskünfte Blasers gegenüber den Medien», laut Botschafter Staehelin eine vorsorgliche Massnahme zur Sicherstellung der reibungslosen SKH-Weiterarbeit. Othmar Andermatt hat eine andere mögliche Erklärung: «Im SKH-Jahresbericht, der im Dezember veröffentlicht wurde, ist von einer internationalen Katastrophenhilfe-Konferenz die Rede, die im April in der Kaserne Wangen a.A. stattfinden soll. Möglicherweise hat Eduard Blaser die Einladungen verschickt, ohne sich mit der DEH abzusprechen.»

ATS, 3./4.1.1987

AFFAIRES ETRANGERES

AIDE SUISSE EN CAS DE CATASTROPHE: UNE CRISE ECLATE AU SOMMET

Le responsable du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe suspendu de ses fonctions et soumis à une enquête disciplinaire

Berne, (ATS). – **Le conseiller fédéral Pierre Aubert, chef du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE), a provisoirement suspendu de ses fonctions M. Eduard Blaser, délégué du Conseil fédéral pour l'aide en cas de catastrophe à l'étranger. Selon un communiqué diffusé par le DFAE, peu avant Noël, M. Blaser avait été informé du fait que le chef du DFAE avait ouvert une enquête disciplinaire à son encontre au sujet de divers manquements aux devoirs de ses fonctions. En réponse à cette mesure, M. Blaser a annoncé sa démission pour l'été prochain.**

Jusqu'à ce que soient connus les résultats de l'enquête disciplinaire, le Corps suisse d'aide en cas de catastrophe sera directement subordonné au chef de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire, M. Fritz Staehelin.

Les motifs de l'enquête disciplinaire ouverte contre M. Blaser ont été révélés lors d'une conférence de presse tenue le 31 décembre: erreurs de direction et dépassements de compétence.

Selon le secrétaire général du DFAE Roland Wermuth, c'est une personnalité probablement extérieure au DFAE et peut-être même à l'administration fédérale qui sera chargée de l'enquête. Les conclusions seront adressées au Conseil fédéral et rendues publiques.

Lors de la conférence de presse de mercredi, ni M. Wermuth, ni M. Staehelin n'ont cependant voulu donner de précisions sur les reproches adressés à M. Blaser. Dans la lettre lui annonçant l'ouverture de l'enquête disciplinaire, on faisait mention de mauvais climat de travail, d'absence injustifiée, de carences dans le contrôle des finances et de relations tendues avec les autres organisations.

Selon M. Wermuth, la suspension du délégué du Conseil fédéral pour l'aide en cas de catastrophe à l'étranger est la conséquence directe des déclarations de M. Blaser durant la période de Noël, lorsqu'il a annoncé publiquement sa démission. Le DFAE attendait que le Conseil fédéral prenne acte de la démission de M. Blaser avant de la rendre publique.

M. Blaser réagit

Berne, 2 (ATS). – M. Eduard Blaser, chef provisoirement suspendu du Corps suisse d'aide en cas

de catastrophe (ASC), a critiqué vendredi l'attitude du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) à son égard. Il rejette les reproches qui lui sont faits et réclame une enquête indépendante.

M. Blaser reproche au chef du DFAE, le président de la Confédération Pierre Aubert, d'avoir, sans preuves, fait de lui un accusé, nuisant gravement par là à sa réputation et à celle de l'ASC. D'après lui, M. Aubert a ouvert la procédure disciplinaire contre lui le 24 décembre à 10 heures; or, il n'a appris sa suspension que le 30 décembre à 23 h. 30.

Pour M. Blaser, les raisons de sa suspension provisoire sont d'ordre politique. Le DFAE a l'intention d'intégrer le Corps d'aide en cas de catastrophe dans la DDA, a-t-il déclaré. Lui-même s'est toujours opposé à ce projet et continuera à le faire: à son avis, l'ASC, corps de volontaires basé sur le système de milice, doit garder son autonomie.

M. Blaser avait réagi à l'ouverture de la procédure disciplinaire en donnant sa démission, qu'il envisageait de toute façon, pour le milieu de 1987.

Le conflit couvait depuis plusieurs mois

Un conflit, qui couvait depuis des mois entre le Corps suisse d'aide en cas de catastrophes (ASC) et la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire (DDA), est brusquement entré dans une phase aiguë pendant la trêve de Nouvel An à Berne: Pierre Aubert, chef du Département fédéral des affaires étrangères - et nouveau président de la Confédération - a ordonné, dans la nuit du 30 décembre, la suspension d'Eduard Blaser, chef de l'ASC, assortie de l'ouverture d'une enquête disciplinaire à son sujet «pour erreurs de direction et dépassements de compétences».

Pour le public, l'histoire a débuté le 27 décembre avec l'annonce de la démission d'Eduard Blaser, chef du Corps suisse d'aide en cas de catastrophes (ASC), révélée par le quotidien bernois «Der Bund». Trois raisons à cette décision qui, ainsi que nous l'a indiqué M. Blaser, remonte en fait déjà au mois de septembre 1986: l'usure due à des fonctions qui exigent un engagement personnel total, ainsi qu'une disponibilité 24 heures sur 24; la lassitude engendrée par une lutte incessante contre la bureaucratie et les chicanes de l'administration fédérale; le refus de l'intégration de l'ASC, organisation de volontaires, à la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire (DDA), ce qui entraînerait la transformation de l'ASC en un service administratif géré et assumé par des fonctionnaires. C'est pour cette troisième raison que M. Blaser est entré en conflit ouvert avec le directeur de la DDA, l'ambassadeur Fritz Stahelin.

C'est au début de 1982 que M. Blaser a pris la direction de l'ASC, choisi par le Conseil fédéral parmi 90 candidats pour succéder à Arthur Bill, créateur de ce corps d'intervention. Le nouveau chef, un ingénieur bernois, major à l'armée, a donné un nouvel élan à cette organisation de milice, qui compte quelque 1500 volontaires de professions très diverses. En créant une «chaîne de sauvetage», il a développé une collaboration originale avec des organisations prêtes à intervenir en cas de catastrophes, la Croix-Rouge, la Garde aérienne suisse de sauvetage, la Protection anti-aérienne de l'armée ou encore la Société suisse des chiens de catastrophes. Ainsi que M. Blaser en convient lui-même, l'ASC est devenue une organisation efficace et flexible grâce à ses volontaires, dotés d'une formation adéquate grâce à des stages intensifs de préparation en Suisse et disponibles sur l'heure pour partir en mission lorsque survient une catastrophe, à l'étranger. Les interventions de l'ASC lors des tremblements de terre de Mexico et de San

Salvador, à pied d'œuvre dans les décombres quelques heures après l'annonce des sinistres, demeurent encore présentes dans toutes les mémoires.

Le suivi des opérations

Là où le bât a commencé de blesser, c'est à propos du suivi, c'est-à-dire sur la poursuite de l'intervention suisse sur le terrain après les mesures d'urgence, l'œuvre de reconstruction proprement dite. En principe, l'ASC est compétente pour l'intervention urgente, puis elle doit passer le témoin à la DDA pour la reconstruction. La commission de gestion du Conseil des Etats, ayant passé la DDA sous sa loupe vigilante durant l'été de 1985, s'est rendu compte de certaines difficultés quant au relais entre les deux organismes. Elle a formulé ses propositions quant à la modification de l'organigramme, soucieuse d'éviter que certains conflits personnels ne soient portés à la connaissance de l'opinion publique.

En août 1986, le Conseil fédéral a pris ses propres mesures: M. Blaser, délégué du Conseil fédéral pour l'aide en cas de catastrophes, qui avait été jusqu'alors directement rattaché à la DDA en qualité de vice-directeur, chef de la division de l'aide humanitaire, a été déchargé de ce poste, l'aide humanitaire étant transférée au directeur-adjoint de la DDA Rolf Wilhelm. M. Blaser devient alors, conformément du reste à sa volonté, directement subordonné à M. Aubert. Mais son mandat de délégué du Conseil fédéral n'est désormais valable qu'à l'étranger pour des missions «opérationnelles». Son autonomie financière est par ailleurs limitée à un montant d'un million de francs. Cette «réorganisation», effectuée de manière discrète, entre en vigueur à mi-septembre.

M. Blaser nous a par ailleurs affirmé qu'il avait pris la décision de quitter son poste en septembre dernier, n'ayant jamais fait mystère qu'il ne pourrait s'engager que pour une durée limitée, vu l'engagement personnel total impliqué par ce poste, certes des plus passionnants, mais usant à la longue. Il a envoyé sa lettre de démission au Conseil fédéral pendant les fêtes de Noël. Il ne cache pas que des motifs politiques aient été également à la base de sa détermination.

Anne-Marie Ley

(Journal de Genève)

St. Galler Tagblatt, 8.1.1987

Krise um das Schweizer Katastrophenhilfskorps – Wer ist der Schuldige?

Was wird Blaser vorgeworfen?

ROGER DE DIESBACH

Am 30. Dezember wurde Eduard Blaser, der Leiter des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps, in seinem Amt wegen «Führungsfehlern und Kompetenzüberschreitungen» suspendiert. Provisorisch wird er durch Botschafter Fritz Staehelin, Chef der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH), ersetzt. Seit Monaten hat Blaser mit Staehelin kaum ein Wort gewechselt. Bern ist daran, eine Persönlichkeit mit der Untersuchung der «Blaser-Affäre» zu beauftragen. Bis diese Angelegenheit klar durchleuchtet ist, ist es wohl von Interesse, die Geschichte des alten «Vulkans», der plötzlich ausbricht, zu beschreiben.

Von 1963 bis 1967, nach den Erdbeben in Jugoslawien und der Mattmark-Katastrophe, haben mehrere eidgenössische Parlamentarier – Arnold, Schürmann, Biatti und natürlich Kurt Furgler – die Schaffung eines schweizerischen Hilfskorps vorgeschlagen. Die «Blauen Helme» der UNO und andere Möglichkeiten waren im Gespräch. 1972 wurde dann der Delegierte des Bundesrates für Hilfsaktionen im Ausland ernannt. Es handelte sich um den früheren Leiter des Pestalozzidorfes Arthur Bill, einen gewiegten Politiker, offen jedem Gespräch.

Die Geburt des «Vulkans»

Im September 1974 schickte das Korps etwa 100 Freiwillige in die von der Dürre heimgesuchte Sahelzone in Afrika, genauer in den Tschad und nach Äthiopien. Bald zerbrachen die eidgenössisch-militärischen Strukturen des Hilfskorps. Dieses erste Experiment, dessen Kosten sich auf 6 Mio Fr. beliefen, wurde durch die persönlichen Initiativen seiner professionellsten Mitglieder, die schon Erfahrung mit Entwicklungsländern hatten, gerettet.

Später gelangte das Korps zur Überzeugung, dass die Einstellung von Profis unumgänglich sei. Seit dem Sahel-Experiment hegt es aber auch berechtigte Befürchtungen bezüglich immer häufiger Interventionen und der Art der Einsätze. Die «Rettungskette» (Orten, Ausgraben und Pflegen der Opfer, Hunde, Maschinen usw.) interveniert immer sobald als möglich.

Doch mehr und mehr operiert das Katastrophenhilfskorps auch in zweiter Linie, bei Wiederaufbauarbeiten. Damit entstanden die Divergenzen, der «Vulkan».

Es kann nicht bezweifelt werden, dass die mittelfristigen Vorhaben des Katastrophenhilfskorps sehr bald in direkte Konkurrenz traten mit der Schweizer Entwicklungshilfe und damit mit dem DEH im Departement für auswärtige Angelegenheiten. Die bittere Pille des Neids gegenüber dem Korps, die der geschickte Bill noch zu schlucken vermochte, blieb seinem Nachfolger, dem Berner Ingenieur Blaser, quer im Hals stecken.

Bundesrat als Schiedsrichter

Blaser zeigte Initiative und «schmiss seinen Laden», wie dies in der Privatwirtschaft üblich ist. Mit seinen schnellen Entschlüssen und seinem Horror vor Reglementen war der Konflikt mit Botschafter Fritz Staehelin eigentlich vorprogrammiert. Fritz Staehelin, der Chef der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH), welchem das Katastrophenhilfskorps unterstellt ist, ist ein abwägender Mann, ein gewissenhafter und pünktlicher Diplomat.

Die Beziehungen zwischen den beiden verschlechterten sich so sehr, dass der Bundesrat selber am 27. August 1986 die Widersacher durch ein lustig anmutendes Dekret trennen musste. Während anderthalb Jahren hatte der Text des Dekrets verbessert werden müssen, bis beide ihn annehmbar fanden. Er scheint nur auf die zwei Persönlichkeiten zugeschnitten zu sein: «Die DEH ist für die nicht operationellen humanitären Hilfeleistungen zuständig. Der Delegierte (für das Katastrophenhilfskorps) ist berechtigt, sich dazu zu äussern. Der Delegierte ist für die operationellen humanitären Hilfeleistungen zuständig. Die DEH ist berechtigt, sich dazu zu äussern.»

Die Vorwürfe gegenüber Blaser

In Wirklichkeit befand sich Eduard Blaser schon im letzten Sommer im Kreuzfeuer Berns, insbesondere der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates. Was wurde ihm vorgeworfen? Kurz gesagt, folgendes:

- Der erste Funke sprang, als Blaser in Mauretanien ein Hilfsprogramm für unterernährte Kinder startete. Die DEH fand, dies sei ein langfristiges Programm, welches besser nicht über eine in der Schweiz beschlossene Hilfsaktion verwirklicht werde. Und zudem hatte Blaser nicht das Einverständnis Staehelins eingeholt! Das gleiche Malaise wiederholte sich, als das Schweizer Hilfskorps eine Impfungskampagne in Äquatorialguinea startete oder in Ghana ein Ernährungszentrum baute.

- 1985 bebte die Erde in Mexiko. 1986, eine Katastrophe in Salvador. In beiden Fällen fragt sich Bern, ob es wohl von Nutzen war, das Schweizer Hilfskorps in so weit abgelegene Gebiete zu entsenden, welche so nahe an der US-Grenze liegen. Blaser entsandte das Korps und erzielte Erfolg.

- Bevor Blaser nach Mexiko flog, versprach er mündlich, keinen Wiederaufbauvertrag zu unterschreiben, ohne Bern davon zu unterrichten. Am Katastrophort selber setzte er aber das Korps bei Wiederaufbauarbeiten für ein Spital ein. Kein Diplomat erinnert sich, Pierre Aubert je so wütend erlebt zu haben wie wegen dieses Faktums.

- Kleine Probleme mit dem Personal spielen eine untergeordnete Rolle, wie jenes der sehr kompetenten Dame, die zwar nicht dem Korps angehörte, jedoch regelmässig als Leiterin des Generalstabes in Krisensituationen eingesetzt wurde.

- Blaser entliess Hans Scheidegger, den Personaleinsteller des Korps. Dieser liess sich dies nicht gefallen und veröffentlichte einen harten Gegenbericht gegen seinen Chef. Eine Berner Zeitung übernahm die Affäre, Blaser antwortete öffentlich, was seine schliesslich provisorische Suspension erzwirkte, «damit sich die Untersuchung in einem guten Klima abspielen könne».

Gibt es einen Schuldigen? Die Untersuchung wird darüber Klarheit schaffen. Sie wird auch feststellen, ob Bundesrat Aubert nicht zu hart zugeschlagen hat.

Krisensitzung im EDA

Der Vorsteher des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Bundespräsident Aubert, berief gestern eine Krisensitzung zum Konflikt um den suspendierten Chef des Kata-

strophenhilfekorps (SKH), Eduard Blaser, ein. Über den Verlauf und die Teilnehmer der Sitzung machte das EDA keine Angaben. Die als «interne Direktionssitzung» deklarierte Aussprache soll heute Donnerstag weitergeführt und erst danach soll die Öffentlichkeit informiert werden. AP.

24 Heures, 8.1.1987

Pas de catastrophe au Corps suisse

L'ERUPTION D'UN VIEUX VOLCAN

Suspendu de ses fonctions de chef du Corps suisse d'intervention en cas de catastrophe pour erreurs de direction et dépassements de compétences, Eduard Blaser a été provisoirement remplacé par l'ambassadeur Fritz Staehelin, le chef de l'Aide suisse au développement. Or cela fait des mois que Blaser adresse à peine la parole à Staehelin. Alors que Berne est en train de choisir l'enquêteur qui fera la lumière sur l'affaire Blaser, il faut raconter l'histoire du volcan qui vient de se réveiller.

En 1974, le premier délégué aux missions de secours à l'étranger, Arthur Bill, envoie une centaine de volontaires au Tchad et en Ethiopie, deux pays dévastés par la sécheresse. Très vite, les structures helvétiques militaires du corps de secours s'effondrent. Cette première expérience (coût : 6 millions) est surtout sauvée par l'initiative personnelle des volontaires les plus habitués au tiers monde, les plus professionnels.

Plus tard, le Corps retient la nécessité d'engager des pros et garde du Sahel une crainte justifiée des actions massives. Si sa chaîne de sauvetage (dégagement des victimes et soins, chiens, machines, etc.) intervient toujours aux premières heures des catastrophes, le Corps s'engage de plus en plus en deuxième ligne, pour des travaux de reconstruction. C'est la naissance du volcan : car dès lors, ses projets entrent en compétition directe avec ceux de l'Aide suisse au développement.

Conseil fédéral arbitre

Généreux, la décision rapide, Blaser, qui succède à Bill, est un homme d'initiative gérant ses affaires comme dans le privé ; il a horreur des règlements. Il trouve en face de lui l'ambassadeur Fritz Staehelin, le patron de la coopération au développement (DDA) et de l'aide humanitaire (dont relève le Corps), un homme pondéré, un diplomate précis et méticuleux. Entre les deux hommes, la situation se

dégrade. Pour les départager, le Conseil fédéral lui-même édictera le 27 août 1986 une ordonnance peaufinée durant un an et demi et qui semble faite uniquement pour que les deux hommes se parlent : la DDA est compétente pour l'aide humanitaire non opérationnelle ; le délégué a le droit de se prononcer. Le délégué est compétent pour l'aide humanitaire opérationnelle ; la DDA a le droit de se prononcer.

Les reproches

En réalité, l'été dernier, Eduard Blaser était déjà dans le collimateur de Berne, notamment de la commission de gestion du Conseil des Etats. Que lui reprochait-on ? Voici, pour l'essentiel :

- Première étincelle lorsque Blaser lance un programme d'aide aux enfants sous-alimentés de Mauritanie. La DDA estime que c'est là un projet à long terme qui mérite mieux qu'une aide d'urgence parachutée. Et Blaser n'a pas jugé bon de demander l'accord de Staehelin ! Le même malaise se reproduit lorsque le Corps lance une campagne de vaccination en Guinée équatoriale ou construit au Ghana un centre nutritionnel.

- Lors des séismes au Mexique (1985) et au Salvador (1986), Berne se demande s'il est bien utile d'envoyer le Corps suisse dans une zone si lointaine et si proche des Etats-Unis. Dans les deux cas, Blaser remporte en Suisse un succès populaire jugé agaçant.

Une colère rouge

- Avant de partir pour le Mexique, Blaser fait la promesse orale de ne pas signer d'accord de reconstruction sans en informer Berne. Sur le terrain, il engage pourtant le Corps dans la reconstruction d'un hôpital. De mémoire de diplomate, Pierre Aubert n'aurait jamais pris de colère aussi rouge.

- Enfin, Blaser licencie Hans Scheidegger, recruteur du Corps suisse, qui répond par un contre-rapport musclé contre son chef. Un journal bernois s'en saisit. Blaser répond publiquement, ce qui entraîne sa suspension provisoire, afin que l'enquête puisse se dérouler dans un climat serein.

Des certitudes

Y a-t-il un coupable ? L'enquête le dira. Elle dira aussi si Pierre Aubert n'a pas frappé trop fort. Seules certitudes : il y a d'énormes différences de caractère et de style de commandement. Et puis, il y a l'habitude prise par le Corps d'intervenir trop souvent après l'urgence, dans des projets qui nécessitent une longue patience. — (BRRI/ Roger de Diesbach)

- **Incident en Ouganda.** — Une équipe du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe qui opérait à Ajumani, au nord de l'Ouganda, a quitté subitement la ville samedi pour se rendre à Moyo. Il semble qu'une querelle entre un médecin suisse et un officier ougandais soit à l'origine de cette affaire, qui toutefois ne devrait pas menacer le travail du Corps dans la région.

Vaterland, 9.1.1987

Eidg. Personalamt mit SKH-Untersuchung beauftragt

Hilfskorps bleibt beim Milizsystem

Mit der Disziplinaruntersuchung gegen den Chef des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps, Eduard Blaser, hat Bundespräsident Pierre Aubert das Eidg. Personalamt beauftragt. Als Verantwortlichen bestimmte er im Einverständnis mit dem Personalamt Bernard Bretscher, Vize-Direktor und Chef des Rechtsdienstes der Eidg. Finanzverwaltung, wie das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gestern mitteilte. Der Bundesrat soll Blasers Demission annehmen, am Milizsystem SKH soll nichts geändert werden.

sda. Vorgestern und gestern fanden unter dem Vorsitz von Bundespräsident Aubert direktionsinterne Gespräche zum Fall Blaser statt. In einem Communiqué wurden nun – ohne Aussagen zur Sache – die Modalitäten der Disziplinaruntersuchung mitgeteilt. Laut EDA war der Entscheid, gegen Eduard Blaser ein Verfahren einzuleiten, «durch Tatbestände bedingt, die dem Departementsvorsteher zur Kenntnis gebracht worden sind und die abgeklärt werden müssen». Das Departement wünscht, «dass diese Untersuchung schnell zu Ende geführt wird».

Strukturen bleiben

Aubert möchte überdies möglichst rasch in Erfahrung bringen, ob die gegen Blaser verfügte Massnahme der provisorischen Dienstenthebung für den guten Ablauf der Untersuchung weiterhin notwendig erscheint.

Das EDA wird dem Bundesrat vorschlagen, der von Blaser auf Mitte 1987 eingereichten Demission stattzugeben. Es ist anzunehmen, dass sich die Landesregierung bereits an ihrer ordentlichen Sitzung vom kommenden Mittwoch mit dem Konflikt zwischen dem SKH-Chef und dem EDA befassen wird. Im übrigen unterstreicht das EDA in seinem Communiqué, dass eine Änderung der Milizorganisation oder der Strukturen des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps, «dessen Wirksamkeit und Engagement nie in Zweifel gezogen worden sind», nicht in Frage komme.

Vorwürfe

Der seit 1982 das SKH leitende Blaser hatte am 24. Dezember 1986 von der Einleitung einer Disziplinaruntersuchung erfahren und mit der (ohnehin geplanten) Demission per Ende Juni dieses Jahres reagiert. Vor der Bundeshauspresse begründeten EDA-Generalsekretär Roland Wermuth und Di-

rektor Fritz Staehelin von der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) am 31. Dezember das Verfahren mit «Kompetenzüberschreitungen» und «Führungsmängeln» des SKH-Chefs. Gleichzeitig wurde erklärt, die in der Nacht auf Silvester bekanntgegebene vorläufige Amtsenthebung Blasers sei die direkte Folge gewisser «unvollständiger» Ausserungen, die der Betroffene im Zusammenhang mit seinem Rücktritt gemacht habe.

Während das EDA die Blaser angelasteten Tatbestände bisher nicht näher präzisieren wollte, setzte sich der SKH-Chef in verschiedenen Interviews öffentlich zur Wehr. Seiner Ansicht nach geht es Botschafter Staehelin letztlich darum, das Katastrophenhilfskorps vollständig in den Verwaltungsapparat der DEH zu integrieren, vom Milizsystem abzurücken und die Freiwilligkeit der Dienstleistungen durch eine Professionalisierung der Korpsangehörigen zu ersetzen. Derartigen Bestrebungen hat sich Blaser nach eigenen Angaben stets widersetzt, weil er eine Bürokratisierung und damit Effizienzeinbusse der Nothilfe befürchtete. In seinem Communiqué unterstreicht das EDA nun freilich wie erwähnt, dass von Änderungen am Milizcharakter oder an den Strukturen des Korps nicht die Rede sei.

Eher peinlich

Eigentlich doch eher peinlich, was sich da zurzeit im Departement für auswärtige Angelegenheiten abspielt. Auf eine wehleidig-hochtragende Demission des Katastrophenhilfskorps-Chefs Eduard Blaser folgt am Vorabend seines Präsidentschaftsjahrs eine nervös-überspannte Reaktion des Bundespräsidenten. Ein Scherbenhaufen zum neuen Jahr, von dem man sich nur mit Mühe Glück versprechen kann.

«Der Blaser macht, was er will», hat es in Bern schon seit einiger Zeit geheissen. Ob zu Recht, überprüfte eine Sektion der ständerätlichen Geschäftsprüfungskommission unter dem Urner Standesherr Franz Muheim im Jahre 1985. Sie kam zum Schluss, dass zwischen Katastrophenhilfe und Entwicklungszusammenarbeit – in Bern sozusagen unter einem Dach vereinigt – echte Kompetenz- und Koordinationsprobleme bestehen. Es blieben ihr zudem persönliche Unvereinbarkei-

ten nicht verborgen, die mindestens ebenso gravierend waren.

Die Entwicklungszusammenarbeit: eine mühsame, anspruchsvolle Daueraufgabe, wenig populär und ständig hinterfragt. Ihr Chef Fritz Stähelin: Ein besonnener, besorgter, erfahrener Diplomat und Chefbeamter, der von seiner Equipe hochgeschätzt wird. Katastrophenhilfe: eine Folge von aufsehenerregenden, prestigeträchtigen Blitzaktionen. Ihr Chef Eduard Blaser: eine effiziente, erfolgsgewohnte Führernatur mit Militär- und Wirtschaftserfahrung, gut entwickeltem Selbstbewusstsein und berechtigtem Stolz auf sein Korps.

Das musste ja schiefgehen, mag man hinterher denken. Um so mehr, als anzunehmen ist, dass auch der Hilfskorps-Chef und der Departementsvorsteher nie richtig zueinander fanden. Und die Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission sind im Departement Aubert offenbar nicht nachhaltig genug in die Tat umgesetzt worden. Diese Versäumnisse vermag auch der effektvolle Silvesterstreich nicht wettzumachen.

Etwas überrissen kommen einem auf der andern Seite die Befürchtungen Blasers vor, «sein» Hilfskorps müsse nun wieder bei Null beginnen. Man hat den Eindruck, hier liege Selbstüberschätzung im Widerstreit mit der Loyalität, die einem Delegierten des Bundesrats geboten ist. Seltsam auch die Idee, alt Bundesrat Kurt Furgler sollte schnurstracks als ausserordentlicher Geschäftsprüfer seinem ehemaligen Kollegen Pierre Aubert am Zeug herumflicken.

Der Scherben sind genug. Jetzt geht es ans Flickeln. Der Bundesrat wird den Rücktritt Eduard Blasers zweifellos annehmen. Dessen Verdienste werden damit nicht geschmälert.

Hans Moos

Der Bund, 9.1.1987

Kritische Anmerkungen zur Disziplinaruntersuchung gegen SKH-Chef Eduard Blaser und zur Weigerung Auberts, an der Organisation des SKH etwas zu ändern

WIE KANN DIE KRISE DES KATASTROPHENHILFEKORPS UEBERWUNDEN WERDEN?

Bundespräsident Aubert will ausdrücklich nur die Amtsführung von Eduard Blaser als Chef des Katastrophenhilfekorps (SKH) untersuchen lassen und nicht an der Organisationsform des Korps rütteln (vgl. Seite 1). Mittelfristig drängt sich aber auch ein Überdenken der heutigen Strukturen des SKH und seines Einsatzkonzeptes auf.

Zunächst einmal stellt sich die Frage, ob es im Hinblick auf die Wirkung in der Öffentlichkeit geschickt war, eine Verwaltungsstelle des Bundes unter der Leitung eines Chefbeamten mit der Untersuchung gegen den SKH-Chef Eduard Blaser zu betrauen, zumal Blaser ja die gegen ihn gerichteten Vorwürfe gerade damit gekontert hat, man wolle das Katastrophenhilfekorps «verbürokratisieren», und es seien die «neidischen Beamten» und «sturen Bürokraten», die ihn an seiner Arbeit hinderten.

Dass nun ausgerechnet Vertreter der von ihm angeprangerten «Bürokratie» die Untersuchung gegen ihn führen werden, wird der des Amtes enthobene SKH-Chef in seinen weiterhin zu erwartenden Kommentaren zuhanden der Medien

**Von unserem Redaktor
Konrad Stamm**

und des Publikums bestimmt zu nutzen wissen. Die Ergebnisse, welche die Untersuchung zeitigen wird, dürften somit kaum unbestritten bleiben. Bundespräsident Aubert, dessen Führungsschwä-

chen durch den Fall Blaser (oder anders gesagt: durch die Blaser vorgeworfene Unfähigkeit, mit Vorgesetzten und Untergebenen zusammenzuarbeiten) einmal mehr bestätigt worden sind, hätte, wie ja in Erwägung gezogen worden war, ohne weiteres eine ausserhalb der Verwaltung stehende Person mit der Untersuchung gegen den SKH-Chef betrauen können. Nun aber scheint es, als ob von einer Untersuchung durch einen externen Experten für Aubert und sein EDA unangenehme Ergebnisse zu erwarten wären und man deshalb weiterhin den Deckel über der schon seit vielen Monaten schwelenden Affäre halten müsse.

Etwas voreilig erscheint aber auch die Feststellung des EDA, an der Organisation und Struktur des Katastrophenhilfekorps solle nichts geändert werden. Die Auseinandersetzungen zwischen SKH-Chef Blaser und der ihm ursprünglich direkt vorgesetzten Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) wurden ja nicht zuletzt durch unklare Kompetenzausscheidungen ausgelöst.

Im wesentlichen ging es dabei immer wieder um die Frage, was eigentlich als Soforthilfe (für die Blaser direkt zuständig war) und was als mittelfristige Hilfe (für die er das Einverständnis der DEH brauchte) zu bezeichnen sei.

Ursprünglich war das Katastrophenhilfekorps vor allem zum Soforthilfe-Einsatz konzipiert, wobei die Verantwortlichen Einsätze in Südeuropa, Kleinasien und allenfalls im nördlichen Afrika vor

Augen hatten. Doch für den Tatendurst Blasers gab es bei solcher Definition des Aufgabenkreises für das SKH nicht genügend Einsatzmöglichkeiten, so dass der geographische Rahmen viel weiter gesteckt wurde. Zudem erwies sich, dass das grosse Freiwilligenkorps für Soforteinsätze zu schwerfällig, die einzelnen Freiwilligen oft ungeeignet waren. So kam es, dass parallel zur SKH-Milizorganisation eine schlagkräftige Profitruppe aufgebaut wurde: Die «Rettungskette».

Soforthilfe nach einer Erdbebenkatastrophe konnte von da an praktisch ohne die SKH-Freiwilligen geleistet werden: Die Rettungsflugwacht organisierte die Transporte, der Verein für Katastrophenhunde übernahm die Suche nach Verschütteten und Eingeschlossenen, das Bundesamt für Luftschutztruppen schickte gut ausgebildete LS-Soldaten, welche die Überlebenden bargen, das Schweizerische Rote Kreuz sorgte für Medikamente, Wolldecken, Zelte und sonstiges Hilfsmaterial. Vom SKH wurden eigentlich nur noch der Koordinator und das Geld benötigt – die Million, die der SKH-Chef pro Katastrophe in eigener Kompetenz ausgeben durfte.

Die SKH-Freiwilligen kamen deshalb vorwiegend bei der mittelfristigen Hilfe zum Einsatz, bei der Überlebens- und Wiederaufbauhilfe, die sich über einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren erstreckt und die schliesslich in langfristige Entwicklungshilfe münden kann. Und dabei will DEH-Direktor Stäehelin, früher Blasers Vorgesetzter, vernünftigerweise mitreden können. Zu diskutieren wäre somit eine Zerteilung der bisherigen SKH-Organisation in

1. eine professionelle Stabsstelle für Soforthilfe unter Leitung eines Delegierten des Bundesrates, der dem EDA-Chef direkt unterstellt wäre und der zur Hilfeleistung (innert Stunden) die «Rettungskette» einsetzen würde; und in
2. ein Freiwilligenkorps, das im Zeitrahmen von Wochen und Monaten Überlebens- und Aufbauhilfe leisten würde und der DEH zu unterstellen wäre.

Solothurner Zeitung, 9.1.1987

Nebulös

Das unschöne Gerangel um Katastrophen-Chef Blaser geht weiter nach Geheimratsmanier über die Bühne. Zwar hat Pierre Aubert als zuständiger Bundesrat jetzt den Untersuchungsbeamten bestimmt. Beim Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) scheint man aber nach wie vor nicht bereit zu sein, Licht in die leidige Affäre zu bringen. Weder werden die via Indiskretion bekannt gewordenen Vorwürfe konkretisiert, noch nimmt man zu den Erklärungen Stellung, die Eduard Blaser inzwischen in den Medien gemacht hat. Man verschanzt sich hinter der lapidaren

Feststellung, wonach man nicht in ein «hängiges Verfahren» eingreifen wolle.

Auch die neueste Verlautbarung aus der EDA-Küche trägt nicht zur Klärung der Situation bei. Man will nicht einmal bekannt geben, wer an der gewichtigen Sitzung teilgenommen hat. Damit heizten die EDA-Diplomaten die Gerüchteküche in ganz undiplomatischer Art und Weise – wie übrigens die ganze Amtsenthebung in einem für EDA-Verhältnisse äusserst fragwürdigen Stil abgewickelt wurde – nur unnötig an. Es ist unverständlich, warum EDA-Chef Staehelin nicht endlich klärende und somit rechtfertigende Fakten auf den Tisch legt.

Immerhin lässt die banale EDA-Mitteilung zwei mögliche Schlussfolgerungen zu. Erstes Indiz: Bei den SKA-Finzen scheint tatsächlich nicht alles zu stimmen, sonst hätte man wohl kaum einen Mann der Finanzverwaltung mit der Untersuchung beauftragt. Zweites Indiz: Die sofortige Suspendierung Blasers vom Dienst scheint doch eine überhastete Massnahme gewesen zu seine. Sonst möchte wohl Aubert jetzt nicht im nachhinein «möglichst schnell in Erfahrung bringen, ob die gegen Herrn Blaser verfügte Massnahme der professorischen Dienstenthebung für den guten Ablauf der Untersuchung weiterhin notwendig erscheint».

Peter Frey

Aargauer Tagblatt, 9.1.1987

Aubert: Kalte Füsse?

Hat «Aussenminister» Aubert wieder einmal vorschnell oder im Affekt gehandelt, als er den Delegierten für Katastrophenhilfe am 30. Dezember in einer Nachtaktion Knall auf Fall für unbestimmte Zeit seines Amtes enthob? Diese Vermutung wird durch das gestrige EDA-Communiqué bestärkt, laut dem Aubert «möglichst rasch» vom Leiter der Disziplinaruntersuchung in Erfahrung bringen möchte, ob die provisorische Dienstenthebung Blasers «für den guten Ablauf der Untersuchung weiterhin notwendig erscheint». Demnach wäre also der Rauswurf Blasers aus Rücksichtnahme auf die Untersuchung erfolgt. Diese Begründung indessen ist neu; an der peinlich nichtssagenden EDA-Presskonferenz vom Silvestertag war Auberts Kraftakt noch als Quittung für Blasens Äusserungen in der Öffentlichkeit hingestellt worden. Die Neubegegründung deutet jedenfalls darauf hin, dass Aubert inzwischen doch kalte Füsse bekommen hat und die Wogen mit einer Aufhebung der Suspendierung Blasens glätten möchte, zumal der Suspendierte ja ohnehin auf Mitte Jahr gekündigt hat.

Im übrigen lässt das EDA die Öffentlichkeit hinsichtlich der Verfehlungen, die dem Katastrophenbeauftragten vorgeworfen werden, weiterhin im dunkeln tappen. Das lässt Blaser erst recht im Märtyrerlicht erscheinen. Bei allen Sympathien für diesen unbürokratischen «Macher» bleibt aber doch das Ergebnis der Disziplinaruntersuchung abzuwarten. Blaser hat gewiss gute Arbeit geleistet; dass er

jedoch hin und wieder seine Kompetenzen überschritten hat, ist gut möglich. Das wäre aber noch lange keine Staatsaffäre.

Zu einer solchen wurde die Angelegenheit erst, weil es dem EDA-Vorsteher nicht gelungen ist, sie diplomatisch, diskret in seinen Gemäuern zu erledigen. Das ist das Peinliche, dass es zu diesem öffentlichen Hickhack kommen musste. Das Ganze ist jedenfalls nun weit mehr als ein Fall Blaser oder Blaser/Staehelin. Es ist auch ein (weiterer) Fall Aubert. Ein führungsstarker EDA-Vorsteher hätte die Dinge gar nie so weit treiben lassen.

Nach dieser Eskalation ist klar: Es kann nicht bei einer Disziplinaruntersuchung gegen Blaser sein Bewenden haben. Vielmehr muss das Parlament als oberste Aufsichtsinstanz sich dieser Affäre annehmen und zum rechten sehen. Es geht um das Ansehen des Katastrophenhilfskorps, einer Institution, mit der die Schweiz ihre Solidarität mit der Welt unter Beweis stellen will. Und es geht insbesondere auch darum, Schwachstellen in der EDA-Führung zu orten und für Remedur zu sorgen, selbst wenn der Departementsvorsteher höchst persönlich davon betroffen sein sollte.

Franz Straub

Bündner Zeitung, 9.1.1987

Idealist und Bürokrat

Mit dem gestrigen Entscheid, den Chef des Rechtsdienstes der Finanzverwaltung mit der Disziplinaruntersuchung gegen den geschassten Katastrophenhelfer Eduard Blaser zu beauftragen und mit dessen Weigerung, diesen zu akzeptieren, nimmt diese ganze Angelegenheit langsam absurde Züge an. Die Turbulenzen der letzten Tage liessen den Eindruck aufkommen, im Département Aubert habe sich eine hochkomplizierte Angelegenheit zu einer noch komplizierteren Affäre verdichtet. Betrachtet man jedoch die Verlautbarungen, Stellungnahmen und informellen Äusserungen, die in Bern herumgeistern, kommt man zu ziemlich simplen Schlüssen.

*

Eduard Blaser und sein zeitweiser Vorgesetzter (seit Sommer ist er es nicht mehr), Botschafter Fritz Staehelin, sind zwei grundverschiedene Menschen. Blaser, Idealist, «Macher» und Manager-Typ, war vom Elend in den Hilfsgebieten derart beeindruckt, dass er dort nach eigenem Gutdünken schaltete und waltete und dabei jeden administrativen Kram und alle organisatorischen Fesseln als Spielereien hochnäsiger Diplomaten abtat, die im fernen Bern vom Leid der weiten Welt keine Ahnung haben. Staehelin dagegen, als Chef der Direktion

für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH), peinlichst auf Beachtung der Pflichtenhefte bis aufs letzte Komma fixiert, ertrug Blasers selbstherrliches Gebaren nicht.

Kommt dazu, dass Blasers Stellung hierarchiemässig höchst diffus umschrieben war. Was das Parlament beim Flüchtlingsdelegierten Arbenz klar zu regeln vermochte, nämlich die Verleihung des Titels eines Delegierten des Bundesrates per Bundesbeschluss, blieb bei Blaser und dessen Vorgänger Arthur Bill auf der Stufe des Bundesratsbeschlusses hängen. Bill und Blaser waren formell als DEH-Vizedirektoren dem DEH-Chef (heute Staehelin) unterstellt, dank dem vom Bundesrat gewährten Titel des «Delegierten» aber de facto doch mehr als blosser Vizedirektoren. Diesem Kompetenzgerangel konnte sich Bill durch geschicktes persönliches Verhalten entziehen, der selbstbewusste Blaser steuerte aber offensichtlich auf Konfrontationskurs. (Mitte letzten Jahres erreichte er denn auch, dass er direkt Aubert unterstellt wurde.)

Der eine Teil der Affäre hat also seine Ursache im alten Gegensatz zwischen Idealist und Bürokrat, der dann zum unvermeidlichen Krach führt, wenn beide Seiten auch noch unerbittlich und störrisch reagieren.

*

Den anderen Teil aber muss Pierre Aubert auf seine Kappe nehmen. Bis zu den Weihnachtstagen des alten Jahres war ihm Blasers Hilfskorps nämlich ziemlich wurst. Er hat es nie besucht, ist nie mit dessen Chef zusammengesessen, hat sich nie um Ziele und Konzepte interessiert. Er habe sich, bekannte Blaser gestern in einem Interview, «wie abgeschnitten» gefühlt. Aubert hat auch nie Veranlassung gesehen, diese seltsame Zwitterstellung zwischen Delegiertem und Vizedirektor hierarchisch klar (etwa wie im Falle des Flüchtlingsdelegierten) zu regeln. Wenn nun Aubert meinte, diese jahrelangen Versäumnisse mit dem Blitz-Rauschmiss Blasers vom 30. Dezember kompensieren zu können, war das ein Trugschluss.

Doch auch Blaser scheint jetzt der nötige Klarblick langsam zu verlassen. Mit seinem Ruf nach Kurt Furgler als Untersuchungsperson verleiht er der Affäre ein Gewicht, das sie nicht hat und reklamiert er für seine Person eine Bedeutung, die über das Mass der Bescheidenheit hinausgeht.

Andrea Masüger

Le Matin, 9.6.1987

Corps d'aide en cas de catastrophe

L'ENQUÊTEUR DÉSIGNÉ

Pierre Aubert a choisi une personne extérieure au Département des affaires étrangères. La lumière devra être faite sur les démêlés d'Eduard Blaser

L'enquête disciplinaire contre le chef du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe, Eduard Blaser, peut commencer. Pierre Aubert a en effet chargé hier l'Office fédéral du personnel de la Confédération de la mener. Il a également désigné la personne qui la conduirait. Il s'agit du vice-directeur et chef du Service juridique de l'administration fédérale des finances, Bernard Bretscher. Il devra travailler rapidement. C'est le souhait de notre ministre des Affaires étrangères.

Depuis mercredi après-midi, Pierre Aubert et son état-major étaient entrés en conclave. Il fallait à tout prix trouver la perle rare qui allait faire éclater la vérité. Le choix fut long et difficile. Car il était indispensable d'obtenir l'aval de l'Office fédéral du

personnel. Quant au principal intéressé, Eduard Blaser, il aurait souhaité une personne extérieure à l'administration. Il pensait notamment à Kurt Furgler. Finalement, le nom de Bernard Bretscher s'imposa.

Rappelons le fil des événements. Le 24 décembre dernier, le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) décide d'ouvrir une enquête contre Eduard Blaser. Raisons officielles invoquées : carences de direction et dépassement des compétences. Un journal bernois révèle les difficultés du patron du Corps. Ce dernier répond publiquement en annonçant sa démis-

BERNE

Anne DOUSSE

sion pour l'été prochain. Du coup, le département de Pierre Aubert le suspend provisoirement.

Eclaircissements indispensables

Dans un communiqué, les Affaires étrangères relèvent que cette enquête a été rendue nécessaire par des faits qui ont été portés à la connaissance de Pierre Aubert. Il convient de les éclaircir. Impossible de savoir concrètement ce que Berne reproche à Eduard Blaser.

De plus, le DFAE entend proposer au Conseil fédéral d'accepter la démission du délégué aux catastrophes. Pourtant, une petite phrase laisse songeur. Pierre Aubert demande à Bernard Bretscher de lui indiquer si la mesure de suspension prise à l'encontre d'Eduard Blaser paraît encore nécessaire au bon déroulement de l'enquête. Le conseiller fédéral estimerait-il qu'il a frappé trop fort ?

Enfin une chose est sûre. Le DFAE

19

n'entend pas modifier l'organisation de milice ou les structures du Corps. « Son efficacité et son engagement n'ont jamais été mis en cause », affirment les Affaires étrangères. Ce qui était d'ailleurs le désir d'Eduard Blaser. Or, on a prétendu que certains, au sein du département, étaient favorables à une professionnalisation du groupe du délégué aux catastrophes.

De son côté, la commission des affaires étrangères du National, emmenée par le radical valaisan Bernard Dupont, va réclamer des explications.

A. D.

SPK, 13.1.1987

Blaser will Suspendierung anfechten Bretscher akzeptiert

spk. Eduard Blaser akzeptiert Bernard Bretscher als Verantwortlichen für die Durchführung des gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahrens. Der suspendierte Chef des Katastrophenhilfskorps ist dagegen nicht gewillt, die erfolgte Suspendierung anzunehmen, die auf formellen und materiellen Fehlern gründe.

Die Ablehnung Bretschers als Untersuchungsleiter im Disziplinarverfahren würde eine erhebliche Verzögerung der Untersuchung mit sich bringen, erklärte Blaser am Montag auf Anfrage. Mit einer Verzögerung der Untersuchung sei aber niemandem gedient.

Am 8. Januar hatte Bundespräsident

Aubert das Eidgenössische Personalamt mit der Disziplinaruntersuchung gegen Blaser beauftragt. Im Einverständnis mit dem Personalamt wurde Bernard Bretscher, Vizedirektor und Chef des Rechtsdienstes der Eidg. Finanzverwaltung, als Verantwortlicher zur Durchführung der Untersuchung bestimmt. Blaser selbst hatte zunächst alt Bundesrat Kurt Furgler oder Ständerat Franz Muheim (UR, cvp) gewünscht. Bretscher sei aber ein «guter Mann». Seine Ablehnung würde Verzögerungen bringen, an denen ihm nicht gelegen sei.

Nicht einverstanden ist allerdings Eduard Blaser mit seiner Suspendierung. Diese sei sowohl formell wie materiell nicht in Ordnung. Im formellen Bereich beanstandet Blaser, dass ihm

das Anhörungsrecht nicht gewährt worden sei, materiell träfen unter anderem die Vorwürfe nicht zu, dass er mit der Auseinandersetzung an die Presse gelangt sei. Die ersten Informationen in der leidigen Angelegenheit seien der Tageszeitung «Bund» durch Indiskretionen aus dem EDA zugespielt worden, wo fünf bis sechs Personen über das am 24. Dezember eingeleitete Disziplinarverfahren Bescheid gewusst hätten. Wenn die Suspendierung nicht sofort rückgängig gemacht werde, werde er zusammen mit seinem Anwalt diese Entscheidung anfechten. □

(Solothurner Zeitung)

La Liberté, 14.1.1987

Affaire Blaser Ou affaire Aubert?

Lorsque Pierre Aubert a décidé le 30 décembre dernier de suspendre de ses fonctions l'ingénieur bernois Eduard Blaser, chef du Corps suisse d'intervention en cas de catastrophe à l'étranger, il était imparfaitement informé. Aujourd'hui, il semble reconnaître qu'il ne savait pas tout, qu'il a eu la main un peu lourde. Demain, à l'issue de la séance hebdomadaire du Conseil fédéral, on pourrait bien annoncer la levée de la sanction qui frappe Eduard Blaser, murmure-t-on à Berne.

Mardi, selon différentes sources diplomatiques, Pierre Aubert était toujours déchiré entre plusieurs solutions:

1) Lever la sanction contre Blaser et lui donner du travail dans un autre secteur des affaires étrangères (comme Blaser a donné sa démission, il suffit

que Berne accepte cette dernière et offre autre chose à l'ex-chef du Corps suisse).

2) Lever la sanction contre Blaser et le réintégrer dans son fauteuil de chef

du Corps suisse (cette mesure risque de ne pas faire la joie des dirigeants de l'Aide suisse au développement qui entretiennent avec Blaser des rapports pour le moins tendus).

3) Ne rien faire du tout pour ne pas se faire reprocher une gaffe supplémentaire. C'est un peu la solution de ceux qui veulent protéger la réputation d'un

président de la Confédération socialiste. D'autres et non des moindres lui expliquent que ce serait faire preuve de grandeur que de reconnaître qu'il n'a pas été suffisamment informé. L'opinion publique, soulignent-ils, n'en veut pas aux hommes qui savent faire

preuve de courage, même parfois à leurs propres dépens.

De toute manière, l'enquête sur Eduard Blaser suivra son cours. Elle dira s'il a vraiment outrepassé ses compétences et dans quelle mesure.

(BRRI/R. de D.)

Rechute

Il n'y aurait que sagesse à reconnaître une erreur. Mais si, aujourd'hui, M. Pierre Aubert doit avouer qu'il a fait fausse route et a fondé une lourde décision sur un dossier incomplet, il ne doit pas compter sur la mansuétude de l'opinion publique. Elle accordera plus d'importance à l'ampleur de la gaffe commise qu'à la confession du pécheur. Elle n'aura pas tort.

L'homme qui a frappé inconsidérément M. Blaser est, en effet, le président de la Confédération. Son crédit personnel était ébréché; ce-



lui de la fonction était encore intact. Elle en sortira ternie.

Le chef du Département des affaires étrangères avait, dans le courant de l'automne, amélioré quelque peu son image de marque. Le Parlement lui avait accordé un sur-sis. Et paf! C'est la rechute.

Il n'existe pas, dans cette situation, d'aide en cas de catastrophe.

F.G.

NZZ, 15.1.1987

Katastrophenhilfekorps beschäftigt Bundesrat

Its. Bern, 14. Januar

Nach Auskunft von Regierungssprecher Casanova hat der Bundesrat von der Demission des Delegierten für Katastrophenhilfe im Ausland, Eduard Blaser, Kenntnis genommen und anschliessend die verworrene Situation sehr eingehend diskutiert. Dieser Aussprache vorausgegangen war eine Orientierung von EDA-Chef Aubert über die Gründe, welche ihn in der Altjahreswoche bewogen hatten, gegen Eduard Blaser ein Disziplinarverfahren zu eröffnen und ihn anschliessend auch noch provisorisch des Amtes zu entheben.

Auf Grund der verfügbaren Informationen ist davon auszugehen, dass sich das Regierungskollegium primär mit den verfahrensrechtlichen Aspekten des Falles beschäftigt und die grundsätzliche Organisations-, Kompetenz- und Abgrenzungsproblematik nicht näher diskutiert hat. Die Ausführungen von Casanova sind wohl so zu verstehen, dass das Geschäft an das De-

partement für auswärtige Angelegenheiten zurückdelegiert wurde, das, wie der Regierungssprecher in Aussicht stellte, weitere Massnahmen treffen und diese später bekanntgeben werde.

Vorerst geht es offensichtlich darum, die grossen Verfahrensmängel bei der Amtsenthebung zu beheben und Blaser – wenigstens im nachhinein – das rechtliche Gehör zu gewähren. Wie von Blaser-unabhängiger Seite zu vernehmen war, suchte Staatssekretär Brunner im Auftrag von Bundesrat Aubert bereits das Gespräch mit dem Delegierten, womit wahrscheinlich die Anhörungspflicht erfüllt werden soll. Da Aubert und der Chef der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, Botschafter Staehelin, mit dem Hinweis auf das angeblich endgültig zerrüttete Vertrauensverhältnis zwischen ihnen und Blaser eine weitere, auch nur befristete Zusammenarbeit mit dem Delegierten ausschliessen, wird das EDA voraussichtlich zwar die Suspendierung von Blaser in seinem Amt aufheben, jedoch auf eine sofortige Beurlaubung des Delegierten drängen und die provisorische Leitung des Korps bis zur Wahl eines Nachfolgers von Blaser Botschafter Staehelin überlassen.

ATS, 15.1.1987

L'affaire Blaser au Conseil fédéral

Démission acceptée

Le Conseil fédéral a pris acte hier de la démission du chef du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe Eduard Blaser, a indiqué le vice-chancelier de la Confédération Achille Casanova.

Le chef du département des Affaires étrangères, Pierre Aubert, l'a informé en détail sur les raisons de l'enquête disciplinaire qui a été ouverte contre E. Blaser, sur les mesures prises jusqu'ici et sur les suites que le département envisage de donner à cette affaire.

Bien que le Conseil fédéral ait discuté du problème de façon approfondie, le département de Pierre Aubert n'est

pas moins seul compétent pour décider des suites à lui donner. Rappelons qu'une enquête disciplinaire a été ouverte le 24 décembre dernier contre E. Blaser. Les motifs en seraient un manquement aux devoirs de fonction et un

dépassement des compétences.

A la suite de cette mesure, le 27 décembre, E. Blaser a annoncé sa démission pour le milieu de l'année 1987. Le 31 décembre, il a été suspendu de ses fonctions et l'intérim confié au chef de la direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire, Fritz Staehelin./ats

Dossier brûlant

Significatif! Le vice-chancelier Achille Casanova ne s'est pas départi d'une prudence de Sioux pour renseigner à propos de la discussion « approfondie » que le Conseil fédéral a consacré à l'affaire Blaser. Normal!

Comme l'a indiqué Achille Casanova, il y a un grand problème d'information. L'administration prend au sérieux le droit d'une personne soumise à une enquête disciplinaire en ne dévoilant rien de ce qui motive cette procédure. Le DFAE n'a pas le droit de donner à l'opinion publique les motifs des reproches soumis à l'en-

quête. Au contraire, la personne concernée a toute liberté de s'exprimer. Il y a un décalage dû à la responsabilité de l'autorité.

Comme on le voit, aucune décision n'a été prise. La crise subsiste. Mais le collègue gouvernemental n'a pas désaisi Pierre Aubert de ce dossier brûlant. Normal! En apparence du moins, car on ne désavoue pas un président de la Confédération. Reste que jusqu'au résultat de l'enquête, l'opinion s'interrogera autant sur Pierre Aubert que sur Edouard Blaser.

Raymond Gremaud.

(FAN)

Neue Zürcher Zeitung, 29.1.1987

Arthur Bill interimistischer Leiter des Katastrophenhilfekorps Beurlaubung Blasers bei vollen Bezügen

Its. Bern, 28. Januar

Rund einen Monat nach der disziplinarischen Amtsenthebung des Delegierten für Katastrophenhilfe im Ausland hat der Bundesrat einer provisorischen Lösung der durch das unüberlegte Vorgehen des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gegen Eduard Blaser entfesselten Krise um das Katastrophenhilfekorps (SKH) zugestimmt. Die vorläufige Suspendierung wurde ersetzt durch eine *Beurlaubung* von Eduard Blaser bei vollen Bezügen bis zum Ablauf seines ordentlichen Anstellungsverhältnisses am 31. August dieses Jahres. Die

interimistische Leitung des Korps mit Amtsantritt am kommenden 9. Februar übernimmt *Arthur Bill*, der dieses Amt als erster Delegierter und Vorgänger Blasers bereits einmal ausgeübt hatte.

Gestörtes Vertrauensverhältnis

Der Bundesrat billigte die Argumentation des EDA-Vorstehers, wonach das zerstörte Vertrauensverhältnis zwischen Eduard Blaser und seinen Vorgesetzten ein Verbleiben des bisherigen Delegierten im Amt bis zur Wirkung seiner Demission verunmögliche. Während dieser Überbrückungsphase soll ein neuer Chef des

Katastrophenhilfekorps gesucht werden, und der Bundesrat will die zum Teil ebenfalls nur provisorisch geregelten *Organisations- und Abgrenzungsfragen* zwischen dem Korps und der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) überprüfen und klären. Die *Disziplinaruntersuchung* gegen Blaser läuft weiter, und Regierungssprecher Casanova erklärte vor der Presse, die Regierung sei überzeugt, dass deren Ergebnisse die Stichhaltigkeit der gegen Blaser erhobenen Vorwürfe bestätigen werde. Casanova räumte allerdings ein, dass dem Kollegium noch kein Zwischenrapport des Untersuchungsbeauftragten vorlag.

Casanova stützte seine Bemerkungen vielmehr auf den Inspektionsbericht der *Geschäftsprüfungskommission des Ständerats* ab, die tatsächlich schon vor geraumer Zeit auf die konzeptionellen Differenzen und persönlichen Spannungen zwischen DEH und SKH hingewiesen und im November 1985 Bundesrat Aubert empfohlen hatte, im Sinne einer Entschärfung der Lage die Durchführung der vom Delegierten selber gewünschten nichtdisziplinarischen *Administrativuntersuchung* zu erwägen. Dies würde erlauben, schrieb die GPK damals, die bestehenden Differenzen ohne disziplinarischen Anstrich auf ihre Wurzeln hin zu untersuchen, womit sich auch die Überprüfung der Organisationsstruktur verbinden liesse. Dieser dringende Appell der GPK an den Departementvorsteher, seine Führungsverantwortung wahrzunehmen und auf Departementsstufe das konzeptionelle Verhältnis zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Katastrophenhilfe endlich zu klären, blieb aber ohne Wirkung. Der Bundesrat entschied im letzten Sommer auf Antrag des EDA bloss, gewisse organisatorische *Retuschen* vorzunehmen und die Lösung des Konflikts auf den Zeitpunkt der Wahl eines Nachfolgers von Eduard Blaser zu verschieben.

Die damals als Provisorium beschlossene organisatorische *Verselbständigung* des Delegierten gegenüber der DEH und der Entscheid, ihn dem Departementschef direkt zu unterstellen, sowie gewisse Präzisierungen der Mitwirkungsrechte im Verhältnis der DEH zum Korps brachten erwartungsgemäss weder eine konzeptionelle Einigung noch eine personelle Beruhigung. Obschon die Demissionsabsichten Blasers letztes Jahr bereits bekannt und damit die Voraussetzungen für eine absehbare Generalbereinigung gegeben waren, liess sich der Departementschef, der bis anhin die Zügel hatte schleifen lassen, in der Altjahreswoche plötzlich von Mitarbeitern zu Entscheiden hinreissen, die of-

fensichtlich unüberlegt und – wie sich im nachhinein herausstellte – rechtlich nicht haltbar waren. Obschon keineswegs zweifelsfrei feststand, dass Blaser wirklich objektiv, geschweige denn schuldhaft die ihm obliegenden Pflichten verletzt hatte, unterschrieb Aubert *ohne vorherige Aussprache* mit seinem direkt unterstellten Delegierten Verfügungen, welche einen empfindlichen Eingriff in die Rechtssphäre des Betroffenen bewirkten und Blaser gegen aussen als Delinquenten hinstellten.

Goldene Brücke für Aubert

Die Frage, ob diese Massnahmen – auch unter rechtlich einwandfreien Vorzeichen, also nach Anhörung und Akteneinsichtsgewährung – dem Kriterium der *Verhältnismässigkeit* genügen, wird das Untersuchungsergebnis später einmal beantworten. Arthur Bill baute dem Departement für auswärtige Angelegenheiten mit seiner Zusage, die Korpsführung interimistisch zu übernehmen, hingegen eine goldene Brücke, die es Aubert erlaubte, nach der *nachträglichen Anhörung* des Angeschuldigten an der Entlassung von Blaser festzuhalten, ohne damit die Einsatzbereitschaft des Korps zu gefährden. Die Verantwortlichen im EDA und der Bundesrat als Kollegium tragen jetzt aber die Verantwortung, dass, wie das die Präsidenten der beiden ausserpolitischen Kommissionen verlangt hatten, die *Hintergründe* des Konflikts rückhaltlos *offengelegt* werden. Erwartet werden zudem verbindliche Vorschläge zu strukturellen und organisatorischen Änderungen, um künftige Reibungsflächen zwischen DEH und SKH zu vermeiden und gleichzeitig die Motivation und Flexibilität des milizmässig aufgebauten Katastrophenhilfekorps zu erhalten.

Kein Widerstand Blasers

(ap) Nicht überrascht hat sich *Eduard Blaser* von seiner Beurlaubung als SKH-Chef gezeigt. Überraschend sei indessen gewesen, dass die Landesregierung das Ergebnis der laufenden Disziplinaruntersuchung nicht abgewartet habe, erklärte Blaser am Mittwoch auf Anfrage. Er habe zwar seine *Wiedereinsetzung* in sein Amt verlangt, sagte Blaser, doch habe er sich über den Ausgang der Affäre nie Illusionen gemacht. Die «völlig ungerechtfertigte Amtsenthebung» habe einer Beurlaubung Platz gemacht, die nicht mehr anfechtbar sei. Als akzeptable Lösung erachtet Blaser die interimistische Leitung des SKH durch seinen Vorgänger Arthur Bill. «Ich wüsste nicht, wer sonst dafür in Frage gekommen wäre.»

Tagess-Anzeiger, 29. 1. 1987

Keine beamtete «Feuerwehr»

■ VON RICHARD DIETHELM, BERN

Die Scherben, die der offene Ausbruch eines lange schwelenden Konfliktes zwischen dem obersten Katastrophenhelfer Eduard Blaser und der Leitung der staatlichen Entwicklungshilfebühre zurückgelassen hatten, wa-

ren nicht mehr zu kitten. Zu tief ging der Riss zwischen dem SKH-Chef und seinen Vorgesetzten, als der schlechtberatenen Pierre Aubert über die vergangenen Weihnachtstage plötzlich hart und überstürzt durchgriff.

Am Bundespräsidenten bleiben die Vorwürfe haften, dass er Blaser bei dessen provisorischer Amtsenthebung das rechtliche Gehör verweigert hat und dass es ihm dreieinhalb Jahre lang nicht gelungen ist, dem immer wieder aufflackernden Streit um Kompeten-

zen und Unterordnung zwischen Entwicklungshilfchef Fritz Staehelin und Katastrophenhilfchef Eduard Blaser frühzeitig ein Ende zu setzen.

Den Streit selbst kann man kaum damit abtun, dass hier der Zufall zwei Chefs zusammenführte, die sich von Anfang nicht gut vertragen haben. An Staehelin und Blaser hat sich eher ein Konflikt herauskristallisiert, der seine Wurzeln in der völlig unterschiedlichen «Natur» von Katastrophenhilfekorps und Entwicklungshilfedirektion

hat. Auf der einen Seite operiert eine militärisch straff geführte Truppe von hochmotivierten Freiwilligen, die darauf brennen, mit helvetischer Perfektion teure «Feuerwehreinätze» auf den Katastrophenplätzen der Welt zu leisten. Hier sind auch vielfach Leute aus der Privatwirtschaft am Werk, die gewohnt sind, mit ihrer Leistung ein unmittelbar sichtbares Ergebnis zu erzielen.

Auf der anderen Seite steht ein Apparat von Staatsdienern und pflicht-

bewussten Beamten, die auf weniger spektakuläre Weise Not in der Dritten Welt lindern. Leute auch, die genau wissen, dass man vom sparsamen Parlament nur zusätzliche Millionen für die Entwicklungshilfe lockermachen kann, wenn man jeden ausgegebenen Franken belegen und stets Berichte über Sinn und Zweck der Projekte vorweisen kann.

Der Bundesrat ist gut beraten, wenn er bei der Suche nach einem Nachfolger Blasers eingehend abklärt, ob die Eingliederung einer mit Freiwilligen

operierenden «Katastrophenfeuerwehr» in ein «Bundesamt» wirklich der Weisheit letzter Schluss ist. Auch eine Überprüfung der SKH-Einsatzdoktrin ist angebracht. Sofern das Korps auch weiterhin Einsätze in Entwicklungsländern leisten soll, die über die Soforthilfe hinausgehen, dann ist hingegen trotz aller Unterschiede im Selbstverständnis von DEH und SKH eine enge Zusammenarbeit unabdingbar. Dann sind aber auch Chefs zu bestimmen, die zusammenarbeiten können. Gerade dies konnten Blaser und Staehelin nicht.

Basler Zeitung, 29. 1. 1987

«Fall Blaser» - Reinfall Staehelin

«Liebe Freiwillige», so wandte sich am 15. Januar dieses Jahres Botschafter Fritz Staehelin, Chef der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe im Aussenministerium von Pierre Aubert, an sämtliche Freiwilligen des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps (SKH), «damit das Korps seine Aufgabe jederzeit weiter erfüllen kann, vertraute der Departementschef das SKH bis auf weiteres meiner Leitung an.»

Das ist seit gestern Mittag Vergangenheit. Staehelin muss nach nur zweiwöchigem «Wirken» einen neuen Brief schreiben und den Freiwilligen zu erklären versuchen, warum der Bundesrat es vorzog, für den wegen eines Intrigenspiels und persönlicher Eigenmächtigkeiten in Unnade gefallenen und meuchlings abgehalfterten SKH-Chef Eduard Blaser dessen Vorgänger Arthur Bill als Nothelfer auf Staehelins Interimsposten zu bitten.

Die gestrige Kehrtwendung und das entschlossene Eingreifen der Landesregierung haben tatsächlich einen bemerkenswerten Hintergrund. Bundespräsident Pierre Aubert musste erst selber einsehen, was andere schon seit Wochen befürchtet hatten, dass er nämlich von zwei gegen Blaser verschworenen «Vertrauten» missbraucht und für eigene Karrierezwecke eingespannt worden war. Dies nicht eher gemerkt zu haben, ist des Aussenministers Kapitalfehler im «Fall Blaser». Wer unbedingt mag, nehme dies als weiteren Beleg für Auberts Führungsschwäche und Managementmängel zu den Akten - passiert ist's halt trotzdem.

Aber beendet hat den Pannenfall beim SKH nach allzu langem Zaudern nun die ganze Kollegialbehörde, und dies in einer dem Stand der Dinge angemessenen und fürs erste ausreichend klaren Art. Staehelins Eroberung des offenbar so unerhört begehrten Delegiertensessels für Katastrophenhilfe ist zur Episode verkümmert, und der Regisseur der Anti-Blaser-Aktion bleibt selber auf der Strecke.

Ende gut, alles gut? Der Notausgang aus einer üblen Affäre wurde gestern immerhin aufgewuchtet. Trotzdem verdient der Fortgang weitere Aufmerksamkeit. Dies in mindestens zweifacher Hinsicht: Wer wird dereinst definitiv (und unter welchen hierarchischen Bedingungen) neuer Katastrophenhilfschef - und wer rechnet sich fortan die grössten Chancen aus, im Aussenministerium Staatssekretär Edouard Brunners Vizechefsessel zu erklimmen? Botschafter Staehelins Name hatte in solchem Zusammenhang auch schon einen besseren Klang.

Peter Amstutz

Katolaud, 29. 1. 1987

Rücken- stärkung

Endlich hat der Gesamtbundesrat im leidigen Fall Blaser gehandelt. Nachdem sich die Landesregierung bereits an zwei vorhergehenden Sitzungen mit dem Leiter des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps (SKH) beschäftigt hatte, war das Ganze gestern Mittwoch ein weite-

res Mal Gegenstand der Bundesratssitzung. Zustimmend hat der Bundesrat dabei Kenntnis genommen von Pierre Auberts Entscheid, Eduard Blaser mit sofortiger Wirkung von allen seinen Aufgaben im SKH zu entbinden.

Zwei Gründe haben den Bundesrat zu diesem Handeln veranlasst: Einmal lag es im Interesse des Katastrophenhilfskorps, dass dem Trauerspiel im Departement Aubert so schnell wie möglich ein Ende bereitet wird. Seit Wochen ist im

Korps das Klima vergiftet, die Effizienz eingeschränkt und das Vertrauensverhältnis unter den direkt Betroffenen im EDA gestört. Mit seinen Beschlüssen - Einsetzung eines interimistischen Leiters und Auflösung von Blasers Arbeitsverhältnis auf Ende August - hat die Landesregierung klare Entscheide getroffen.

Mit der definitiven Beurlaubung Blasers entfällt auch die von Bundesrat Aubert am Jahresende verfügte, rechtlich äusserst fragwürdige

Amtsenthörung des Katastrophenhilfedelegierten.

Zum zweiten hat der Gesamtbundesrat mit seinem Vorgehen aber auch Bundespräsident Aubert den Rücken gestärkt, der wegen der Verzögerungstaktik seiner Kollegen während Wochen im Regen gestanden hat. Auch wenn der Aussenminister bei der sofortigen Suspendierung des SKH-Chefs schlecht bera-

ten war, so schnöde hätten die sechs Bundesräte den Bundespräsidenten nicht im Stich lassen dürfen.

Dies fiel um so mehr auf, als es der Bundesrat im selben Zeitraum nicht versäumt hat, seiner in Sachen Tamilen-Ausschaffung ebenfalls unter starkem politischen Druck stehenden Kollegin Kopp gleich mehrmals die notwendige Unter-

stützung zukommen zu lassen.

Gelöst ist der Fall Blaser indes noch nicht endgültig: Sollte sich herausstellen, dass allein das Prestige gegen aussen und das arg zerstörte Vertrauensverhältnis den Bundesrat zu diesem Schritt veranlasst haben, wird es Eduard Blaser nicht verpassen, sich auf seine Art zur Wehr zu setzen.

Markus Rohner

Solothurner Zeitung, 29. 1. 1987

Fett an Auberts Schuhen

Der Bundesrat hat Pierre Aubert aus dem Fettnapf gezogen. Die von der Landesregierung gestern präsentierte Lösung um das SKH-Gerangel mutet auf den ersten Blick sehr salomonisch an. Des Aussenministers überraschende Nacht- und Nebel-Entlassung von Eduard Blaser vom vergangenen Silvester wurde vom Gremium nach langem Zögern gedeckt; der in die Wüste geschickte Chef des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH) muss zwar weiterhin in der Wüste bleiben, erhält aber immerhin sein Gehalt bis zum offiziellen, selbstgewählten Kündigungstermin. Licht in das Dunkel hat der Bundesrat damit nicht gebracht.

*

Unklarheit Nummer 1: Wenn, wie Vizekanzler Achille Casanova vor der Presse erklärt, der Bundesrat heute schon der Überzeugung ist, dass durch «die Disziplinaruntersuchung die Vorwürfe des Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) an die Adresse von Blaser bestätigt» werden; weshalb hat man denn überhaupt zuerst eine Untersuchung veranlasst. Von einer unabhängigen Durchleuchtung der nach wie vor nebulösen Affäre kann jetzt kaum mehr die Rede sein. Und Untersucher Bernard Bretscher, Vizedirektor der Finanzverwaltung, weiss zumindest

jetzt ganz genau, welche magistralen Erwartungen er zu erfüllen hat.

Unklarheit Nummer 2: Entweder scheint im EDA die Rechte nicht zu wissen, was die Linke tut; oder dann erscheinen die Entschiede des Aussenministers und seiner Untergebenen dem Bundesrat doch nicht als der Weisheit letzter Schluss. Noch am 15. Januar, zwei Wochen nach dem Blaser-Eklat, begrüsst Botschafter Fritz Staehelin, Chef der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH), nämlich die freiwilligen Katastrophenhelfer in einem Brief als «Interims-Chef des Korps». Jetzt holt man den Blaser-Vorgänger Arthur Bill aus der Versenkung und stellt ihn an die SKH-Spitze.

Unklarheit Nummer 3: Das EDA unterstreicht in einer Mitteilung vom 8. Januar, dass «eine Änderung der Milizorganisation oder der Strukturen des SKH nicht in Frage kommt». Heute unterstellt man Arthur Bill dem DEH und regelt Bills Kompetenzen zudem in einer auf die DEH zugeschnittene Verordnung. Zum einen macht der Bundesrat mit diesem Entscheid das Gegenteil dessen, was das EDA zuvor angekündigt: Zum andern macht man damit gerade das, was SKH-Chef Blaser immer zu verhindern versuchte: Die Einbindung der Katastrophenhelfer in die Bürokratie.

Peter Frey

Aargauer Tagblatt, 29.1.1987

Noch nicht bewältigt

Der Bundesrat eilt seinem Kollegen Pierre Aubert zu Hilfe. Die an sich schöne Geste verhilft allerdings kaum zu vermehrter Klarheit über die umstrittene Absetzung des Chefs der schweizerischen Katastrophenhilfe (SKH). Eines immerhin wurde definitiv entschieden: Eduard Blaser wird nicht wieder amtierend. Die bundesrätliche Erklärung, dass das Vertrauensverhältnis allzu gestört sei, ist wohl triftig. Man hätte auch sagen können: Es wurde in dieser Sache schon allzuviel Geschirr zerschlagen (von wem in erster Linie, ist eine andere Frage). Mindestens materiell kommt der Abgehaltene nicht zu Schaden. Er erhält bis Ende August seinen vollen Zahltag; auf diesen Zeitpunkt wollte Blaser seine Stellung ohnehin kündigen. Ebensowenig ist der Beschluss zu bekritteln, Arthur Bill als «Nothelfer» vorläufig einzusetzen. Der hochangesehene Blaser-Vorgänger dürfte am ehesten geeignet sein, den durch die Geschehnisse der letzten Zeit für das Korps entstandenen Schaden in Grenzen zu halten.

Darüber hinaus hat der Bundesrat freilich Dinge verlauten lassen, die zu Fragen provozieren. Die neue Unterstellung des provisorisch amtierenden Katastrophenhilfe-Chefs exklusiv unter die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (DEH) soll zwar nur ein «Versuch» sein. Es sieht aber ganz danach aus, als ob die Bürokratie des Departements des Auswärtigen (EDA) damit die Abschaf-

fung der lästigen, weil allzu unabhängigen Delegiertenfunktion (dem Bundesrat direkt verantwortlich) erprobe. Gerade diese relative Autonomie aber bot bisher Gewähr dafür, dass die SKH rasch und effektiv handeln konnte – und auch dafür, dass man überhaupt gute Leute für diesen Posten zu gewinnen in der Lage war.

Vollends auf die Äste hinausgewagt haben sich Auberts Kollegen mit der keck verkündeten «Überzeugung», dass die vom EDA gegen Blaser erhobenen Vorwürfe (die die Suspension begründeten) «bestätigt» würden. Das grenzt, mit Verlaub gesagt, an eine Vorwegnahme der Ergebnisse einer offiziellen Untersuchung, die der selbe Bundesrat in Auftrag gegeben hat... Was passiert, wenn der Untersuchungsexperte es wagen sollte, zu einem andern Resultat zu kommen als die hohe Regierung?

Es wäre daher verfehlt anzunehmen, die doch recht peinliche Geschichte sei nun endgültig bewältigt. Dass dem nicht so ist, dafür wird wahrscheinlich auch das Parlament sorgen. Die beiden Präsidenten der aussenpolitischen Kommissionen persönlich haben dazu die Initiative ergriffen. Sie werden wohl nicht so ohne weiteres abzuspeisen sein, vor allem nicht der unter Umständen zur Bärbeissigkeit neigende Solothurner Ständerat Max Affolter.

Theo Kunz

Le Matin, 29.1.1987

Exil définitif pour Blaser

Le patron du Corps suisse mis en congé payé avec effet immédiat. Un ancien, Arthur Bill, assure l'intérim. Telle est la volonté de Pierre Aubert, approuvée par le Conseil fédéral.

Le cas d'Eduard Blaser est réglé. Le chef du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe ne reviendra plus à son bureau. Il est mis au bénéfice d'un congé payé jusqu'au 31 août prochain. Date qu'il avait donnée pour sa démission. L'intérim sera assuré par l'ancien patron du Corps, Arthur Bill. C'est ce qu'a décidé notre ministre des Affaires étrangères, Pierre Aubert. La raison:

BERNE

Anne DOUSSE

les rapports de confiance entre le prin-

cipal intéressé et ses supérieurs n'existent plus. Le Conseil fédéral a pris acte hier de cette décision en l'approuvant.

La suspension provisoire d'Eduard Blaser, décrétée dans la nuit du 30 au 31 décembre dernier, est donc devenue définitive. Pourtant, les présidents des deux commissions des affaires étrangères du Parlement, Bernard Dupont et Max Affolter avaient vivement encouragé Pierre Aubert à faire marche arrière. Ils estimaient que la légalité de cette mesure était discutable. Ils reprochaient surtout au conseiller fédéral de n'avoir pas entendu le délégué aux catastrophes avant de le suspendre.

Le vice-chancelier de la Confédération, Achille Casanova, a admis que des fautes de procédure ont été commises. Sous-entendu, Pierre Aubert a bel et bien fait une gaffe. Mais cela n'a

pas préjugé du fond de l'affaire. Voilà pourquoi le gouvernement ne s'est pas opposé au fait de dispenser Eduard Blaser (58 ans) de toutes les tâches qui lui incombaient, avec effet immédiat. Le Conseil fédéral est même convaincu que cette solution permettra au Corps de continuer à fonctionner avec efficacité.

Le droit de savoir

Attention, l'enquête disciplinaire contre Eduard Blaser se poursuit. Explications d'Achille Casanova: « Toute la lumière doit être faite sur cette histoire qui traîne depuis longtemps et non pas seulement depuis le mois de décembre. L'opinion publique a le droit de savoir. D'autant plus qu'Eduard Blaser réfute toutes les critiques qui lui sont adressées. »

C'est le 24 décembre que le Département fédéral des affaires étrangères avait ouvert une enquête disciplinaire contre le délégué aux catastrophes. Les motifs officiels invoqués: carences de

direction et dépassement des compétences. Eduard Blaser avait répondu publiquement, en annonçant sa démission pour l'été. Ce qui avait entraîné sa suspension.

Statut à revoir

Dès le 9 février, Arthur Bill (71 ans), qui a été le premier patron du Corps, reprendra le gouvernail jusqu'à l'entrée en fonctions du nouveau chef. Il dépendra directement de Pierre Aubert. C'était déjà le cas pour Eduard Blaser. Toutefois, il n'est pas exclu qu'à la fin de l'enquête les statuts du Corps et de son chef soient

revus. « Il s'agira de tirer les enseignements des erreurs passées », a déclaré le vice-chancelier.

Pourquoi Arthur Bill et pas le directeur de la DDA (aide au développement), Fritz Staehelin qui a remplacé

au pied levé Eduard Blaser? Car le chef de notre aide au développement est trop occupé par sa fonction, selon Achille Casanova...

A. D.

24 heures, 28.1.1987

Affaire Blaser: le Conseil fédéral tranche

Simple faute de procédure

Par la bouche de son porte-parole, Achille Casanova, le Conseil fédéral a reconnu hier que Pierre Aubert avait commis une « faute » en suspendant, sans l'entendre préalablement, Eduard Blaser, l'ancien chef du Corps suisse d'aide en cas de catastrophes. Mais il ne s'agit là que d'une « faute de procédure », a précisé le vice-chancelier de la Confédération, et le Conseil fédéral estime que la mesure se justifiait en soi. C'est pourquoi, constatant que la confiance s'était rompue entre Eduard Blaser et ses supérieurs, il a décidé hier de le dispenser de toutes ses tâches jusqu'à l'expiration de son mandat légal, le 31 août prochain.

BERNE

JEAN-CLAUDE BUFFLE

L'intérim sera assuré par l'ancien président du corps, Arthur Bill. Eduard Blaser continuera de toucher son salaire. Et la mesure de suspension provisoire qui le frappait tombe d'elle-même, a déclaré Achille Casanova.

Pour le Conseil fédéral, c'est là « une solution juridiquement impeccable », a encore indiqué celui-ci. Elle est aussi, sans doute, un moyen de sauver la face de Pierre Aubert.

Car les longues discussions que le Conseil fédéral a eues sur la légalité de la mesure de suspension provisoire, comme l'a révélé hier M. Casanova, trahissent sans doute l'embaras dans lequel la décision du président en titre de la Confédération les avait plongés. Le vice-chancelier a été jusqu'à citer la position du Tribunal fédéral sur les mesures de suspension frappant un fonctionnaire qui n'a pas eu le droit d'être entendu. Oui, la Cour fédérale voit dans une telle faute de procédure motif à demander l'annulation de la décision, mais non pas une cause automatique d'annulation.

L'enquête se poursuit

Comme l'a fait comprendre Achille Casanova, le Conseil fédéral sait qu'il doit encore rendre des comptes à l'opinion publique. Car l'enquête disciplinaire ouverte contre Eduard Blaser se poursuit, et le règlement prévoit que seule la présomption d'une faute grave peut la justifier. Le Conseil fédéral, d'après le vice-chancelier, est certain que l'opinion suisse, une fois informée des résultats de cette enquête, se ren-

dra compte que les reproches formulés à son égard comme à l'encontre de Pierre Aubert étaient infondés.

Mais Achille Casanova a aussi pré-

cisé que les faits reprochés à Eduard Blaser n'avaient pas de caractère pénal. Il se serait surtout agi, comme la presse l'a déjà écrit, de dépassement de compétences. Eduard Blaser n'aurait pas respecté la voie hiérarchique, aurait engagé des dépenses au-delà du plafond de un million de francs qui relevait de sa seule discrétion, et se serait lancé dans des actions qui, sans réel caractère d'urgence, relevait plutôt de la DDA (Coopération au développement).

Bref, le Conseil fédéral reproche à Eduard Blaser d'en avoir fait trop plutôt que trop peu.

Problème général

L'excès de zèle est-il une transgression suffisante pour justifier une enquête disciplinaire? Le Conseil fédéral paraît le penser. Mais, hier, Achille Casanova a paru désireux aussi d'infléchir la signification de cette enquête, en affirmant qu'elle livrerait galement des données utiles sur le problème général des rapports entre le corps et la DDA.

J.-C. B.

Feuille d'Avis de Neuchâtel, 29.1.1987

Monique Pichonnaz

Lave plus blanc

L'affaire Blaser montre une nouvelle fois combien notre gouvernement est mal conseillé en matière d'information. Opter pour le quasi-mutisme sur les raisons d'une suspension, conduit inévitablement à une déviation des faits, à d'inutiles attaques tant contre le condamné que contre ses juges.

L'information est à l'image de toute cette affaire, elle souffre d'un manque de diplomatie et de psychologie. Il n'est pas question ici de faire d'Edouard Blaser un martyr. Des erreurs ont certainement été commises. L'enquête disciplinaire précisera les reproches qui ont conduit à la suspension. On saura alors si l'ampleur des faits valait immédiatement la tête du chef du Corps suisse en cas de catastrophes.

Le plus grave, c'est la mauvaise ges-

tion dans le département concerné. Elle n'est pas à l'honneur de Pierre Aubert, ni du Conseil fédéral. Il a déclaré que cette affaire durait depuis plusieurs années. La commission de gestion des Etats avait déjà soulevé le lièvre. On a laissé faire, alors que les compétences devaient être redéfinies et modifiées. Les relations de confiance n'existaient plus depuis longtemps.

Arrivé le moment où le département ne sait plus comment s'en débarrasser, alors il essaie de combler son manque de responsabilité. Il suspend, puis renvoie. Avec le gouvernement, il exige une enquête disciplinaire. Il danse sur le droit et sur le provisoire. C'est la valse à mille temps pour trouver une porte de sortie à Pierre Aubert qui n'a pas su mettre de l'ordre dans les affaires de ce secteur (entre autres).

Difficile d'admettre qu'un département laisse évoluer la situation et choisisse la solution facile du renvoi immédiat, alors qu'il se trouve devant des problèmes de fond qui demandent une réorganisation du Corps d'aide en cas de catastrophes.

Les décisions prises hier par le Conseil fédéral sont habiles. Elles «lavent plus blanc» l'erreur de Pierre Aubert. Et après, on dira que notre gouvernement n'est pas collégial!

MPZ

Giornale del Popolo, 29.1.1987

Direttore ad interim per il Corpo d'aiuto in caso di catastrofe

Eduard Blaser esonerato definitivamente dall'incarico

Il Consiglio federale conferma la decisione adottata dal Dipartimento degli affari esteri

BERNA — L'«affare Blaser», ossia la sospensione del capo del Corpo svizzero per l'aiuto in caso di catastrofi (CSAC), ha nuovamente attirato l'attenzione del Consiglio federale che, nella settimanale seduta, ha trovato una soluzione definitiva che conferma la decisione di alcune settimane fa del capo del Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE), Pierre Aubert, che lo «aveva sospeso immediatamente da ogni funzione». In sostanza, Blaser, che ha 58 anni, è stato esonerato definitivamente dal Governo, mentre l'inchiesta disciplinare aperta nei suoi confronti sarà portata avanti per fare piena luce sui fatti che gli sono stati addebitati. Alla guida del Corpo, fino alla scelta del nuovo capo del CSAC, il Consiglio federale ha nominato Arthur Bill, già re-

sponsabile del CSAC fino al 1981. Blaser è stato informato della decisione governativa, prima della conferenza stampa.

Secondo quanto ha dichiarato il vicecancelliere della Confederazione, Achille Casanova, il Consiglio federale ha constatato che i rapporti di fiducia fra l'attuale capo del CSAC, Eduard Blaser, e i suoi superiori non esiste più. Di conseguenza, il Consiglio federale ha preso atto, approvandola, della decisione del capo DFAE, Pierre Aubert, di esonerare Eduard Blaser da tutti i compiti che gli competono, con effetto immediato.

Eduard Blaser — ha precisato Casanova — è dunque posto al beneficio di un congedo pagato, fino alla scadenza dei suoi rapporti di servizio, ossia fino al 31 agosto 1987. Il Consiglio fede-

rale ha deciso di affidare al 71enne Arthur Bill, (primo capo del CSAC fino al 1981) la direzione ad interim del CSAC, fino all'entrata in funzione del nuovo responsabile.

Sin qui il comunicato governativo. Va però rilevato che sono stati ammessi sbagli procedurali. Infatti, tutti i diritti di cui Blaser poteva beneficiare — in particolare quello d'essere ascoltato — non sono stati finora espressi correttamente. Tuttavia — ha sottolineato Casanova — questa lacuna procedurale «non rimette in causa la fondatezza della decisione», presa nei suoi confronti.

L'inchiesta disciplinare contro Blaser era stata aperta il 24 dicembre scorso. Successivamente, Blaser aveva annunciato le dimissioni per la metà del 1987 e Pierre Aubert lo aveva

allora sospeso dalle funzioni alla fine dell'anno.

Poco abituale è poi stato anche il fatto che i Presidenti delle commissioni degli affari esteri del Parlamento avevano invitato, il 20 gennaio scorso, Pierre Aubert a fare marcia indietro, visto che la «legalità della sua decisione era discutibile».

Achille Casanova ha pure precisato che l'inchiesta disciplinare contro Blaser prosegue, sebbene si tratti solo di un'inchiesta amministrativa, che nulla ha dunque a che fare con atti delittuosi. A Blaser sono state rimproverate manchevolezze nei doveri di funzione e di supera-

mento delle competenze. Secondo Casanova, Blaser disponeva di un credito di 1 milione di franchi per ogni operazione di soccorso. In caso di superamento e per coordinare gli sforzi del CSAC con l'aiuto a lungo termine doveva riferirne ai suoi superiori. Ma a questo livello l'intesa non sarebbe sempre stata raggiunta. Secondo Casanova, a più riprese i crediti concessigli sono stati superati, senza consultazione.

Blaser, che è stato ricevuto dal capo del DFAE, Pierre Aubert, soltanto il 19 gennaio scorso, si difende dalle accuse mossegli, affermando che le de-

cisioni da lui prese di fronte a situazioni urgenti erano giustificate.

L'interim di Arthur Bill inizierà il 9 febbraio. Resterà direttamente subordinato al Capo del DFAE, come Blaser, ma quando l'inchiesta a carico di quest'ultimo sarà conclusa, sarà possibile che il problema della subordinazione del CSAC, amministrativamente dipendente dalla Direzione della cooperazione allo sviluppo e dell'aiuto umanitario, e del suo capo sia riesaminata.

3. DIE REAKTIONEN LES REACTIONS

AP , 5.1.1987

Aussenpolitische Kommissionen wollen Auskunft zum Fall Blaser

Der Konflikt zwischen dem Chef des Katastrophenhilfskorps (SKH), Eduard Blaser, und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) beschäftigt nun auch die aussenpolitischen Kommissionen des Parlamentes. Der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates, der Walliser Freisinnige Bernard Dupont, will sich Ende der kommenden Woche mit Bundesrat Pierre Aubert treffen, um Informationen aus erster Hand zu erhalten.

Vouvy/Cavergno/Zürich. AP. Dupont bezeichnete es als vordringlich, den guten Ruf, den das Katastrophenhilfskorps in den letzten Jahren in der Schweiz und im Ausland aufgebaut habe, wiederherzustellen. Die bisherige Informationspraxis sei nicht dazu angetan gewesen, diesen Ruf zu bewahren. Zum Konflikt zwischen dem suspendierten Delegierten des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland einerseits und dem EDA beziehungsweise der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) andererseits wollte Dupont nicht Stellung nehmen. Die Informationslage sei noch zu schlecht. Doch glaube er, dass der Konflikt mehr Fragen der Form und des Stils als solche grundsätzlicher Art aufwerfe. Blaser habe vielleicht seine besondere Arbeitsweise zu wenig erklärt, doch seine Effizienz sei unbestritten. Das SKH brauche eine Persönlichkeit mit Managerqualitäten.

Gefragt sei nun von parlamentarischer Seite ein rasches Vorgehen, sagte Dupont weiter. Beim Treffen mit Aubert verlange er detailliertere Informationen, um danach den Fall in der Kommission aufgreifen zu können. Denkbar sei, dass die Kommission das Thema vor der an sich für Ende Januar vorgesehenen ordentlichen Sitzung behandle. Ein ähnliches Vorgehen werde auch die aussenpolitische Kommission des Ständerates wählen.

Während das EDA von Unstimmigkeiten zwischen Blaser und den Mitgliedern in der Rettungskette Schweiz gesprochen hatte, wurde dem Kooperationswillen Blasers von seiten der verschiedenen Partnerorganisationen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Das Verhalten Blasers habe nie An-

lass zu irgendwelchen Klagen gegeben, teilte beispielsweise der Schweizerische Verein für Katastrophenhunde (SVKA) gestern Sonntag in einem Communiqué mit. Es dürfe nicht unerwähnt bleiben, dass Blaser mit seinem Mitarbeiterstab die Rettungskette Schweiz zu einem weltweit einmaligen Instrument der Soforthilfe bei Naturkatastrophen ausgebaut habe, wofür ihm Dank und Anerkennung gebühre. Der SVKA bedaure es ausserordentlich, dass der Ruf des Katastrophenhilfskorps und der Rettungskette Schweiz in den letzten Tagen Schaden gelitten hätten.

Katastrophenhilfe nicht zum Verwaltungsspielball machen

Peter Amstutz

Bundespräsident Pierre Aubert wird an der ersten Regierungssitzung vom 14. Januar dieses Jahres ein Traktandum aus seinem eigenen Aussenministerium auf die Geschäftsliste setzen müssen: Die Katastrophenhilfe und deren künftige Führung. Denn mit dem Rausschmiss des Korpschefs und Regierungsdelegierten Eduard Blaser hat Aubert mehr Probleme geschaffen als gelöst.

«Ambitionen auf eine Karriere beim Bund habe ich keine.» Diese klare Aussage machte am 10. Juli 1985 der Berner Ingenieur Eduard Blaser (59), vom Bundesrat per 1. Januar 1982 zum Delegierten für Katastrophenhilfe im Ausland ernannt, als ihn die BaZ nach Erreichtem und Geplantem befragte. Mittlerweile steht Blaser an seinem Nichtkarriereziel, wenn auch etwas anders, als er wohl dachte: Per Telegramm setzte ihn Bundespräsident Pierre Aubert, Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten, nach genau 1819 Arbeitstagen am Heiligen Abend 1986 auf die Strasse.

«Führungsmängel und Kompetenzüberschreitungen» seien der Grund des Zerwürfnisses, lauten die spärlichen offiziellen «Auskünfte» - von einem «Kon-

flikt zwischen bürokratischem Denken und privatwirtschaftlichem Handeln» spricht Blaser selber. Der steuerzahlende Bürger ist in der Sache so klug wie zuvor und steht verärgert vor der bedauerlichen Tatsache, dass eine tragende Säule der schweizerischen Aussenpolitik – die tätige Solidarität im Dienste aller Hilfsbedürftigen – wie ein morscher Pfahl aussieht, der erst noch tief im Schlamm «verankert» ist. Es gibt ernstzunehmende Anzeichen für die Befürchtung, dass Aussenminister Aubert wieder einmal unzureichend beraten wurde im «Fall Blaser». Der zweite Katastrophenhilfeschef (nach Arthur Bill) befolgte nämlich seinen Auftrag so, wie es im Pflichtenheft des Bundesrates vom 11. August 1971 steht. Damals skizzierte die Landesregierung in ihrer Botschaft an die Räte, wie aus einer Motionsidee des ehemaligen CVP-Nationalrats Kurt Furgler für ein «nichtbewaffnetes, aber straff organisiertes Korps für Hilfeleistungen im Ausland» ein wirksames und glaubwürdiges Element schweizerischer Aussenpolitik «durch Tatbeweis» werden müsste.

Bundespräsident Aubert wäre zu raten, vor der nächsten Bundesratssitzung und insbesondere vor den unumgänglichen Aussprachen mit den aussenpolitischen Kommissionen der Räte diese Botschaft aus dem Archiv zu holen. «Die Fälle, in denen eine solche Truppe eingesetzt werden könnte, wären derart unterschiedlich, dass die Organisation nur in grossen Zügen geplant werden könnte», sah die Landesregierung richtig voraus. Und auch: «Es wird darum gehen, die Privatinitiative zu erhalten und anzuregen, die öffentlichen Verwaltungen zur Zusammenarbeit heranzuziehen und die Koordination (...) sicherzustellen.»

Genau das hat Eduard Blaser zu tun gewagt, soweit der Konfliktfall zwischen dem Katastrophenhilfeschef und den administrativ mitmischenden Beamten des Aussenministeriums heute überhaupt beurteilt werden kann. Nach ersten Pannen und Reinfällen 1974 hat das Korps mittlerweile die höchste Einsatzreife seiner jungen Geschichte erreicht. Massgeblich daran beteiligt ist der Nichtadministrator Blaser, selber ehemaliger freiwilliger Katastrophenhelfer mit Drittwelt-Erfahrungen und einer gesunden Abneigung gegen zu viel Verwaltungsballast.

Er wäre ohnehin demnächst gegangen, Rausschmiss hin oder her. Aber die Chance, einen ebenbürtigen Nachfolger von solcher Tatkraft zu finden, hat Aubert mit seinem Schwerthieb vom 24. Dezember 1986 wohl vertan. Ein Neubeginn scheint nur noch möglich durch Ausgliederung: Weg mit dem Katastrophenhilfekorps vom Departement der Aussenpolitiker, bevor es selber Katastrophenhilfe benötigt.

(Basler Zeitung)

ATS, 5.1.1987

Suspension d'Eduard Blaser

UN ARBITRAGE PARLEMENTAIRE

Le conflit au sein du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE), qui a abouti le 30 décembre dernier à la suspension d'Eduard Blaser, chef du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe, va passer sous la loupe parlementaire. Le Valaisan Bernard Dupont, président de la commission des affaires étrangères du Conseil national, rencontrera à ce sujet cette semaine le chef du DFAE, Pierre Aubert.

Pour le radical valaisan, il s'agirait de rétablir la confiance dans le Corps, qui jouit d'une bonne réputation en Suisse et à l'étranger. À ses yeux, l'affaire porterait moins sur le fond que sur la forme, l'efficacité d'Eduard Blaser n'étant pas en cause.

Au secours de Blaser

Par ailleurs, la Société suisse des chiens de sauvetage (SSCS), l'une des organisations partenaires du Corps, se distancie des accusations portées contre Eduard Blaser. Dans un communiqué diffusé à Zurich, la société affirme qu'elle a toujours travaillé en « parfait accord » et dans la « sérénité » avec M. Blaser et ses collaborateurs. Les motifs à l'origine de

l'enquête disciplinaire ouverte par le DFAE contre M. Blaser faisaient notamment état de relations tendues entre le Corps et les organisations réunies au sein de la Chaîne suisse de sauvetage (SSCS, Croix-Rouge suisse, Garde aérienne suisse de sauvetage, Office fédéral des troupes de protection aérienne).

Les récentes interventions de la Chaîne suisse de sauvetage en 1983 au Yémen du Nord et en Turquie, en 1985 en Italie et au Mexique, en 1986 au Salvador, ont toutes pu être menées sous la direction « efficace » d'Eduard Blaser, souligne la SSCS. M. Blaser et ses collaborateurs ont bâti un « instrument unique » d'aide d'urgence en cas de catastrophes naturelles. — (ats)

(24 Heures)

31

AP, 5.1.1987

Konflikt EDA-Blaser: Rettungskette-Mitglieder loben Blaser

Solidarität mit SKH-Chef

Vouvry/Cavergno/Zürich. (ap) Der Konflikt zwischen dem Chef des Katastrophenhilfskorps (SKH), Eduard Blaser, und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) beschäftigt nun auch die eidgenössischen Parlamentarier. Der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates, der Walliser Freisinnige Bernard Dupont, will sich Ende der kommenden Woche mit Bundesrat Pierre Aubert treffen, um Informationen aus erster Hand zu erhalten.

Als vorrangiges Ziel der Bemühungen nannte Dupont am Wochenende in Vouvry VS die Wiederherstellung des Vertrauens in das SKH. Inzwischen haben sich Partnerorganisationen der Rettungskette Schweiz hinter den angeschossenen SKH-Chef gestellt.

Guten Ruf retten

Dupont bezeichnete es als vordringlich, den guten Ruf, den das Katastrophenhilfskorps in den letzten Jahren in der Schweiz und im Ausland aufgebaut habe, wiederherzustellen. Die bisherige Informationspraxis sei nicht dazu angehtan gewesen, diesen Ruf zu bewahren.

Zum Konflikt zwischen dem suspendierten Delegierten des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland einerseits und dem EDA beziehungsweise der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) andererseits wollte Dupont nicht Stellung nehmen. Die Informationslage sei noch zu schlecht.

Doch glaube er, dass der Konflikt mehr Fragen der Form und des Stils als solche grundsätzlicher Art aufwerfe. Blaser habe vielleicht seine besondere Arbeitsweise zu wenig erklärt, doch seine Effizienz sei unbestritten. Das SKH brauche eine Persönlichkeit mit Managerqualitäten.

Katastrophenhundeverband für SKH-Chef

Gefragt sei nun von parlamentarischer Seite ein rasches Vorgehen, sagte Dupont weiter. Beim Treffen mit Aubert verlange er detailliertere Informationen, um danach den Fall in der Kommission aufgreifen zu können. Denkbar sei, dass die Kommission das Thema vor der an sich für Ende Januar vorgesehenen ordentlichen Sitzung behandle. Ein ähnliches Vorgehen werde auch die ausserpolitische Kommission des Ständerates wählen.

Während das EDA von Unstimmigkeiten zwischen Blaser und den Mitgliedern in der Rettungskette Schweiz gesprochen hatte, wurde dem Kooperationswillen Blasers von seiten der verschiedenen Partnerorganisationen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Das Verhalten Blasers habe nie Anlass zu irgendwelchen Klagen gegeben, teilte beispielsweise der Schweizerische Verein für Katastrophenhunde (SVKA) am Sonntag in einem Communiqué mit. Es dürfe nicht unerwähnt bleiben, dass Blaser mit seinem Mitarbeiterstab die Rettungskette Schweiz zu einem weltweit einmaligen Instrument der Soforthilfe bei Naturkatastrophen ausgebaut habe, wofür ihm Dank und Anerkennung gebühre. Der SVKA bedaure es ausserordentlich, dass der Ruf des Katastrophenhilfskorps und der Rettungskette Schweiz in den letzten Tagen Schaden gelitten hätten.

(NZN)

Tribune de Genève
5.1.1987

Une commission d'arbitrage examinera le cas du chef de l'ASC

LE SOUTIEN S'ORGANISE AUTOUR D'EDUARD BLASER

«Pour avoir servi sous ses ordres en tant que chef d'engagement du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe (ASC), j'ai pu apprécier les qualités d'Eduard Blaser à leur juste valeur, et je m'élève vigoureusement contre les accusations injustes et les coups bas dont il est victime...» Volontaire ASC, commandant adjoint du Service de sécurité de l'aéroport de Genève-Cointrin et lieutenant-colonel à l'armée, Jean-François Duchosal entend remettre les pendules à l'heure en prenant la défense du chef de l'ASC mis à pied le 30 décembre dernier, suite à l'annonce de son intention de démissionner pour divergence de vue avec le responsable de la DDA, Fritz Staehelin.

Le lieutenant-colonel Duchosal n'est pas le seul à manifester ouvertement son soutien à Eduard Blaser. Dimanche, la Société suisse des chiens de sauvetage (SVKA), l'une des organisations partenaires du corps d'aide en cas de catastrophe, se distançait également des accusations portées contre ce dernier. La SVKA affirme qu'il n'y a jamais eu de différends entre M. Blaser et elle-même, contrairement à ce que certains avaient laissé entrevoir, et que tous les problèmes avaient toujours été réglés de manière satisfaisante avec l'intéressé: «Edouard Blaser et ses collaborateurs sont parvenus à faire de l'ASC un instrument d'aide reconnu et apprécié dans le monde entier, et il est regrettable par

conséquent, que la réputation de ce corps ait été ternie.»

Les accusations se retournent

«Si l'on examine de près toutes les accusations portées contre M. Blaser, on peut constater que toutes celles-ci peuvent être retournées en faveur de l'ancien chef de l'ASC, affirme Jean-François Duchosal. On lui reproche son comportement trop autoritaire et militaire? Pour moi il n'y a pas de différences dans l'organisation d'un état-major, qu'il soit militaire, humanitaire ou civil. Lorsque des êtres humains meurent au Salvador, il ne s'agit pas de tergiverser, il faut agir vite et savoir ce que l'on veut. Dans ces moments de crises, Eduard Blaser a toujours su démontrer ses qualités de chef.

» On lui reproche des manquements de gestion... Pour avoir vu les comptes de l'ASC et la manière dont on a analysé mes comptabilités à mes retours de mission, je peux assurer que chaque franc donné à ce corps d'intervention est bien géré et arrive à destination !

» On lui reproche d'avoir dépassé ses domaines de compétence. Il est clair que le patron d'un tel corps doit jouir d'une autonomie pratique et financière qui lui permette de rester souple et d'une grande liberté de manœuvre. L'équipe qui se bat sur le terrain à 5000 kilomètres de Berne doit pouvoir décider dans

le cadre de son budget sans toujours avoir à demander une autorisation à Berne. L'action décide, l'administration doit suivre, et cela, Eduard Blaser l'avait compris.

» Parmi les autres griefs, on a avancé son manque de planification. Cette accusation est totalement erronée: si M. Blaser n'était pas un impulsif, son style de direction est axé sur l'organisation et la planification des projets. Toutefois, il savait sortir des schémas au besoin, et garder un sens de l'improvisation.»

En conclusion, Jean-François Duchosal a la nette impression que l'on tente de faire sortir M. Blaser par la petite

porte pour masquer certains problèmes de fonds. « Il conviendrait de délimiter de façon plus marquée les champs d'action de l'ASC et de l'aide au développement. M. Aubert devra choisir des chefs en fonction des qualités spécifiquement imposées par les missions ».

Pour l'heure, l'« affaire » est dans les mains de la commission des Affaires étrangères du Conseil national, présidée par le radical valaisan Bernard Dupont qui tentera d'y voir plus clair et devrait se prononcer vers la fin du mois. A suivre donc...

Eric BALET

24 Heures, 6.1.1987

L'affaire Blaser s'étend

DES PARTISANS NOMBREUX

Homme de terrain, victime d'une administration pointilleuse, ou chef autoritaire, sanctionné tant pour ses défaillances que ses excès ? Le Département des affaires étrangères (DFAE) se garde bien de préciser les motifs de la brusque suspension d'Eduard Blaser, ex-chef du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe. Une affaire qui suscite des remous croissants, tandis que les témoignages favorables à l'ex-délégué se multiplient.

ALAIN MAILLARD

1981: Arthur Bill, fondateur et chef pendant dix ans du Corps, peut enfin se retirer. Difficilement, on lui a trouvé un successeur. Ingénieur du génie civil, âgé aujourd'hui de 58 ans, Eduard Blaser a de nombreuses cordes à son arc. Il a travaillé au Canada, il a navigué entre le privé et le public, et le bureau d'ingénieurs dont il est codirecteur a participé à la construction d'écoles, d'entreprises, dans plusieurs pays d'Afrique.

Cinq ans ont passé. Le 24 décembre dernier, une enquête disciplinaire est ouverte contre le délégué aux catastrophes. Pour « carences de direction » et « dépassement des compétences ». Ce sont les motifs officiels. Eduard Blaser décide alors de démissionner, pour l'été prochain. Et le 30 décembre, brusquement, il est suspendu de ses fonctions. Avec effet immédiat.

Rien à redire

Cette soudaine détérioration prend de court les partenaires du Corps dans la « chaîne suisse de sauvetage ». La Société suisse des chiens,

de sauvetage publie un communiqué de soutien à M. Blaser (voir 24 HEURES d'hier). Autre partenaire, qui met son dépôt d'articles de première nécessité (couvertures, vêtements, etc.) à disposition lors d'interventions urgentes du Corps, la Croix-Rouge se refuse à prendre position. Mais, précise son chef des opérations, Anton Wenger, « les relations de travail étaient pratiquement normales. Il y avait peu de différences avec le régime Bill. » On reproche à M. Blaser des relations tendues avec les autres organisations de la chaîne ? « Nous n'avons jamais émis une telle critique », souligne M. Wenger.

Et au Corps même, la consternation règne. « Tout le monde regrette ce qui s'est passé », affirme Willy Strub, responsable des opérations.

« Affaire Aubert »

Interrogé par le *Blick* d'hier, Eduard Blaser répond aux reproches qui lui auraient été faits. Dépassement de compétences ? « On attendait de moi des décisions sur place. » Absences du bureau ? « J'ai simple-

ment refusé de pointer une carte de présence. » Tensions dans la chaîne ? « Grottesque ! » Pour le *Blick*, la cause est entendue. M. Blaser est victime des bureaucrates. Il n'y a pas d'affaire Blaser, mais une affaire Pierre Aubert.

Une autre hypothèse est avancée. Au sein du DFAE, certains sont partisans d'une professionnalisation du Corps. Or, Eduard Blaser l'a dit et répété, il est résolument attaché à son caractère de milice. Et puis, entre le délégué et ses supérieurs, le ton serait monté.

L'affaire, sortie des coulisses du DFAE, prend de l'ampleur. La commission des affaires étrangères du Conseil national, emmenée par le Valaisan Bernard Dupont, va demander des explications. Mais tous, aujourd'hui, sont d'accord au moins sur une chose : que l'enquête aille vite. Il ne faut pas ternir l'image du Corps à l'étranger.

A. M.

Au pied levé

Vingt-neuf collaborateurs actuellement sur le terrain, du Bangladesh au Pérou, du Honduras au Mali, engagés dans des projets de construction d'écoles, d'hôpitaux, de garages ou autres. Et un fichier d'un millier de volontaires environ, dont une bonne moitié sont prêts à s'envoler, du jour au lendemain, pour le bout du monde. Particularité de l'entreprise: l'impromptu. Au pied levé, il faut pouvoir intervenir vite, efficacement. Sinon, ça ne sert à rien.

Fondé voici près de quinze

ans, le Corps suisse d'aide en cas de catastrophe est intervenu plusieurs dizaines de fois. Tremblements de terre, inondations, famines ont jalonné son parcours. Une aide médicale a été prodiguée à des centaines de milliers de malades ou blessés, et du ravitaillement à des millions d'affamés. En douze ans d'opérations, le Corps s'est forgé une réputation solide. En octobre dernier, au Salvador ravagé par un tremblement de terre, les 52 sauveteurs suisses sont les premiers sur les lieux. Ils ont mis 37 heures. — (2)

ATS, 10/11.1.1987

Affaire Blaser

Interpellation radicale

Des parlementaires du Parti radical-démocratique suisse (PRD) ont demandé des explications du Conseil fédéral sur les raisons de la suspension du chef du Corps suisse d'aide en cas de

catastrophes (ASC), Eduard Blaser. Selon un communiqué publié hier par le service de presse du PRD, le Conseil fédéral devrait, en outre indiquer « si d'autres façons de procéder n'auraient pas été envisageables, et comment il pense poursuivre cette affaire sur le plan personnel et sur celui des faits ».

Cette demande a été formulée dans une interpellation urgente du radical Otto Schoch, conseil-

(24 heures)

ler aux Etats d'Appenzell Rhodes-Extérieures. Max Affolter, président de la commission des Affaires étrangères du Conseil des Etats, a déclaré qu'il se félicitait du dépôt de cette intervention.

M. Schoch a justifié son interpellation en relevant que la suspension du chef de l'ASC soulève des questions « qui débordent substantiellement le cadre d'un conflit interne de compétences au sein du Département des affaires étrangères (DFAE) ». — (ats)

SDA, 12.1.1987

Unterstützung für Blaser

Sympathiekundgebung der Katastrophenmediziner

Bern, 10. Jan. (sda) Die über 450 Teilnehmer des 15. Kurses in Katastrophenmedizin an der Universität Zürich haben in einer Sympathiekundgebung dem vorläufig suspendierten Leiter des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps (SKH), Eduard Blaser, ihren Dank und ihr Vertrauen ausgedrückt. Die Teilnehmer des am Donnerstag und Freitag durchgeführten Kurses verdankten in einer Mitteilung vom Samstag Blasers «überlegene und kompetente» Führung des Katastrophenhilfskorps.

Der Lehrbeauftragte für Katastrophenmedizin an der Universität Zürich, Professor Rolf Lanz, würdigte die «grossen und bleibenden Verdienste» Blasers und bedauerte die Entwicklung der letzten Wochen. Die spontane, offene,

alle Mitarbeiter anspornende Art habe es Blaser erlaubt, das reiche fachliche Wissen der Freiwilligen geschickt zu aktivieren und zu nutzen, schreiben die Katastrophenmediziner. Er habe durch seinen Einsatz und die Motivation aller SKH-Angehörigen die offensichtlichen Stärken des Milizsystems und der in ihm wirkenden positiven Kräfte eindrucksvoll bewiesen.

Die Katastrophenmediziner erwarten ausserdem, dass das von Arthur Bill begonnene und von Blaser initiativ weitergeführte Werk des SKH zum Wohl der betroffenen Bevölkerung im Ausland ohne bürokratische Einengung rasch, gezielt und effizient fortgesetzt werden könne. Das SKH sei das Resultat einer langjährigen anerkannten Tätigkeit von zahlreichen Freiwilligen, aber nicht minder auch das unmittelbare Ergebnis einer engagierten Führung, heisst es in der Mitteilung.

(N22)

24 Heures, 16.1.1987

Le père de l'aide en cas de catastrophe

Douche froide pour A. Bill

Arthur Bill, premier délégué du Conseil fédéral au Corps suisse d'intervention en cas de catastrophe à l'étranger, a suivi avec tristesse les problèmes de son successeur Eduard Blaser, suspendu de ses fonctions le 30 décembre dernier par Pierre Aubert. « Même si des choses maladroites se sont passées, dit-il, il ne faut pas perdre la vue d'ensemble sur les réalisations du Corps suisse durant ces dernières années ; en ne voyant que les erreurs, on risque de choisir des remèdes peu adaptés. »

Arthur Bill, le père du Corps suisse, se consacre à la remise sur pied de l'organisation Enfants du monde. A ses rares moments perdus, il cultive des arbres miniatures du côté de Gerzensee (BE). Il refuse de porter des jugements sur les hommes ou les faits, que l'enquête établira. Mais il ne comprend pas que l'on chasse comme un criminel Eduard Blaser, un homme de terrain qui a quand même engagé le Corps suisse ces dernières années dans des actions tout à fait à la hauteur.

Arthur Bill ne fait pas campagne pour qu'Eduard Blaser soit réintégré dans ses fonctions. De toute façon, tant de vaisselle a été brisée que les rapports de confiance sont définitive-

ment brisés et que Blaser lui-même serait bien emprunté s'il devait se retrouver à la tête du Corps suisse. Mais il faut rapidement trouver une autre solution, honorable pour tout le monde.

Si Arthur Bill sait parler en homme libre, il connaît aussi l'art de la diplomatie et ses vertus. Il reconnaît que le Corps de secours est peut-être trop souvent intervenu en deuxième ligne, prenant ainsi le risque de marcher sur les plates-bandes de l'aide à long terme. L'idéal serait que les projets à moyen terme du Corps de secours soient repris et poursuivis par l'aide au développement. Cette liaison éviterait toute rupture des secours dans les pays les plus pauvres. Elle est indispensable dans les projets d'aide alimentaire ou de soins médicaux.

Information réciproque, d'accord, mais pas soumission ! Bill pense que la compétence du chef du Corps devrait être augmentée. Il devrait être responsable de l'ensemble de l'aide humanitaire de la Confédération.

Rester modeste

Mais si l'affaire Blaser attriste Arthur Bill, c'est surtout parce que, derrière le Corps suisse, se trouvent de très nombreux volontaires, des

citoyens suisses qui ont accepté comme chef Eduard Blaser, aussi parce que ce dernier avait droit à la confiance et aux éloges des autorités fédérales. Bill affirme citer un proverbe chinois : « Une crise est une chance si elle permet d'améliorer l'avenir. » — (BRRI/Roger de Diesbach)

NZZ, 21.1.1987

Weiterungen des Konflikts um das Katastrophenhilfskorps

Parlamentarischer Rüffel für Aubert Die aussenpolitischen Kommissionen schalten sich ein

Die beiden Präsidenten der aussenpolitischen Kommissionen, der Walliser Nationalrat Dupont und der Solothurner Ständerat Affolter, verlangen eine rückhaltlose Offenlegung des Konfliktes um den Leiter des Katastrophenhilfskorps (SKH), und sie empfehlen Bundespräsident Aubert, die rechtlich fragwürdige Amtsenthebung von Eduard Blaser von sich aus rückgängig zu machen.

Its. Bern, 20. Januar

In ihrem gemeinsamen Communiqué betonen Dupont und Affolter, oberstes Ziel ihres koordinierten Vorgehens sei die rasche Wiederherstellung des guten Ansehens des SKH im In- und Ausland. Zusätzlich zur personalrechtlich korrekten Abwicklung des Falls verlangen sie auch Vorschläge für strukturelle und organisatorische Änderungen, um künftige Kompetenzkonflikte zwischen SKH und der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) zu vermeiden. Die beiden Präsi-

denten verlangen ausdrücklich, dass auch die Ausgliederung des SKH aus der DEH geprüft werde. Nach Auffassung der beiden Parlamentarier müsste die Angelegenheit im Plenum bei der Räte zur Sprache kommen.

Das rechtliche Gehör verweigert

Die von den beiden Präsidenten gerügte rechtliche Fragwürdigkeit der Amtsenthebung Blasers ergibt sich aus der Tatsache, dass vor der Anordnung vorläufiger Disziplinarmaßnahmen dem Betroffenen rechtliches Gehör und Akteneinsicht gewährt werden müssen. Aubert und jene, die ihn departementsintern in dieses

Abenteuer stürzten, kamen dieser Pflicht indessen nicht nur nicht nach, sondern sie *verweigerten* dem Delegierten sogar das von ihm geltend gemachte Recht, zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Diese *Rechtsbelehrung* musste sich Aubert an der letzten Bundesratsitzung auch von seinen *Kollegen* gefallen lassen, und das Departement versuchte, wie aus dem Bundeshaus West zu vernehmen war, mit Gesprächen zwischen Staatssekretär Brunner und später zwischen Bundesrat Aubert und dem Delegierten das Versäumte nachzuholen.

Haltlose Suspendierung

Das *Beamtenrecht* sieht *Amtseinstellungen* vor, wenn ein Verbrechen oder ein Vergehen in Frage steht oder wenn durch ein weiteres Verbleiben des Fehlbaren im Dienst die Disziplinaruntersuchung wesentlich erschwert würde. Beides trifft beim Delegierten in keiner Weise zu und erklärt, weshalb die beiden Kommissionspräsidenten Aubert empfehlen, *von sich aus* die Massnahme wieder *rückgängig* zu machen. Die *Haltlosigkeit* der Verfügung ist auch dem Departement bewusst, das bereits am 8. Januar in einem gewundenen Communiqué seine Bereitschaft andeutete, die Suspendierung aufzuheben. Dass dieser Entscheid immer noch hinausgezögert wird, lässt befürchten, der Departementsspitze gehe es jetzt nicht mehr um die Sache, sondern nur noch um die *Wahrung ihres Prestiges gegen aussen*, weshalb nach Möglichkeiten gesucht wird, wie man die *moralische Schuld gegenüber Blaser* zwar abtragen, ihn aber gleichzeitig doch *abhalftern* könnte.

Schall und Rauch?

Bleibt dann noch die *Disziplinaruntersuchung*. Nach dem Schulddisziplinarrecht wird

ein Beamter nur disziplinarisch verantwortlich, wenn er schuldhaft die ihm obliegenden Pflichten verletzt. Ein solches Verfahren, liest man in einer Studie von *Dr. iur. Bellwald* in den Abhandlungen zum schweizerischen Recht, darf erst eingeleitet werden, wenn genügend *«objektive Anhaltspunkte»* vorhanden sind, die eine Dienstpflichtverletzung als wahrscheinlich erscheinen lassen. Ein blosser Verdacht, Vermutungen und Gerüchte *reichen nicht aus*. Ob der *Klagebrief* eines von Blaser nicht definitiv angestellten Bewerbers um die Stelle als Personalchef im SKH diese Kriterien wirklich erfüllte und ob aus *Meinungsverschiedenheiten* um diskutabel – vom DEH-Direktor vermutete, von Blaser indessen bestrittene – Kompetenzüberschreitungen tatsächlich schon auf schuldhaftes Verhalten geschlossen werden kann, wird der *Untersuchungsbeauftragte* abklären. Auf Grund dessen, was bis jetzt in der Öffentlichkeit Blaser vorgeworfen worden ist, besteht für den Bundespräsidenten aber das erhebliche Risiko, dass die ganze Disziplinaruntersuchung schliesslich in *Schall und Rauch aufgeht* und seine Berater sich erst noch vorwerfen lassen müssen, diese grobe Disziplinierung Blasers leichtfertig, um nicht zu sagen *leichtsinzig provoziert* zu haben. Dies wäre dann in der Tat ein *Prestigeverlust* des Bundespräsidenten, weshalb es sicher im Interesse der Sache und aller Beteiligten wäre, wenn Aubert die Merkmale einer hässlichen Intrige tragende Affäre rasch entschlossen bereinigen, die Führung des Korps bis zum ordentlichen Rücktritt Mitte Jahr wieder Blaser übertragen und in der Zwischenzeit mit Umsicht die *Nachfolge* an der Spitze des SKH ordnen würde.

Le Matin, 21.1.87

PIERRE AUBERT: L'AFFRONT

Suspension d'Eduard Blaser: les présidents des commissions des Affaires étrangères du Parlement recommandent au conseiller fédéral de faire marche arrière

Terrible gifle pour le président de la Confédération. Pierre Aubert a été désapprouvé par les présidents des commissions des Affaires étrangères du National et des Etats, les radicaux Bernard Dupont (VS) et Max Affolter (SO). Ils lui recommandent en effet « de rapporter de lui-même la suspension des fonctions du chef du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe, Eduard Blaser », c'est-à-dire de lever cette mesure. Raison invoquée: la lé-

catrophes. Le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) a ouvert le 24 décembre une enquête disciplinaire contre lui. Et il a été suspendu de ses fonctions dans la nuit du 30 au 31 décembre dernier. Impossible de savoir exactement ce que Berne reproche à Eduard Blaser.

« Maladresse »

Or, Bernard Dupont et Max Affolter estiment que notre ministre des Affaires étrangères a agi trop rapidement dans le cadre de la suspension. « Eduard Blaser avait un droit légal d'être entendu. Vraisemblablement, Pierre Aubert n'a pas discuté avec lui. C'est avant tout une question humaine », commente le président de la commission des Etats. Et d'ajouter: « Le conseiller fédéral a fait preuve de maladresse. Pourquoi vouloir précipi-

ter les choses? Surtout qu'Eduard Blaser avait donné sa démission pour juillet. »

Autre critique formulée: la mauvaise information du Département des affaires étrangères. « Ce dernier porte de graves accusations contre un homme. Mais il n'explique pas les raisons », relève Max Affolter. Voilà pourquoi les présidents demandent au DFAE de présenter sans réserve, aux deux commissions, les motifs qui sont à l'arrière-plan du conflit. Et ce indépendamment de la procédure disciplinaire engagée contre le délégué aux catastrophes. Il faudra aussi, à l'avenir, éviter toute friction entre la DDA (aide au développement) et le Corps.

Les objectifs

Le Parlement va vraisemblablement être saisi du dossier. Bernard Dupont et Max Affolter jugent opportun que l'affaire vienne en discussion devant le

BERNE

Anne DOUSSE

galité de la mesure est discutable. C'est ce qu'annonce un communiqué publié hier à Berne.

Les deux présidents se sont retrouvés hier matin au Palais fédéral, au cours d'une rencontre informelle. Ils ont examiné le cas du délégué aux

36

plénum des deux Conseils. Mais ils mettent en garde: « L'intervention doit avoir comme objectif prioritaire de rétablir le plus rapidement possible la bonne image du Corps en Suisse et à l'étranger.

L'affaire devient donc politique, admet Max Affolter. « Toute la Suisse en parle. Il n'était pas question de la

résoudre derrière des portes closes. C'était notre devoir de procéder de la sorte. » Toutefois, le radical soleurois ne croit pas que l'on se dirige vers une crise politique.

Enfin, les présidents ont invité le DFAE à soumettre aux commissions des propositions de modification de structure et d'organisation du Corps. Ils pensent notamment à la possibilité de séparer le Corps de la DDA.

Bernard Dupont a renseigné le conseiller fédéral sur les résultats de l'entrevue avec son collègue Max Affolter. Il en a profité pour lui poser quelques questions sur le fond. Le président de la Confédération va à présent réfléchir sur les suites à donner à ce dossier. Il a reçu la réponse qu'il attendait de l'enquêteur nommé par le DFAE, Bernard Bretscher. A savoir si la mesure de suspension était encore nécessaire au déroulement de l'enquête.

A.D.

Le Matin, 21.1.1987

Un camouflet présidentiel

L'année 87 tourne au vinaigre pour Pierre Aubert. Son image de marque avait déjà sérieusement souffert. Et voilà qu'il reçoit, au début de son année de présidence de la Confédération, un véritable camouflet de la part des présidents des commissions des Affaires étrangères des Etats et du National, à propos du dossier Blaser. Max Affolter et Bernard Dupont désapprouvent la mesure de suspension prise par le conseiller fédéral à l'encontre du chef du Corps d'aide suisse en cas de catastrophe. Ils lui recommandent de faire marche arrière.

Une procédure très rare et qui démontre la gravité de la situation. Les commissions n'ont pas été convoquées hier à Berne. Seuls les deux présidents ont pris ces décisions.

Or, si Max Affolter est reconnu comme un détracteur systématique de Pierre Aubert, Bernard Dupont, lui, est considéré comme un modéré. A maintes reprises, le Valaisan a soutenu notre ministre des Affaires étrangères.

L'affaire Blaser devient à présent l'affaire Aubert. Il apparaît de plus en plus que le chef de nos Affaires étrangères a agi à la légère et avec trop de rapidité. Il ne devait pas maîtriser parfaitement le dossier. Ou a-t-il été mal conseillé? Une erreur impardonnable. D'autant plus que Pierre Aubert est président de la Confédération. Les citoyens sont en droit d'attendre du premier homme du pays un peu plus de sérénité et de compétence.

Reste que l'heure est aujourd'hui critique pour Pierre Aubert. Soit il reste sur ses positions. Soit il reconnaît sa bévue. La seconde solution est certainement la meilleure. Surtout que le dossier prend une tournure politique. Les parlementaires ne feront pas de cadeau au conseiller fédéral. Mieux vaut battre sa coulpe avant.

Anne Dousse

SDA, 22.1.1987

Blaser/Aubert: Kein Entscheid

Im Fall des in seinem Amt suspendierten Chefs des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH), Eduard Blaser, ist immer noch kein Entscheid gefallen. Der Bundesrat befasste sich am Mittwoch erneut mit der Affäre und liess sich von Bundespräsident Pierre Aubert über seine neuesten Gespräche orientieren.

Bern. - Der Bundesrat hat sich am Mittwoch erneut mit der Affäre um die provi-

sorische Amtsenthebung des Delegierten für Katastrophenhilfe, Eduard Blaser, befasst. Wie Vizekanzler Achille Casanova mitteilte, orientierte Bundespräsident Pierre Aubert über das weitere Vorgehen. Ein Entscheid über eine allfällige Wiedereinsetzung Blasers sei noch nicht gefallen.

Bereits vor Wochenfrist hatte Bundespräsident Aubert seine Kollegen über die von ihm beabsichtigten weiteren Schritte in der Affäre um den Katastrophendelegierten informiert. Als neue Elemente kamen nun an der jüngsten Sitzung der Lan-

desregierung eine Unterredung des Bundespräsidenten mit Blaser sowie ein Gespräch des Präsidenten der aussenpolitischen Kommissionen des Nationalrats, Bernard Dupont, mit Aubert zur Sprache. Laut Casanova traf Aubert am Montag mit Blaser, der sich von seinem Anwalt begleiten liess, zu einer Unterredung zusammen. Dupont hatte am Dienstag bei Aubert vorgesprochen und ihm dabei die Forderungen der Präsidenten der aussenpolitischen Kommissionen - Wiedereinsetzung Blasers und Überprüfung der Strukturen des Katastrophenhilfekorps - dargelegt.

(SDA)

(Tages-Anzeiger)

Basler Zeitung, 22.1.1987

Bundesrat lässt seinen Präsidenten im Stich

Peter Amstutz

Seit bald einem Monat mühen sich Bundespräsident Pierre Aubert und der Bundesrat mit einem «Fall» ab, der längst zur peinlichen Posse verkommen ist: Die handstreichartige Abhalfterung des Katastrophenhilfchefs Eduard Blaser. Aubert selber sieht offenbar keinen Ausweg aus der Sackgasse - und der Bundesrat lässt seinen Präsidenten unverständlicherweise vor aller Augen im eigenen Saft schmoren.

Bundespräsident Pierre Aubert, das ist seit geraumer Zeit keine böswillige Unterstellung und schon gar kein Geheimnis mehr, war schlecht beraten, als er am Heiligen Abend 1986 den Delegierten für Katastrophenhilfe und Chef des Freiwilligenkorps, Eduard Blaser (59), aus Amt und Büro verbannte. Die ihm vorgeworfenen «Kompetenzüberschreitungen und Führungsmängel» hätten durchaus Anlass zu einem sehr ernsthaften Chefgespräch sein müssen. Doch ausreichenden rechtlichen Grund zu einem Rausschmiss mit Getöse konnte bisher niemand ausmachen.

Die Verantwortung für diese schwerwiegende Panne hat in erster Linie der Generalsekretär des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten zu tragen. Wer im Bundeshaus nicht weiss, wie man Personalfragen sauber löst, der kann sich gratis beim Personalamt von Bundesrat Otto Stich erkundigen. Auch kurz vor Weihnachten. Im nachhinein sind solche Abklärungen, wie sie jetzt vorgenommen werden müssen, nur eine Bestätigung für Unzulänglichkeiten und übereiltes Handeln. Dass Aussenminister Aubert überdies solch schlampig vorbereitete Akten mit seiner Unterschrift zum Vollzug freigab, ist ausgesprochen bedauerlich - aber so ist es nun einmal geschehen.

Nachgerade peinlich mutet aber die Fortsetzung der Geschichte an. An zwei Sitzungen liess sich der Bundesrat von dem offensichtlich in einer Sackgasse blockierten Präsidenten Aubert über den «Fall» Blaser orientieren. Ausserdem haben vorgestern die Präsidenten der aussenpolitischen Kommissionen beider Räte nachdrücklich empfohlen, die Amtsenthebung Blasers rückgängig zu machen, weil diese rechtlich fragwürdig sei. Mehr noch: In der Frühjahrssession soll das leidige Thema die Traktandenliste belasten.

Das muss im Ernst wohl nicht sein. Wenn dem Bundesrat wirklich etwas am Schicksal des Katastrophenhilfekorps liegt, und einzig diese Sicht der Dinge ist jetzt angebracht, dann muss er mit aller Entschlossenheit das Possenspiel spätestens am nächsten Mittwoch beenden. Zweimal schon hat sich Gelegenheit dazu geboten, wahrgenommen wurde sie nicht.

Zum hehren Geist der Kollegialität dieses Siebnergremiums müsste doch auch der Wille gehören, einem Regierungsmitglied Pannenhilfe zu leisten, wenn der Karren so tief im Dreck steckt. Der Bundesrat als Gremium hätte ohne allzu grossen Gesichtsverlust die nötigen Korrekturen beschliessen und Präsident Aubert Anweisungen zum raschen Handeln erteilen können. Denn Blasers Suspension war und bleibt ein Unsinn, daran ändert auch Verzögerungstaktik nichts.

Mit einem Bundesratsentscheid, endlich den Weg zum einvernehmlichen Finale - Wiedereinstellung Blasers im Amt, Akzeptieren seiner Kündigung, Abschied unter Verdankung der geleisteten Dienste - freizugeben, käme selbst Bundespräsident Aubert in seinem vermutlich letzten Amtsjahr ohne allzu schmerzhaft Blessuren aus dieser Affäre. Er ist schliesslich schon ganz anderen Fettnäpfchen in alter Frische entstiegen. So aber, wie das jetzt «läuft», führt der Bundesrat höchstens vor, dass er nicht einmal zur Katastrophenhilfe im eigenen Sitzungszimmer fähig ist.

Basler Zeitung, 22.1.1987

Stahelin besorgt um Ruf des SKH

Pikante Entwicklung in der Affäre «Blaser»: Der neue Interimschef des Katastrophenhilfekorps (SKH), Botschafter Stahelin, zeigte sich am 15. Januar in einem der BaZ zugespielten Brief gegenüber allen SKH-Freiwilligen besorgt um den internationalen Ruf des Korps.

Bern. BaZ. Auf Briefpapier des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps appellierte Botschafter Fritz Stahelin vor einer Woche an alle SKH-Freiwilligen: «Ich vertraue darauf, dass Ihr Einstehen für die humanitäre Sache und Ihr Engagement für das SKH ungebrochen sind, und möchte Sie in diesem Sinne als Interims-Chef des Korps begrüßen.» Im gleichen Schreiben erfuhren die «Milizretter» in der ganzen Schweiz vom Chef der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, wie die Organisation unter neuer Führung funktionieren soll: «Bezüglich Organisation und Aufgaben der Leitungsorgane ergeben sich, vom Wechsel an der Spitze des Korps abgesehen, keinerlei Änderungen. Ebenso bleiben Antrag und Einsatzkonzeption unverändert.»

Wenn jemand die tragenden Grundsätze des SKH in den vergangenen Wochen in Frage gestellt hätten, dann seien dies die Medien gewesen, betonte Stahelin und verwies darauf, dass ein wesentlicher Baustein

zum Erfolg des Korps «sicherlich die Milizstruktur gekoppelt mit einer Sonderstellung des Korps innerhalb der Verwaltung» sei. «Ich werde als interimistischer Chef mit dem Ihnen vertrauten Korpsstab in Bern alles daran setzen, dass die internationale Schlagkraft des SKH für Soforteinsätze zusammen mit den Partnern der Rettungskette und die Bereitschaft zu anderen humanitären Korpsseinsätzen weiter gepflegt werden.»

Auch der Bundesrat befasste sich an seiner gestrigen Sitzung erneut mit der Affäre «Blaser». Bundespräsident Pierre Aubert orientierte dabei seine Kollegen über das weitere Vorgehen. Entscheide sollen nach Angabe von Vizekanzler Casanova noch keine gefallen sein.

Bereits vor Wochenfrist hatte Bundespräsident Aubert seine Kollegen über die von ihm beabsichtigten weiteren Schritte in der Affäre um den Katastrophendelegierten informiert. Als neue Elemente kamen nun an der gestrigen Sitzung der Landesregierung eine Unterredung des Bun-

despräsidenten mit Blaser sowie ein Gespräch des Präsidenten der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, Bernard Dupont, mit Aubert zur Sprache. Laut Casanova traf Aubert am Montag mit Blaser, der sich von seinem Anwalt begleiten liess, zu einer Unterredung zusammen. Dupont hatte am Dienstag bei Aubert vorgesprochen und ihm dabei die Forderungen der Präsidenten der aussenpolitischen Kommissionen – Wiedereinsetzung Blasers und Überprüfung der Strukturen des Katastrophenhilfekorps – dargelegt. Über den Inhalt der beiden Gespräche machte Casanova keine Angaben. Entscheide würden gefällt, sobald alle Elemente für die Entscheidungsfindung beisammen seien. Ob Aubert allein oder der Gesamtbundesrat entscheiden werde, hängt laut Casanova von den möglichen Konsequenzen ab. Zu berücksichtigen seien in diesem Zusammenhang die Angestelltenverordnung sowie verschiedene Bundesgerichts-Entscheide.

24 Heures, 22.1.1987

Limogeage de Blaser **Au mépris des règles**

A mesure que les jours passent, il apparaît qu'Eduard Blaser, chef du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe, est la victime de l'arbitraire. Ni l'enquête disciplinaire ni la suspension immédiate ordonnées contre lui à la fin de l'année dernière par Pierre Aubert, ne répondent aux exigences de la loi. Pierre Aubert a renseigné hier ses collègues sur l'entrevue qu'il a eue lundi avec Eduard Blaser et son avocat, de même que sur la discussion qu'il a eue mardi avec Bernard Dupont, président de la commission des Affaires étrangères du Conseil national. Il a également dit quelles suites il entend donner à cette affaire. Comment, sans perdre la face, rentrer dans la légalité? C'est la question qui agite l'entourage du chef des Affaires étrangères depuis quelques jours.

BERNE
DENIS BARRELET

L'appel lancé mardi par les présidents des commissions des Affaires étrangères du National et des Etats visant à annuler les mesures

prises à l'encontre d'Eduard Blaser a valeur de verdict. Pierre Aubert, mal inspiré par Fritz Stahelin, son directeur de la Coopération du développement, a agi au mépris du règlement sur les employés. Une enquête ne peut

être ouverte que s'il s'agit d'une affaire grave. Une simple lettre de reproches formulée par un collaborateur écarté n'est pas une pièce suffisamment solide. Et aucun des prétendus manquements dont on a

fait état jusqu'ici ne justifie une telle mesure.

Une suspension immédiate d'autre part ne peut être prononcée sans l'audition préalable du fautif, ce qui n'a pas été fait en l'espèce. Et ce n'est pas l'entretien de lundi qui répare ce vice de forme. Au

Département des finances, le dernier exemple de suspension immédiate qui revient à l'esprit est celui de Jean-Louis Jeanmaire. Difficile de croire qu'Eduard Blaser chausse la même pointure. L'enquête disciplinaire confiée à Bernard Bretscher, vice-directeur de

l'administration des Finances, n'arrivera pas à son terme avant le mois prochain. L'annulation de la mesure de suspension est une des possibilités présentement étudiées, dit-on au Département des affaires étrangères. Une manière de sortir de ce faux pas avant qu'il vous ait fait trébucher...

D. B.

Tages-Anzeiger, 23.1.1987

Warum stellt sich der Bundesrat nicht auch hinter Pierre Aubert?

■ VON RICHARD DIETHELM, BERN

Gibt es eine Parallele zwischen der vom Justiz- und Polizeidepartement angeordneten Ausschaffung von rund 25 Tamilen und der vom Departement für auswärtige Angelegenheiten verfügten provisorischen Amtsenthebung des Chefs des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps (SKH), Eduard Blaser? Von der Sache her kann man sicher keine Verbindung herstellen. Dennoch ist diesen beiden Kontroversen etwas gemeinsam: Im Zentrum der Auseinandersetzung steht je ein Mitglied der Landesregierung, das in den letzten Tagen und Wochen teils durch eigenes Ungeschick, teils durch Druck von aussen in eine schwierige, verfahrenre Lage geraten ist.

Rückendeckung für Kopp, Aubert im Regen

Wie verhält sich der Gesamtbundesrat, wenn Bundesrätin Elisabeth Kopp und Bundespräsident Pierre Aubert dertart unter Druck geraten? Sehr unterschiedlich, ist man versucht zu antworten aufgrund der Informationen, die durch den starken Filter des Regierungssprechers Achille Casanova aus dem Bundesratsszimmer an die Öffentlichkeit dringen. Im Fall der Tamilen stellt sich das Siebnerkollegium voll hinter die Justizministerin und deckt den in ihre Kompetenz fallenden Entscheid; im Fall des suspendierten SKH-Chefs diskutiert zwar die Regierung die verworrene Lage eingehend, überlässt es aber vorderhand dem Aussenminister, die Suppe auszulöffeln.

● Auffallend am Tamilenentscheid war, dass die Informationen von Vizekanzler Achille Casanova über die erste

Bundesratssitzung im neuen Jahr und in neuer Besetzung den Eindruck erweckten, Elisabeth Kopp habe das Kollegium einerseits über die beabsichtigte Ausschaffung und die Auseinandersetzung mit der Berner Regierung informiert, der Gesamtbundesrat könnte andererseits im Rahmen einer auf später verschobenen Diskussion über die Reaktion auf verschiedene Bittschriften aber doch noch auf eine humanere Lösung einschwenken. Doch diesen Weg verbaute Bundesrätin Kopp und der Flüchtlingsdelegierte Peter Arbenz in den folgenden Tagen durch ihre öffentlichen Erklärungen, der Ausschaffungsentcheid stehe unumstösslich fest.

Eine nachträgliche Berücksichtigung der schwersten Bedenken, die vom Uno-Hochkommissar für das Flüchtlingswesen, von Kirchenführern und der Dachorganisation von Amnesty International vorgetragen wurden, war jetzt nur noch zum Preis des Gesichtsverlustes möglich. Der Bundesrat, vor die Wahl zwischen Rückendeckung oder Desavouierung eines Mitgliedes gestellt, hat sich für das erste entschieden.

● In der Affäre Blaser dagegen entstand bisher nach aussen der Eindruck, der Gesamtbundesrat gehe auf Distanz zum Kollegen Aubert. Nach der ersten Sitzung teilte Casanova mit, der Bundespräsident habe die Regierung über die Gründe der Disziplinaruntersuchung und der provisorischen Amtsenthebung des SKH-Chefs sowie über die beabsichtigten weiteren Entscheide informiert. Dem Hinweis auf die eingehende Diskussion im Gesamtbundesrat fügte der Vizekanzler sofort hinzu, was in diesem Konflikt weiter zu geschehen habe, falle in die Kompetenz des Departementschefs.

In der Zwischenzeit traten die Präsidenten der beiden ausserpolitischen Kommissionen des Parlamentes auf den Plan und forderten Aubert öffentlich auf, die provisorische Amtsenthebung Blasers wieder rückgängig zu machen.

Jetzt riskiert der Bundespräsident einen Gesichtsverlust, wenn er die Suspendierung zurücknimmt. Und wie reagiert das Kollegium auf die neue Situation? Gleich wie vor Wochenfrist: Casanova teilte mit, Aubert habe den Bundesrat über die neueste Entwicklung (sein Zusammentreffen mit Blaser und mit FDP-Nationalrat Dupont) informiert. Im übrigen sei es nicht Sache des Gesamtbundesrates, sich zu Empfehlungen von zwei Kommissionspräsidenten an die Adresse des zuständigen Departementschefes zu äussern.

Im einen Fall stellt sich die Regierung schützend vor die freisinnige Justizministerin, die mit ihrem Flüchtlingsdelegierten aus einer nicht zwingenden Situation heraus eine innenpolitische Kraftprobe heraufbeschworen hat. Im andern Fall verhindert sie nicht, dass sich der sozialdemokratische Aussenminister durch das unverständliche Hinauszögern des überfälligen Entscheides über die weitere Suspendierung Blasers immer unmöglicher macht. Das Ausbleiben eines klärenden Wortes des Gesamtbundesrates bekräftigt automatisch den Verdacht, das Vorgehen Auberts gegenüber dem Chef des Katastrophenhilfswerkes sei unkorrekt und von der Sache her niemals gerechtfertigt gewesen. Letzteres soll, wie man aus der Umgebung von Bundesräten hört, jedoch nicht die Meinung der Landesregierung sein. Warum stellt sie sich dann nicht auch hinter ihren Kollegen Aubert?

Solothurner Zeitung, 3.1.1987

Blaser nimmt Stellung

Nachfolger Apparatschik?

«Jetzt schiesst man auf mich, damit man nicht wieder einen Mann von ausserhalb der Verwaltung auf diesen Posten setzen muss.» Eduard Blaser, Delegierter des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland, vermutet hinter den Intrigen Versuche des Direktors der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH), Fritz Stähelin, das Katastrophenhilfekorps in den Apparat der Bundesverwaltung einzubinden.

Gegen Sie lief bereits vor der durch «Indiskretion» bekanntgewordenen Demission ein Disziplinarverfahren. Weshalb wurde überhaupt ein solches gegen Sie eingeleitet?

Eduard Blaser: Ich habe einen Mitarbeiter nach der Probezeit von drei Monaten nicht zur definitiven Anstellung als Einsatzkoordinator empfohlen. Ich musste nämlich feststellen, dass sich dieser Mann, der bisher noch nie im Katastropheneinsatz war, für die entsprechende Aufgabe nicht eignet. Darauf hat diese Person meinem Vorgesetzten, Bundespräsident Pierre Aubert, in einem Brief völlig unhaltbare und lächerliche Vorwürfe – ich hätte mich unentschuldigt von der Arbeit entfernt, weil ich nicht gestempelt hätte usw. – gegen meine Person gemacht.

Der Mitarbeiter hat sich demzufolge an der unbürokratischen Amtsführung gestört?

Ja. Ich habe das Korps mit gesundem Menschenverstand und völlig unbürokratisch geführt. Das muss für einen Beamten ein «Horror» sein. Aber unsere Mitarbeiter – 85% davon kommen freiwillig – darf man nicht mit administrativem «Chram» belasten.

Zwischen der DEH und dem Katastrophenhilfekorps hat es schon immer Reibereien gegeben. Weshalb dies?

Der Grund für diesen Konflikt ist bei gewissen Anstrengungen von DEH-Chef Fritz Stähelin zu suchen. Er will das Katastrophenhilfekorps seiner Direktion unterordnen und in den Verwaltungsapparat integrieren. Dagegen habe ich mich schon immer gewehrt. Das Korps kann nur dann wirkungsvoll arbeiten, wenn es im bisherigen Freiraum weiter arbeiten kann. Wenn das Korps in die Verwaltung integriert wird, müssen wir uns an den administrativen Ablauf halten.

Sobald aber die ganze Arbeit und die Handlungsfreiheit durch Vorschriften eingeschränkt wird, können wir nicht mehr sofort handeln.

Beschränkt sich die Kritik am Korps nur auf die internen Streitereien?

Ja. Im Ausland haben wir nur Lob für unsere Arbeit erhalten. Wir gelten weltweit als eine der besten Soforthilfeeorganisationen. Verschiedene Nachbarstaaten, sogar Amerika und Japan, kamen zu uns, um den Aufbau des Korps zu studieren.

Sie sind seit 1982 im Amt. Haben Sie ihre Ziele erreicht?

Als ich das Amt antrat, war alles auf den Delegierten konzentriert. Heute ist der Betrieb mit den Einsatzkoordinatoren so organisiert, dass die tägliche Arbeit auch ohne den Chef abgewickelt werden kann und das Katastrophenhilfekorps durchstrukturiert ist.

Wie geht es jetzt für Sie weiter?

Unabhängig von dieser Amtsenthebung – ich musste das Büro innert zwei Stunden räumen und den Schlüssel abgeben – werde ich meine volle Kraft dafür einsetzen, dass das Korps auf der freiwilligen Basis bestehen bleibt und nicht in die DEH integriert wird. Diese Übung gegen mich wurde nicht zuletzt deshalb inszeniert, weil man wusste, dass ich im laufenden Jahr so oder so gehen wollte. Jetzt schiesst man auf mich, damit man nicht wieder einen Mann von ausserhalb der Verwaltung auf diesen Posten setzen muss.

Sie befürchten, dass man jemand aus den DEH zum neuen Delegierten machen wird?

Ja, einen Apparatschik. Das ist die grosse Gefahr. Dann aber könnte man das Katastrophenhilfekorps sofort vergessen.

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Korps nicht integriert wird?

Glücklicherweise findet die ganze Diskussion jetzt in der Öffentlichkeit statt. So kann Bundespräsident Aubert nicht schnell, schnell einen neuen Chef des Korps bestimmen. Ich will jetzt Gespräche mit Parlamentariern führen, damit das Korps in seiner bisherigen Form bestehen bleiben kann.

Interview: Peter Frey

Basler Zeitung, 8.1.1987**Eduard Blaser: "Krise der Katastrophenhilfe als Chance nutzen"**

Erstmals seit seiner Einstellung im Amt bezieht Eduard Blaser (59), Delegierter des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland, in einem Interview mit der BaZ Stellung zum Eklat seines Abgangs und zu den seither anhaltenden Turbulenzen um das Korps der Katastrophenhelfer. Weil Botschafter Fritz Staehelin zu einer gleichartigen Erläuterung des Standpunktes des Departementes für auswärtige Angelegenheiten nicht bereit war, wird diese Sicht aufgrund von Hintergrundgesprächen mit Gewährsleuten in Berichtsform dargestellt.

Herr Blaser, Sie wurden am 30. Dezember 1986, nachts um halb zwölf Uhr, mit der Mitteilung überfallen, dass Bundespräsident Pierre Aubert in seiner Eigenschaft als Aussenminister Sie in den Funktionen als Delegierter des Bundesrates für Katastrophenhilfe und als Chef des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps (SKH) eingestellt habe. Eine Woche zuvor ist gegen Sie ein Disziplinarverfahren eröffnet worden. Was ist eigentlich geschehen, dass es nach fünfjährigem Wirken zu diesem Eklat kam?

Eduard Blaser: Das kam auch für mich völlig überraschend. Aber die ganze Aktion ist ein geplantes Vorgehen, wie man mittlerweile erkennen kann. Es ging offenbar darum, im Hinblick auf meine für Juli dieses Jahres ohnehin fällige Nachfolge die Integration des SKH in das Departement für auswärtige Angelegenheiten vorzubereiten.

Wie hätte denn diese Integration auszu-
sehen?

Es soll an die Stelle, die ich seit 1. Januar 1982 innehatte, jemand aus der Verwaltung plaziert werden.

Und wie müsste denn Ihrer Meinung nach die hierarchische Eingliederung des SKH ins Aussenministerium aus-
sehen?

Ich habe das SKH so geführt, wie ich früher als Chef einer beratenden Ingenieurfirma arbeitete oder wie ich das auch als militärischer Kommandant machte. Das heisst, ich bemühte mich um das Vertrauen der guten Leute, ich strebte ein auf das gemeinsame Ziel ausgerichteten Denken an, um so eine handlungsfähige Equipe zu bekommen. Ich bemühte mich also um eine sehr freie Führung des rund 820 freiwillige Helfer zählenden Korps mit seiner 400 bis 500 Mann starken Reserve.

Fast fünf Jahre lang haben Sie also nach dieser Methode gearbeitet. Ist in dieser Zeitspanne Ihr Wirken je einmal beanstandet worden, sei es vom Departementschef Pierre Aubert, sei es von einer administrativ übergeordneten anderen Stelle?

Nein. Aber es gab hierarchische Konflikte. Als Botschafter Fritz Staehelin - nach meiner Ernennung zum Delegierten des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland - neuer Chef der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe wurde, ging er von Anfang an davon aus, das SKH sei ihm unterstellt, und ich müsste als Vizedirektor und SKH-Chef nach seinen Anweisungen tätig sein. So habe ich von meinem Vorgänger Arthur Bill den Posten aber nicht übernommen. Bereits er war ja doppelt unterstellt, einmal dem Bundesrat, dann als Chef der Abteilung humanitäre Hilfe der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Aber im nachhinein merkte ich, dass auch bei Arthur Bill schon Titel und Funktion auseinanderklafften.

Fanden Sie es denn unmöglich, in einer Organisationsstruktur zu wirken, wie sie nun offenbar von Botschafter Staehelin durchgesetzt werden soll?

Für ein Katastrophenhilfskorps ist das untauglich. Neunzig Prozent der Grundlastarbeit wird in der Überlebens- und Wiederaufbauhilfe geleistet, und das von einem Kern von 200 bis 300 bewährten und persönlich dem SKH-Chef bekannten Freiwilligen. Auf diese wird auch für Sofortaktionen zurückgegriffen. Hervorragende Leute, die voll engagiert sind, das ist das Erfolgsgeheimnis. Das Korps und dessen Chef müssen darum in hoher Autonomie - ich sage nicht totale Autonomie - wirken können. Absprachen mit der Politischen Direktion und der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit waren auch für mich absolut selbstverständlich. Aber darunter darf in kritischen Situationen die Raschheit nicht lei-

den, denn rasche Hilfe ist die SKH-Spezialität. Grosse Apparate sind zu langsam.

Wurden Sie bei der Anwendung dieser Einsatzphilosophie behindert von oben?

Ich bin ein sehr unabhängiger Mensch und habe mir die nötigen Handlungsfreiheiten im Rahmen des Gesamtauftrags herausgenommen. Das führte einerseits zu den anerkannten praktischen Erfolgen, aber im nachhinein kam es gelegentlich zu Detailkritik. So fand Botschafter Staehelin nachträglich meinen Entschluss nach der Erdbebenhilfe in Mexico City falsch, das SKH unverzüglich im Wiederaufbau für ein Notspital zu engagieren. Nach sieben Einsatztagen mit jeweils höchstens zwei Stunden Schlaf pro Nacht wollte man mir in Bern wegen dieser «Kompetenzüberschreitung» die grössten Vorwürfe machen, und zwar Botschafter Staehelin wie auch Bundesrat Aubert.

Sind Sie zu erfolgreich oder zu selbständig gewesen?

Ich handelte selbständig und erfolgreich, wie das die Schöpfer des Katastrophenhilfskorps wollten. Entsprechend grosszügig waren bis zum Eingreifen von Botschafter Staehelin die Handlungsspielräume bemessen. Jetzt soll zurückbuchstabiert werden, und zum Teil ist das bereits gelungen. Diesen Spannungszustand musste schon mein Vorgänger erleben. Rivalitäten zwischen Katastrophen- und Entwicklungshilfe gehörten gewissermassen zur Tagesordnung.

Ist also die enge Nachbarschaft zweier rivalisierender Dienste im gleichen Departement das Problem? Müsste man sie auf Distanz bringen?

Das Katastrophenhilfskorps gehört nach meiner Überzeugung ins Departement für auswärtige Angelegenheiten. Wir brauchen nämlich dringend die Unterstützung der schweizerischen Botschaften. Es ge-

nügt, dem SKH die Selbständigkeit zu geben beziehungsweise zu lassen, die es von Anfang an gemäss dem Willen des Bundesrates und der Bundesversammlung zugesichert erhielt. Wenn man aber Kompetenzen beschneidet und das SKH in den Verwaltungsapparat eingliedert, wenn das Korps alle die Vorschriften auch beachten muss, die der Direktion für Entwicklungshilfe gemacht wurden, dann kann ab sofort nicht mehr auf Notlagen reagiert werden. Dann steht die Katastrophenhilfe vor selbstaufgebauten administrativen Hürden, die nicht mehr zu überspringen sind. Andere Länder haben diese schlechte Erfahrung längst gemacht.

Sie wollten Ihr Engagement bei der Katastrophenhilfe sowieso beenden per Jahresmitte 1987 - aber stellten Sie sich den Abschluss nicht etwas anders vor?

Ich hätte die Organisation gerne in einwandfreiem Zustand an einen noch zu suchenden Nachfolger übergeben, sicher. Diese Organisation funktioniert nur, wenn das Vertrauen in die Führung intakt ist, und Mitglieder eines Freiwilligenkorps kommen eben nur, wenn sie auch wollen.

Wenn Sie jetzt Gelegenheit hätten, Ihre Bedenken Bundespräsident Aubert darzulegen, was würden Sie ihm sagen?

Ich würde ihm den Wunsch unterbreiten, die ganze Angelegenheit - auch das Vorgehen mir gegenüber - durch eine sehr hochrangige, unab-

hängige Kommission unter Führung eines allseits respektierten Kenners von Staat und Verwaltung untersuchen zu lassen. Es geht nämlich um die Frage, ob das Korps so weiterwirken kann oder ob man innerhalb ganz kurzer Zeit wieder bei Null beginnen muss. Im Interesse des Vertrauens des Schweizervolkes in dieses Korps und im Interesse der Sache wünschte ich mir eine solche Untersuchung als Auftakt zum Neubeginn für meinen Nachfolger. Es sollte jemand sein wie zum Beispiel Alt-Bundesrat Kurt Furgler als Präsident dieser Kommission oder auch der Urner CVP-Ständerat Franz Muheim, um einmal diese beiden Namen zu nennen.

Noch einmal konkret gefragt: Geht es darum, dass Sie persönlich unter die Verwaltungsknute des Aussenministeriums genommen werden sollten oder geht es um die Bevormundung des Korps?

Ich persönlich wurde nie unter die Knute genommen, und ich wurde nie veranlasst, die Stempeluhr zu betätigen, wie man das lesen konnte. Ich hatte meine Freiheiten, und ich habe sie mir auch herausgenommen.

Wie oft kümmerte sich Departementschef Aubert in den vergangenen fünf Jahren um Ihren Aufgabenbereich?

Mit dem Departementschef fand nie ein Gespräch über fachliche Probleme des SKH statt. Bundespräsident Aubert hat unsere Organisation auch nie persönlich besucht seit Anfang 1982. Ein längeres Gespräch unter vier Augen fand mit Herrn Aubert statt, als ich November 1985 vom Erdbeben-Einsatz in Mexiko zurückkehrte. Die Einstellung im Amt er-

folgte dann schriftlich und telefonisch. Bedauerlicherweise hatte ich gar nie die Möglichkeit, die ganze Idee und Einsatzphilosophie des SKH dem Departementschef darzulegen. Ich war wie abgeschnitten. Immerhin spürte ich seine positive Einstellung zu unserer Arbeit, denn er bezeichnete das Katastrophenhilfekorps mehrmals als die Visitenkarte des Aussenministeriums und der Schweiz. Trotzdem blieb ich natürlich in diesem Departement der Karrierediplomaten ein Aussenseiter, ganz klar.

Wie weiter, Herr Blaser?

Die Untersuchung durch eine unabhängige und aussenstehende Kommission sollte sehr rasch eingeleitet werden, jedenfalls so rasch, dass das Korps nicht mittlerweile auseinanderbricht. Die Einsatzkoordinatoren, die ganz auf meinen Führungsstil eingeschworen waren, bekommen sonst Schwierigkeiten mit Botschafter Staehelin, der ja seit dem 2. Januar auf meinem einstigen Stuhl sitzt - jener Mann also, der die ganze Geschichte gegen mich in die Wege leitete. Um das Korps so zu erhalten, wie es bestand, hätte man darum interimistisch einen andern Chef einsetzen müssen. Aber die öffentliche Erörterung all dieser Probleme ist auch eine Chance, das Korps zu erhalten und die Arbeit fortzusetzen, und zwar mit jenem Freiraum, der unerlässlich ist. In diesem Sinne betrachte ich eine Krise auch als Neubeginn. Interview: Peter Amstutz

SKH-DEH: Eine Koordinationsfrage

Bern. An der Eigerstrasse 71 in Bern ist der kleine Stab von 20 Beamten untergebracht, der die Einsätze des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH) leitet; im gleichen Haus befindet sich auch die Dienststelle, die sich mit der nicht operationellen, längerfristigen humanitären Hilfe befasst. Im Glasgebäude nebenan (Eigerstrasse 73) logiert die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (DEH), die auch die humanitäre Hilfe und das Katastrophenhilfekorps administrativ betreut.

Die räumliche Nähe der Abteilung für Katastrophenhilfe und der übrigen «Hilfs-Dienste» illustriert die enge Verwandtschaft zwischen den verschiedenen Formen schweizerischer Auslandhilfe: Man will damit eine möglichst enge Koordination sicherstellen.

Um was es bei dieser Koordination konkret geht, sei an einigen Beispielen illustriert. Wenn in Madagaskar, wo die Schweiz bereits längerfristige Hilfe im Landwirtschaftssektor leistet, plötzlich eine Naturkatastrophe hereinbricht und das SKH Soforthilfe leistet, muss diese mit den bereits dort tätigen Entwicklungshelfern abgesprochen werden. In diesem Fall reparierte das SKH eine Brücke, damit sofort wieder Güter im Rahmen des Langzeitprogrammes transportiert werden können. In einem anderen Fall musste sichergestellt werden, dass eine vom SKH durchgeführte Impfkampagne in ein längerfristiges Gesundheitsprogramm einmündet. In einem anderen Fall muss die kurzfristige Verteilung von Le-

bensmitteln durch das SKH mit der längerfristigen Nahrungsmittelhilfe der Schweiz koordiniert werden.

Das 1972 aufgestellte Katastrophenhilfekorps wurde von Anfang an der «Direktion für Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe» im Aussenministerium (EDA) unterstellt, wobei es eine gewisse Autonomie genoss: Um rasch zu handeln, muss das SKH schnell entscheiden können. Später wurde dann allerdings der erste Delegierte für Katastrophenhilfe (Arthur Bill) stärker in die Entwicklungshilfedirektion (DEH) integriert; er wurde Vize-Direktor der DEH und damit zuständig auch für die nicht-operationelle humanitäre Hilfe (z.B. Nahrungsmittelhilfe und Flüchtlingsbetreuung). Eduard Blaser, der 1981 das Korps von Arthur Bill übernahm, behielt diese Doppelfunktion bis August 1986. Im letzten August wurde dann aber, nicht zuletzt auf Ersuchen Blasers, der alte Status wiederhergestellt.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch der finanzielle Kompetenzbereich des SKH-Leiters präziser geregelt: Für Sofortaktionen mit Kosten unter einer Million Franken kann er selbst entscheiden. Sind die Kosten einer Operation zwischen ein und zwei Millionen Franken, muss er die Zustimmung des EDA und des Finanzdepartements einholen. Übersteigen die Kosten zwei Millionen Franken, entscheidet der Bundesrat. Laut der am 27. August 1986 dekretierten Neuregelung müssen sich der SKH-Delegierte und die DEH in all jenen Fällen absprechen, wo die humanitäre Hilfe über Soforteinsätze des Korps hinausgeht. Nachdem in den letzten Tagen die Demission Eduard Blaser und die vom EDA am Silvester verfügte Amtsenthebung und Untersuchung viel Staub aufge-

wirbelt haben und der Betroffene Vorwürfe gegen die DEH erhoben hat, bat die BaZ diese um eine Stellungnahme. Die DEH-Verantwortlichen hüllen sich aber in Schweigen. Ihre Begründung: Man wolle nichts sagen, solange die beschlossene (aber noch nicht eingeleitete) Untersuchung nicht abgeschlossen sei. Immerhin wollten DEH-Mitarbeiter gegenüber der BaZ einige Dinge klarstellen:

- Die Zusammenarbeit zwischen dem SKH und der DEH funktioniert im grossen und ganzen zufriedenstellend, sowohl in Bern wie «im Feld»; es gebe nur wenig Fälle, wo es zu Reibungen kommt. Eine Dauerfehde

zwischen DEH-Chef Staehelin und SKH-Leiter Blaser bestehe jedenfalls nicht.

- Der Vorwurf Blasers, die DEH strebe eine «Professionalisierung» des Katastrophenhilfekorps an, sei aus der Luft gegriffen; die DEH stelle den Milizcharakter des Freiwilligenkorps und die Entscheidungsautonomie des SKH nicht in Frage.

- Dem von Blaser erhobenen Vorwurf der «Verbürokratisierung» wird entgegnet, man müsse bedächtiger und vorsichtiger zu Werke gehen, wenn ein langfristiges Entwicklungsprojekt mit erheblichen finanziellen Folgen auf die Beine gestellt werden müsse; hierfür brauche man mehr Personal und andere Verfahren als für Soforthilfe.

Henri Stranner

Il Dovere, 5.1.1987

Pierre Aubert e il caso Blaser

di Michele Magistra

Il secondo anno presidenziale di Pierre Aubert è cominciato con una grossa grana in seno al suo dipartimento, quello degli affari esteri, per altro — occorre riconoscerlo — da tempo risparmiato dagli scandali intestini. L'affare Blaser, sfociato nel provvedimento di sospensione «provvisoria» del responsabile del Corpo svizzero per l'aiuto in caso di catastrofi, sta suscitando innumerevoli commenti sulla stampa, complice forse anche l'attuale magra sul fronte dell'attualità politica federale.

Il nostro riferimento all'ombra che il caso proietta su Pierre Aubert quale presidente della Confederazione non è evidentemente dettato da un qualsivoglia nesso fra l'alta carica e il caso in sé, bensì dalle parole e dai concetti espressi dallo stesso Aubert nella sua allocuzione di Capodanno al popolo svizzero. In quella circostanza, riferendosi alla nostra politica di asilo, il presidente aveva auspicato maggiore tolleranza e apertura: un invito che assume un significato emblematico se misurato alla non certo cristallina politica di informazione attuata da alcuni funzionari di rango del dipartimento degli esteri nell'affare Eduard Blaser.

Il conflitto oppone in primo luogo Blaser e il capo della Direzione della cooperazione allo sviluppo e dell'aiuto umanitario, Fritz Stähelin, il quale preconizzerebbe un'integrazione in questo organismo del Corpo di aiuto in caso di catastrofi; ed è dunque sulla diversa interpretazione dell'opportunità di concretizzare tale progetto che è nata la controversia. Per Blaser, il corpo, basato sul sistema di milizia, deve mantenersi autonomo per rimanere efficiente. Ed i fatti sembrano dargli pienamente ragione, in quanto il gruppo d'intervento da lui diretto è considerato in patria come all'estero un modello di efficacia e di organizzazione, al punto di aver contribuito a riconferire lustro alla politica umanitaria della Confederazione. Logico che al di là della legittima soddisfazione per questo prestigio, i successi del Corpo di aiuto in

caso di catastrofi suscitassero anche qualche gelosia in taluni uffici del dipartimento degli esteri: di qui la proposta di modificare lo statuto dei componenti dell'organismo, e di trasformarli in professionisti, e quindi in funzionari. Ed è su questa nuova concezione che si sono affrontati Blaser, uomo d'azione preoccupato per le conseguenze di un processo di burocratizzazione, e Stähelin, metodico e teutonico esponente del rigido, probabilmente meno fantasioso e meno efficace sistema amministrativo caro a certi quadri dirigenti e funzionari di dipartimento.

Evidente che buona parte della stampa parteggi ora per Blaser, vuoi per gli eccellenti risultati del Corpo, ma vuoi anche per la magra figura rimediata da Stähelin e dai suoi collaboratori nel corso di una conferenza stampa «chiarificatrice», dominata da imbarazzanti silenzi e da non meno significativi «no comment».

L'affare si è intanto sviluppato in prese di posizione e contrattacchi che sembrano più scivolare sul personale che non concentrarsi sul nocciolo della questione, con il risultato di contribuire al disorientamento dell'opinione pubblica, probabilmente già scossa da un episodio oggettivamente difficile da comprendere nelle sue componenti. L'affare è in sostanza uscito dai binari della sostanza e dei principi per trasformarsi in una sorta di vuota gazzarra sulla forma e sullo stile: e quello che è più deplorabile, esso sembra essere sfuggito al controllo di chi dovrebbe gestirlo e risolverlo. Con una decisione apparsa ai più affrettata e perlomeno discutibile, si è voluto sospendere dalle proprie funzioni un uomo che probabilmente si è spesso dimostrato avaro di spiegazioni sui suoi metodi di lavoro, un uomo la cui integrità e la cui efficienza non erano tuttavia mai stati messi in dubbio da nessuno. La sospensione, insomma, viene interpretata non come una dimostrazione di forza, ma come un segno di debolezza, che sembra allarmare anche i competenti organismi di sorveglianza: la commissione esteri del Consiglio Nazionale intende affrontare al più presto questo poco decoroso dossier, se non altro per ristabilire la fiducia nell'oggetto della vertenza, il corpo di aiuto in caso di catastrofi.

Der Fall Blaser

DIE KATASTROPHEN-UEBUNG

Die Entlassung des obersten Katastrophenhelfers der Schweiz, Eduard Blaser, entwickelt sich immer deutlicher zu einem üblen Macht- und Intrigenspiel. Katastrophal agiert einmal mehr das EDA, das Departement von Bundespräsident Pierre Aubert.

OHNE ANHOERUNG WURDE EDUARD BLASER GESCHASST. NUN SOLL DIE NEUE EDA-AFFAERE VOR DAS PARLAMENT.

VON AHMED HUBER

Sogar dem Bundeshausredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» platzte der Kragen. «Was Sie hier veranstalten, ist einfach grotesk», rief Raul Lautenschütz im Journalistenzimmer des Bundeshauses aus, «warum geben Sie eine Pressekonferenz, wenn Sie nicht einmal einfachste Fragen beantworten wollen?»

Die hohen Herren des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), an ihrer Spitze Botschafter lic. phil. Fritz Staehelin, 58, starrten stumm vor sich hin. Es war am Tage von Sankt Silvester 1986, mittags um 12 Uhr.

Soeben war wieder einmal ein EDA-Skandal geplatzt: Dipl. Ing. ETH Eduard Blaser, 58, erfolgreicher Chef des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH), einer weltweit renommierten Organisation, war von der EDA-Bürokratie in einer eigentlichen Nacht-und-Nebel-Aktion, nach vorangegangenen Intrigen, geschasst worden.

Das neueste Spektakel in Pierre Auberts Departement schlug schon als Auftakt zum neuen Jahr erste parlamentarische Wellen: Bernard Dupont, FDP-Walliser und Präsident der Kommission des Nationalrats für auswärtige Angelegenheiten, will sich – wie auch sein Kollege im Ständerat, Max Affolter (FDP/SO) – den Fall EDA/

Blaser vornehmen. Dupont: «Ich muss mit Pierre Aubert reden.»

Für die *Schweizer Illustrierte* war der Aussenminister in den ersten Tagen des neuen Jahres unauffindbar – wie vom Erdboden verschwunden. Doch die Fakten zur Affäre EDA/Blaser, so weit bekannt, reden für sich. Obwohl jene EDA-Herren an jener Silvester-Pressekonferenz im Bundeshaus partout nicht reden wollten.

Schon 1967 hatte der damalige St. Galler CVP-Nationalrat Kurt Furgler mit einer Motion die «Schaffung eines zivilen, aber militärisch organisierten Hilfekorps für die Soforthilfe und den Wiederaufbau nach Naturkatastrophen, Kriegen und anderen Notlagen» gefordert. Der Bundesrat legte 1971 dem Parlament eine entsprechende Botschaft vor. So entstand das Schweizerische Katastrophenhilfekorps (SKH) und wurde administrativ der EDA-Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) angegliedert. Von 1972 bis 1981 erlangte das SKH unter der Leitung von Arthur Bill («Delegierter des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland») nationales und internationales Ansehen.

Bereits 1978 stellte sich der Berner Bauingenieur Eduard Blaser, ein Mann mit grosser Dritte-Welt-Erfahrung, dem SKH als Freiwilliger zur Verfügung. Im Oktober 1981 wählte der Bundesrat ihn zum neuen SKH-Chef, auf Empfehlung von Arthur Bill und aus 90 Mitbewerbern heraus.

Schon damals erklärte Eduard Blaser, er werde seinen neuen Job «nicht länger als fünf oder sechs Jahre» ausüben. An der SKH-Tagung 1985 wiederholte er: «Im Interesse der Effizienz und Flexibilität der SKH-Führung sollten die leitenden Kader des SKH ihre Mitarbeit auf vier bis sechs Jahre beschränken. Das will auch ich tun.»

Nicht genug damit: Entschieden wandte sich der SKH-Chef, unterstützt von Vorgänger Bill, gegen eine «Professionalisierung» der freiwillig-milizartig strukturierten Katastrophenhilfe. Begründung: «Das Korps soll auf keinen Fall eine Karriere-Anstalt werden!»

Aber genau hier war der Konflikt des SKH mit dem EDA programmiert. Denn Anfang 1983 ging DEH-Chef Botschafter Marcel Heimo – der dem SKH immer weitgehende Autonomie gewährt hatte – in Pension und wurde durch Fritz Staehelin abgelöst. Und der gab offen zu, dass er eine «Professionalisierung» der Schweizerischen Katastrophenhilfe und ihre klare Eingliederung und Unterstellung unter die DEH anstrebe. Ab 1983 kam es denn auch immer häufiger zu Friktionen zwischen Fritz Staehelin und Eduard Blaser. Ein EDA-Insider: «Die beiden Herren sind beide autoritär und beide prinzipienfest.»

Das kann man wohl sagen. Eduard Blaser, aus bescheidenen Verhältnissen kommend, hat sich als erfolgreicher Ingenieur und Bauplaner

nie durch Bau- und Konsumboom verwirren lassen. Der Mann, Vater von vier Kindern, hat immer wieder die Dritte Welt hautnah erlebt; er kommt mit Baumaschinen ebensogut zurecht wie mit seinen geliebten Island-Ponys und hat für Behinderte einen Therapie-Reithof aufgezogen.

Er sieht sich «nicht als Aussteiger, sondern als Umsteiger», der immer wieder «unsere Probleme mit neuen Denkmodellen angehen» will. Das erklärt seine Effizienz als Katastrophenhelfer, aber auch seine oft rüden Entschiede und unerwarteten Aktionen.

Typisch für Eduard Blaser: Vor einigen Jahren kam er aus Nordafrika zurück und fuhr gleich in den Wintersport – aber: «Als ich dort, noch immer das nordafrikanische Elend vor Augen, die Leute mit ihren topmodischen neuen Ausrüstungen sah, löschte es mir ab, und ich fuhr gleich wieder heim...»

Dagegen ist der aargauische Pfarrerssohn Fritz Staehelin, mit einer Amerikanerin verheiratet und Vater von drei Töchtern, weniger ein Umsteiger als ein Aufsteiger. Seit 1958 im EDA, brachte es der gelernte Historiker und Ethnologe (Lizentiats-Arbeit über die Architektur zürcherischer Bauernhäuser) zum kompetenten Wirtschafts- und später Polit-Diplomaten, zuletzt als Schweizer Botschafter in Japan. Ab 1983 brachte er – nach dem milden Marcel Heimo – als neuer Boss deutschschweizerische Nüchternheit und Effizienz in

die stark «welsche» Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) des EDA. Vor allem wurde nun die DEH vermehrt auf das Bundesamt für Ausenwirtschaft ausgerichtet, wo Staehelin wichtige Lehr- und Wanderjahre verbracht hatte.

Im Konflikt zwischen Fritz Staehelin und Eduard Blaser ging es letztlich um zwei grundsätzliche Fragen:

- Soll das Schweizerische Katastrophenhilfekorps weiterhin rasch und unbürokratisch eingesetzt werden können, mit dem Risiko gelegentlicher Pannen und finanzieller Fehldispositionen, oder sollen alle SKH-Aktionen vor Ort ständig «im Einvernehmen» mit den fernen DEH-Büros in Bern (mit entsprechenden Leerläufen und Verzögerungen) erfolgen?
- Soll sich das Korps, wie bisher, aus freiwilligen (und deshalb besonders motivierten) Mitarbeitern formieren oder soll es zu einer Organisation beamteter Berufshelfer werden?

Eduard Blaser vertrat jeweils die erste, dynamische Lösung, Fritz Staehelin die zweite, bürokratische Variante. Und so ging man denn im EDA an die Arbeit, den unbequemen Macher Blaser loszuwerden. Drei Jahre lang haben Staehelin und seine Crew gepickelt. Doch der SKH-Chef wehrte sich: Schon 1984 beantragte er eine Untersuchung gegen sich selbst, doch die Untersuchung ergab nichts, und Ausenminister Pierre Aubert sprach seinem ersten Katastrophenhelfer sein Vertrauen aus.

Neue Chance für die DEH-Crew im Herbst 1986: Eduard Blaser hatte einen SKH-Mann nach dessen dreimonatiger Bewährungsfrist nicht mehr angestellt – der Entlassene schrieb Beschwerdebriefe an Pierre Aubert, an EDA-Chefbeamte und Parlamentarier. Darin wurden Blaser «Führungsmängel» (ungenügende Ordnung in den SKH-Financen, eigenmächtige Personalpolitik, Selbstherrlichkeit, militärischer Führungsstil, schlechte Präsenz am Arbeitsplatz) sowie «Kompetenzüberschreitungen» (gegenüber der DEH) vorgeworfen. Eben diese Vorwürfe nahm nun das EDA auf, um gegen den SKH-Chef eine «disziplinarische Untersuchung» einzuleiten. Und alles lief nach einem ebenso grotesken wie skandalösen Szenario ab.

Am Weihnachtsabend 1986, kurz vor Mitternacht, teilte EDA-Generalsekretär Roland Wermuth dem völlig überraschten Blaser mit, Pierre Aubert habe eine dis-

ziplinarische Untersuchung gegen ihn angeordnet, doch solle über die Sache allseits Stillschweigen bewahrt werden.

Indessen: am 27. Dezember 1986, also drei Tage später, berichtete Berns «Bund» genüsslich und detailliert über den Fall. Von Journalisten befragt, wehrte sich der SKH-Chef – worauf in der Nacht zum 31. Dezember erneut Roland Wermuth Eduard Blaser anrief, um ihm mitzuteilen, er sei ab sofort «provisorisch» im Amt eingestellt und habe am Silvester-Vormittag binnen zweier Stunden sein Büro an Berns Eigerstrasse 71 zu räumen und den Schlüssel abzugeben. Noch in derselben Nacht jagte das EDA eine 20-Zeilen-Meldung über Telex an die Nachrichtenagenturen.

Am Silvester-Mittag traten EDA-Generalsekretär Roland Wermuth und DEH-Chef Fritz Staehelin vor die Bundeshauspresse. Herr Blaser sei im Amt eingestellt, erklärten sie, um dann sämtliche Fragen um Präzisierung abzuwimmeln. «Es geht nicht an, dass wir hier noch weitere Auskünfte erteilen», tönte

Staehelin, und Wermuth zuckte mit den Schultern: «Herr Blaser wird sich mit geeigneten Mitteln verteidigen können.»

Das wird er sicher. Und bereits rumort es an der SKH-Basis. «Eine widerliche Intrige des EDA, ein gemeiner Tiefschlag», entrüstet sich Jean-François Duchosal, SKH-Freiwilliger und Sicherheits-Adjunkt des Flughafens Genf-Cointrin. Und Urs Ochsenbein, SKH-Mitarbeiter der ersten Stunde, doppelt nach: «Für uns alle ein unerhörter Affront! Alle diese (Vorwürfe) an Blaser sind ganz einfach erstunken und erlogen!»

Verwunderung auch bei den Hilfswerken, die mit dem SKH die «Rettungskette Schweiz» bilden: «Wir haben mit Blaser immer gut zusammengearbeitet», tönt es hier unisono.

Und bereits sorgt sich alt Ständerat Othmar Andermatt (FDP/ZG), bis vor wenigen Wochen Mitglied der ständerrätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten: «Soll aus dem Katastrophenhilfekorps unter der Führung des EDA ein Katastrophenkorps werden?» ■

L'Hebdo, 8.1.1987

Aide suisse en cas de catastrophe PEAU DE BANANE POUR EDUARD BLASER

La suspension du haut-fonctionnaire fait apparaître les profondes divergences qui divisent les responsables de l'aide au tiers monde.

Pour les Fêtes, Eduard Blaser a été particulièrement gâté. Pierre Aubert n'a oublié ni ses petits souliers ni ses étrennes. Le 24 décembre, le chef du Corps pour l'aide suisse en cas de catastrophe (ASC) recevait, joyeux Noël, une lettre lui annonçant l'ouverture d'une enquête disciplinaire contre lui. La veille de la Saint-

Sylvestre, Eduard Blaser apprenait, bonne année, qu'il était suspendu de ses fonctions par le chef du Département des affaires étrangères. Suspension, enquête disciplinaire: de telles mesures sont rares, voire exceptionnelles, au sommet de la hiérarchie fédérale où l'on préfère habituellement écarter les gèneurs discrètement et en douceur.

Que cache donc la tonitruante affaire Blaser? Un scandale politique? Un détournement de fonds? Impossible d'obtenir le moindre éclaircissement ni même un démenti aux diverses rumeurs. Après avoir décrété des mesures aussi graves qu'inhabituelles, le Département des affaires étrangères se cantonne dans un étrange mutisme. «No comment» répètent les porte-parole qui s'en tiennent strictement aux deux raisons ayant officiellement motivé l'ouverture de l'enquête: Eduard Blaser aurait «*outrépassé ses compétences*» et fait preuve «*de défaillances de commandement*». Lesquelles? Entraînant quelles conséquences pour l'aide humanitaire suisse? «No comment» répond-on au Palais fédéral.

Retiré dans l'Emmental, le haut-fonctionnaire suspendu se montre plus loquace que ses accusateurs. «*D'après ce que je sais, explique Eduard Blaser, on me reproche des absences injustifiées, des carences dans le contrôle des finances et de mauvaises relations avec d'autres organismes d'entraide. Ces griefs proviennent en fait d'un ancien collaborateur aigri qui cherche à me nuire. Je réfute toutes ces accusations. L'enquête me donnera raison.*» Pour l'instant, l'ex-chef de l'ASC a effectivement de quoi être serein: les manifestations de soutien lui parviennent de toutes parts et la presse alémanique s'applique à transformer l'affaire Blaser en une «*affaire Aubert*». «*Le conseiller fédéral est bien mal placé pour reprocher à quiconque des défaillances de commandement*», insinue le quotidien zurichois «*Tages Anzeiger*». Tandis que «*Blick*» part en guerre contre le chef du DFAE.

En voulant en savoir plus sur les activités de son collaborateur, Pierre Aubert aurait-il donc commis

une nouvelle bourde, une de ces gaffes dont il a le secret? Peut-être la procédure choisie se révélera-t-elle inappropriée. Il n'en reste pas moins que l'affaire Blaser met en lumière un véritable problème politique: depuis quelques années, deux conceptions antagonistes s'affrontent en matière d'aide au tiers monde. Ceux qui veulent privilégier les interventions ponctuelles et ceux qui prônent l'action à long terme ont parfois peine à collaborer, voire à cohabiter. Or, dès la fin des années septante, les promoteurs de l'aide humanitaire et les responsables de la coopération ont été regroupés dans le même organisme fédéral: la DDA (direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire) qui s'efforce de coordonner toutes les opérations sans pour autant parvenir à supprimer les tiraillements. Sous la houlette de l'ambassadeur Fritz Staehelin, en revanche, la DDA s'est davantage orientée vers la coopération de longue haleine. Au grand dam d'Eduard Blaser, principal responsable des actions ponctuelles. Il en a résulté un grave conflit de pouvoir. Officier supérieur, ancien ingénieur, donc étranger à l'administration fédérale, Eduard Blaser a toujours défendu bec et ongles l'autonomie de «son» corps de l'ASC. «*Je suis le délégué du Conseil fédéral, insiste-t-il, je n'ai d'ordre à recevoir que de lui. Je me suis toujours opposé à ce qu'on «fonctionnarise» les volontaires de l'ASC comme le voudrait l'ambassadeur Fritz Staehelin.*»

Eduard Blaser cultive l'esprit de milice et l'idéologie pragmatique, presque chevaleresque qui anime depuis 1975 le Corps suisse d'aide en cas de catastrophe. Un millier de volontaires, secouristes, techniciens, infirmiers, sont prêts à partir dès que le colonel Blaser les appelle. La rapidité, l'expérience, l'organisation militarisée de l'ASC se sont révélées très efficaces, surtout lors de

catastrophes naturelles. Mais comme il n'y a pas des tremblements de terre tous les mois et que son chef ne voulait pas rester les bras croisés, l'ASC s'est mise progressivement à réaliser d'autres tâches, se lançant dans des interventions à plus long terme: travaux d'irrigation, de construction, de génie civil. «*De nombreuses actions qui n'ont rien à voir avec des catastrophes au sens premier du terme*», relève, critique, Richard Gerster du Service d'information-tiers monde.

Au fil des ans, Eduard Blaser a développé, de facto, son propre organisme de coopération, agissant selon d'autres critères, avec d'autres méthodes que la DDA. A la façon des «Peace corps» américains créés dans les années cinquante, les volontaires de l'ASC débarquent dans les zones sinistrées avec leur technologie, leur matériel sans trop se préoccuper de l'impact à long terme qu'aura leur intervention. Eduard Blaser dirigeait un important bureau d'ingénieurs avant de s'investir dans l'aide humanitaire, il en a conservé une approche très pragmatique, très prosaïque de l'action. Les problèmes de choc interculturel, de prise de décision, de participation des populations locales, tout cela ne l'empêche pas de dormir. En d'autres termes, Eduard Blaser renoue avec l'aide au tiers monde, façon années cinquante: les spécialistes apportent leur technologie, leur matériel sophistiqué et s'en vont ailleurs. Ces actions ponctuelles menées dans tous les coins du monde ne sont pas toujours du goût des responsables de la DDA. Lesquels s'efforcent de concentrer leurs interventions sur quelques projets conçus en étroite collaboration avec les habitants des régions concernées.

Les divergences de vues sont patentes et le débat de fond mérite d'être ouvert, publiquement. Mais fallait-il vraiment profiter d'un faux pas d'Eduard Blaser pour le susciter? ■ Eric Burnand

Die Weltwoche, 8.1.1987

WER ICH BIN UND WAS ICH ZU TUN HABE, BESTIMME ICH

Katastrophenhilfskorps: Ein renitenter Chef, ein führungsschwaches Departement - warum Eduard Blaser gehen musste

VON BRUNO HOFER

Nebulöse Verlautbarungen, und der Rest war Schweigen: Auf die Fragen nach den Hintergründen der überraschenden Suspendierung des Chefs des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps, Eduard Blaser, mochten die Vertreter des Eidgenössischen Departement

für auswärtige Angelegenheiten (EDA) an der an Silvester kurzfristig einberufenen Pressekonferenz keine Klarheit schaffen. Trotz mehrmaligem Insistieren von Journalisten wollten weder der Generalsekretär Roland Wermuth noch der Chef der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Zweifelhafter Chef

Ist Eduard Blaser, suspendierter Chef des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps, das Opfer von kleinlichen Bürokraten im Departement für auswärtige Angelegenheiten geworden? Bei den Mutmassungen über die Hintergründe der Amts-

enthebung und des Disziplinarverfahrens stand diese These bislang im Vordergrund. In Tat und Wahrheit ist aber auch der oberste Boss der Katastrophenhelfer alles andere als über jeden Zweifel erhaben. Blaser überschritt noch und noch seine Kompetenzen, mischte sich in die Belange der Entwicklungshilfe – und lange Zeit führte er gar einen Titel, der ihm überhaupt nicht zustand.

(DEH), Fritz Staehelin, näher auf die Gründe eingehen, welche Bundesrat Aubert zu dieser drastischen Massnahme veranlasst hatten.

Dafür sprach dann der Abgeschossene Klartext: Blaser ortete politische Gründe sowie üble Intrigen im EDA, weil er sich stets einer Integration des Katastrophenhilfskorps in die DEH hartnäckig widersetzt habe. Und die Öffentlichkeit wollte dem dynamischen Helfer, der das Herz noch auf dem rechten Fleck zu haben schien, glauben – konnte dies ja auch, da aus dem EDA kein Widerspruch ertönte.

Allein: Die Hintergründe des Krachs im Departement Aubert sind weit vielschichtiger. Auch Blaser verschweigt, was ihn in ein schiefes Licht stellen könnte. In Tat und Wahrheit war der Eklat in der Nacht zu Silvester unausweichlich; er war sogar im wesentlichen bereits bei Blasers Amtsantritt programmiert, und zwar aus verschiedenen Gründen.

Blenden wir zurück: Als die Bundesverwaltung 1981 einen als Nachfolger für Katastrophenhelfer-Pionier Arthur Bill suchen musste, wurde zuerst die Stelle eines Vizedirektors der DEH ausgeschrieben. «Auf dieses Inserat meldete ich mich nicht!» erzählt Blaser. Als aber später, wohl aufgrund mangelnder Nachfrage, eine Neuauflage des Inserates mit dem vielversprechenden Titel «Delegierter des Bundesrates» publiziert wurde, schickte Blaser sein Bewerbungsschreiben ab. Denn als Mitinhaber des Ingenieurbüros Balzari, Blaser, Schudel – laut Blaser «das grösste in der Schweiz» – brachte der Ingenieur gute Voraussetzungen mit. Er war bereits damals «freiwilliges» Mitglied des Katastrophenhilfskorps, und für die Schweizer Entwicklungshilfe war der Artillerie-Major auch schon kurze Zeit im Feldeinsatz in Mauretanien gewesen.

Und Blaser hatte Glück! Das politische Departement wählte ihn. Der neue Chef des Katastrophenhilfskorps trat seine Stelle 1982 an. Doch schon begannen die Widerwärtigkeiten.

In Blasers Anstellungsschreiben stand geschrieben, er sei als Vizedirektor der DEH angestellt und müsse damit dem Befehl des Direktors gehorchen. Den Titel eines «Delegierten des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland» dürfe er zwar tragen, aber eben nur im Ausland. Von Direktunterstellung unter den Bundesrat war jedoch nie die Rede. Blaser sollte Beamter der DEH und nichts weiter werden. Dies also, obwohl das EDA im Stellenbeschrieb

Blaser mit dem Titel «Delegierter des Bundesrates» gelockt hatte.

Als nun ein Jahr nach Blasers Anstellung Fritz Staehelin die DEH-Direktion übernahm, wollte er Blaser, wie den andern Vizedirektoren auch, ein Pflichtenheft auferlegen. Aber Staehelin blitzte ab: «Da habe ich gesagt: Halt, stopp, sichern, das geht nicht, denn ich habe eine Doppelunterstellung, ich bin dem Bundesrat unterstellt, ich bin Delegierter für Katastrophenhilfe», blickt Blaser zurück.

Genau diese Behauptung entspricht jedoch in keiner Weise den Tatsachen. Denn der Titel «Delegierter des Bundesrates für Katastrophenhilfe» war bereits 1977 abgeschafft worden, allerdings klammheimlich. Aus diesem Grunde konnte sich Blaser auch immer wieder mit einem Titel schmücken, den es in Wirklichkeit gar nicht mehr gab. So verschickte er Schreiben mit dem Briefkopf «Delegierter des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland». Periodisch verbreitete er ein Informationsblatt des «Delegierten des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland», worin er die «Freiwilligen und Freunde des Korps» aufmunterte und lobte. In Pressemeldungen der ganzen Schweiz liess er sich als «Delegierter des Bundesrates» bezeichnen. Gleichwohl: Eduard Blaser, Chef des Katastrophenhilfskorps in der Schweiz, war – zumindest über lange Zeit – gar kein Delegierter des Bundesrates.

Und wenn Blaser nach seiner Kündigung und Dienstesteilung dem EDA vorwirft, es plane die Integration der Katastrophenhilfe in das Departement, dann trifft er ebenfalls eine Sache, die bereits vor zehn Jahren vollzogen wurde. Bei der Reorganisation der Strukturen der schweizerischen Entwicklungshilfe wurde nämlich neu die DEH geschaffen und die Katastrophenhilfe nicht anders als integriert. Insofern ist Blasers Vorwurf völlig unverständlich.

Unangetastet blieb indes stets die grosszügige Kompetenz, bei Soforteinsätzen in Katastrophengebieten über eine Million Franken frei verfügen zu können. Ebenso überliess man es dem Chef, gegenüber dem Ausland den Titel eines Delegierten des Bundesrates zu führen. Aber nur gegenüber dem Ausland.

Blaser aber wählte sich dessenungeachtet stets und wo auch immer im festen Besitz der wohlklingenden Bezeichnung. Niemand sollte ihm dreinreden, fühlte er sich doch direkt Bundesrat Aubert unterstellt.

«Wir verlangen Ordnung»

Sein Herz dürstete nach Taten und Hilfeleistung, zu lindern die Not der Armen. Und was er gab, gab er reichlich: Die ihm unbestrittenermassen zustehende Kompetenz, bei akuter Lage und zeitlicher Dringlichkeit eine Million Franken der Not entgegenzuschleudern, übermannte ihn buchstäblich. Aus der Notkompetenz wurde in Blasers Interpretation folgendes: «Die Ka-

tastrophenhilfe besteht aus drei Typen mit unterschiedlicher Dauer: Soforthilfe (Hilfe im Notfall, beschränkt auf einige Tage); Überlebenshilfe (einige Wochen) und Wiederaufbauhilfe (bis zwei Jahre). Für jede dieser Hilfetypen hatte ich die Kompetenz, eine Million Franken einzusetzen. Es kann nun sein, dass ich in einem Land für mehrere verschiedene Projekte unterschiedlicher Dringlichkeit jedesmal eine Million Franken aufwende. Ich darf das.»

So kam es, dass Blaser mehr und mehr in eigener Regie für Überlebenshilfe oder Wiederaufbauhilfe Millionen einsetzte, was schliesslich gar zu einer Konkurrenzierung der eigenen schweizerischen Entwicklungshilfe geriet. Der Katastrophenhelfer riss Einsätze an sich, die mit seinen Aufgaben kaum mehr zu vereinbaren waren, zum Beispiel den Bau eines Schulhauses in Mexiko.

Was Wunder, dass 1985 die Geschäftsprüfungskommission eine Untersuchung beantragte. Alt Ständerat Othmar Andermatt: «Wir verlangten, Ordnung zu schaffen.» Allerdings habe Blaser damals schon seine Kündigung in Aussicht gestellt, weshalb schliesslich auf eine Administrativuntersuchung gegen ihn verzichtet worden sei.

Drohenden Konflikten und Auseinandersetzungen entzog sich Blaser zunehmend durch Aufenthalt in seinem Ferienhaus in Gohl bei Langenthal, doch trug ihm dies den Vorwurf ein, im Büro an der Eigerstrasse 73 in Bern zu fehlen. «Ich habe mindestens die normale Bürozeit in Bern verbracht», behauptet Blaser aber unverdrossen, vor allem habe er abends gearbeitet, Ferien nur tageweise bezogen «oder wochenweise».

Den Kontakt zur Front vermag Blaser selber – wohl ob des Tempos von ihm selbst veranlasster wechselnder Einsätze – kaum zu halten. «Das letzte Mal war ich im Sudan vor Ort», berichtet Blaser. Das war 1985. Zuweilen fühlten sich Blasers Helfer vor Ort auch ein bisschen alleingelassen. Ernst Schenk, Bauleiter eines Wiederaufbauprojektes in Kolumbien, gibt zu Protokoll, Blaser noch nie persönlich gesehen zu haben, und äussert die Vermutung, aus Kolumbien nach Bern geschickte Fernschreiben hätten den Empfänger nie erreicht. Als man einen Polier gebraucht habe, sei fünf Wochen lang gar nichts geschehen, dann aber ein Bauallrounder eingeflogen worden, der nicht als Polier habe eingesetzt werden können. Zudem sei vor der Jahreswende nochmals ein Mitarbeiter nach Kolumbien entsandt worden, obwohl vor Ort die Helfer sagten, zusätzliche Hilfe sei nicht mehr nötig.»

Die Intervention der Geschäftsprüfungskommission führte im August zu einer kurzen «gütlichen Einigung». Blaser wurde nun nämlich auf einmal doch noch Delegierter des Bundesrates und Pierre Aubert direkt unterstellt. Der letzte Beweis, dass er es vorher nicht war. Für alt Stände-

rat Othmar Andermatt hatte der Bundesrat Blaser dabei aber einen nicht gesetzeskonformen Sonderstatus zuerkannt. Auch Charles Geiger, Chef des Rechtsdienstes der DEH, bestätigt gegenüber der «Weltwoche», dass eine Direktunterstellung eines Delegierten unter den Bundesrat keine gesetzliche Grundlage habe.

Blaser wurde erneut und ausdrücklich auf die eigentliche Aufgabe des Katastrophenhelfers zurückgebunden, Hilfe in dringenden Notfällen im Ausland zu leisten und keine Entwicklungshilfe im weiteren Sinn vorzunehmen. Und erneut versicherte Blaser, er würde ohnehin bald seinen Dienst quittieren. Doch es kam anders. Blaser kündigte nicht, und zweitens gab er sich erneut Tätigkeiten mittelfristiger Natur hin. Beim griechischen Erdbeben in Kalamata im September letzten Jahres erkannte Blaser erst nach sechs Wochen eine

Katastrophenlage. Er handelte sofort. «Es kam zu einem Einsatz der Überlebensphase», berichtet Blaser, «es wurden Schulräume erstellt...»

Das Weitere ist bekannt: Nachdem Blaser zudem versucht hatte, einem Mitarbeiter nach der Probezeit zu kündigen, reagierte dieser mit einem Brief an das Generalsekretariat. Es kam zu jener denkwürdigen Disziplinar-Eröffnung am 24. Dezember und zu Blasers Kündigung per Mitte des nächsten Jahres. Nachdem Blaser daraufhin die Presse suchte («Ich habe nur reagiert, der erste Artikel erschien im «Bund»»), verfügte Bundesrat Aubert die Suspendierung und die Einleitung einer Untersuchung.

Warum erst jetzt? Das langjährige Hickhack um die Führung des Katastrophenhilfskorps wirft freilich auch dunkle Schatten auf Departementsvorsteher Aubert, der

den schwelenden Konflikten jahrelang tatenlos zusah, offensichtlich ausserstande war, das Übel an der Wurzel zu packen. Aber auch am Durchsetzungsvermögen von DEH-Direktor Fritz Staehelin muss gezweifelt werden, sah er sich doch nie in der Lage, den selbstherrlichen Katastrophen-Chef in die Schranken zu weisen. Die «Affäre Blaser» offenbart somit – einmal mehr – eklatante Führungsschwächen im EDA. Und das peinliche Schweigen nach der überstürzten Nacht-und-Nebel-Aktion passt denn auch treffend in dieses Bild.

Was aber besonders bedauerlich ist: Es stellt sich die Frage, ob unter diesen Voraussetzungen überhaupt noch ein valabler Nachfolger für Blaser gefunden werden kann. Auf dem Spiel steht somit nicht weniger als das Renommee des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps, welches ohne Zweifel verdienstvolle Arbeit geleistet hat. Trotz allem. □

Schweizer Illustrierte, 12.1.1987

Bundesräte haben im wesentlichen zwei Möglichkeiten, sich zu profilieren: durch Leistung oder durch Volksnähe. Das eine liegt im Interesse des Volkes, das andere im Interesse der Politik.

Ein stiller Schaffer, der innerhalb kurzer Zeit Erstaunliches geleistet hat, ist beispielsweise Otto Stich, während etwa Willi Ritschard weniger wegen seiner politischen Erfolge als durch seine Solidarität schaffende Volksverbundenheit Verdienste erwarb. Beides zu vereinen, gelingt selten: Als effizienter Politmanager und gleichzeitig als grosser Volkstribun bleibt ein Kurt Furgler in Erinnerung.

In kein Schema passt hingegen Pierre Aubert, seit neun Jahren Schweizer Aussenminister. Er ist ein Spezialfall. Als Bundesrat hat er weder besondere Leistungen erbracht, noch ist es ihm gelungen, dem Bürger klarzumachen, was die Schweiz, über ihren Neutralitätsstatus hinaus, aussenpolitisch will.

Im wichtigsten Geschäft seiner Amtszeit, dem Uno-Beitritt, wurde sein eklatanter Mangel an Überzeu-

gungskraft und Durchsetzungsvermögen sichtbar. Doch ohne Zerknirschung, als ginge ihn das Ganze nichts an, kommentierte er das überwältigende Nein des Volkes zum Uno-Beitritt und mochte die per-

Chefredaktor
René Bortolani

Wer schweigt, verschweigt etwas

sönliche Niederlage nicht eingestehen: Er redete sich mit der bundesrätlichen Kollektivverantwortung heraus.

Und nun ist der Spezialfall Aubert schliesslich zum Fall geworden. Die Entlassung Eduard Blasers, des obersten Katastrophenhelfers der Schweiz, zeigt lehrstückmässig, wie Führungsschwach dieser Bundesrat ist. Er hat auf den Konflikt zwischen zwei seiner Chefsbeamten unbeholfen,

ungeschickt und undiplomatisch reagiert.

Auch Chefbeamte sind nicht über alle Zweifel erhaben, und Pierre Aubert mag gute Gründe haben, weshalb er sich von Blaser trennen will – und möglicherweise nicht kann, wie mein Kollege Ahmed Huber recherchiert hat (Seite 10). Das ist die eine Seite der Affäre.

Die andere Seite ist die Art und Weise, wie Aubert diese Trennung inszenierte: ohne Blaser über seine (allfälligen) Versäumnisse und Unzulänglichkeiten (oder gar mehr?) aufzuklären und ohne ihn anzuhören, mit spätabendlichen Telefonanrufen zwischen altem und neuem Jahr und mit einer Pressekonferenz, in der nichts gesagt wurde – ausser, dass Aubert nichts zu sagen habe.

Mit seinem Schweigen, das selbst ihm wohlgesinnte Parteikollegen ratlos macht, verrät der Sozialdemokrat Aubert auch ein seltsames Demokratieverständnis. Hat er vergessen, was er – wie alle Bundesräte – bei seiner Wahl geschworen hat: Dass er «die Rechte des Volkes und seiner Bürger schützen» wolle?

51

Gehört dazu nicht auch die Pflicht, dem Volk und seinen Bürgern Rechenschaft abzulegen und über Angelegenheiten, die das Volk interessieren und beschäftigen, offen und möglichst lückenlos zu informieren?

Möglicherweise glaubt Aubert, dass er allein den Zeitpunkt einer solchen Information bestimmen könne. Wenn dem so wäre, verkennt Aubert, dass eine Affäre wie der «Fall Blaser» eine Eigendynamik er-

hält, sobald sie in die Medien und damit an die Öffentlichkeit gelangt ist.

Keine Information oder Fehlinformationen schüren Gerüchte und Spekulationen, ziehen Anschuldigungen und Beschuldigungen nach sich und schaffen ein Klima des Misstrauens. Wer

so beharrlich schweigt wie Aubert, begibt sich in den Verdacht, etwas verschweigen zu wollen.

Am 27. Dezember machte der Berner «Bund» die Affäre um Eduard Blaser publik. Seit über zwei Wochen also schwelt jetzt die Krise im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) – Zeit genug für Aubert, in der Angelegenheit Blaser öffentlich Klarheit zu schaffen.

Herzlich Ihr

Pierre Aubert

STURMTIEF FUER AUBERT

Pierre Aubert steckt wieder im Tief. Die überstürzte Entlassung von Katastrophenhelfer Eduard Blaser geriet ihm zum Debakel.

VON AHMED HUBER

Zur Strafe müsste Pierre Aubert eigentlich einmal durch den tiefen Schnee stapfen, hinan zum Hauetershausberg, wo Eduard Blaser wohnt.

Dort, über dem Weiler Gohl bei Bärau, im tiefeingeschnittenen Emmental, würde der geschasste Chef des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH) auf den Aussenminister und Bundespräsidenten warten, um sich endlich einmal auszusprechen. Doch damit ist es nichts.

Nur wir von der *Schweizer Illustrierten* keuchen, nachdem wir mit Mühe den Gohl-Krachen fanden, den Berg hinan. Und oben warten Eduard Blaser, 58, provisorisch amtsenthobener SKH-Chef, und seine Lebensgefährtin Béatrice Giovannoni, 36, vor dem dunkeln Holzhäuschen. In der warmen, holzgetäferten Wohnstube kommen wir gleich zur Sache.

Der oberste Katastrophenhelfer a. D. – der weiterhin sein 125000-Franken-Salär bezieht – gibt sich cool und ist Pierre Aubert mitnichten böse. «Der Bundespräsident war in meinem (Fall) nicht die treibende Kraft», meint Eduard Blaser, «vielmehr wurde er ganz offensichtlich durch seinen persönlichen Berater Lucien Erard, durch Botschafter Fritz Staehelin, den Chef der Direktion für Entwicklungszusam-

menarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ferner durch EDA-Generalsekretär Roland Wermuth sowie durch EDA-Personalvize Marcus Kaiser und DEH-Vize Rudolf Högger beeinflusst.»

Weit über den Gohl-Graben hinaus weiss man heute, wohin diese «Beeinflussung» führte: Am Heiligen Abend 1986 hatte Blaser von EDA-Wermuth erfahren, gegen ihn laufe eine disziplinarische Untersuchung wegen «Führungsmängeln» und «Kompetenzüberschreitungen», und in der Nacht zum Silvester, um 23.30 Uhr, hatte EDA-Wermuth dem Katastrophenhilfe-Chef telefonisch mitgeteilt, er sei ab sofort provisorisch seines Amtes enthoben und müsse anderntags sein Büro räumen und den Schlüssel abgeben.

Die Wermuth-Telefone waren «im Auftrage von Herrn Bundespräsident Aubert» erfolgt. Wieder einmal hatte Pierre Aubert – SP-Genossen nennen ihn bisweilen «Pierrotla-gaffe» (Schnitzer-Peter) – Pannen produziert, die aus dem Fall Blaser einen Fall Aubert machten.

Das war nichts Neues. Das helvetische Uno-Debakel vom 16. März 1986 war weitgehend durch die volksferne Politik des Departements Aubert bestimmt. Die fehlende Zusammenarbeit des EDA mit ande-

ren Departementen in wichtigen nationalen Belangen (zum Beispiel Asylantenfrage) ist notorisch. Ebenso Auberts Reise-Kapriolen...

Doch in Sachen Blaser/SKH treffen den Aussenminister mindestens vier Vorwürfe:

- Pierre Aubert, der zwar immer wieder das Katastrophenhilfekorps als «carte de visite de la Suisse» rühmte, hat sich um das Korps und seine Probleme nie gekümmert. Blaser: «Er hat ja nie bei uns hereingeschaut.»

- Der EDA-Chef hat seinen ersten Katastrophenhelfer kein einziges Mal angehört, weder vor der Eröffnung der Disziplinaruntersuchung noch vor der Amtsenthebung noch anlässlich der zweitägigen EDA-Besprechung zum «Fall Blaser» am 7./8. Januar 1987.

- Die Nacht-und-Nebel-Aktionen des EDA gegen Eduard Blaser, am 24. und 30. Dezember 1986, waren durch Pierre Aubert angeordnet worden. «Arbeitnehmer unmittelbar vor Weihnachten und Neujahr zu schassen, ist unannehmbar und nicht schweizerischer Stil», bemerkt dazu der Thurgauer FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann, Mitglied der nationalrätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten.

● Pierre Aubert ist letztlich auch dafür verantwortlich, dass das EDA bisher seine schweren Vorwürfe (Blaser: «Schädigung des Ansehens des SKH und meines Rufes») in keiner Weise begründete und präzierte. Nahezu unisono wurde jene ebenso wortreiche wie völlig unergiebig EDA-Pressekonferenz zum «Fall Blaser», am Silvester 1986, als skandalös bezeichnet.

Dass die Vorwürfe des Departements Aubert an die Adresse von Eduard Blaser wenig Gewicht haben, deutet das 20-Zeilen-Communiqué des EDA vom Freitag der letzten Woche an: Da wird betont, dass die Untersuchung gegen den SKH-Chef «schnell zu Ende geführt» werden müsse, dass weiter abzuklären sei, ob die Amtsenthebung Blasers überhaupt «weiterhin notwendig erscheint», und dass eine Änderung des Milizcharakters des SKH «nicht in Frage kommt». Ahnungsvoll fragte das freisinnige «Aargauer Tagblatt»: «Aubert: Kalte Füsse?»

Tatsächlich sind die im Hause Aubert zusammengebrachten Vorwürfe gegen den SKH-Chef unhaltbar. So einmal die Rüge wegen der angeblichen Kompetenzüberschreitungen Blasers: Denn wie schon sein Vorgänger Arthur Bill hat auch Eduard Blaser sich immer an jenes Katastrophenhilfe-Konzept gehalten, das 1971 durch Bundesrat und Parlament formuliert worden war und in der SKH-Verordnung von 1974 festgelegt wurde. Dieses Konzept sieht eine unbürokratische, in Notlagen natürlich auch mit Pannen und Fehlinvestitionen rechnende Hilfe vor. Dazu der FDP-Aussenpolitiker Ernst Mühlemann: «Entwicklungshilfe, wie sie die DEH leistet, muss sorgfältig geplant werden und erfordert Stabsleute und Diplomaten. Katastrophenhilfe dagegen, wie sie Eduard Blaser und sein SKH praktizieren, ist vorab Krisenmanagement, eine Art Feuerwehr, und da sind denn auch Typen gefragt, die (aus dem Bau kommen) und Risiken eingehen.»

Auch die Blaser angelasteten «Führungsmängel» wurden in den letzten Tagen bestritten – durch die Betroffenen selbst: So haben sich die

grossen Hilfswerke der Schweiz und weitere Organisationen nahezu einmütig hinter den vom Departement Aubert geschassten Mann gestellt. Unter anderem sprachen auch die Katastrophenhilfe-Mediziner dem SKH-Chef ihr Vertrauen und ihren Dank aus.

Grotesk mutet der Vorwurf der DEH-Leute an, Eduard Blaser habe den Titel eines «Delegierten des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland» zu Unrecht auch im Inland geführt. Dieser Titel figuriert in aller Form im Eidgenössischen Staatskalender und wird innerhalb der Bundesverwaltung wie von den Medien gebraucht. Eduard Blaser: «Auch der Titel «Staatssekretär» wurde ja mit Blick auf das Ausland geschaffen und wird nun auch im Inland verwendet.»

Geradezu ehrenrührig scheint der Vorwurf aus dem Departement Aubert, mit der Kasse der Katastrophenhilfe habe gelegentlich etwas nicht gestimmt. Davon wissen weder die Mitglieder der Finanzkommissionen noch der ausserpolitischen Kommissionen der Eidgenössischen Räte etwas. Eduard Blaser: «Die SKH-Kasse stimmt. Warten wir ruhig die Untersuchung ab!»

Indessen: Eben der vom EDA eingesetzte Untersucher, Fürsprecher Bernhard Bretscher, Vizedirektor (und Chef des Rechtsdienstes) der Eidgenössischen Finanzverwaltung, steht vor einer hochdelikaten Aufgabe. Warum wählte Pierre Aubert nicht einen ausserhalb der Bundesverwaltung stehenden Untersucher (wie Eduard Blaser das verlangt hatte)? Weil – so Berns durchaus EDA-freundlicher «Bund» – «von einer Untersuchung durch einen externen Experten für Aubert und sein EDA unangenehme Ergebnisse zu erwarten wären», weshalb man «weiterhin den Deckel über der schon seit vielen Monaten schwelenden Affäre halten» müsse. Tatsächlich dürfte auch Inquisitor Bretscher bald einmal feststellen, dass Führungsmängel und Kompetenz-

überschreitungen weniger bei Eduard Blaser und seinem SKH auffallen als vielmehr bei Pierre Aubert und seinem EDA. So erwartet denn auch die «Neue Zürcher Zeitung», «dass die vorsorgliche Dienstenthebung des Delegierten (!) bald wieder rückgängig gemacht wird».

Wozu dann der ganze EDA-Rummel um Eduard Blaser, der ja seinen Rücktritt auf Ende Juni 1987 längst innerhalb und ausserhalb des Hauses Aubert angekündigt hatte? Wozu diese völlig kontraproduktive Übung, bei der letztlich Eduard Blaser wieder als SKH-Chef figurieren und das SKH seine Autonomie beibehalten würde? «Wenn man sich im EDA alles etwas besser überlegt hätte, wäre vielleicht auf diese Übung verzichtet worden», sinniert Eduard Blaser in seinem eingeschnittenen Chalet ob Gohl bei Kaffee und Bretzeln. Und der gediente Artillerie-Major spielt auf Pierre Aubert an: «In der Armee erlebt man es doch immer wieder, dass führungsschwache Kommandanten sich selber und ihren Untergebenen durch plötzliche «Kraftakte» zu imponieren versuchen. Meist wird dabei aber nur Geschirr zerschlagen...»

Doch das zerschlagene SKH-Geschirr wird nun rasch zu einer (weiteren) Affäre Aubert. Denn dem erst am 10. Dezember 1986 flott zum Bundespräsidenten gewählten SP-Neuenburger steht ein dreifacher Rüffel bevor: Der Bundesrat wird ihm diese Woche seine Meinung zur Nacht- und Nebel-Aktion vom Jahresende 1986 kundtun, beide Eidgenössischen Räte wollen in der Frühjahrs-Session den Aussenminister hochdringlich und kritisch interpellieren, und auch in der SP-Fraktion steht eine «sehr ernste Aussprache» bevor, wie von empörten Genossen verlautet.

Ob solchem Gewittergrollen fällt einzig auf, dass EDA-Staatssekretär Edouard Brunner – vielen gilt er als eigentlicher Departementschef – strengstes Stillschweigen bewahrt. «Der Herr Staatssekretär hat mit dem Fall nichts zu tun», tönt es aus Edouards Büro.

So kriegt denn jener EDA-Gruss, den Bundeshausjournalisten kolportieren, einen seltsam zweideutigen Klang: «Hallo, Eduard – adieu, Pierre!» ■

Journal de Genève, 14.1.1987

BULLETIN SUISSE

Pierre Aubert 87

Il y a un peu moins de dix ans, au début de son mandat, le conseiller fédéral Pierre Aubert s'était retrouvé avec une affaire sur les bras qui fit un certain bruit: l'affaire Weitnauer. Il s'agissait du secrétaire d'Etat avec lequel M. Aubert ne s'entendait pas, ce qui amena son premier collaborateur d'alors, dans l'amertume, à accepter une retraite anticipée. La manière d'agir du chef du département fut, à cette époque, passablement critiquée. On aurait pu penser que M. Pierre Aubert ne se laisserait plus surprendre par une aventure pareille.

Il faut admettre le contraire devant ce qu'on peut appeler «l'affaire Blaser». Là encore, une structure n'était pas satisfaisante. M. Eduard Blaser était le délégué du Conseil fédéral pour l'aide en cas de catastrophe à l'étranger. Ce titre et cette fonction lui donnaient une autorité particulière sur le terrain. On voyait en lui un homme jouissant d'une large autonomie, habilité à prendre des décisions. Il semblait, comme l'indiquait son titre, ne relever que du Conseil fédéral. Pourtant, rentré au pays, il se retrouvait chaque fois, avec le titre de vice-directeur, inscrit dans la structure de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire; le chef en est l'ambassadeur Fritz Staehlin. En somme, M. Blaser était à la fois incorporé dans une hiérarchie et autonome. On lui faisait sentir la hiérarchie alors qu'il ne se souvenait que de l'autonomie.

L'ambassadeur Staehlin avait de bonnes raisons pour rappeler qu'une intervention humanitaire urgente s'inscrit dans la conduite générale de l'aide humanitaire suisse: surtout si l'aide urgente doit avoir un prolongement. On ne saurait guère admettre, en effet, qu'un délé-

gué prenne, à l'étranger, des engagements sur un tel prolongement sans en référer à la centrale. Il y avait donc sûrement des malentendus à éclaircir, des compétences à préciser. Et même, peut-être, des structures à modifier.

C'était le rôle du chef du département. Comment a-t-on pu laisser les choses s'envenimer jusqu'à la démission de M. Blaser? Et, surtout, comment une décision de suspension immédiate du délégué a-t-elle pu être prise sans que le chef du département ait vu, écouté M. Blaser? Cette lacune paraît d'autant plus regrettable lorsqu'on apprend que M. Aubert a demandé au fonctionnaire chargé de l'enquête administrative si sa décision de suspension devait être maintenue ou pouvait être levée. Quel aveu sur la précipitation d'une mesure!

Le fond de cette affaire devra être élucidé. Une information complète, une analyse rigoureuse, une conclusion et d'éventuelles propositions pour redéfinir les structures et les compétences sont dues au Parlement.

Toutefois, il faut admettre, d'ores et déjà, que la procédure a flotté, que la crise n'avait pas été prévue et a été mal gérée, que les remous ont causé du tort au département et à son chef. Il n'est que de lire la presse pour s'en apercevoir. Même si l'éviction de M. Blaser se justifiait – ce qui reste à démontrer – l'affaire fut, à tout le moins, mal emmanchée. Quelle que soit la conclusion, au demeurant, on ne saurait oublier ce que le délégué a accompli pour le Corps en cas de catastrophe, et avec lui.

Ce mercredi, le Conseil fédéral, dans sa nouvelle composition, tient sa première séance de l'année. C'est M. Pierre Aubert qui la préside. A l'ordre du jour, l'affaire Blaser. Mais, dans l'esprit des collègues du président de la Confédération comme dans celui des observateurs, il y a aussi un problème Aubert qui resurgit périodiquement.

Jacques-Simon Eggly

Basler Zeitung, 15.1.1987

VERWALTUNG GEGEN PRAKTIKER: EIN ALTER KONFLIKT

Die Spannungen zwischen Exponenten der Bundesverwaltung und dem Chef eines Sondereinsatzkorps (im Moment des Katastrophenhilfekorps) sind nicht neu: "Die Schikanen der Verwaltung, die Katastrophenhelfer Blaser zu spüren bekommen hat, erlebte ich bereits vor 40 Jahren." Dieser Meinung ist Otto Zaugg, ehemaliger Chef der Eidgenössischen Zentralleitung für Heime und Lager.

Basel. «Als ich von Blasers Problemen mit dem Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) hörte, fühlte ich mich erstmals seit vielen Jahren wieder erinnert an meine Auseinandersetzungen mit einzelnen Beamten der Bundesverwaltung.» Mit diesen Worten meldete sich der heute 81jährige Wahlbasler Otto Zaugg für ein Gespräch auf der BaZ-Redaktion. «In den 40 Jahren seit der Liquidation der Eidgenössischen Zentralleitung der Heime und Lager hat sich im Verhältnis zwischen Verwaltung und Praktiker gar nicht soviel verändert. Es fällt insbesondere auf, dass die Beamtenmentalität dieselbe geblieben ist.»

Zaugg leitete ab 1932 als junger Ingenieur Lager für jugendliche Arbeitslose. Während des Zweiten Weltkrieges war er zuerst vom nachmaligen Bundesrat Wahlen mit der Organisation des obligatorischen Landdienstes beauftragt und baute ab 1940 die Zentralleitung der Heime und Lager (ZL) auf, der er bis 1950 vorstand. Die ZL sorgte während und nach dem Krieg für die Unterbringung, Beschäftigung und Umschulung der Rückwanderer, Emigranten und Flüchtlinge, die aus den benachbarten Ländern in die Schweiz flohen. Ende März 1945 wurden in 105 Lagern in der ganzen Schweiz rund 12 500 Flüchtlinge betreut. Während den neun Jahren erhielten insgesamt über 50 000 Menschen Obdach und Schutz.

Vergleichbare Strukturen

Die Verhältnisse und Strukturen des Katastrophenhilfskorps und der ZL sind durchaus vergleichbar: Beide Organisationen zeichneten sich durch ihren Milizcharakter und durch ihre Unabhängigkeit von anderen Bundesstellen aus. «Erst durch den Fall Blaser wurde mir so richtig bewusst, wieviel Freiheit wir bei der ZL genossen», erinnert sich Otto Zaugg. Finanziell verfügte er in den letzten Jahren seiner Tätigkeit über einen «Fonds de roulement» von rund acht Millionen Franken, was damals sehr viel Geld war. Eine Stärke sowohl des Katastrophenhilfskorps wie auch der ZL war die Soforthilfe, der spontane, kurzfristige Einsatz im Dienste der Menschlichkeit. Schliesslich sind die beiden Organisationen auch bezüglich Vorgesetztenverhältnissen vergleichbar: Obwohl Zaugg hierarchisch der Polizeiabteilung im Eidgenössischen Justizdepartement angegliedert war, fühlte er sich faktisch – ähnlich wie bis vor kurzem der oberste Katastrophenhelfer Blaser – nur dem Departementschef, dem damaligen Bundesrat von Steiger, gegenüber verantwortlich, an den er sich bei grösseren Problemen auch regelmässig wandte.

Otto Zaugg bekam zwar nie so massive Vorwürfe zu hören, wie sie vom EDA gegenüber Blaser heute ausgesprochen werden. An Konflikten jedoch mangelte es auch damals nicht: So liess Zaugg allen 80jährigen Lagerinsassen zum Geburtstag einen Blumenstrauss überbringen, worauf die Finanzverwaltung im Bundeshaus drohte, ihm die Kosten dafür vom Lohn abzuziehen. Die Verwaltung beanstandete auch, dass die vorübergehend in Hotels untergebrachten Flüchtlinge richtiges Klosettpapier erhielten: «Die sollen ihre Hintern gefälligst mit Zeitungspapier putzen», verlangten Beamte mehrmals von Otto Zaugg.

Auf seinen Dienstreisen weigerte sich Zaugg konsequent, für das Billett 2. Klasse eine Quittung zu verlangen. «So etwas ist dem Chef von rund 1000 Mitarbeitern einfach nicht zuzumuten», findet er auch heute noch. Es kam allerdings auch vor, dass Untergebene ihn bei Verwaltungsstellen grundlos beschuldigten: So verbreitete einmal einer seiner Mitarbeiter das Gerücht, Zaugg lasse sich von Versicherungen und Lieferanten bestechen. «Ich habe sofort eine Disziplinaruntersuchung gegen mich beantragt, die dann vom zuständigen Bundesrat nach Studium des Dossiers allerdings nicht eingeleitet wurde.»

Gründe für die Unstimmigkeiten zwischen Verwaltung und Praktikern damals wie heute sieht Zaugg verschiedene: «Sowohl Eduard Blaser als auch ich waren keine Beamten. Wir wurden vom Bundesrat von aussen geholt und wehrten uns erfolgreich gegen die Beamtenmentalität.» Die schärfsten Kritiker und Neider dagegen sind seiner Meinung nach sehr oft subalterne Beamte, sparsam und übertrieben pflichtbewusst. An Bundesrat von Steiger erinnert sich Zaugg dagegen gerne: Dieser habe sich regelmässig um die Details seiner Arbeit gekümmert und dafür gesorgt, dass ihm die nötige Unabhängigkeit auch gewährt wurde.

Freiräum bewahren

Welche Eigenschaften muss Blasers Nachfolger mitbringen, um bestehen zu können? Otto Zaugg glaubt aus eigener Erfahrung, dass der neue Chef des Katastrophenhilfskorps daran interessiert sein muss, die Freiräume zu bewahren, die mühsam erkämpft wurden. Ausserdem sollte er beweglich sein, sich den jeweiligen Umständen sofort anpassen und delegieren können. Neben Organisationsgeschick ist eine Persönlichkeit gefragt, die von den Mitarbeitern ohne Bestehen einer Verwaltungshierarchie akzeptiert wird.

Peter Schibli

Tribune de Genève, 15.1.1987

Pas bon pour le capitaine

L'affaire Blaser, sans doute gonfiée en période de trêve des confiseurs, se termine de la façon la plus plate. Le Conseil fédéral accepte tout simplement la démission du chef du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe. C'est la fin de spéculations sur l'éventuel aveu, par Pierre Aubert, d'une décision précipitée de suspension immédiate et sur une réintégration d'Eduard Blaser.

Reste l'affaire Aubert. Les membres du Conseil fédéral donnent l'impression d'avoir cherché avant tout à calmer le jeu, afin de ne pas mettre dans l'embaras un collègue qui se trouve être le président de la Confédération. Le cas

d'Eduard Blaser ne pesait évidemment pas très lourd face à l'affirmation d'une solidarité gouvernementale que les changements récents imposaient.

Il est cependant curieux que des divergences internes et l'ouverture d'une enquête disciplinaire aient si rapidement dévié l'attention sur le chef du Département des affaires étrangères. Il faut faire la part de la polémique. Pierre Aubert est souvent critiqué. La presse de boulevard alémanique le traite avec aussi peu de ménagement que l'entraîneur (romand) de l'équipe suisse de football, Daniel Jeandupeux. Mais Pierre Aubert n'a sans doute pas été exempt de maladresses.

Pendant les quatre ans qu'il a dirigé l'Economie publique, Kurt Furgler s'est

heurté aux deux grands commis qui se sont succédé à la tête de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, Paul Jolles et Cornelio Sommaruga. Ces différends ne sont pas passés inaperçus. Mais ils n'ont pas subi d'enflure. Ils ne sont pas devenus des « affaires ». Et moins encore des « affaires Furgler ». De part et d'autre, les difficultés ont été maîtrisées avec cette maturité qui, dans les hautes sphères du pouvoir et de l'administration, s'appelle le sens de l'Etat.

Des remous avaient déjà troublé le Département des affaires étrangères, et alentour, lors du départ du secrétaire d'Etat Albert Weitnauer, il y a quelques années. Sur un mode mineur, la démission-suspension d'Eduard Blaser laissera le souvenir d'une partie de mer agitée. Ce n'est pas très bon pour le capitaine.

Daniel CORNU

Azione, 15.1.1987

Nuovo grattacapo per il consigliere federale Pierre Aubert. Questa volta nell'occhio del ciclone c'è il Corpo svizzero d'intervento in caso di catastrofe e il suo direttore Eduard Blaser, sospeso dalle sue funzioni e oggetto d'inchiesta.

FUNZIONARIO TROPPO INTRAPRENDENTE MESSO IN CASTIGO DA PIERRE AUBERT

L'on. Aubert, che contava di chiudere in bellezza la sua carriera (quest'anno è presidente della Confederazione per la seconda volta), si è trovato improvvisamente un dossier abbastanza scottante tra le mani. Eppure avrebbe dovuto rendersi conto da tempo che in una sezione importante del suo dipartimento - quella dell'aiuto allo sviluppo - le cose non andavano per il meglio. E quando ha deciso di prendere in mano le redini della situazione lo ha fatto probabilmente in modo troppo dracooniano, sospendendo dalle sue funzioni, il 30 dicembre scorso, Eduard Blaser, capo del Corpo di intervento in caso di catastrofe.

Per tentare di capire le cause della drastica decisione occorre fare un passo indietro, ossia agli anni Sessanta, quando nacque l'idea di un corpo svizzero di soccorso. Spunto per la sua creazione, chiesta da diversi deputati, tra cui l'ex consigliere federale Furgler, erano state alcune catastrofi di grande portata, segnatamente il terremoto che scosse la Jugoslavia e la tragedia di Mattmark. All'idea non era estranea una certa diffidenza verso l'aiuto umanitario, già allora oggetto di controversie. Invece di disperdere milioni ai quattro venti - questo il ragionamento

- perché non istituire un corpo in grado di intervenire rapidamente in casi drammatici? E l'idea fu accolta.

Il primo responsabile delle missioni di soccorso svizzero all'estero fu Arthur Bill, uomo di doti eccezionali, già direttore del Villaggio Pestalozzi, il quale riuscì in pochi anni, grazie anche alle pubbliche relazioni, a creare un'immagine assai positiva del corpo di intervento. E riuscì altresì a far apparire come successi interventi che in realtà erano stati dei mezzi fiaschi. Esempio paradigmatico furono le spedizioni del 1974 nel Ciad e in Etiopia, dove i limiti del corpo vennero a galla in modo drammatico. L'operazione, che costò circa sei milioni di franchi, fu salvata grazie alla tenacia dei volontari dotati di maggiore professionalità.

Quelle esperienze disastrose non furono tuttavia inutili. Intanto si comprese che con dei volontari non si potevano fare miracoli e che era meglio tenersi lontani da certi luoghi (dal Sahel, per esempio). Secondariamente ci si rese conto che il corpo andava ripensato. Nacque così la cosiddetta «catena di salvataggio» (con le sue scavatrici, i cani da catastrofe, ecc.), destinata ad in-

tervenire rapidamente e in prima linea, mentre al Corpo di intervento come tale si cominciarono ad attribuire sempre di più compiti di ricostruzione.

Questa specializzazione non fu tuttavia indolore siccome gli interventi di ricostruzione entravano in concorrenza - se non in conflitto - con i progetti dell'aiuto svizzero allo sviluppo. Arthur Bill, da buon diplomatico, seppe abilmente gestire questa concorrenza. Il suo successore, Eduard Blaser, è stato un po' meno diplomatico ed è successo il finimondo.

Blaser è convinto - come il suo predecessore, d'altronde - che il Corpo svizzero di intervento deve continuare a reggersi sullo spirito di milizia e rimanere indipendente per essere efficiente. Il corpo - dice Blaser - è riuscito a farsi un nome in patria e all'estero perché è in grado di agire rapidamente, adattandosi alle circostanze, non oppresso da regolamenti e impacci burocratici. Se dovesse essere integrato in una struttura amministrativa e diventare una truppa professionistica la sua azione perderebbe ogni smalto.

Questo modo di pensare, condiviso da molti, non ha però raccolto vasti

consensi a Palazzo federale e in particolare ai vertici della Cooperazione allo sviluppo, sezione da cui dipende il Corpo di intervento. Anzi, contro la «linea Blaser» si è apertamente e tenacemente schierato l'ambasciatore Fritz Staehlin, diplomatico preciso e meticoloso, il quale vorrebbe integrare il Corpo nell'organizzazione burocratica che dirige (i maligni sostengono che Staehlin è mosso solo da gelosia).

Il Dipartimento degli esteri è stato incapace di una chiara scelta di campo ed ha tentato di conciliare le opposte concezioni con una formula di compromesso fallimentare a priori, basata sul

dialogo costante tra Staehlin e Blaser, che - date le premesse - non poteva nascere nemmeno, per editto imperiale.

La rottura tra i due non poteva dunque tardare, complici un paio di impennate di Blaser che si è permesso di lanciare un programma di aiuto ai bambini della Mauritania, paracadutando generi alimentari senza chiedere l'accordo di Staehlin e di licenziare Hans Scheidegger, l'addetto al reclutamento, per incompatibilità di carattere. Ma l'episodio che il Dipartimento degli esteri ha digerito peggio riguarda il Messico terremotato. Blaser aveva promesso verbalmente di non impe-

gnarsi in lavori di ricostruzione, ma una volta sul posto butta i suoi volontari nella riedificazione di un ospedale disastroso.

Blaser è ora sospeso e nei suoi confronti è stata aperta un'inchiesta. Può darsi che quest'ultima concluderà che il capo del Corpo di intervento è un funzionario troppo intraprendente e poco ligio ai suoi doveri, specie nei confronti dei superiori. Ma non v'è dubbio che la stragrande maggioranza della popolazione è con lui, almeno a giudicare dalle impressioni raccolte dalla stampa. L'on. Aubert è stato troppo severo?

MARIO GALLINO

Neue Zürcher Zeitung, 17.1.1987

Vom Fall Blasers zum Problem Auberts

Kompetenzzwist und Führungsschwäche

Die Zukunft des Katastrophenhilfekorps

Das Schweizerische Korps für Katastrophenhilfe im Ausland existiert zwar erst seit knapp anderthalb Jahrzehnten. Aber durch seine raschen und gut gezielten Hilfeinsätze in akuten Notsituationen hat es sich unter seinem ersten Leiter, Arthur Bill, und dessen Nachfolger Eduard Blaser im Ausland wie im Inland weitherum Anerkennung verschafft. Das schweizerische Freiwilligenkorps steht heute als kleine, aber effiziente Juniorinstitution würdig neben dem Roten Kreuz und bürgt seinerseits in neuer Form für das *humanitäre Wirken* der Schweiz im Ausland. Die Dienste des IKRK wie des Hilfekorps werden von Menschen, Regierungen und internationalen Gremien geschätzt und in Anspruch genommen.

Hält man sich die Dimensionen der Not und den praktischen Wert der Hilfeinsätze in Extremsituationen vor Augen, so wirkt der im Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) vom Zaun gerissene und unnötig eskalierte Streit um die Rolle des Delegierten für das Korps peinlich und unbedacht. Er schadet der guten Sache und ihrem Ansehen. Politisch unbedacht nimmt sich der im aussenpolitischen Departement angerichtete Scherbenhaufen um die Demission des Delegierten schon deshalb aus, weil Blaser seinen jetzigen Rückzug von der schwierigen und aufreibenden Aufgabe bereits im März 1985 öffentlich vorangekündigt und begründet hatte. Was an *Konfliktpotential* in seiner Sonderstellung und ihrer Beziehung zum Departementsvorsteher und zur Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (DEH) steckt, ist *in keiner Weise neu* und wäre bei geschickter Regie und aktiver Führung Auberts bis zum Ende von Blasers Tätigkeit unter Kontrolle zu halten gewesen.

Doch an geschickter und wirksamer Führung durch den Departementschef hat es, nicht zum erstenmal, gefehlt. Vordergründiger und handgreiflicher Beleg für diese Feststellung sind die in der Nacht zum Silvester angeordnete sofortige Amtsenthebung Blasers ohne Anhörung des Betroffenen und das wenig später erfolgte Eingeständnis, dass diese unverhältnismässige Massnahme rechtlich kaum einwandfrei ist und durch den inzwischen ernannten Untersuchungsbeauftragten wohl wieder rückgängig zu machen wäre. Dazwischen gab es eine vom DEH-Chef und vom EDA-Generalsekretär veranstaltete «Pressekonzferenz», die diesen Namen nicht verdient, weil sie mehr verdunkelte als erhellte und unfreiwillig über *Kommunikationsmangel* und *zwischenmenschliche Verlegenheiten* im Departement für Auswärtiges Bände sprach. (Wie sonst könnte der DEH-Leiter einem Korpsstabsmitarbeiter die Beantwortung naheliegender Fragen untersagen, und wie sonst käme der Generalsekretär des Departements, der seinen Chef Aubert zu vertreten hatte, in die Lage, sich über wichtige Punkte als *nicht informiert* zu bezeichnen?) Das Departement hat sich in dieser Sache selbst ins Abseits manövriert.

Inzwischen hat sich das Bundesratskollegium mit der Angelegenheit, die von Elementen einer Seldwylerei nicht frei ist, befasst, jedoch ohne schon ein *klärendes Wort* zu sprechen. Muss man unterstreichen, dass die *Öffentlichkeit* eine über der Sache stehende Klarstellung zur Affäre erwartet und die vielen *Freiwilligen des Korps* ein richtungweisendes Statement brauchen, wenn ihre Einsatzbereitschaft und der da-

hinterstehende Milizgeist nicht Schaden nehmen sollen? Spätestens wenn die ausserpolitischen Kommissionen von National- und Ständerat sich Anfang Februar mit den Problemen rund um die Führung des Katastrophenhilfekorps befassen, ist eine *Willensbekundung* fällig, die die Zweifel rund ums EDA und um das Korps aufklärt.

Es geht dabei nicht bloss um eine *befriedigende Erledigung der personalrechtlichen Seite* des Falles und um eine eventuelle Wiedereinsetzung Blasers in seine Funktionen bis zu seinem Rücktritt Mitte Jahr. Es geht grundsätzlich um eine Regelung des alten Kompetenzzwistes zwischen dem Delegierten für Katastrophenhilfe und dem Chef der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Es geht also um den Handlungsspielraum und die besonderen Aktionsbedingungen des Korps von Freiwilligen, das auch künftig, unter dem Nachfolger Blasers, soweit als möglich von einem Geist rasch und gekonnt zupackender Hilfe in der Not und sowenig als nötig von beengendem Administrations- und Verwaltungsdenken bestimmt sein sollte. Und es geht schliesslich um bestimmte Probleme der Departementsführung im EDA.

Der *Kompetenzzwist* hat seit Arthur Bills Zeiten mit der *Zwitterstellung des Korpsleiters* zu tun, der einerseits als Vizedirektor für die humanitäre Hilfe verantwortlich und dem DEH-Chef unterstellt war, andererseits als Bundesratsdelegierter für das Hilfekorps autonom zu handeln und sein Tun direkt dem Bundesrat gegenüber zu verantworten hatte. Die Autonomie des Korpsdelegierten war der Bundesverwaltung offensichtlich schon lange ein Dorn im Auge. So wollte man Bills Stelle nach seinem Rücktritt zunächst auf diejenige eines «Vizedirektors DEH für Katastrophenhilfe und humanitäre Hilfe» reduzieren. Dieses Angebot bzw. die komplette Eingliederung der Aufgabe in die Verwaltung lockte buchstäblich niemanden. Erst als man im zweiten Anlauf wieder den Status eines «Delegierten des Bundesrates» offerierte, meldeten sich zahlreiche Interessenten, unter denen Bundesrat Aubert 1981 persönlich den ebenso befähigten wie eigenwilligen Eduard Blaser auswählte.

Die Zuspitzung des Konflikts zwischen dem auf seine «Oberherrschaft» und sein im letzten August etabliertes Mitspracherecht bedachten DEH-Chef Staehelin und dem auf seine Autonomie pochenden Korps-Delegierten Blaser hatte wohl auch mit einer Unverträglichkeit der Charaktere zu tun. Sie sollte die politischen Instanzen nicht zu Fehlschlüssen verleiten. Ein Fehlschluss wäre es wohl, den bestehenden Kompetenzzwist einfach durch Reduktion der Autonomie beseitigen zu wollen. Damit setzte man indirekt gerade die Stärken des heutigen Korps aufs Spiel, die im verwaltungsunabhängigen Initiativgeist, in der

hohen Flexibilität und in der sozusagen privatwirtschaftlichen Denkweise liegen.

Was bedeutet das praktisch? Es gilt, soviel scheint unbestritten, den Entscheidungsspielraum des Delegierten für *Sofort-einsätze* in vollem Umfang zu erhalten. Der Delegierte sollte mit den Freiwilligen in Absprache mit den Behörden an Ort aber auch *kürzer- und mittelfristige Instandstellungs- und Rehabilitationsarbeiten* rasch an die Hand nehmen können, ohne dass die notlindernden Entscheide und Arbeiten durch obligatorische «Mitberichte» und Projektkommissionsberatungen in Bern hinausgezögert oder verhindert werden. Ebenso klar ist, dass Art, Umfang und Dauer von mittel- und langfristigen Einsätzen und Arbeiten des Freiwilligenkorps durch *grundsätzliche Festlegungen und Abgrenzungen* auf die Vorhaben und Projekte für Entwicklungszusammenarbeit der DEH *abzustimmen* sind.

Nicht zu übersehen sind schliesslich allgemeine organisatorische Probleme und Kommunikationsschwächen in der Führung des Departements für auswärtige Angelegenheiten. Unter anderem fehlt es an der wirksamen Leitung der Direktionskonferenzen durch seinen Vorsteher. So bleiben manche *Bedürfnisse nach Kommunikation und Koordination ungedeckt*. Von den personellen Realitäten im Departement abgeschirmte Beschlüsse auf Grund von Beratung und Empfehlung des *persönlichen Mitarbeiters* bieten keinen überzeugenden Ersatz für die direkte Leitungsarbeit im Kreis der eigenen Chefbeamten.

Die Rolle des persönlichen Mitarbeiters *Lucien Erard*, eines ideologisch motivierten SP-Mannes, den Aubert seinerzeit aus der Entwicklungsdirektion (DEH) zu sich geholt hat, war im vorliegenden Fall doppelt verhängnisvoll. Erard verwehrt zuerst dem «Delegierten des Bundesrates» praktisch den direkten Zugang zum Departementschef und betrieb dann am Jahresende zusammen mit Blasers Opponenten in der DEH die sofortige Amtsenthebung des Delegierten. Es zeigt sich hier einmal mehr die *Problematik* von persönlichen Mitarbeitern, die der Versuchung nicht widerstehen, in politischer Absicht *zwischen den Departementschef und seine Spitzenbeamten* zu treten. Ohne die nötige Diskretion und bewusste *Zurückhaltung* sind sie Hindernis statt Hilfe, eher Sand als Öl im Getriebe der Departementsleitung.

Landesregierung und parlamentarische Instanzen tun gut daran, wenn sie bei der Beratung der mit dem Fall Blasers aufgeworfenen Fragen auch die *departementalen Führungsprobleme* im Auge behalten. Sie sind mit einer stärkeren Einbindung des Delegierten für Katastrophenhilfe unter den DEH-Chef nicht zu beseitigen. Jedoch könnten einer neuen Kompetenzregelung

ohne zureichende Autonomie und einen klar definierten Handlungsspielraum des Katastrophenhilfekorps leicht dessen *Vorzüge und Stärken zum Opfer* fallen.

Um die Vorzüge zu erhalten und dem Korps und seinem guten Zweck *Zukunft zu sichern*, müsste man notfalls auch eine völlig verwaltungsunabhängige Ansiedlung des Korps ins Auge fassen, zum Beispiel in Form einer zwischen Rotem Kreuz und andern Gremien sowie DEH richtig veranker-

ten Stiftung. (Als Teil der Bundesverwaltung hätte das Rote Kreuz auch nicht werden können, was es ist.) Auch ein Nachfolger Blasers muss die bisherigen Stärken, die Freiwilligkeit, die interdisziplinäre Flexibilität, den Intensiveinsatz auf Zeit ohne Abgleiten in verwaltete Routine, nutzen können – zugunsten von Menschen in bedrängender Not und im Sinne der humanitären Berufung unseres Landes. *Bü.*

Tages-Anzeiger, 17.1.198

HANS TSCHÄNI: POLITISCHE GEDANKENGÄNGE

Wie eine gute Idee zum Streitfall wird

Am 30. August 1965, einem hellen Montagnachmittag, stürzte plötzlich eine gewaltige Eislawine vom Allalingscher auf den Installationsplatz des im Entstehen begriffenen Staudamms Mattmark und begrub 88 Arbeiter unter sich. Entsetzt allenthalben: schon wieder ein Grossunglück, das wie Staudammbrüche andernorts im Zusammenhang mit der modernen Grosstechnik stand. Inzwischen haben wir uns daran gewöhnt, mit – selbstprovozierten – Katastrophen leben zu müssen. Auch ist uns bewusst geworden, dass zum modernen Leben offenbar eine Katastrophen-Infrastruktur gehört. Das Stichwort Katastrophenhilfekorps, von dem in letzter Zeit so viel zu hören ist, steht für mich mit Mattmark im Zusammenhang.

★

In jenen Wochen nach Mattmark, als man sich fragte, ob bei fachmännischem Vorgehen nicht noch einige Menschen zu retten gewesen wären, besuchte mich Luftschutzinstructor Major Heinrich Stelzer im Redaktionsbüro und unterbreitete mir in einem Text den Gedanken einer schweizerischen Katastrophenstaffel. «Uns fehlen taugliche Rettungskräfte», schrieb Stelzer in seinem Artikel, den der TA am 23. Oktober veröffentlichte. «Rettungskräfte, die entsprechend organisiert, ausgerüstet und ausgebildet sind und zeitgerecht und in genügender Stärke zu einem Katastrophenort geführt werden können». Die ersten Stunden seien zur Rettung von Menschenleben entscheidend. Für Stelzer bot sich die Luftschutztruppe zur Bildung einer Katastrophenstaffel geradezu an. Es komme «einer Verschwendung gleich», dieses bereitliegende Instrument nicht zu nutzen. Aus einem erweiterten Instruktionsskorps sollte die Katastrophenstaffel mit Einsatzstab gebildet werden. Heinrich Stelzer sprach von einem «nationalen Zentrum für Katastrophenhilfe», das in kürzester Frist im In- und Ausland verfügbar wäre. Hier eröffnet sich überdies

eine Möglichkeit, internationale Zusammenarbeit zu organisieren und praktische Solidarität zu beweisen.

Die Idee des schweizerischen Katastrophenhilfekorps stammt also vom späteren Zürcher Zivilschutzchef Heinrich Stelzer.

★

Der damalige Solothurner Nationalrat und Kommandant des Luftschutzbataillons 17, Leo Schürmann, fand den Gedanken Stelzers «faszinierend» und reichte in Bern ein entsprechendes Postulat ein. Auch an einer Tagung des Interverbandes für Rettungswesen wurde die Idee diskutiert und begrüsst. Doch schon bei den ersten konkreten Schritten – Stelzer hatte seinen Vorschlag dem Generalstabschef als Studie eingereicht – türmten sich die Probleme. Militärisch oder zivil? Armee oder Luftschutz? Inland und/oder Ausland?

Der Vorschlag landete schliesslich, arg zerzaust, beim Bundesrat. Ins öffentliche Gespräch kam er aber erst im Sommer 1967 wieder, als ein gewisser Nationalrat namens Kurt Furgler die Idee in einer Motion aufgriff und in einen frischen aussenpolitischen Wind setzte. Man sprach damals von Blauhelmen als einem aussenpolitischen Solidaritätsbeitrag der Schweiz. Daraus ist dann das geworden, was wir heute unter Katastrophenhilfe verstehen: Eine Zwittereinrichtung zwischen Katastrophen- und Entwicklungshilfe, deren Konflikte vorprogrammiert worden sind.

★

So werden gute Ideen im Spannungsfeld der Kompetenzpole und Amtsstellen deformiert. Auf das Ausland ausgerichtet, musste spezialisierte Soforthilfe an bürokratischen Hindernissen scheitern. Statt einer wirklichen Katastrophenstaffel ent-

stand nun eine flinke internationale Solidaritätshilfe. Sie tat, wie es schon Arthur Bill programmierte, Gutes. Das meiste war aber nichts anderes als rasche Entwicklungshilfe. So besitzen wir heute ein «Katastrophenhilfekorps» für das Ausland, dessen Chef dem Bundesrat unterstellt, administrativ aber in die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe eingegliedert ist. Das konnte nicht gut gehen.

Der inzwischen pensionierte Heinrich Stelzer sagt dazu: «Es lief von Anfang an falsch, wurde zu einer aussenpolitischen Alibiübung im Bereich unseres Solidaritätsgewissens. Effizient Leben retten können unsere Katastrophenhelfer im Ausland nur in Ausnahmefällen. Alles andere gibt Konfliktstoff mit der Entwicklungshilfe. Wiederaufbau ist keine Katastrophenhilfe. Ärzte und Hunde könnte man ohne Grossaufwand schicken, Hunger bekämpfen ebenfalls. Ein richtiger Zwitter.»

Tatsächlich lässt man im Inland die Luftschutz- und Zivilschutzpotentiale, wo die ausgebildeten Spezialisten sind und wo noch mehr sein könnten, unausgeschöpft. Eines freilich, das gemacht wurde, war gut – aber auch naheliegend: die Rettungskette. Als echte Katastrophenhilfe ist sie aber nur ein Teilbereich des Korps. Das andere ist in der Bürokratie untergegangen. Geblieben ist eine für die Aussenpolitik gedachte und das Inland vernachlässigende konfliktanfällige Organisation mit einem falschen Namen. Schade für die gute Idee.

Der Bund, 30. 1. 1987

Einsatzkonzeption und Stellung des Katastrophenhilfekorps müssen jetzt klar definiert werden

Blasers Nachfolger wird gesucht

ks. Nachdem endgültig feststeht, dass Eduard Blaser nicht mehr an die Spitze des Katastrophenhilfekorps zurückkehrt, muss seine Stelle ausgeschrieben werden. Jetzt zerbricht man sich im EDA den Kopf darüber, was überhaupt gesucht werden soll: Ein DEH-Vizedirektor? Ein Delegierter des Bundesrates für Katastrophenhilfe? Oder schlicht ein SKH-Chef?

Während der vom Bundesrat beurlaubte Eduard Blaser noch bis Ende August von seinem 125 000-Franken-Salär profitiert und der Pensionär Arthur Bill als interimistischer Korpschef dem EDA-Vorsteher Aubert aus der Patsche hilft, versucht man im Departement für auswärtige Angelegenheiten die zu vergebende Stelle zu definieren. Dabei erinnert man sich an die Probleme, die man schon vor bald sechs Jahren hatte. Der erste Chef des Katastrophenhilfekorps, Arthur Bill, war nämlich einerseits als Vizedirektor der DEH für die humanitäre Hilfe verantwortlich und damit auch dem DEH-Chef unterstellt, andererseits als Delegierter des Bundesrates für Katastrophenhilfe und Chef des SKH direkt dem Bundesrat verantwortlich. Diese Zwitterstellung wollte man, als es um Bills Nachfolge ging, vermeiden. Doch der Titel «Vizedirektor DEH für Katastrophenhilfe und humanitäre Hilfe» vermochte keine valablen Kandidaten zu einer Bewerbung zu bewegen. Als dann dieselbe Stelle mit der Bezeichnung «Delegierter des Bundesrates» erneut angeboten wurde, meldeten sich rund 80 Interessenten, aus denen Eduard Blaser ausgewählt wurde. Aber gerade die un-

klare Kompetenzenregelung und die nicht genau definierten Unterstellungsverhältnisse führten dann zum Konflikt zwischen Blaser und seinen Vorgesetzten.

Es geht natürlich nicht bloss um den Titel, sondern vielmehr darum, mit welcher Handlungsfreiheit das Katastrophenhilfekorps und sein Chef ausgestattet werden. Der Bundesrat will jetzt, nach den Worten von Vizekanzler Casanova, erneut die gegenwärtig nur provisorischen Organisations- und Abgrenzungsfragen zwischen dem Korps und der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) überprüfen. Vorschläge liegen in den verschiedensten Richtungen vor: Auf der einen Seite gibt es Bestrebungen, das Korps vollständig in die DEH zu integrieren (Eduard Blaser würde sagen «zu verbürokratisieren»), auf der andern Seite wurde auch schon angeregt, das SKH quasi zu «privatisieren», indem man ihm einen ähnlichen Status verleihen würde wie dem Roten Kreuz.

Die vernünftigste Lösung läge wohl irgendwo in der Mitte zwischen diesen beiden Vorschlägen. Für einen Soforteinsatz benötigt das Korps weitgehende Handlungsfreiheit und sein Chef auch entsprechende Kompetenzen; bei längerfristigen Einsätzen im Rahmen der Überlebens- und Wiederaufbauhilfe ist eine Koordination und Zusammenarbeit mit der DEH sinnvoll, denn manchmal entwickelt sich aus der Nothilfe des SKH eine langfristige Entwicklungszusammenarbeit unter der Ägide der DEH. Überdies profitiert das Korps bei seinen Einsätzen im Ausland vom Personal und von den Einrichtungen der schweizerischen diplomatischen Vertretungen. Heute gilt für das SKH die (nun zu über-

prüfende) Einsatzkonzeption mit verschiedenen Hilfsarten, die wie folgt definiert sind:

Soforthilfe wird während einer Zeit bis zu 10 Tagen nach der Katastrophe, insbesondere nach Erdbeben, geleistet. Dabei kommt in der Regel weniger das SKH selbst als vielmehr die vom SKH-Chef geleitete «Rettungskette» zum Einsatz. Diese besteht aus der Rettungsflugwacht (für Transporte), dem Verein für Katastrophenhunde (Suchen von

Vermissten und Veschütteten), dem Bundesamt für Luftschutztruppen (das Luftschutzsoldaten für die Bergungs- und Rettungsarbeiten zur Verfügung stellt) und dem Roten Kreuz (das für die Hilfsgüter verantwortlich zeichnet).

Überlebens- und Wiederaufbauhilfe dauert von mehreren Monaten bis zu zwei Jahren und wird von den SKH-Freiwilligen geleistet. Sie umfasst Gesundheits- und Ernährungsprogramme, Impfkampagnen, den Bau von Notbehäusungen, Schulhäusern, Spitälern, Lagerhäusern, Brücken, Strassen, Seilbahnen, Wasserversorgungsanlagen, ferner Versorgung mit Hilfsgütern, Nahrungsmitteln, Medikamenten oder Wiederherstellung von Übermittlungsnetzen.

Katastrophenvorsorge wird in der Regel von einzelnen Spezialisten des SKH in Zusammenarbeit mit andern Institutionen betrieben. Sie umfasst vor allem die Vorbeugung und die Planung von Schutzmassnahmen für den Fall von Erdbeben, Vulkanausbrüchen, Wirbelstürmen, Hochwassern, Gletscherabbrüchen oder Erdbeben.

Korridorgespräche im Aussenministerium zum «Fall Blaser»

Die Zeit nach Aubert

Wenn die Führungsschwäche von Bundespräsident Aubert als Chef des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) noch hätte bewiesen werden müssen – die «Affäre Blaser» hätte den Beweis erbracht. Doch solche Beweise sind schon lange nicht mehr nötig; der EDA-Vorsteher hat deren zur Genüge geliefert. Das departe-

mentsinterne Verwirrspiel rund um das Katastrophenhilfekorps (SKH) und um dessen Leiter, Eduard Blaser, bestätigt bloss noch, was bereits bekannt ist: In unserem Aussenministerium wird nicht vom Chefsessel aus regiert, sondern es wird in den Korridoren intrigiert. Die unsichtbaren Fäden im Spiel hinter den Kulissen werden immer wieder – und

offenbar auch im «Fall Blaser» – von denselben Regisseuren gezogen: Von Staatssekretär Edouard Brunner und vom persönlichen Berater Auberts, Lucien Erard.

Staatssekretär Brunner, der sonst (nach seiner eigenen Aussage) von Amtes wegen in personalpolitischen Fragen entscheidend mitbestimmt, hat

es wohlweislich vermieden, sich am «Fall Blaser» die Finger zu verbrennen. Die undankbare Aufgabe, die heisse Suppe auszulöffeln, hat er vielmehr geschickt seinen departementsinternen Konkurrenten, DEH-Direktor Staehelin und Generalsekretär Wermuth, zugespielt. Jetzt stehen Botschafter Staehelin, von Insidern noch vor kurzem als möglicher Nachfolger Brunners im Amt des Staatssekretärs gehandelt, und Botschafter Wermuth, der als oberster Personalchef des EDA gegen Brunner ohnehin einen schweren Stand hat, als die Verlierer da. Der Staatssekretär indessen darf sich einmal mehr als Sieger wännen. Er nutzt die Schwäche seiner Gegenspieler und mehrt seinen Einfluss – das jedenfalls glauben Beamte in der DEH, insbesondere in der Abteilung für humanitäre Hilfe, bereits deutlich zu spüren:

Im Gegensatz zu etlichen Beamten dieser Abteilung scheint Brunner der Auffassung zu huldigen, die humanitäre Hilfe der Schweiz könne und solle auch mit pointiert politischen Zielsetzungen geleistet werden.

Aubert-Berater Erard, der seinen Chef im Fall Blaser sorgsam vor allen wichtigen Informationen abgeschirmt haben soll, dürfte – mit dem erwarteten Rücktritt Auberts auf Ende Jahr – an seinem Posten ohnehin überflüssig werden. Nachdem seine Aspirationen auf das EDA-Generalsekretariat vom Bundesrat zunichte gemacht worden sind, konzentriert er seine Energien darauf, sich einen andern Chefbeamtensessel zu sichern – und warum nicht in der DEH, wo er bereits früher tätig war? Erklärt wäre damit zumindest, weshalb er als Türhüter des Departementschefs im Konflikt zwischen dem

SKH-Chef und der DEH dafür gesorgt hat, dass sich Eduard Blaser nicht mit Aubert aussprechen konnte.

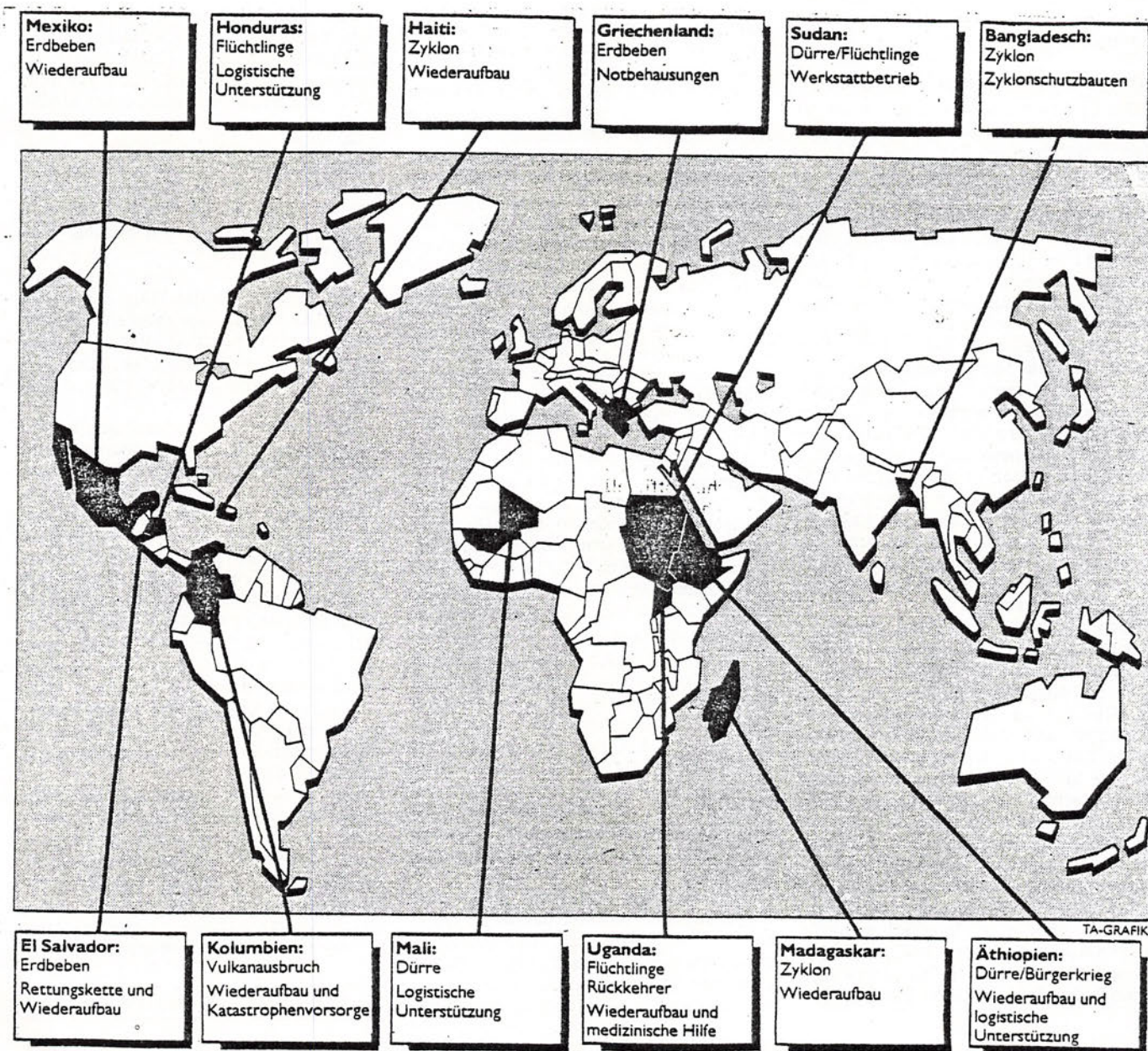
Wenn die Energien für interne Auseinandersetzungen verbraucht werden, nimmt zwangsläufig die Produktivität ab. Manche Beamte des EDA mögen sich in solchem Klima auch gar nicht mehr mit konstruktiver Arbeit hervortun. Die Devise, die sich im Aussenministerium ausbreitet, lautet «Abwarten bis 1988». 1988 – das ist, wie alle annehmen, die Zeit nach Aubert.

Konrad Stamm

6. DIE ARBEIT DES KORPS
LE TRAVAILLE DU CORPS

Tages Anzeiger, 9.1.1987

KATASTROPHENHILFE IST NUR BEDINGT PLANBAR



Die derzeitigen Einsatzgebiete des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps

Das Schweizerische Katastrophenhilfskorps (SKH) ist durch die provisorische Suspendierung seines Chefs, Eduard Blaser, in die Schlagzeilen geraten. Seine Arbeit im Grenzbereich von Katastrophenhilfe und Entwicklungshilfe klappt zwar nach dem Urteil von Einsatzleitern im Feld recht gut. Doch in den Zentren prallen immer wieder unterschiedliche Auffassungen über Hilfeleistungen in Entwicklungsländern aufeinander.

Der Zürcher Arzt Eduard Leuthold, der im Freiwilligenkorps seit dessen Gründung vor 15 Jahren mitmacht und die Fachgruppe Sanität leitet, kramt aus seinen Unterlagen eine Skizze hervor, um mir den Unterschied zwischen Katastrophenhilfe und Entwicklungshilfe zu erklären. Wenn ein entwickeltes Land mit einer normalen Versorgungslage von einer Katastrophe getroffen wird, dann ist es Aufgabe der Katastrophenhilfe, den früheren Zustand wiederherzustellen. Eindeutige Aufgabe der Entwicklungshilfe ist es andererseits, einem Dritte-Welt-Land mit einer ungenügenden Versor-

gungslage zu helfen, auf den gewünschten Entwicklungsstand zu kommen. Im dritten und heute häufigsten Fall kommt es in einem Land, das bereits unter einer «chronischen Katastrophe» (Beispiel: Unterernährung) leidet, plötzlich zu einer akuten Katastrophe, die von der Natur (Beispiel: Dürre) oder von Menschen (Beispiel: Flüchtlinge) verursacht worden ist. Hier ist nach der Überzeugung Leutholds das Hand-in-Hand-Arbeiten von Katastrophenhilfe und Entwicklungshilfe unabdingbar. Hier beginnen aber auch die Diskussionen, die unter zwei Ärzten etwa so ablauf-

fen. Der medizinische Berater einer anderen Hilfsorganisation erkundigt sich bei Leuthold nach den Plänen des SKH in Uganda. Leuthold sagt, man wolle dort bei der medizinischen Grundversorgung helfen. «Das ist doch nicht die Aufgabe des Katastrophenhilfskorps, das ist typische Entwicklungshilfe», reagiert der Gesprächspartner prompt. So geht es hin und her, bis Leuthold seinen Kollegen davon überzeugt, dass das nach neuesten Meldungen womöglich gefährdete SKH-Projekt dem «Wiederaufbau eines nach einem 15jährigen Bürgerkrieg völlig zusammengebrochenen Gesundheitssystems» dient.

Streit um Definitionen – oder mehr?

Der Leiter der SKH-Fachgruppe Sanität hat bei verschiedensten Projekten des Korps, die über den Rahmen der Soforthilfe hinausgingen, solche Diskussionen erlebt. Als das SKH im Herbst 1984 ein einjähriges Ernährungshilfeprogramm in Mauretanien startete, sah es sich dem Vorwurf von Entwicklungshilfe ausgesetzt, mit dem Verteilen von Nahrungsmitteln an die hungernde Bevölkerung könne man ein Problem, das ökologische Ursachen habe, nicht lösen. Dem Arzt Leuthold ist das Sprichwort durchaus geläufig: «Es ist besser, einen hungernden Menschen das Fischen zu lehren, als ihm drei Fische zu schenken.» Trotzdem ist er auch im nachhinein überzeugt, dass die umstrittene Aktion in Mauretanien richtig war. Denn inzwischen habe es in diesem von einer Dürre zusätzlich geschundenen Land wieder geregnet, und die Nahrungsmittelverteilung habe sich auch nach dem Abzug der Schweizer Katastrophenhelfer eingespielt.

Nach Leutholds Erfahrung entzündet sich der Streit immer wieder an Definitionsfragen. Aus seiner Optik liegen eben auch Katastrophesituationen vor, wenn ein Diktator in Äquatorialguinea die Wirtschaft und das Gesundheitssystem seines Landes derart zugrunde richtet, dass die Kindersterblichkeit auf 40 bis 50 Prozent schnell, oder wenn in einem überfüllten Flüchtlingslager an der thailändisch-kambodschanischen Grenze eine hohe Rate an Tuberkuloseerkrankungen festgestellt wird. In diesen schon einige Jahre zurückliegenden Fällen startete das SKH eine Impfkampagne, beziehungsweise ein Tuberkuloseprogramm, die später in die Hände des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) übergingen.

Mit zu grosser Kelle angerührt?

Vreni Wenger, seit 1973 in der Auslandsarbeit des SRK tätig, hat in der Zentrale und an der Front miterlebt, wie das SKH Bewegung, aber auch Nervosität in die Hilfsszene brachte. Das Katastrophenhilfskorps war ihrer Meinung nach mit ein Grund, dass das SRK sein Schwergewicht allmählich von der Katastrophenhilfe auf die mittel- bis langfristige Hilfe verlagerte. «Diese Verlagerung ging nicht ohne Reibereien vor sich», erinnert sich die erfahrene Einsatzleiterin und fügt hinzu: «Es gab Zeiten, da hatte im Katastrophenfall jedes Hilfswerk den Ehrgeiz, als erstes auf dem Platz zu sein. Im Verlauf der Jahre ist man in vielen Diskussionen zur Vernunft und zur Einsicht gelangt, dass man die Kräfte zusammenlegen muss.»

Die heute im Rahmen der Rettungskette Schweiz (siehe Kasten) verwirklichte Arbeitsteilung leuchtet ihr vor allem aus einem Grund ein. Das SKH verfügt als staatliche Institution über ein Budget und kann deshalb viel schneller eine Hilfsaktion starten als private Organisationen, die zuerst Sammelaktionen starten müssen. Die unterschiedliche Finanzierung der staatlichen Katastrophenhelfer und der privaten Hilfswerke hat andererseits zu neidischen Reaktionen, aber auch tiefer gehenden Grundsatzdiskussionen geführt.

Das SKH sieht sich heute dem Vorwurf ausgesetzt, da und dort mit einer zu grossen Kelle angerührt zu haben. Vreni Wenger will da nicht so weit gehen; sie meint aber, dass «eine übermässige Zurückhaltung beim Katastrophenhilfskorps nicht vorhanden ist». Sie macht dafür noch andere Faktoren verantwortlich. Das SRK, das in Bern die Materialzentrale mit eigenen und bundeseigenen Hilfsgütern führt, verfügt im Katastrophenfall über zwei Informationskanäle, denjenigen der Rettungskette und denjenigen der Liga der Rotkreuzgesellschaften. In einigen Fällen ist der Bedarf nach Hilfsgütern je nach Kanal unterschiedlich beurteilt worden ist; so zum Beispiel nach dem tödlichen Gasausbruch im Nyos-See von Kamerun im August des vergangenen Jahres.

Den Stau von Hilfsgütern neben den Flugzeugpisten schreibt das Rote Kreuz einem Überangebot zu. Der Katastrophen-Delegierte Eduard Blaser liefert eine andere Erklärung. Der Transport in das unwegsame Gebiet sei schwierig ge-

wesen, aber mittlerweile hätten alle Güter einen Abnehmer gefunden. Eduard Leuthold seinerseits gibt zu, dass das SKH in gewissen Fällen grosszügig war. «Doch es liegt in der Natur der schnellen Einsätze, das die Zeit für Expertisen nicht mehr reicht», meint der Arzt. Auf die Schnelligkeit, die er nebst der Autarkie und der Autonomie als die grössten Trümpfe der Rettungskette Schweiz einstuft, will er jedoch auf keinen Fall verzichten.

Politische Risiken

Dass Hilfseinsätze nur begrenzt im voraus planbar sind, haben SKH und SRK gemeinsam mit ihren Engagements im Sudan erlebt. Das SRK, das 1979 zwei vom Katastrophenhilfskorps zur Flüchtlingsbetreuung in der sudanesischen Grenzstadt Kassala eingesetzte Ärzteteams übernahm, wurde im Herbst 1984 von einer Welle von Flüchtlingen buchstäblich überrollt, die dem Hungertod in Eritrea und in anderen äthiopischen Provinzen zu entfliehen suchten. Der weltweit einsetzende Hilfsgüterstrom brachte erneut das SKH auf den Platz, das in weiter südlich von Kassala gelegenen Flüchtlingslagern in Spezialeinsätzen eine Hängebücke, eine Transportseilbahn und eine Fahrzeugreparaturwerkstätte stellte.

Auf Ersuchen der sudanesischen Zentrale vereinbarten das SKH und das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge den Bau eines Flüchtlingslagers im Landesinnern, das nach den Vorstellungen der Zentralregierung der Integration von eritreischen Flüchtlingen in einem fruchtbaren Gebiet dienen sollte. Das vollständig ausgerüstete Lager für 20 000 Flüchtlinge war Ende September 1985 betriebsbereit. Doch es steht seither leer, weil der Sturz des Numeiri-Regimes den Provinzregierungen mehr Macht brachte und sich die Gesundheitsdirektoren der beiden involvierten Provinzen der Umsiedlungsaktion aus unterschiedlichen Motiven widersetzen.

Eine Schweizer Investition von 3 Millionen Franken, die mittlerweile in andere Hände übergeben wurde, wartet also noch immer auf ihre Benutzer. Das ist ein Beispiel für das Risiko, das Katastrophenhelfer und Entwicklungshelfer in politisch instabilen Ländern eingehen. Aber nur wer nicht hilft, geht kein Risiko ein.

■ VON RICHARD DIETHELM, BERN

SO FUNKTIONIERT DIE RETTUNGSKETTE SCHWEIZ

Orten, retten, versorgen, bergen und Überlebenshilfe leisten – das ist die Hauptaufgabe der Rettungskette Schweiz. Das Schweizerische Katastrophenhilfskorps (SKH) hat dieses Konzept einer raschen und effizienten Hilfe aufgrund der Erfahrungen, die bei den ersten Katastropheneinsätzen gesammelt wurden, ausgetüftelt und es unter der Ägide des Katastrophendelegierten Eduard Blaser perfektioniert.

Die Zusammenarbeit von fünf Organisationen gründet auf folgenden Überlegungen:

- Man muss Verletzte orten können. Deshalb macht in der Rettungskette der Schweizerische Verein für Katastrophenhunde mit.
- Man muss Verletzte und Tote bergen können. Dafür sind Spezialisten des Bundesamtes für Luftschutztruppen geeignet.
- Man muss die geborgenen Verletzten zunächst medizinisch und danach mit sauberem Trinkwasser, allenfalls auch mit Nahrungsmitteln, Zelten usw. versorgen. Deshalb setzt sich das SKH, das die Einsätze auch leitet und koordiniert, aus verschiedensten Spezialisten-

teams zusammen, die je nach Art der Katastrophe und Bedürfnislage zum Einsatz kommen.

- Schliesslich müssen nach einer Katastrophe die Freiwilligen alarmiert werden, und der Transport muss organisiert werden. Diese Aufgaben und die Information der Medien übernimmt die Schweizerische Rettungsflugwacht.

- Das fünfte Glied in der Rettungskette bildet das Schweizerische Rote Kreuz, das die Hilfsgüter bereitstellt und für deren Verteilung besorgt ist.

Beispiel El Salvador

Wie die Kette arbeitet, erklärt Toni Frisch, der den Einsatz der Katastrophenhelfer nach dem Erdbeben vom 10. Oktober 1986 in El Salvador geleitet hatte. Die erste Nachricht vom Erdbeben, das im Zentrum der Hauptstadt San Salvador grosse Verwüstungen anrichtete, übermittelte damals die Katastrophenhilfsorganisation der Uno der SKH-Leitung. Der als Einsatzkoordinator bestimmte Toni Frisch erfuhr davon am Abend des Unglückstages (einem Freitag) um 21.30 Uhr. In den nun folgenden Stunden zapfte Frisch die verschiedensten Informationskanäle an, um ein Bild über das Ausmass der Katastrophe zu erhalten. Gleichzeitig wurden die übrigen Träger der Rettungskette vorinformiert. Um drei Uhr am Samstagmorgen entschied sich die SKH-Leitung für einen Rettungseinsatz und lö-

ste eine Stunde später den Alarm aus.

Das Aufgebot erging an 15 Katastrophenhundeführer, 20 Luftschutzleute sowie diverse SKH-Spezialisten, die genau wussten, mit welchem Material sie um 12 Uhr mittags an welchem Ort im Flughafen Kloten sein mussten. Sechs Stunden später hob eine DC-10 mit 54 Schweizern, einer französischen Ärztetequipe und rund 20 Tonnen Hilfsgütern an Bord von Zürich ab und traf 37 Stunden nach dem Erdbeben in El Salvador ein. Vor dem Abflug musste auf diplomatischen Kanälen das SKH-Hilfsangebot den Salvadorianern unterbreitet und vom Bundesrat grünes Licht für den 1 Millionen Franken teuren Soforteinsatz eingeholt werden.

Sechs Tage dauerte der Einsatz der ersten Equipe, die unter anderem ein in sich zusammengestürztes Geschäftshaus nach Überlebenden und Toten absuchte sowie Trinkwasser aufbereitete

und verteilte. Am dritten Tag nach dem Erdbeben orteten und borgen die Schweizer Katastrophenhelfer in den Trümmern eine junge Frau und einen jungen Mann, die noch am Leben waren. Die gleiche amerikanische Militärmaschine, welche die erste Rettungsstaffel nach Europa zurückflog, brachte später weitere Hilfsgüter und ein Nachfolge-Team nach El Salvador.

Es gehört zum Konzept des SKH, dass auf einen Soforteinsatz in der Regel ein Nachfolgeeinsatz in der Überlebens- oder Wiederaufbauhilfe folgt. Da macht auch El Salvador keine Ausnahme: Das Nachfolge-Team verteilte Hilfsgüter, montierte Zelte und leistete erste Vorarbeiten für den mit den lokalen Behörden ausgehandelten Wiederaufbau von drei Schulen. Gegenwärtig stehen in San Salvador noch zwei Freiwillige des Korps im Einsatz. (di.)

Luzerner Neueste Nachrichten, 10.1.1987

Das Schweizerische Katastrophenhilfskorps ist derzeit in zwölf Ländern im Einsatz - Freiwillige leisten Wiederaufbauhilfe

KATASTROPHENHILFE BRAUCHT ES NICHT NUR AM TAG DANACH

Das Schweizerische Katastrophenhilfskorps (SKH) ist in den Schlagzeilen. Der Wirbel um seinen derzeit im Amte dispensierten Chef Eduard Blaser, um Organisationsformen und die Aufgabenabgrenzung gegenüber der staatlichen und privaten Entwicklungshilfe lässt fast vergessen, dass auch heute SKH-Freiwillige in nicht weniger als zwölf Ländern Wiederaufbauhilfe leisten - Wiederaufbauhilfe, die sich jeweils nach Katastrophen aufdrängt und nicht Entwicklungshilfe im klassischen Sinn darstellt.

Wenn Toni Frisch an diesem Wochenende Skifahren geht, hat er ein leistungsfähiges Funkgerät «auf Mann». Und sollte sich irgendwo in Südamerika ein schweres Erdbeben ereignen, vernimmt Toni Frisch dies vom Schweizerischen Erdbebendienst und via Pikettzentrale der Schweizerischen Rettungsflugwacht innert Stunden auch mitten auf der Piste. Toni Frisch ist einer der Einsatzkoordinatoren des SKH. Er wür-

Von LNN-Redaktor Walter Schnieper

de Alarm schlagen, falls sich der Einsatz der Schweizerischen Rettungskette aufdränge. Er war bei den jüngsten Katastrophen in Mexiko, El Salvador, Kolumbien, Chile und Bangladesch jeweils als erster Mann am Einsatzort.

Rauft Euch zusammen!

Dass Helfer uneinig sind, wie am besten zu helfen sei, ist beileibe nicht neu. Man weiss um die Profilierungssüchte innerhalb kleinster und grösserer karitativer Organisationen. Was sich derzeit rund um das Schweizerische Katastrophenhilfskorps (SKH) abspielt, hat wohl auch sehr viel damit zu tun. Kompetenzgerangel entsteht nämlich nur, wenn's Streit gibt. Wenn die Frage, wer zuständig sei, wichtiger wird als die Frage, wer sinnvollerweise was tun soll und kann, dann dominiert menschliche Konkurrenz das sachliche Problem - zum Schaden der Sache, in unserem Fall der optimal-effizienten Hilfe.

Der jetzige Krach wird gerne so gesehen: Hier der Diplomat Fritz Staehelin vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, dort der «Macher» Eduard Blaser, der sich von Bürokraten bedrängt fühlt und «sein» Katastrophenhilfskorps in effizienter Unabhängigkeit bewahren möchte. Die Situation ist aber noch viel komplexer: Da gibt es beispielsweise die Rettungskette Schweiz, bei der das SKH nur einer von fünf Partnern ist und bei deren Einsätzen Professionelle ande-

Kommentar

rer Organisationen Hand in Hand mit SKH-Freiwilligen arbeiten. Doch vor allem: Das SKH besteht wirklich nicht allein aus seinem Chef Eduard Blaser, sondern aus erfahrenen und mittlerweile routinierten Helfer-Profis (auch unter den sogenannten Freiwilligen!), für die Kompetenzabgrenzungen an den Spitzen der beteiligten Instanzen eher Nebensache sind. Sie sind froh, wenn's läuft, wenn's im Felde klappt.

So gesehen bleibt zu hoffen, dass die Affäre rasch bereinigt wird, dass Eduard Blaser, auch wenn's ihm schwerfällt, mit Blick auf die Disziplinäruntersuchung zur Kooperation zurückfindet, zumal er eigentlich bis jetzt hinreichend lobende Würdigungen zur Kenntnis nehmen konnte.

Ob sich der «Fall Blaser» am Ende zum «Fall Aubert» entwickelt (wie so viele jetzt mutmassen), ist letztlich zwar von politischer Bedeutung, für die Zukunft des Katastrophenhilfskorps aber unerheblich.

Das Korps wird auch noch einsatzbereit sein müssen, wenn sowohl Eduard Blaser wie auch Pierre Aubert nicht mehr dabei sind - die nächste Katastrophe, die des Einsatzes der Rettungskette Schweiz und von SKH-Freiwilligen bedarf, kommt leider bestimmt! Walter Schnieper

Die Rettungskette Schweiz, die in neuester Zeit mit einigen Einsätzen spektakuläres Aufsehen erregt hatte, ist nicht ein alleiniges Kind des Katastrophenhilfskorps. Sie entstand aufgrund

von Einsatzerfahrungen und führte zur Partnerschaft der folgenden fünf Organisationen:

● Schweizerisches Katastrophenhilfskorps (SKH);

- Schweizerische Rettungsflugwacht (Rega),
- Schweizerischer Verein für Katastrophenhunde (SVKA),
- Bundesamt für Luftschutztruppen (BALST),
- Schweizerisches Rotes Kreuz (SRK).

Der Beizug von Hunden leuchtet ein: Sie konnten bei der Ortung von Verletzten nach Erdbeben genauso erfolgreich sein wie nach dem Niedergang von Lawinen. (Inzwischen wurden übrigens in Kolumbien mit Schweizer Hilfe einheimische Führer und Hunde ausgebildet!)

Die Rettungsflugwacht kam für logistische Aufgaben und für die Informationsvermittlung zum Zuge – vor allem aber auch aufgrund der Notwendigkeit, vor Einsätzen zu rekonoszieren, wie jene kleinen Teams effizient arbeiten können, die mit Rega-Kleinjets ins Katastrophengebiet gelangen. Das Rote Kreuz wurde beigezogen wegen seiner Erfahrungen beim Bereitstellen und Verteilen von Hilfsgütern.

Die Luftschutztruppen schliesslich drängten sich vor allem für Einsätze nach Erdbeben auf: Nur sie hatten das notwendige, schwere Rettungsmaterial (wie Kompressoren usw.) und beherrschten den Umgang mit diesem Gerät. Einem Instruktor der Luftschutztruppen bringt übrigens ein Katastropheneinsatz Anschauungsunterricht und Erfahrungen, die vielleicht eines Tages auch der schweizerischen Bevölkerung zugute kommen könnten.

Spätere Hilfe wichtig

Die Einsätze der Rettungskette Schweiz sind in guter Erinnerung. Doch eben: Die machen nur rund 5 Prozent der SKH-Arbeit aus, zumal das Katastrophenhilfskorps bei Einsätzen der Rettungskette im Extremfall nur den Einsatzkoordinator, zwei bis drei zusätzliche Freiwillige und Geldmittel bereitstellt, die übrigen Retter und Helfer aber von den andern beteiligten Organisa-

tionen gestellt werden.

Einem Soforteinsatz der Rettungskette Schweiz folgt in der Regel unmittelbar ein Nachfolgeeinsatz des SKH, der Überlebenshilfe und Wiederaufbau zum Ziel hat. Hier kommen dann primär SKH-Freiwillige zum Zuge. Auch in diesen Fällen lässt sich der Einsatz noch einleuchtend abgrenzen gegenüber der klassischen Entwicklungshilfe: «Wenn mit SKH-Leuten und -Geldern in Kolumbien nach dem Vulkanausbruch und der folgenden Schlammkatastrophe ein neues Schulhaus gebaut wird, ist das Katastrophen- bzw. Wiederaufbauhilfe und nicht Entwicklungshilfe», erläutert SKH-Einsatzkoordinator Toni Frisch: «Schüler und Lehrer waren wie das Schulhaus vorher da, der Staat hat auch ein Budget für die Besoldung der Lehrer. Da geht es nicht um Entwicklungshilfe.»

Dass Katastrophenhilfe nicht nur in den ersten Tagen nach einem Unglück notwendig ist, kann Toni Frisch auch aufgrund mancher Erfahrungen erläutern: «In armen Ländern kann eine Region auch ein Jahr nach der Katastrophe noch aussehen wie in der Woche danach.» Da ist dann oft spätere Hilfe wichtiger als ein Soforteinsatz. Zwei Tage nach dem Vulkanausbruch in Kolumbien war Frisch an der Unglücksstätte – und kam zum Schluss: Jetzt drängt sich ein Einsatz nicht auf. Dafür hat das SKH drei Monate später den Wiederaufbau einer Schule übernommen (die jetzt fertig ist). Zusammen mit dem Schweizerischen Roten Kreuz werden überdies 120 Häuser errichtet, die in einem Jahr alle bezugsbereit sein sollten. In diesem Fall kommt das Geld primär vom SRK, während das SKH die technische Federführung innehat und zwei bis drei (freiwillige) Baufachleute des SKH im Einsatz stehen. Das Rote Kreuz wird noch zwei bis drei Jahre um die soziale Rehabilitation der Betroffenen besorgt sein, wozu unter anderem auch Arbeitsbeschaffung gehört.

Obleich das Katastrophenhilfskorps derzeit ausschliesslich im Ausland eingesetzt wird, sorgte unter anderem ein Unglück im Inland für die Initialzündung: der Gletscherabbruch von Mattmark. Die parlamentarische Motion, die zur Schaffung des Korps führte, stammt vom damaligen Nationalrat und jetzigen alt Bundesrat Kurt Furgler. 1971 genehmigte das Parlament den Bericht des Bundesrates über die Schaffung des SKH, das seither in über 200 Einsätzen «Leben gerettet, Not gelindert und beim Wiederaufbau mitgearbeitet hat», wie in einer SKH-Selbstdarstellung zu lesen ist.

1985 leisteten SKH-Angehörige 14 800 Manntage bei Einsätzen in 22 Ländern. Der Gesamtaufwand betrug 17 Millionen Franken (1984 waren es nur 8,5 Millionen, im Durchschnitt beläuft sich das Jahresbudget auf 12 Millionen Franken).

Liste von Einsätzen

Im letzten Jahr (1986) engagierte sich das SKH in Mexiko und El Salvador (Rettungskette und Wiederaufbau nach Erdbeben), in Kolumbien (Wiederaufbau und Katastrophenvorsorge, u. a. durch Ausbildung von Hunden und Führern), Honduras (logistische Unterstützung für Flüchtlinge), Haiti, Madagaskar und Bangladesch (Wiederaufbau nach Zyklon, Schutzbauten), Mali, Äthiopien, Sudan, Uganda (Hilfe aller Art in Zusammenhang mit Flüchtlingen, Dürre, Bürgerkrieg) sowie in Griechenland (Notbehausungen nach Erdbeben).

Obleich einige dieser Einsätze ohne Zweifel auch Entwicklungshilfe-Charakter haben, so ist doch offenkundig: Es waren Naturkatastrophen und politische Wirren (Bürgerkrieg/Flüchtlinge), die Hilfe notwendig werden liessen. Hätten da andere Instanzen des Bundes oder private Hilfswerke anstelle des Katastrophenhilfskorps zum Einsatz gelangen sollen? Die Frage wirkt angesichts der Not, die es zu lindern galt, mehr als merkwürdig.

Vorwürfe, die an Eduard Blaser gerichtet sind

Eduard Blaser, der Leiter des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps, zeigt Initiative und «schmeisst seinen Laden», wie dies in der Privatwirtschaft üblich ist. Mit seinen schnellen Entschlüssen und seinem Horror vor Reglementen war der Konflikt mit Botschafter Fritz Staehelin eigentlich vorprogrammiert. Fritz Staehelin, der Chef der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH), welchem das Katastrophenhilfskorps unterstellt ist, ist ein abwägender Mann, ein gewissenhafter und pünktlicher Diplomat.

Eduard Blaser stand bereits im letzten Sommer im Kreuzfeuer Berns, insbesondere der Geschäftsführungskommission des Ständerates. Vorgeworfen wurde ihm folgendes:

- Der erste Konflikt entstand, als Blaser in Mauretanien ein Hilfsprogramm für unterernährte Kinder startete. Die DEH fand, dies sei ein langfristiges Programm, welches besser nicht über eine in der Schweiz beschlossene Hilfsaktion verwirklicht werden solle.

Und zudem hatte Blaser nicht einmal das Einverständnis Staehelins eingeholt! Das gleiche wiederholte sich, als das Schweizer Korps eine Impfkampagne in Equatorial-Guinea startete oder in Ghana ein Ernährungszentrum baute.

- 1985 bebte die Erde in Mexiko. 1986 eine Katastrophe in Salvador. In beiden Fällen fragte sich Bern, ob es wohl von Nutzen sei, das Schweizer Korps in so weit abgelegene Gebiete zu entsenden, welche so nahe an der US-Grenze liegen. In beiden Fällen erzielte

Blaser in der Schweiz einen Publikuserfolg.

- Bevor Blaser nach Mexiko flog, versprach er mündlich, keinen Wiederaufbauvertrag zu unterschreiben, ohne zuerst Bern davon zu unterrichten. Am Katastrophenort selber setzte er aber das Korps bei Wiederaufbauarbeiten für ein Spital ein. Kein Diplomat erinnert sich, Pierre Aubert je so wütend erlebt zu haben.

● Zudem hat Blaser Hans Scheidegger, den Personaleinsteller des Korps, entlassen. Dieser liess es sich nicht gefallen und veröffentlichte eine harten Gegenrapport gegen seinen Chef. Eine Berner Zeitung übernahm die Affäre, Blaser antwortete öffentlich, was seine schliesslich provisorische Suspension erzwirkte, «damit sich die Untersuchung in einem guten Klima abspielen könne».

Roger de Diesbach

DIE RETTUNG EINES LEBENDEN WAR FUER SIE WIE EIN SIGNAL

LNN. Welche Kräfte die Rettung von überlebenden Opfern Tage nach einer Katastrophe auch bei Einheimischen freilegen kann, schildert der Bericht von Martin Beck, eines Lehrers, der als Angehöriger der schweizerischen Luftschutztruppen als Mitglied der Rettungskette Schweiz nach einem Erdbeben in San Salvador zum Einsatz kam.

«Die Unteroffiziere, die sich der Einsatzstaffel der Katastrophenhilfe (SKH) zur Verfügung stellen, sollen sich in der aufgelegten Liste eintragen», orientierte uns der Kompaniekommandant. Ich zerbrach mir nicht den Kopf darüber und trug mich ein. Die unangenehmen Fragen kamen erst später...

Mit 50 Kollegen des SKH sass ich in einer DC-10 der Swissair Destination San Salvador. Da liessen mich Fragen wie «Bin ich wirklich ein ernstfalltauglicher Luftschutzsoldat?» oder «Halte ich den psychischen Belastungen stand?» nicht mehr los.

Obwohl wir in der Nacht landeten, bekamen wir bereits einen Vorgeschmack auf die drückende Hitze und die hohe Luftfeuchtigkeit des Landes. Wir stellten unsere Geräte gleich auf dem Flughafengelände bereit, verschoben mit Lastwagen in die Stadt und mit Tagesanbruch begann unser Ernst-einsatz.

Erschütternder Anblick

Am ersten Tag war unsere Gruppe in einem Aussenquartier beschäftigt. An-

fangs arbeiteten wir nur von aussen her mit Hebekissen, denn die schiefe Lage des Hauses floss uns grossen Respekt ein. Nach und nach verdrängten wir die Angst und arbeiteten, sogar mit schweren Mitteln, wie Kompressor und Abbruchhammer, im Hausinnern. Was wir nach einem Deckendurchbruch fanden, werde ich wohl nicht mehr vergessen: Eine Frau mit ihrem dreijährigen Kind in den Armen, beide tot. Zu diesen schrecklichen Bildern kam noch der Verwesungsgeruch der Leichen. In der ersten Zeit musste ich oft darum kämpfen, nicht übergeben zu müssen.

Vom Sonntagabend an konzentrierten wir unsere Kräfte auf den Schadenplatz Ruben Dario. Die eine Rettergruppe arbeitete nachts und die andere Gruppe den Tag über. Wir trieben Stollen vom Betonflachdach des ineinandergeschachtelten Büro- und Geschäftshauses in die Tiefe hinunter. Wir hofften so, in den Hohlräumen zwischen den einzelnen Stockwerken, Lebende zu finden. Das Vordringen war harte Knochenarbeit. Nach jedem Deckendurchbruch spürte ich, als Nicht-Handwerker, meine Oberarme kaum mehr. Erschöpft glich ich jeweils den enormen Flüssigkeitsverlust mit Coca-Cola wieder aus.

Nach 73 Stunden befreit

Als wir am Montag gegen Mittag eine schwache Frauenstimme aus einem unserer Stollen hörten, legte jeder wieder zusätzliche Energie frei. Unter schwierigsten Bedingungen konnten

wir eine Frau und einen Mann, 73 Stunden nach dem Beben, retten. Ein unbeschreibliches Gefühl, jemanden aus den Klauen des Todes zu befreien. Vor Freude hätte ich beinahe meinen Kollegen René erdrückt.

Die Lebensrettungen wirkten wie ein Signal. Einheimische Mexikaner, Honduraner, Japaner und Guatemalteken bekamen endgültig Vertrauen in unsere Technik und in unser Material. Sie alle halfen nun tatkräftig mit. Wir konnten uns vermehrt auf technische Arbeiten und aufs Anleiten der Helfer konzentrieren.

Je länger der Einsatz dauerte, desto mehr spürten wir den Kräfteverschleiss der vergangenen Tage. In der sengenden Mittagshitze musste ich meinen übermüdeten Körper richtig zum Arbeiten zwingen. 120 Stunden nach dem Erdbeben war die Hoffnung, weitere Lebende in den Trümmern zu finden, auf ein Minimum gesunken. In solchen Phasen konnte ich mich an Herbert aufrichten, denn er befahl als Gruppenführer nicht einfach, sondern schuftete vorbildlich an vorderster Front mit. Mit seinem Beispiel riss er uns immer wieder mit. Doch leider war es dem Retter-Team nicht vergönnt, weitere Lebende zu retten. *Martin Beck*

LNN. Dieser Erlebnisbericht ist dem monatlich erscheinenden Informationsblatt für SKH-Freiwillige entnommen.